

Wirtschafts- Gerichte

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTS-
POLITIK UND LANDESKUNDE OSTEUROPAS

HEFT 5 - 1939

SACHNER

VERLAG PRIEBATSCHS BUCHHANDLUNG Breslau

9431/59

unverf.

OSTRAUM-BERICHTE

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTS-
POLITIK UND LANDESKUNDE OSTEUROPAS
HERAUSGEGEBEN VOM OSTEUROPA-INSTITUT
BRESLAU [DIREKTOR PROF. DR. DR. HANS KOCH]

JANUAR 1939

HEFT 5

219840. 1939. He. 5
II

INHALT

MARTIN MEISTER: Der Kampf der Tschechen gegen die sudeten- deutsche Wirtschaft	1
OTTO VON FRANGEŠ: Die Industrialisierung Jugoslawiens	23
THEODOR OBERLÄNDER: Die ländliche Bevölkerung in Polen	43
KARL HEIDRICH: Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen	67
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UMSCHAU:	
Rückblick auf das Jahr 1938 in der polnischen Wirtschaftspolitik	75
Tschecho-slowakischer Wirtschaftsbericht	83
Die nächsten Verkehrsaufgaben der neuen Tschecho-Slowakei	85
Der gegenwärtige Südosteuropahandel, deutsche und westeuro- päische Einflüsse	87
STATISTISCHER TEIL	93
WIRTSCHAFTSBERICHTE	99
ZEITSCHRIFTENSCHAU	115

26. Krizg. Arb.

Bytom

21.12.59. [5.] n

Heft. 1-5.



15. 1. 1939

Schriftleitung: Dr. J. Santen, Breslau, Neue Sandstr. 18
Die Zeitschrift setzt die bisher unregelmäßig erscheinenden Ostraum-Berichte
als Vierteljahrsschrift fort. Der Preis für das Einzelheft beträgt 4,50 RM
für den ganzen Jahrgang 15,— RM

RECEIVED
1939
JAN 15

MARTIN MEISTER

DER KAMPF DER TSCHECHEN GEGEN DIE SUDETEN- DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Böhmen, als das führende Land des Sudetengebietes, — in geringerem Grade auch Mähren und Schlesien — war seit dem Ende der Völkerwanderung ein gemeinsamer Boden des Deutschtums und Tschechentums, auf dem eine ständige Gegeneinandersetzung und Auseinandersetzung der beiden Volkstümer im Rahmen des gemeinsamen übernationalen Staatswesens auf staatlichem, geistigem und wirtschaftlichem Gebiet vor sich ging. Aus dieser wechselnden Beeinflussung und Ablehnung, Trennung und Wiedervereinigung ging die eigenartige religiöse, kulturelle und auch wirtschaftliche Entwicklung der von den Tschechen so genannten „historischen“ Länder der ehemaligen „Tschecho-Slowakei“ hervor. Dabei blieb die völkische Mischung durch Ehen zwischen den beiden Volkstümern zahlenmäßig gering, wenn auch deutsch-tschechische Mischtypen auf die geistige und nationale Entwicklung des tschechischen Volkes einen erheblichen Einfluß hatten, wie die deutschen Namen einer Reihe tschechischer Führer, darunter der Gründer der Sokolorganisation, im 19. Jahrhundert zur Genüge beweisen. Jedoch fand das geschichtliche Gegeneinander- oder Zusammenwirken im Sudetenraum zwischen zwei ziemlich geschlossenen Volkskörpern statt.

Wenn wir uns hier lediglich mit der Wirtschaft befassen, so ist auch auf diesem Gebiet das Zusammenwirken und andererseits der Wettbewerb und Kampf, bei dem die Deutschen durchweg die tätige und vorwärtstreibende Kraft waren, namentlich in Böhmen und Mähren, alt. Bereits im Mittelalter befanden sich die von den böhmischen Herrschern ins Land gerufenen oder in den menschenarmen Waldgebieten von den deutschen Nachbarländern aus sich ansiedelnden Deutschen im Besitz der besseren Technik, vor allem in Landwirtschaft und Bergbau. Durch ihre freie Bauernverfassung standen die deutschen Siedler über dem agrarrechtlich stärker gebundenen tschechischen Nährstand. Vor allem aber im Bergbau wurden sie mit ihrer genossenschaftlichen Organisation zu Führern und Trägern des wirtschaftlichen Aufbaus in dem mit metallischen Bodenschätzen reich gesegneten Lande¹. Deutsches Bergrecht, gespendet von den Berg-

¹ Vgl. Köttschke-Ebert, Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Verl. Bibl. Inst. A.G., Leipzig, S. 60 ff., bes. 65.

werksgeschworenen in Iglau (zuerst 1174 urkundlich bezeugt) und Kuttenberg, strahlte auch nach der Slowakei aus, wo Kremnitz das Bergrecht von Kuttenberg, andere deutsche Bergstädte, wie Schemnitz und Kaschau, das von Iglau übernehmen. Die Hussitenkriege versetzten dem Deutschtum in den Sudeten- und Karpatenländern, namentlich in den Städten des inneren Böhmens, wirtschaftlich und politisch harte Schläge. Nach dem Zusammenbruch des Hussitentums mußte aber das Deutschtum, wenigstens in den Randgebieten, erneut zum wirtschaftlichen Aufbau herangezogen werden. Vor allem auf der böhmischen Seite des Erzgebirgskammes wurden jetzt neue deutsche Bergstädte begründet, wie St. Joachimsthal (1518), Gottesgab und andere, zugleich auch die landwirtschaftliche Besiedelung des Erzgebirges fortgesetzt. „Der Erzbergbau schuf mit seiner Bevölkerungsstärkung die Unterlage für die nötige Industriearbeiterschaft, die dann viel später, nach dem Versiegen der Erzbergwerke, im Braunkohlenbergbau und in der Textilindustrie die großen deutschen Industriemassierungen Nordböhmens ermöglichte. Allerdings, Anfänge der Textilindustrie finden sich schon in damaliger Zeit, so in der Gegend um Reichenberg“². Damals wurden auch von Deutschen die ersten Glashütten in Nordostböhmen gegründet. Die Zeit nach dem 30 jährigen Kriege brachte dann eine neue Stärkung des Deutschtums und eine nochmalige deutsche Siedlerwelle aus Österreich, Bayern und Schwaben. Durch diese letzte große Einwanderungsbewegung wurden die Nationalitätenverhältnisse herausgebildet, die heute vorliegen und auf Grund deren die Grenzziehung vom Oktober 1938 erfolgte.

Im alten Habsburgerstaat wurde die sudetendeutsche Wirtschaft seit dem 30 jährigen Krieg und nach der Beseitigung der Türkengefahr seit 1683 zur Versorgung des weit nach Südosteuropa ausgreifenden Territoriums der habsburgischen Länder mit industriellen Erzeugnissen, namentlich Woll- und Leinenwaren, herangezogen, und der Aufbau der neuzeitlichen sudetendeutschen Industrie bis 1914 auf die Belieferung der großen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zugeschnitten. Besonders nach dem Verlust Schlesiens an Preußen wurde dieser industrielle Ausbau der habsburgischen Sudetenländer noch stärker gefördert. Zum Bergbau und den alten Verbrauchsgüterindustrien traten dann als neue Erscheinungen die Porzellanindustrie und die Baumwollindustrie hinzu. Hatte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Deutschtum in Böhmen-Mähren unbestritten die alleinige wirtschaftliche Führung gehabt, so brachten die wirtschaftlichen Auswirkungen des Zeitalters der Erfindungen die Vorherrschaft von Kohle und Eisen und bahnten damit einen für das Deutschtum weniger günstigen Umschwung an. Auf den reichen Bodenschätzen Mittelböhmens, um Pilsen und Kladno, wo Steinkohle und Eisenerz zu finden sind, baute sich eine neue Schwerindustrie auf, anfangs unter deutscher Führung, bald aber, weil im tschechi-

² Erich Dittrich, Das deutsche Element im Aufbau der Wirtschaft der Sudetenländer in „Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa“, 1. Jahrg. Nr. 1, April 1937, S. 57.

schen Sprachgebiet gelegen, auch mehr und mehr in tschechisches Fahrwasser übergehend. Ähnlich wurde in dem deutsch-tschechisch-polnischen Mischgebiet an der Ostrawitz und Olsa das Mährisch-Ostrau-Karwiner Industrierevier unter starker Anteilnahme der Deutschen aufgebaut, um dann mehr und mehr in tschechische (auch jüdische) Hände hinüberzugleiten. Hatten die Tschechen als Wirte des besseren Bodens im böhmischen und mährischen Kerngebiet in der Landwirtschaft schon den Vorrang, so gewannen sie jetzt auch noch eine beachtliche Stellung in der Industrie der Produktionsmittel; Pilsen, Prag und Brünn wurden zu Mittelpunkten einer Schwer- und Maschinenindustrie. War diese Industrie auch nicht geradezu als tschechisch zu bezeichnen, so bot sie doch einen Rückhalt für die tschechische Bevölkerungsvermehrung durch Aufnahme des Menschenüberschusses aus den tschechischen landschaftlichen Gebieten.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts war der natürliche Bevölkerungszuwachs in den tschechischen Gebieten nach den Berechnungen Prof. Rauchs auf Grund des Materials der Statist. Zentralkommission in Wien annähernd um $\frac{1}{3}$ größer als in den deutschen Bezirken. Die Folge war, daß schon damals auch in einigen deutschen Industrieorten, besonders im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier von Brüx und Dux, ein Zufluß tschechischer Arbeitskräfte festzustellen war, dessen Umfang allerdings nicht ausreichte, um das deutsche Gepräge der Bevölkerung zu verwischen, aber immerhin einen Ansatzpunkt für die weitere Tschechisierung, die mit voller Stärke nach 1918 einsetzte, zu bilden. Aus diesen Tatsachen suchte die amtliche tschechische Publizistik³ viel zu weitgehende Schlüsse zu ziehen, als wenn die Entwicklung des tschechischen Volkstums im deutschen Siedlungsgebiet vor allem durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt gewesen sei und seine Zukunft zum großen Teil von der Entwicklung der dortigen Industrie abhängige. Damit sollte die Tschechisierung als vollkommen natürliche Erscheinung, als wohl gar von der sudetendeutschen Industrie gewollt und in keiner Weise von Maßnahmen des Staates oder der tschechischen Kampforganisationen abhängig, hingestellt werden. Dieser irreführenden Darstellung setzte aber die sudetendeutsche Presse sehr wichtige Einwände entgegen⁴. Es wurde von ihr darauf hingewiesen, daß eben jene Beweisführung, die die „Statistischen Nachrichten“ anwenden, bei Übertragung auf die Nachkriegszeit die Grundlage für die schärfste Kritik an der in diesen Zeitraum fallenden Bevölkerungspolitik bilden muß. Es mag richtig sein, daß der durch die Industrialisierung bedingte wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Gebiete Anziehungskräfte auslöste, die sich auf die tschechischen Gebiete übertrugen und gewisse Ausgleichstendenzen hervorriefen. „Das wirtschaftliche Verhältnis zwischen deutschen und tschechischen Gebieten änderte sich jedoch nach dem

³ Statistische Nachrichten, herausg. vom Statistischen Staatsamt in Prag, 1938, Heft 7, S. 264 ff.

⁴ Z. B. „Reichenberger Zeitung“ vom 12. 7. 1938 und „Neues Tagblatt für Schlesien und Nordmähren“, Troppau, vom 13. 7. 1938.

Umsturz zuungunsten des deutschen Siedlungsgebietes. Obwohl nun eine tschechische Auswanderung in das deutsche Gebiet aus wirtschaftlichen Gründen unbegründet gewesen wäre, sondern im Gegenteil im Sinne der Argumentation des Verfassers eher ein Zustrom von Tschechen aus dem deutschen in das tschechische Gebiet hätte erwartet werden müssen, trat dieser Prozeß nicht ein. Der Unterschied gegenüber der Vorkriegszeit äußerte sich ferner darin, daß die Tschechen im deutschen Gebiet nicht mehr produktive, sondern unproduktive Berufe aufsuchten. Dies war eine Folge der staatlichen Beamtenpolitik⁴.

Weiterhin bekämpften die amtlichen „Statistischen Nachrichten“⁵ noch in den letzten Monaten der Existenz der „Tschecho-Slowakischen Republik“ die Feststellung der Tatsachen bezüglich der Vertschechung der alten deutschen Bergstadt Iglau. Wirtschaftlich beruhte die mittelalterliche Größe Iglau auf dem Silberbergbau, nach dessen Erlöschen im 17. Jahrhundert sich die deutsche Bevölkerung der Tuchweberei zuwandte. Seit 1880 wurde das Deutschtum durch planmäßigen Zuzug von Tschechen und schließlich durch Eingemeindung tschechischerr Nachbarorte zu einer Minderheit herabgedrückt. Von 1910 bis 1930 stieg die Zahl der Tschechen in Iglau von 5974 auf 17 968, während die Zahl der Deutschen von 21 756 auf 12 095 zurückging. Der tschechische Statistiker will hierin keinerlei Anzeichen einer künstlichen oder gewaltsamen Tschechisierung erblicken. Wie jede größere Stadt, sei auch Iglau vor allem durch die Zuwanderung aus der Umgebung gewachsen. Der Zustrom aus der näheren und weiteren Umgebung sei größtenteils tschechisch gewesen, weil das deutsche Hinterland der Gemeinden der Iglauer Sprachinsel viel zu klein für eine Stadt mit mehr als 20 000 Einwohnern gewesen sei. Es heißt dann: „Sicher ist allerdings, daß vor dem Kriege in Iglau weit mehr aus der nahen tschechischen Umgebung zugewanderte Leute tschechischen Ursprungs lebten als Tschechen nach der Umgangssprache bei der Volkszählung gefunden wurden. Wie viele von ihnen sich dem deutschen Charakter Iglau völlig assimilierten und wie viele nur oberflächlich und teilweise, wie viele gegen ihren Willen mit deutscher Umgangssprache gemeldet wurden, das wissen wir heute freilich nicht. Der Zerfall Österreichs und die Entstehung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates rüttelten sie jedoch auf; der Großteil der gebürtigen Tschechen kehrte zu ihrer ursprünglichen Nationalität sofort und vollkommen zurück, andere warteten ab und kehrten später und allmählich zurück“⁶. Diese Darstellung steht aber in schärfstem Gegensatz zu den wissenschaftlich einwandfreien Feststellungen Hassingers⁶, wonach die österreichischen Nationalitätenzählungen 1880 bis 1910 nicht eine Germanisierung, sondern eine Slawisierung Österreichs zeigen. Der deutsche Anteil an der Bevölkerung Böhmens sank von 37,17 v. H. im

⁵ 1938, Heft 8, S. 300 f. Die Ausführungen der „Stat. Nachr.“ richten sich gegen einen Aufsatz des „Völkischen Beobachters“ vom 17. 7. 1938, betitelt: „Iglau — ein Schulbeispiel der Tschechisierung“.

⁶ Hugo Hassinger, Die Tschechoslowakei, Rikola-Verlag, Wien, Leipzig, München 1925, S. 131.

Jahre 1880 auf 36,67 v. H. 1910, derjenige Mährens von 29,38 auf 27,62 v. H. und Schlesiens von 48,91 auf 43,90 v. H. „Obige Zahlen lassen erkennen, daß Österreich in langsamer Slawisierung begriffen war, ein Prozeß, der vielen tschechischen Politikern zu langsam ging, weshalb sie in bewegliche Klagen über „Germanisierung“ ausbrachen, die natürlich insbesondere in der Kriegszeit ein Ohr bei den Feinden Österreichs fanden“⁶. Besonders überraschend wirkt angesichts der tschechischen Anschuldigungen gegen die Nationalitätenstatistik des alten Österreich Hassingers Nachweis⁷, daß die österreichische Volkszählung von 1910 durch die tschechoslowakische von 1921 gerechtfertigt wird. „Der gegen die österreichische Zählung erhobene Vorwurf der Fälschung fällt also auf jene zurück, die auf der Konferenz von St. Germain behaupteten, in Böhmen allein seien 800 000—1 Million Deutscher von der österreichischen Behörde zuviel gezählt worden.“ Natürlich findet sich diese verlogene Behauptung in erster Linie in dem berüchtigten „Memoire III“, das eine Hauptpropagandagrundlage Beneschs auf der Friedenskonferenz 1919 bildete. „Trotz der vom statistischen Staatsamt der T. selbst zugegebenen großen Kriegs- und Wanderungsverluste der Deutschen, trotz Abspaltung der Gruppen „Nationaljuden und Ausländer“; trotz der Mißbräuche bei der Zählung — obwohl also Zeitereignisse und Verwaltungspolitik auf die starke Verminderung der Deutschen seit 1914 bzw. 1918 hingearbeitet hatten — vermochte die tschechoslowakische Volkszählung in Böhmen die Zahl der Deutschen nur um 300 000 niedriger auszuweisen als die österreichische von 1910. Wären die Zahlenangaben des Memoire III richtig, so hätte aber die Ziffer der Deutschen nicht nur um 800 000—1 Million, sondern in Anbetracht jener Vorgänge noch um einige Hunderttausende mehr sinken müssen“⁸.

Die Jahre von 1918 bis 1938 bieten in der Tschecho-Slowakei ein Musterbeispiel für die Verlogenheit einer angeblichen „Demokratie“, die in imperialistischem Geiste sich als Diktator einer völkischen Minderheit über eine Mehrheit, die sich aus mehreren anderen Völkstümern zusammensetzt, gebärdet. Nicht wahre völkische Kräfte trugen diesen Staat, sondern die Machenschaften einer internationalen Clique von Freimaurern und Juden, die in der Tschecho-Slowakei, dem „Hort der Demokratie“, ihren Staat erblickten und, um dieses unnatürliche Gebilde zu erhalten, um ein Haar einen neuen Weltkrieg entfesselt hätten. Masaryk und Benesch hatten die Welt mit lügenhaften Denkschriften irreführt, sie duldeten es auch nach 1918 weiterhin, daß ihr Volk in Verblendung und Überhebung jede ehrliche Verständigung mit den Deutschen ablehnte. Auch nach der Zuspitzung der sudetendeutschen Frage im Jahre 1938 wurde jedes Eingehen auf die vernünftigen und maßvollen Forderungen, die Konrad Henlein am 24. April 1938 in seinem „Karlsbader Programm“⁹ niedergelegt

⁷ A. a. O., S. 151 f.

⁸ Hassinger, a. a. O., S. 152.

⁹ Konrad Henleins Rede in Karlsbad auf der Tagung der Sudetendeutschen Partei vom 24. 4. 1938. Memorandum der SdP. vom 7. 6. 1938. (Schriften des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung.) Junker & Dünhaupt Verlag, Berlin 1938.

hatte, hintertrieben. In diesem Programm hatte der Führer der Sudetendeutschen unter Ziffer 6 die „Beseitigung des dem Sudetendeutschum seit dem Jahre 1918 zugefügten Unrechtes und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden“ verlangt.

Die Schäden wirtschaftlicher Art, die dem Sudetendeutschum von dem feindlichen Tschechentum seit 1918 zugefügt worden sind, waren Teilhandlungen in einem großen Gesamtplan der tschechischen Politiker — hierin waren alle Parteien einig — und Regierenden. Dazu kam die Boykotthetze und deutschfeindliche Betätigung der verblendeten und verrannten chauvinistischen Volksmassen, die die Regierungsmaßnahmen noch übertrumpfen wollten und die zuletzt vorgetäuschte Verständigungsbereitschaft der Regierung Hodža immer wieder Lügen strafen. Es galt, im Sinne der Tschechen „die Nationalitätengrenze bis an die Staatsgrenze vorzutragen“, und dazu mußte vor allem die wirtschaftliche Enteignung erfolgen. Schon der erste tschechische Handelsminister Dr. Stránský hatte die Parole ausgegeben: „Es gilt, den Vorsprung, den die deutsche Wirtschaft in der Republik der tschechischen gegenüber hat, auszugleichen.“ Später hieß das Schlagwort: „Überführung einer wirtschaftlichen Mehrheit einer politischen Minderheit an die politische Mehrheit mit wirtschaftlicher Minderheit“. Den Anfang machte die mit dem Aufbau des eigenen tschechischen Geldwesens verbundene finanzielle Enteignung der Deutschen. Ende Februar 1919 wurde durch die Lostrennung der tschechoslowakischen Währung von der österreichischen den nichttschechischen Banken der Sudetenländer ein schwerer Schlag versetzt. Damals wurde die wechselseitige Übertragung von Guthaben und Einlagen aus den übrigen Teilen der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie plötzlich gesperrt, worüber die der Prager Regierung nahestehenden Banken vorher benachrichtigt waren. Hingegen verloren die sudetendeutschen Banken, die Filialen der Wiener und Budapester Großbanken und die deutschen und ungarischen Firmen im Gebiete der Tschecho-Slowakei ihre bedeutenden Guthaben in den beiden früheren Hauptstaaten. Um Zahlungsmittel zu erhalten, mußten sie Kredite bei den tschechischen Banken aufnehmen. Damals erlangte die mit der tschechischen nationaldemokratischen Partei (Dr. Kramář) in Verbindung stehende Zivnostenská-Banka (Gewerbe-Bank) in Prag ihren weitreichenden Einfluß auf die Industrie des Landes, den sie bis heute in den Dienst der Tschechisierung gestellt hat. Mit einer Frist bis Ende 1922 wurde die Nostrifizierung, d. i. Umwandlung der ausländischen Bankfilialen in rein tschecho-slowakische Unternehmen, durchgeführt. Finanzminister Rašín leitete hierauf eine scharfe Deflationspolitik ein, die mit schweren wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden war, von denen die Industrie der deutschen Randgebiete, die vor allem auf den Export angewiesen war, ganz vorzugsweise betroffen wurde¹⁰.

¹⁰ Eine knappe, aber treffende Schilderung der tschechischen Finanzpolitik von 1919—25 gibt Hassinger, a. a. O., S. 367 ff., der auch die ziemlich verwinkelte Frage der Behandlung der Kriegsanleihezeichner in der Tschecho-Slowakei auf S. 371 f. klar darstellt.

Die zweite Maßnahme, die zu einer wirtschaftlichen Minderung und Verdrängung des Deutschtums beitragen sollte, und in weitem Umfang auch beigetragen hat, war die Bodenreform, die, wie in allen anderen osteuropäischen Ländern, auch in der Tschecho-Slowakei neben ihrem sozialen Gesicht das Gesicht einer nationalpolitischen Kampfmaßnahme trug¹¹. Das 1919 gegründete Bodenamt wurde als ein mächtiger, von den Ministerien unabhängiger Kampfkörper aufgebaut, da er sich fast ausschließlich aus tschechischen Beamten zusammensetzte. Der Enteignung unterlagen gesetzlich als Großgrundbesitz 16 v. H. des bebaubaren Bodens in den Sudetenländern und 28 v. H. in den Karpatenländern. Im ganzen fielen 1 225 000 ha Acker und 2 721 000 ha Wälder und Weiden unter das Bodenreformgesetz. Bei der Behandlung der 2 400 000 ha zu enteignenden Wälder wurde nicht nach dem Wortlaut des Bodenreformgesetzes vorgegangen, das eine Übernahme der Wälder des Großgrundbesitzes durch Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften vorsah. Nach dieser Bestimmung hätten die Wälder der deutsch besiedelten Randgebiete in den Besitz der deutschen Gemeinden dieser Gebiete übergehen müssen. Um dies zu verhindern, traf das Bodenamt eine Vereinbarung mit dem Ackerbauministerium, wonach ein großer Teil der Grenzwälder verstaatlicht werden sollte. Als Begründung für diese vom Gesetz abweichende Regelung führte man tschechischerseits an, man wolle die staatliche Verfügung über die Gebiete des Fremdenverkehrs haben, die im deutschen Siedlungsgebiet liegenden Grenzen strategisch sichern und Forstpersonal und Waldarbeiter nach Möglichkeit ertschechen. So wurde auch hier in der für die Tschecho-Slowakei sich dann so unheilvoll auswirkenden Weise das Wohl des Staates mit dem Wohl und der Ausbreitung der tschechischen und der Enteignung und Minderung der deutschen Bevölkerung gleichgesetzt. Landwirtschaftlich war die Bodenreform ein Fehlschlag, denn die angesetzten Legionäre und aus dem Osten kommende Siedler waren häufig ungeeignet, die Größe der zugewiesenen Parzellen vielfach zu gering, die Finanzierung ungenügend¹². Die Zahl der neuen, durch die Bodenreform entstandenen Betriebe war nicht viel größer als die der durch sie zerstörten, aber 67 000 Arbeitskräfte verloren ihren Arbeitsplatz, sodaß sich die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen von 1921 bis 1930 in den Sudetenländern um 429 000 verminderte¹³. Groß waren jedoch die chauvinistischen Gewinne der Tschechen auf dem Gebiete der Verdrängung deutschen Volkstums. An sudetendeutschem Volksboden wurden rund 700 000 ha, also ein Viertel des gesamten sudetendeutschen Siedlungsgebietes, enteignet, davon sind 250 000 ha

¹¹ Die Bodenreform behandelt Hassinger, a. a. O., S. 374 ff., und neuerdings Gustav Fochler-Hauke, Deutscher Volksboden und Deutsches Volkstum in der Tschecho-Slowakei. Eine geographisch-geopolitische Zusammenschau. Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg-Berlin 1937, S. 207 ff. Fochler-Haukes Buch verdient Anerkennung, da der Verfasser Volkstum, Bodengestaltung und Wirtschaft in ihrem gegenseitigen engen Zusammenhang auf geopolitischer Grundlage mit großer Genauigkeit schildert.

¹² Vgl. Kurt Witt, Wirtschaftskräfte und Wirtschaftspolitik der Tschecho-Slowakei, Verl. Felix Meiner, Leipzig 1938, S. 196 ff.

¹³ Fochler-Hauke, a. a. O., S. 209.

mit Wald bestanden. Nach der Schätzung eines deutschen Senators ist dem sudetendeutschen Volksvermögen unter Berücksichtigung der völlig unzureichenden Entschädigungen des Bodenamts durch die tschechische Bodenreform ein Verlust von mindestens 5 Milliarden Tsch.-Kronen erwachsen¹³. Man versteht, weshalb Staatspräsident Dr. Benesch in einer Unterredung mit einem ausländischen Pressevertreter erklärte, „daß die wirtschaftliche Seite der Ausgleichsverhandlungen viele Schwierigkeiten bereiten werde“.

Zu den in der bisherigen Darstellung geschilderten, vom Staate her kommenden und meist in Gesetzesform gekleideten Maßnahmen kam noch die zwar nicht gesetzlich, aber organisatorisch geregelte Tätigkeit derjenigen Teile des tschechischen Volkes, die in übersteigertem Chauvinismus, der aber mit Berechnung gepaart war, ihre Aufgabe in einer Tschechisierung der Sudetendeutschen und, soweit eine solche nicht möglich war, in ihrer Verdrängung sahen. Unbedenklich wurden diese unerfreulichen Bestrebungen auf allen Lebensgebieten, nicht zuletzt auf dem der Wirtschaft, vorangetrieben und eine rücksichtslose Trennung und Spaltung der Gesamtwirtschaft des Staatsgebietes in einen deutschen und einen tschechischen Teil angebahnt. Träger dieser Zerstörungsarbeit waren die regionalen Tschechisierungsvereine, die den Namen „Narodni Jednota“ mit einem auf das geographische Gebiet bezüglichen Zusatz (z. B. Severočeska = Nordböhmisches) trugen. Ihre Mitglieder waren vorwiegend die „Grenzler“ (Hraničarni), d. h. die im deutschen Volkstumsgebiet verteilten und für die Tschechisierung tätigen volksbewußten Tschechen, z. T. Staatsbeamte, z. T. in deren Gefolge eingedrungene Handwerker und Einzelhändler. Die außerordentlich plumpe und unduldsame Tätigkeit dieser Vertreter des hundertprozentigen Tschechentums beherrschte den wirtschaftlichen Alltag, vor allem in den national gemischten Gebieten und sorgte immer wieder dafür, daß eine Überbrückung der nationalen Gegensätze unmöglich war, vielmehr Haß und Verachtung die vorherrschenden Gefühle in den Sudetendeutschen gegenüber dem tschechischen „Staatsvolk“ waren.

Einige möglichst wörtlich auszugsweise der sudetendeutschen Presse entnommenen Beispiele sollen diesen wirtschaftlichen und völkischen Abwehrkampf des sudetendeutschen Alltags beleuchten:

Staatsschädlinge im Rundfunk

Flugblatt der „Narodni sdruženi pro ochranu československeho trhu, Sekce: Radio“ (Nationale Vereinigung zum Schutze des tschecho-slowakischen Marktes, Abteilung: Rundfunk):

„Tschechoslowaken! Mit jedem Heller, den ihr für deutsche Waren oder für sogenannte tschechische Erzeugnisse ausgebt, die aber auch in die Sphäre deutscher Konzerne gehören, tragt Ihr zur deutschen Kugel, zu deutschen Granaten und Bomben bei, die für Euch bestimmt sind. . . . Wir arbeiten erst einen Monat und rechnen es uns als Ehre an, daß wir in national-tschechoslowakischen Kreisen bereits die Schicht-Seife, Kunert-Strümpfe usw. ausgeschaltet haben. Wir schreiten rasch und mit Erfolg weiter, denn es genügt ein einfacher Hinweis; unsere Leute begreifen unsere Bemühungen sehr gut und lehnen nachdrücklichst feindliche Waren ab.

Heute wenden wir uns an Euch, tschechoslowakische Rundfunkhändler! Prag haben wir bereits zum Großteil aufgerüttelt.“ Im weiteren Text des Flugblattes werden folgende Firmen als „Staatsschädlinge und Filialen deutscher Konzerne, deren Millioneneinnahmen der Hitlerischen Expansion dienen“ bezeichnet: Telefunken, Blaupunkt, Siemens, Elektrotechna, Radiotechna, Philips. Dazu bemerken die „Sudetendeutschen Pressebriefe“: „Philips ist kein deutsches, sondern ein holländisch-jüdisches Unternehmen; Elektrotechna und ihre Radioabteilung, die Radiotechna, haben rein tschechische Belegschaft vom Generaldirektor bis zum kleinsten Stiff!“ (Neues Tagblatt für Schlesien und Nordmähren vom 31. 7. 38).

Die Unduldsamkeit war also mit Unwissenheit und blinder Verkenntung der Tatsachen gepaart.

Boykott gegen deutsche Geschäftsleute in Troppau

„Die Boykotthetze der tschechischen Presse hatte . . . eine Vorsprache der Vertreter des Troppauer Vereins der Kaufleute unter Führung des SdP.-Abgeordneten Dr. Luschka bei der Troppauer Polizeidirektion zur Folge. . . . Nach einführenden Worten des Abgeordneten Dr. Luschka, der auf die ungeheuren Gefahren hinwies, die nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer Seite durch einen Boykott ausgelöst und die schließlich in Troppau nicht haltmachen würden, brachte der Sekretär des Vereins der Kaufleute, Dr. Waschek, konkrete Fälle zur Kenntnis der Behörde, die alle zu Protokoll genommen wurden. Der Sprecher führte aus, daß nach den Tagen des 1. Mai eine systematische Boykottbewegung der Tschechen gegen die deutsche Kaufmannschaft einsetzte, die Beunruhigung und Empörung unter der deutschen Bevölkerung im Gefolge hat. Er wies auf die gefährliche Lage hin, die durch solche Verhetzung zwischen den beiden Völkern entstehen müßte. Tschechische Konsumenten: Beamte, Offiziere, Privatpersonen kamen in zahlreiche (von dem Sprecher namentlich angeführte) deutsche Geschäftsläden, bezahlten ihre Monatsrechnung und sagten, sie könnten künftig nun nicht mehr bei diesen Geschäftsleuten ihre Einkäufe besorgen, da sie am 1. Mai die SdP.-Fahne gehißt haben. Kinder einer tschechischen Schule, die bei einem Lebensmittelhändler in der Nähe Semmeln für die 10-Uhr-Pause kauften, blieben aus. Das Landeskrankenhaus in Troppau hat bei einem Kaufmann die Mineralwasserbestellung eingestellt, ebenso keine Bestellung mehr bei zwei anderen Firmen gemacht. Ein tschechischer Rechnungsbeamter (der Name ist bekannt) soll diese Vorkommnisse auf höhere Weisung zurückführen. Bei zwei deutschen Bäckern wurden außerdem die Militärlieferungen aufgelassen, ebenso die Bestellungen bei einem Konditor für eine Kantine. Ein Bäcker in der Holteigasse mußte die Erfahrung machen, daß ein tschechischer Schneidermeister, eine tschechische Gastwirtin und eine tschechische Private ihm sagen ließen, sie könnten von ihm nichts mehr nehmen, da er die SdP.-Fahne ausgehängt habe.“ (Neues Tagblatt für Schlesien und Nordmähren vom 7. 5. 1938).

Boykott-Sonderausgabe einer tschechischen Zeitung

„Die in Troppau erscheinende agrarische „Svobodna Republika“ (Freie Republik) erschien gestern als Sonderausgabe, worin von der ersten bis zur letzten Zeile auf über 3 Seiten nichts anderes enthalten war als Pauschalbeleidigungen der Troppauer deutschen Bevölkerung, Verhöhnungen der deutschen Kaufmannschaft wegen des Boykottes und Aufforderung zu weiterem verstärkten Boykott der deutschen Geschäftsleute. Was sich das Blatt an Verhetzungen in dieser Sonderausgabe leistete, war selbst der staatlichen Behörde zu viel, die — allerdings erst in der Mittagsstunde — das Blatt beschlagnahmte.“ (Neues Tagblatt für Schlesien und Nordmähren vom 11. 5. 1938.)

Ein sonderbarer Antrag betr. Bezeichnung von Waren

Die Handelskammern in der Tschecho-Slowakei erhielten Anfang Juni 1938 eine Aufforderung des Handelsministeriums zur Stellungnahme zu einem Gesetzesantrag der „Jednota obchodnich gremij v Čechach“ (Vereinigung der Handelsgremien in Böhmen). Darin hieß es:

„Zum 20. Jahre der Gründung unseres Staates würden wir empfehlen, durch ein Gesetz anzuordnen, daß alle in den Handel kommenden Waren und beigelegten Anleitungen in erster Linie in der Staatssprache und dann erst in den übrigen im Staate gebräuchlichen Sprachen bezeichnet sein müssen, und daß Waren, die nur englisch, französisch oder deutsch bezeichnet sind, zum Verkaufe nicht zugelassen werden. Die Verhältnisse liegen heute so, daß die Fabrikanten gewöhnlich aus Bequemlichkeit die Waren entweder französisch oder deutsch bezeichnen und dadurch der Bezeichnung der Ware oder dem Druck der Anleitung in den daheim üblichen Sprachen ausweichen. Aus diesen Verhältnissen entstehen oft verschiedene Mißverständnisse und Schäden, und außerdem ist dies unseres Volkes unwürdig.“ In einer Erläuterung zu ihrem Gesetzesantrag führt die „Jednota“ u. a. noch aus: „Es wirkt sicher quälend, wenn wir von unseren deutschen Lieferanten aus dem Grenzgebiet (z. B. aus Asch, Teplitz-Schönau, Warnsdorf usw.) Waren bekommen, die nur deutsch bezeichnet sind. . . . Es ist eigentlich eine Schande für die Behörden, daß sie während der 20 Jahre unserer Selbständigkeit die Lieferanten, speziell aus dem nördlichen Böhmen, nicht dazu gebracht haben, sich anzupassen. Sie können bei der Zuteilung von staatlichen Lieferungen, Konzessionen u. dergl. einen Druck ausüben!“ (Neues Tagbl. für Schlesien und Nordmähren, vom 10. 6. 1938.)

So übte hier eine wirtschaftliche Organisation chauvinistischer Färbung sogar an den Staatsbehörden Kritik, weil sie nicht erzwungen haben, daß deutsche Fabrikanten ihre Ware unter tschechischer Bezeichnung versandten.

Der Schrei nach Gendarmeriestationen auf dem Altvater

In einem Lagebericht der nordmährischen „Narodni Jednota“ schrieb deren Direktor, Adolf Kubis, u. a.:

„Heute kann man feststellen, daß es kein rein deutsches Altvatergebirge mehr gibt. Die deutschen Pläne sind vereitelt. Das tschechische Element in diesem Gebiet entwickelt sich, ja, es dringt dorthin vor, wo die deutsche Expansion ihren Besitzstand als unantastbar ansah! . . . Die tschechischen Gebiete haben nun die Aufgabe, das Altvatergebirge kennen zu lernen und durch ihren Besuch die dortigen tschechischen Kampfgenossenschaften und tschechischen Wachen zu erfreuen und zu stärken, deren Zahl in der Altvatersphäre über 70 000 beträgt. Die tschechischen Grenzler in den Sudeten werden von den Plätzen, die ihnen bestimmt wurden, nicht weichen, auch wenn sich die Nordwinde an Heftigkeit nicht mäßigen sollten. . . .“ Die tschechischen Grenzlerorganisationen halten es ferner für notwendig, den deutschen Schutzhütten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. „In den deutschen Schutzhütten des Altvatergebirges und auch in den Beskiden benehmen sich manche Deutsche so, als ob sie im Dritten Reiche wären. Alle deutschen Schutzhütten sind ohne ständige Sicherheitsaufsicht, und so ist es nicht möglich, jede umstürzlerische Aktion (!) gleich im Keime zu vernichten. Es wäre vorteilhaft, wenigstens in der Hauptsaison dort Gendarmerieexposituren (!) zu errichten. In allen Fällen ist es nicht möglich, auf die Bergesgipfel Gendarmeriepatrouillen zu rufen, denn die Gendarmeriestationen sind von den Bergesgipfeln ziemlich weit entfernt.“ (Neues Tagbl. für Schlesien und Nordmähren vom 13. 8. 1938.)

In diesem überreizten Schrei nach dem tschechischen Gendarmen in der herrlichen Bergwelt des Altvaters offenbarte sich die ganze Anmaßung des Tschechentums, das sich, seiner selbst verspottend „Hort der Demokratie“ nannte.

Ein Musterbeispiel der Tschechisierung

Wie alle Faktoren: staatliche Beamtenpolitik, Organisationen, Wirtschaft und Schule bei der Tschechisierung zusammenwirkten, ergibt sich aus folgendem Pressebericht:

„So wird tschechisiert! Die Herrschaften Harrach, Janowitz und Klein-Mohrau des Deutschen Ritterordens, beide im Altvatergebirge, wurden be-

reits vor Jahren enteignet und die Gebiete der neu geschaffenen Staatsforstverwaltung in Karlsdorf unterstellt. Man schuf damit auf Grund genauest ausgearbeiteter Organisationspläne der „Narodni Jednota“ eine Tschechisierungsbasis des urdeutschen Altvatergebirges. Tschechische Forstbeamte wurden bei der Staatsforstverwaltung in Karlsdorf aufgenommen, die Deutschen zum Teil pensioniert oder nach Karpatenrußland versetzt. Dieser Tschechisierungsplan wurde von industrieller Seite durch den Erwerb der Kettenfabrik in Klein-Mohrau durch die Berg- und Hütten A.G. maßgeblich gefördert, die auch heute bereits eine große Reihe tschechischer Beamten und Arbeiter beschäftigt. Bereits 1933 wurde in Klein-Mohrau eine tschechische Schule errichtet. Damals waren 95 v. H. deutsche und nur 5 v. H. tschechische Kinder. 1937 wuchs der tschechische Kinderanteil auf 43 v. H. Die Eltern der 21 deutschen Kinder, die die tschechische Schule in Klein-Mohrau besuchen, sind in diesen beiden tschechischen Unternehmungen beschäftigt.“ (Neues Tagbl. f. Schlesien und Nordmähren vom 26. 8. 1938.)

Unter dem Druck der Boykotthetze sahen sich große Handelsfirmen wie auch Hersteller von Markenartikeln zu öffentlichen nationalen Bekenntnissen in der Presse gezwungen, darunter auch solche, die ihre Waren viel im sudetendeutschen Gebiet absetzten und dort sogar besondere Verkaufsstellen besaßen. Der unduldsame Chauvinismus drängte darauf, daß auch in solchen Verkaufsstellen nur tschechisches Personal beschäftigt werden sollte.

So mußte der Inhaber der Proßnitzer Konfektionsfirma Rolny, eines Großfilialbetriebes, u. a. sogar in der kommunist. tschech. Presse halbseitige Inserate veröffentlichen, in denen es hieß: „Ich beschäftige in meinen Verkaufsstellen und Betrieben nahezu ausschließlich Tschechen. Meine Familie und ich haben uns stets stolz zum Tschechentum und zum tschechischen Volk bekannt. Mein Vater war einer der ersten Sokoln in Prerau. Ich war und bleibe immer ein treuer Tscheche.“ Usw. — Die Photofirma Emil Birnbäum in Rumburg, die auch im sudetendeutschen Gebiet eine große Werbetätigkeit entfaltete, mußte dessenungeachtet infolge der Angriffe der tschechischen Hetzpresse die „Ehre ihrer Mitarbeiter wie auch die Existenz ihrer Angestellten“ mit dem Hinweis in der Presse in Schutz nehmen, daß diese, wie auch die Familie des Firmeninhabers durchweg Tschechen seien. — Die Zichorien-Firma Heinrich Franck in Pardubitz war zu dem gleichen Vorgehen gezwungen und verschaffte sich überdies eine Erklärung des Pardubitzer Stadtrates, der der Firma ihren Patriotismus, sowie ihre wohlthätigen Spenden und Zeichnung für die Staatsverteidigungsanleihe bescheinigte. Es hieß in dieser Erklärung u. a.: „Die Zichorien-Firma Heinrich Franck in Pardubitz beschäftigt 77 Beamte, Tschechen und 1 Deutschen, der für den Verkehr mit den deutschen Abnehmern bestimmt ist. Von der Arbeiterschaft sind 257 Tschechen und nur 2 Deutsche, die als Fachleute für die Druckmaschinen bestimmt sind. Auch diese sind aber loyale Bürger und schicken ihre Kinder in die tschechische Schule.“ (Entnommen aus verschiedenen Nummern des N. Tagbl. für Schles. u. Nordm.)

Ähnliche Erklärungen in Form von Presseinseraten gaben auch zahlreiche andere Firmen ab. Da es sich durchweg um Unternehmungen handelte, die einen großen Teil ihres Absatzes auf deutschem Volksboden fanden, so mußte hier reine Erpressung von seiten der chauvinistischen Verbände und der feindlich eingestellten Presse vorliegen, durch die die Firmen zu solchen Bekanntmachungen gezwungen wurden. Denn es ist nicht zu verkennen, daß sie dadurch ihren Absatz bei volksbewußten Deutschen aufs Spiel setzten. Freiwillig pflegt kein Kaufmann einen Teil seiner Abnehmer durch derartige Erklärungen vor den Kopf zu stoßen.

War die durch die staatliche Beamtenpolitik, die Tätigkeit der tschechischen Kampforganisationen und die Boykotthetze angestrebte wirtschaftliche Schädigung des Deutschtums von vornherein als Bestandteil der tschechischen nationalen Bestrebungen wirksam, so trat sie doch mit besonderer Schärfe hervor, als die auch in der Tschecho-Slowakei etwa 1927—29 herrschende Scheinblüte der Wirtschaft einem Absinken der Konjunktur und von 1932—34 einer Depression Platz machte, deren Tiefpunkt das Jahr 1933 war. Der deutsche Hauptverband der Industrie berechnete regelmäßig die Verteilung der Arbeitslosen auf die deutschen und tschechischen Bezirke. Es zeigte sich, daß die Arbeitslosigkeit das sudetendeutsche Gebiet in besonders starkem Maße heimsuchte, zunächst, weil es überhaupt der am stärksten industrialisierte Teil des Staatsgebiets, und zwar vorwiegend auf Export eingestellt war, außerdem aber auch, weil die tschechische Industrie die Gelegenheit wahrnahm, vorzugsweise deutsche Kräfte zu entlassen. Der tschechische Minister Nečas stellte im Herbst 1935 fest, daß von 755 000 Arbeitslosen im ganzen Staatsgebiet mehr als 400 000 auf das Sudetenland entfielen und die Erwerbslosen in den sudetendeutschen Gebieten 15 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachten. Ende Oktober 1935 entfielen in der Tschecho-Slowakei im ganzen 40,9 Arbeitslose auf das 1000 der Bevölkerung, in den vorwiegend tschechischen Gebieten 30,5 in den vorwiegend deutschen (mit mehr als 50 v. H. Deutschen) aber 80,9. Als sich 1936 die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der aufkommenden Rüstungskonjunktur und einem leichten Aufschwung der Ausfuhrindustrien verbesserte, war ein größerer Rückgang der Erwerbslosenziffer nur in den tschechischen Gebieten zu verzeichnen, während die deutschen Teile des Landes nur eine geringe Besserung aufweisen konnten¹⁴. Von August 1933 bis August 1936 betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Deutschen 13,6, bei den Tschechen aber 41 v. H. Auch 1938 waren die Gegensätze in der nationalen Verteilung der Arbeitslosigkeit dieselben geblieben. So entfielen z. B. Ende März 1938 bei 435 000 Arbeitslosen in der ganzen Republik 29,5 Erwerbslose auf das 1000 der Bevölkerung, in den deutschen Gebieten aber 53,8 gegen 23,2 in den tschechischen. Berechnet auf Berufstätige, ergaben sich für das ganze Staatsgebiet 66,5 Erwerbslose auf 1000 Berufstätige, im deutschen Gebiet aber 106,2 gegen 54,3 in den tschechischen Landesteilen. Ein Vergleich der größten mit der geringsten Arbeitslosigkeit ergab, daß unter den 12 Bezirken mit der geringsten Arbeitslosigkeit nicht ein einziger vorwiegend deutscher, hingegen unter den 12 Bezirken mit der größten Arbeitslosigkeit kein vorwiegend tschechischer war. Die größte Arbeitslosigkeit wies der Bezirk Marienbad mit 110,5 Arbeitslosen je 1000 Einwohner, die geringste der tschechische Bezirk Kralowitz mit nur 8,4 auf¹⁵.

¹⁴ Fochler-Hauke, a. a. O., S. 223 ff.

¹⁵ N. Tagbl. f. Schles. u. Nordm. vom 23. 4. 1938.

Zeit	Auf 1000 Einwohner in überwiegend	
	deutschen	tschechischen
	Gebieten	
1933	93	39
1934	84	36
1935	85	37
1936	80	32
1937	55	21
1937 Juli	43	10
Aug.	39	10
Sept.	39	10
Okt.	41	10
Nov.	49	16
Dez.	57	24
1938 Jan.	62	28
Febr.	61	28
März	54	23
April	—	—
Mai	43	13
Juni	39	9
Juli	34	7
Aug.	29	7
1. Halbjahr 1938	52	20

Wie sich die Wirtschaftskrise auf das Bestehen der Unternehmungen in den sudetendeutschen Gebieten auswirkte, mag an einem besonders krassen Beispiel, dem Industriesterben in Mährisch-Schönberg (Nordmähren), einer Stadt von kaum 15 000 Einwohnern, aufgezeigt werden. In einer Denkschrift über den Niedergang der Industrie in Mährisch-Schönberg, die der englischen Mission Lord Runcimans als Material überreicht wurde, werden 12 Industriebetriebe in diesem Ort aufgezählt, die seit 1930 stillgelegt wurden ¹⁶.

Die im Jahre 1930 stillgelegte Seidenweberei Franz Bujatti A.G. beschäftigte 420 Arbeiter. Die Fabrikgebäude stehen zum Großteil leer, die Maschinen wurden verkauft, der Grundbesitz teilweise als Baugrund veräußert.

Die Seidenwarenfabrik Silwet A.G., die erst 1928 von der Fa. F. Reiterer's Söhne angekauft worden war, wurde 1930 stillgelegt, die Maschinen verkauft, die Gebäude als Kanzleien und Magazine vermietet. Vor der Stilllegung beschäftigte der Betrieb noch 300 Arbeiter.

Die Seidenweberei Fritz Schönwälder & Co. beschäftigte 120 Arbeiter. Sie wurde 1932 stillgelegt und die Gebäude an eine tschechische Großeinkaufsgenossenschaft verkauft. Die Seidenweberei S. Eisenberger, die 100 Kräfte beschäftigte, wurde 1930 nach Königinhof verlegt. Die Fabrik wurde an den tschechischen Fabrikanten Korhon verkauft, der den Betrieb in kleinem Umfang weiterbetreibt.

Der Betrieb der Mineralölraffinerie G.m.b.H. Apollo wurde 1936 aus Nationalisierungsgründen nach Preßburg verlegt. Dadurch wurden in Mährisch-Schönberg 120 Arbeiter beschäftigungslos.

¹⁶ N. Tagbl. f. Schles. u. Nordm. vom 11. 9. 1938.

Ferner wurden stillgelegt:

Möbel- und Holzwarenfabrik J. Halpert (100 Arbeiter),
Dampfsäge Hubert Prosinger (30 Arbeiter)
Leinenweberei Emil Heider (zuletzt noch 50 Arbeiter),
" Johann B. Schenk (ungefähr 60 Arbeiter),
" Edmund Kalleyer (200 Arbeiter),
" F. Leischner (50 Arbeiter).

Infolge der Wirtschaftskrise geriet ferner die Kartenschlägerei Ing. Karl Olszewsky, die ungefähr 30 Arbeitskräfte beschäftigte, in Konkurs. Abnehmer ihrer Erzeugnisse waren die nordmährischen Webereien, die infolge der Wirtschaftskrise stillgelegt wurden.

Durch die Betriebseinstellungen dieser 12 Fabriken wurden in Mährisch-Schönberg 2000 Arbeiter beschäftigungslos.

Zur Abrundung des Bildes von der Schädigung der deutschen Bevölkerung und Wirtschaft in M.-Schönberg dienen die Angaben in einer Anlage der an Lord Runciman gestandten Denkschrift, wonach die Deutschen im Staatsdienst in M.-Schönberg um 880 Stellen verkürzt wurden.

Die in Mährisch-Schönberg neben den Betriebseinstellungen erwähnten Fabrikverlegungen sind Beispiele für eine Erscheinung, die in der Tschecho-Slowakei seit 1918 keineswegs neu ist, im letzten Jahre aber im Zusammenhang mit dem verschärften Nationalitätenkampf und den verstärkten politischen Befürchtungen gewisser Kreise seit der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich eine stärkere Bedeutung gewonnen hat. Damit wurde — gewollt oder ungewollt — die Trennung der tschechischen und deutschen Wirtschaftsgebiete unterstrichen und gefördert und das Ergebnis der Münchener Beschlüsse in gewissem Sinne wirtschaftlich vorweggenommen. Dabei handelte es sich in manchen Fällen um Industrieverlegungen nach dem Ausland, namentlich nach England.

Die Industrieverlegung innerhalb der Tschecho-Slowakei spielte schon in früheren Jahren, namentlich seit 1935, eine Rolle. Es handelte sich dabei aber nicht, wie in den meisten späteren Fällen, um eine Art Flucht aus dem sudetendeutschen Gebiet, sondern um Maßnahmen im Verfolg der tschecho-slowakisch-sowjet-russischen Bündnispolitik. Das Bündnis wurde am 16. Mai 1935 in Prag unterzeichnet. In der darauffolgenden Zeit und besonders im Jahre 1936 setzten eine Reihe von Maßnahmen der militärischen und industriellen Aufrüstungen, die die Slowakei und Karpatoukraine als die „Landbrücke“ zum großen bolschewistischen Bundesgenossen ausbauen und befestigen sollten. In den durch die Gebirgslage nach Norden gut geschützten und nach Süden stark befestigten Flußtälern der Waag, Neutra, Gran und Eipel entstanden in dem Zeitabschnitt von Frühjahr 1935 bis Sommer 1936 über 100 Industriebetriebe, die in der Mehrzahl aus Böhmen, Mähren und Schlesien nach der Slowakei verlegt wurden¹⁷. Hierher gehört die schon erwähnte Verlegung der Mährisch-Schönberger Mineralöl-Raffinerie nach Preßburg, die von General Weinerek ausdrücklich als strategisch bedingt bezeichnet wurde. Nach der Slowakei wurden ferner Waffenfabriken, elektrotechnische, chemische und metallver-

¹⁷ Vgl. Karl Vietz, Verrat an Europa. Nibelungen Verlag G.m.b.H., Berlin-Leipzig 1938, S. 86 ff.

arbeitende Fabriken aller Art, aber auch Betriebe der Textilindustrie und Nahrungsmittelindustrie verlegt. Diese neue Planungspolitik stand im Gegensatz zu der vor 1935 geübten wirtschaftlichen Vernachlässigung der Slowakei, deren Industrie in Prag vielfach als überflüssig betrachtet wurde.

Im übrigen ist auch die Industrieverlegungswelle des Jahres 1938 keine eindeutige Erscheinung. Gewiß handelte es sich in einer Anzahl von Fällen, namentlich bei jüdischen Unternehmungen, um eine Fluchtmaßnahme im Hinblick auf die befürchtete Besetzung durch Deutschland, sei es mit, sei es — wie es dann Wirklichkeit wurde — ohne Krieg. Diese Seite der Angelegenheit ist aber z. T. bewußt von tschechischer Seite übertrieben worden. So erinnert Dr. Karl Janovsky in einem Aufsatz in der „Zeit“¹⁸ an die bereits in früheren Jahren getätigten Aufkäufe sudetendeutscher (und ungarischer) Wirtschaftsapparatur für Chinin. Auch die Bestrebungen, sudetendeutsche Betriebe nach England zu verlegen, konnte Dr. Janovsky in seiner früheren Tätigkeit als Zentralsekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie schon seit 1931 beobachten und in den weitaus meisten Fällen — vereiteln. Nur ein einziger Großbetrieb der Wirkwarenindustrie ging damals nach England. Auch der Abwanderungsprozeß aus dem sudetendeutschen Raum nach Prag und Innerböhmen ist schon mehr als 12 Jahre alt. Er wurde vielfach damit begründet, daß die Umlagenpolitik der roten Gemeinden den Fortbestand des betreffenden Unternehmens in der sudetendeutschen Provinz unmöglich mache, verglichen mit den niedrigen Umlagen in Prag oder anderen tschechischen Ortschaften. Außer Fabrikverlegungen kamen auch Verlegungen des Leitungssitzes großer Konzerne vor. So wurde die Generaldirektion des „Vereins für chemische und metallurgische Produktion“ zuerst von Karlsbad nach Aussig und von dort 1935 nach Prag verlegt. Damit war eine Umleitung aller Lieferungen auf tschechische Lieferanten verbunden.

In dem gewaltigen politischen Ringen der Sudetendeutschen Partei in den Monaten des Jahres 1938 bis zur endlichen Befreiung wurde von den Gegnern eine Art Greuelpropaganda mit den Sitzverlegungen von Firmen aller Art getrieben. So wurde z. B. die in Aussicht genommene Sitzverlegung der Schraubenfabrik Gerhart & Rahm A.G. in Rosenthal ins tschechische Gebiet als eine unmittelbare Folge der Karlsbader Rede Konrad Henleins hingestellt. Demgegenüber war die Absicht der Verlegung in eingeweihten Kreisen schon volle 2 Jahre früher bekannt, allerdings auch die wirkliche Ursache. Es war nämlich der Firma die Sitzverlegung ins Tschechische zwecks Sicherung fortlaufender belangreicher Staatsaufträge von den auftragvergebenden Stellen nahegelegt worden¹⁹. Ebenso war schon 1931 die ostböhmische Juteindustrie unter Druck genommen worden, ihren Standort ins Innere zu verlegen, ebenfalls gegen die Zusage fortlaufender Staatsaufträge. In der Zeit der Wirt-

¹⁸ Abgedruckt N. Tagbl. f. Schles. u. Nordm. vom 16. 8. 1938.

¹⁹ Janovsky, Aufsatz in der „Zeit“, a. a. O.

schaftskrise im Sudetenlande wirkte die Aussicht auf langjährige öffentliche Aufträge naturgemäß stark anziehend.

Einige Sitzverlegungen des letzten Jahres seien genannt:

Textilindustrie

„Textilco“ Löbl & Co., Strick- und Wirkwaren, von Asch in die Nähe von Prag,
Kunstseidenfabrik Theresienthal bei Arnau ins tschechische Gebiet,
Franz Katz, A.G. für Textilindustrie von Pelsdorf nach Prag,
Spinnereien Braunau und Halbstadt unter Mitnahme der gesamten Rohstoffvorräte ins tschechische Gebiet.

Metallindustrie

Eisenwerke Rothau-Neudeck A.G. aus dem westlichen Erzgebirge nach Karlshütte bei Prag,
Schraubenfabrik Gerhart und Rahm, Rosenthal, ins tschechische Gebiet,
2 Betriebe der Graslitzer Musikinstrumentenindustrie ins tschechische Gebiet (26 Betriebe wurden stillgelegt).

Andere Industrien

Nestomitzer Zuckerraffinerie von Aussig nach Prag,
Böhmisch Krumauer Maschinenpapier-Fabriken Ignaz Spiro & Söhne, A.G., nach Prag,
Neudecker Papierfabrik A.G. nach Prag,
Miriatherma A.G., Chemikalien- und Heilmittelfabrik, A.G., von Marienbad nach Prag,
Einige Betriebe der Glasindustrie von Teplitz-Schönau ins tschechische Gebiet.

Bei einer genaueren Betrachtung dieser und anderer Verlegungen ergibt sich, daß es sich nur zum Teil um eine politisch begründete Flucht von jüdischen Unternehmen aus dem Sudetenlande handelte, in den meisten Fällen waren die wirtschaftlichen Vorteile maßgebend, die von der Verlegung erwartet wurden. Es handelte sich um Erfolge einer staatlich geförderten Aktion zur wirtschaftlichen Auszehrung des Sudetenlandes. Zu dem gleichen Zweck trat die Staatsgewalt auch in anderen Fällen, z. T. ganz offen, auf den Plan, so bei der Aufteilung der jeweiligen Zuckerkontingente auf die deutschen und tschechischen Betriebe, wodurch die sudetendeutschen Zuckerfabriken Troppau und Schönpriesen (bei Aussig) stillgelegt werden sollten. Ähnlich wurde bei der Verteilung der Spirituskontingente verfahren. Ganz besonders rücksichtslos wurde bei der Margarinekontingentierung 1935 vorgegangen. Neue, in der Slowakei wie auch bei Prag (in Weltrus) errichtete Fabriken erhielten ausreichende Kontingente, die durch Verkürzung der Quote alter deutscher Großbetriebe von Weltruf, wie Georg Schicht in Aussig, beschafft wurden²⁰.

Wie schon erwähnt, waren die öffentlichen Aufträge ein verschiedentlich angewandtes Druck- und Lockmittel, um eine Verlegung von Betrieben ins tschechische Gebiet herbeizuführen. Dasselbe Druckmittel wurde auch für die Verdrängung deutscher Arbeiter

²⁰ Dr. Karl Janovsky, Der Kampf des Sudetendeutschtums um seine wirtschaftliche Substanz in: „Sudetendeutsches Jahrbuch 1938“, Ed. Kaiser Verlag, Böhm. Leipa u. Zwickau 1938 (Die Berichte betreffen das Jahr 1937), S. 62 ff.

von ihrem Arbeitsplatz in jeder Weise von der tschechischen Staatsgewalt ausgenutzt. Namentlich die seit 1935 stark ansteigenden Rüstungslieferungen boten dazu eine Handhabe, wie der berüchtigte Erlaß des Ministers für Nationale Verteidigung, Machnik, von 1936 beweist. Auf Grund dieses „Machnik-Erlasses“ wurden neue Bestellungsformulare des Verteidigungsministeriums²¹⁾ herausgegeben, in denen eine Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten im nationalen Bevölkerungsverhältnis der Gegend, in der das liefernde Unternehmen seinen Sitz hat, verlangt wurde. Außerdem sollten ausländische Kräfte durch inländische tschecho-slowakischer Nationalität ersetzt und kein Personal beschäftigt werden, das staatsfeindlichen politischen Parteien angehörte. Diese Kräfte werden in dem Formular als „unverläßlich“ bezeichnet. Im Widerspruch zur „demokratischen“ tschecho-slowakischen Verfassung wurden hier also von einem maßgebenden Minister Parteien (praktisch natürlich nur die Sudetendeutsche Partei, nicht etwa die kommunistische) als staatsfeindlich bezeichnet, obwohl sie auf Grund der geltenden Gesetze zu Recht bestanden und weder aufgelöst noch verboten waren. Diese vergiftende Unehrlichkeit zieht sich durch die ganze Geschichte der Tschecho-Slowakischen Republik. Man glaubte offenbar den Satz, daß ein Staat mit denselben Mitteln erhalten werde, mit denen er geschaffen sei, ganz wörtlich nehmen zu müssen und setzte die Taktik der Unehrlichkeit, mit der man 1919 auf der Friedenskonferenz gearbeitet hatte, auch dann noch unentwegt fort, als längst eine gründliche Umstellung in den Volkstumsfragen im dringendsten Interesse des tschechischen Staates selbst gelegen hätte. Dabei hatte der junge Dr. Benesch einst in seiner 1908 in Paris erschienenen Dissertation „Le Problème autrichien et la question tchèque“ die richtige Erkenntnis vertreten: „In der Tat, die Versöhnung der beiden Rassen in Böhmen ist nur möglich, wenn beide Völker vollständig autonom sind. Sie müssen voneinander getrennt werden“²²⁾.

Die Waffe der öffentlichen Aufträge wurde vom Tschechentum auch angewandt bei der Verstaatlichung der ehemals in sudetendischem Besitz befindlichen Privatbahnen Aussig-Tepitzer Eisenbahn und Buschtehrader Eisenbahn. Sofort nach dem Übergang an den Staat wurden von den Verwaltungen die deutschen Arbeitskräfte entlassen und überdies auch die Lieferanten gewechselt; alle Aufträge wurden an tschechische Fabriken gegeben und den bisherigen sudetendeutschen Lieferfirmen entzogen, sodaß diese zu Grunde gehen mußten. Bei staatlichen Neubauten wurde das Sudetenland stets benachteiligt. 1935 wurden beispielsweise von der gesamten vom Staate für Neubauten aufgewandten Summe nur 4,5 v. H. für die sudetendeutschen Gebiete bereitgestellt²³⁾. Ja, selbst bei den wenigen, auf deutschem Volksboden ausgeführten öffentlichen Arbeiten wurden

²¹⁾ Abgedr. bei Janovsky, Das industrielle Antlitz des Sudetendeutschums in: Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde, 1. Jahrg., 1936, S. 273.

²²⁾ Dr. H. Kier, Das Ende der „größeren“ „Tschecho-Slowakei, in: Deutsches Recht, 1938, S. 407 ff. (Oktoberheft).

²³⁾ Vgl. Fochler-Hauke, a. a. O., S. 215.

in der Regel aus dem Inneren Böhmens tschechische Arbeiter herangeführt, die vor den Augen der darbenenden deutschen Kollegen die Arbeiten ausführten. So war es natürlich auch bei der Errichtung der umfangreichen Grenzbefestigungen.

Im Zuge der tschechischen nationalen Wirtschaftspolitik sind im tschechischen Gebiet auch eine Reihe von Industriezweigen der Verbrauchsgütererzeugung heimisch geworden, die es vordem dort überhaupt nicht gab. Ihre Gründung und ihr Wachsen wurde von der staatlichen Wirtschaftspolitik durch Schutzzölle und andere Einfuhrhindernisse begünstigt. Die billigeren Erzeugungsmöglichkeiten im Vergleich zum sudetendeutschen Raum, die auf niedrigem Lohn, billiger Wasserkraft, reichlichen öffentlichen Aufträgen und sonstiger Förderung beruhten, führten bald auch zu Ausfuhrbestrebungen dieser neuen tschechischen Industrien. Gleichzeitig fanden die am sudetendeutschen Markt auftretenden billigen neuen tschechischen Erzeugnisse infolge der sudetendeutschen Verarmung ein kaufwilliges Absatzfeld.

Damit bahnte sich vor der Befreiung des Sudetenlandes ein Zustand der nationalen Aufspaltung der Wirtschaft an, die in einen vom Staat mit allen Mitteln — auch verfassungswidrigen — geförderten und gepflegten tschechischen Sektor und eine beiseitegedrängte, als „unverläßlich“ verdächtige, vom demokratischen Staat benachteiligte, daher verelendende sudetendeutsche Wirtschaft zu zerfallen begann. In dem auf die Ausfuhr so sehr angewiesenen Sudetenland mußte dies verwerfliche Vorgehen der tschechischen Machthaber auch unerwünschte Rückwirkungen auf dem Gebiete des Außenhandels nach sich ziehen. In knapper Formulierung kennzeichnet F. Dobrovsky²⁴ die inneren Wandlungen, die dadurch in den Gebietswirtschaften vor sich gingen, in großen Zügen, wie folgt:

„Das Wachstum der tschechischen Industrie verdrängt das Einfuhrbedürfnis und entzieht der sudetendeutschen Ausfuhrabhängigkeit die Absatzgrundlage.

Die tschechische Industrie tritt als Wettbewerber auf den Auslandsmarkt; verringertes Einfuhrbedürfnis und zusätzliche, womöglich auch noch besonders geförderte Ausfuhr von tschechischer Seite bedeutet Verringerung der sudetendeutschen Ausfuhrfähigkeit.

Auf dem sudetendeutschen Markt erscheinen Industrieerzeugnisse tschechischer Herkunft, u. zw. solche Waren, deren Herstellung der sudetendeutschen Industrie einstmals allein vorbehalten war“²⁵.

Neben der Übersiedlung von Firmen aus dem sudetendeutschen Gebiet auf den tschechischen Volksboden und der Neugründung tschechischer Konkurrenzunternehmen der deutschen Verbrauchsgüterindustrien stand als dritte und doch wohl wirksamste Form der Entdeckung der Industriewirtschaft in der Tschecho-Slowakei die Überfremdung durch Überführung der Kapitalmehrheit in tschechischen Besitz. Dem Tschechentum

²⁴ F. Dobrovsky, Das Wirtschaftsjahr 1937 in: Sudetendeutsches Jahrbuch 1938, S. 73 ff.

²⁵ Dobrovsky, a. a. O., S. 74.

fiel bereits bald nach der Gründung der Republik eine Reihe deutscher Industriebetriebe allein dadurch in die Hände, daß der Staats- und Verwaltungsapparat ein tschechischer geworden war²⁶. Vor allem die bereits oben geschilderte Geld- und Kreditpolitik des Finanzministers Rašin und die Hilfe des Ententekapitals ermöglichten eine ausgedehnte Tätigkeit tschechischer Bankinstitute im Sinne der Überfremdung der deutschen Industrie. Besonders groß waren die Verluste in einigen Zweigen der Schwerindustrie und der Urproduktion, ferner von den Verbrauchsgüterindustrien in der Zuckerindustrie. Überwiegend deutschen Charakter hatten sich dagegen bewahrt: Textil-, Porzellan-, Glas-, Musikinstrumenten-, Papier-, chemische, elektrotechnische, Kleinmetallindustrie und von der Urproduktion der Braunkohlenbergbau²⁶. Gerade hier setzte nun aber noch kurz vor Toresschluß der Angriff ein, um anstelle des jüdischen Kapitals im nordwestböhmischem Braunkohlenbergbau, das aus Gründen des eigenen Interesses vorwiegend mit Deutschen arbeitete, das tschechische unbedingt national ausgerichtete Bankkapital zu setzen²⁷. Den Vorstoß unternahm die alte Vorkämpferin der Tschechisierung der Sudetenwirtschaft, die Živno-Bank (Živnostenska Banka-Gewerbebank), die unter ihrem Generaldirektor Dr. Jaroslav Preiß über reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügte²⁸. In einer Zeit, in der gerade zwischen der Sudetendeutschen Partei und der Regierung Hodža wichtige Verhandlungen über die Karlsbader Forderungen Konrad Henleins und die Neugestaltung der Volkstumspolitik stattfanden, erfolgte eine aufsehenerregende Besitzverschiebung im Braunkohlenbergbau, deren amtliche Veröffentlichung am 15. Juli d. Js. geradezu wie eine Bombe einschlug und in erster Linie als politisches Ereignis gewertet wurde. Es war nämlich ein Konsortium unter Führung der Živnobank gebildet worden, das von der tschechisch-jüdischen Familie Julius Petschek in Prag eine überwiegende Aktienbeteiligung an der „Nordböhmischem Kohlenwerks-A.G.“ in Brüx, ferner an der „Brüxer Kohlenwerksgesellschaft“ sowie an der Kohlenverkaufsfirma „Aussiger Montangesellschaft“ erworben

²⁶ Janovsky im „Sudetendeutschen Jahrbuch 1938“, S. 62 ff.; vgl. Adrian Schürer in „Volk und Reich“ 1938, S. 420 ff. (Juniheft).

²⁷ Ein aus der tschechischen Zeitschrift „Přítomnost“, Jahrg. 1927 entnommenes Verzeichnis der Anteilsziffern des deutschen und tschechischen Kapitals an den verschiedenen Industriezweigen der Tschecho-Slowakei, entworfen von dem tschechischen Volkswirt Hejda, wurde zuerst abgedruckt bei B. von der Decken, Die Wirtschaft der Tschecho-Slowakei (herausg. im Auftrag der Handelskammer Dresden), Verl. Duncker & Humblot, München u. Leipzig 1938, S. 311 f. Jetzt auch bei K. Witt, a. a. O., S. 55 f. Vgl. Dr. Meister, Die Wirtschaft der Tschechoslowakei, in: Oberschlesische Wirtschaft, 1938, S. 375 ff. (Augustheft). Die Ansätze von Hejda entsprachen 1938 nur noch zum Teil den tatsächlichen Verhältnissen, wobei auch zu berücksichtigen ist, daß die Eigenschaft des Kapitals als deutsches nicht in allen Fällen genau festzulegen ist.

²⁸ Preiß war schon vor dem Kriege Wortführer der „Slawischen Bank“. Heute ist er gleichzeitig auch Vorsitzender des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen und sitzt in den Verwaltungsräten vieler wichtigen Industrieunternehmen. Näheres über den Machtbereich der Živno-Gruppe siehe bei Witt, a. a. O., S. 112. Vgl. Meister, a. a. O., S. 374.

hatte. Dabei übernahm die „Nordböhmische“ den ganzen bisher Petschek gehörigen Anteil an der „Brüxer“ und wurde so die Schlüsselgesellschaft, deren Aktienmehrheit auf die Mitglieder des Konsortiums in einem besonders vereinbarten Verhältnis verteilt wurde. Den Vorsitz im Verwaltungsrat übernahm Dr. Preiss. Die „Aussiger Montangesellschaft“ wurde unter Beteiligung der Živnobank von der „Böhmischen Handelsgesellschaft“ übernommen. In der Verlautbarung über die Übereignung hieß es „Im Betrieb aller Gesellschaften wird mit den bisherigen leitenden und übrigen Kräften fortgefahren werden“. Dieser Erklärung wurde von sudetendeutschen Kreisen berechtigtes Mißtrauen entgegengebracht, und in der Tat erfolgten bereits im August bei der „Aussiger Montangesellschaft“ personelle Veränderungen im tschechischen Sinne.

Die große Bedeutung des Petschek-Konzerns für das nordwestböhmische Braunkohlenrevier ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Gruben dieses Konzerns 1937 mit 4 Millionen Tonnen fast ein Drittel der gesamten Braunkohlenförderung des Reviers lieferten. Die Belegschaft umfaßte mit etwa 7500 Kräften ebenfalls ein Drittel der Gesamtbelegschaft des Gebietes. Zur richtigen Einschätzung und Transaktion muß auch die wirtschaftliche Bedeutung des Konzerns für die von ihm abhängigen Lieferindustrien in Rechnung gestellt werden. Das politische Gewicht der Angelegenheit in den Augen der Tschechen wird durch Stimmen der tschechischen Presse gekennzeichnet, von denen wir hier zunächst das Blatt der Agrarpartei, deren Chauvinismus sonst im allgemeinen etwas gemäßigter war als derjenige der anderen Parteien, anführen wollen.

Der agrarische „Večer“ äußerte sich, wie folgt²⁹:

„Wir schreiben dieser großen Transaktion nicht nur eine außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung zu, diese Angelegenheit ist auch nicht ohne politische Bedeutung. In einem Augenblick, da es scheint, daß sich der tschechoslowakische Staat in einer kritischen internationalen Lage befindet, wird großes tschechisches Kapital unmittelbar an der Staatsgrenze eingesetzt. . . . Es wäre zu wünschen, daß dem Beispiel Preiß' alle großen Finanzanstalten folgen würden. Im Grenzgebiet dürfen wir nicht nur kleine Beamte und Arbeiter lassen. Dort muß sich das Volk mit seinen Finanzüberschüssen exponieren, dorthin müssen finanziell kräftige Leute kommen, die zu trotzen und auch die nationale Sache zu vertreten verstehen. An die Grenze gehören nicht nur Finanzwachen, Gendarmen, Polizisten und Militär. An die Grenze muß auch das Kapital kommen. Und dann wird das Land sicher sein.“

Die liberal-demokratischen „Lidove Noviny“, Brunn, beurteilten das Ereignis etwas anders:³⁰

„Für unsere Wirtschaft als Ganzes hat dieser Kauf eine große Bedeutung. Zweifellos wird durch ihn der Einfluß des tschechischen Kapitals gestärkt, andererseits bedeutet er auch eine weitere Konzentrierung des Kapitals und Einflusses in einer Hand. Wir sehen, wie sich ungeheure Wirtschaftsgebilde konzentrieren. Gerade jetzt bildet sich der ungeheure Konzern der Brünnner Waffenwerke durch Übernahme von Podbrezova und des staatlichen Grubeneigentums im Ostrauer Gebiet. Diese wirtschaftlichen Konzerne nehmen in immer größerem Maße eine Monopolstellung ein. Wir können uns nur wünschen, daß sie ihre Stellung tatsächlich im Interesse der ganzen tschechoslowakischen Wirtschaft benützen.“

²⁹ Abgedruckt in „Neues Tagbl. f. Schles. u. Nordm.“ v. 27. 1. 1938.

³⁰ N. Tagbl. f. Schles. u. Nordm. vom 17. 7. 1938.

Der politische Ausschuß der Sudetendeutschen Partei nahm gegen die Besitzverschiebung des Petschek'schen Montanbesitzes an die Živnogrube am 21. Juli in einer öffentlichen Erklärung scharf Stellung³¹. Die Partei forderte eine praktisch wirksame Sicherung des bisherigen Standes an Arbeitsplätzen und Lieferungsverträgen. „Solange in dieser Hinsicht nicht verbindliche, konkrete, wirksame Verpflichtungen von dem neuen Syndikat übernommen werden, ist die Übernahme eines Mandates in den Verwaltungsrat der Syndikatsgesellschaften unannehmbar und unvereinbar mit der Mitgliedschaft bei der Sudetendeutschen Partei oder auch nur mit der Zugehörigkeit zum völkischen Sudetendeutschtum.“

Es könnte wundernehmen, daß Dr. Preiss in einem Zeitpunkt, in dem die politische Lage in Europa in keiner Weise geklärt war, einen so kühnen Schritt in die Wirtschaft des sudetendeutschen Raumes hinein tat. Offenbar lag hier der gleiche blinde und alle gegenteiligen Tatsachen absichtlich übersehende politische Optimismus vor, der auch den Staatspräsidenten Benesch veranlaßte, alle warnenden Berichte seiner Gesandten aus Rom, Paris und London unbeachtet zu lassen. Es wurden hier Kräfte überschätzt, die sich später als ohnmächtig erwiesen, den Besitzstand der Tschecho-Slowakischen Republik zu erhalten und andere Kräfte unterschätzt, die dann die Lage im Sinne einer volksdeutschen Lösung der sudetendeutschen Frage meisterten. Der Kampfcharakter der Maßnahmen ist jedenfalls nicht zu verkennen, und es ist vor allem recht erklärlich, daß man gerade das Brůx-Duxer Braunkohlenrevier als Ansatzpunkt wählte, weil dort infolge des frühzeitigen Eindringens tschechischer Arbeitskräfte die Beimischung tschechischer Bevölkerung höher war als in allen anderen sudetendeutschen Gebieten. Hier glaubte man in den sudetendeutschen Randgürtel um Böhmen vielleicht in kurzer Zeit eine Bresche legen und noch etwas für die Tschechen retten zu können. Dagegen verzichtete man auf den Erwerb des Petschek-Besitzes im Falkenauerger Bergbaurevier, das man als rein deutsch innerlich bereits aufgegeben hatte.

Gleichfalls im Jahre 1938 fand eine ähnliche kleinere Besitzverschiebung in Nordböhmen statt, insofern die jüdische Familie Weinmann-Aussig sich von einem Teil ihres Besitzes trennte und die Gruben der „Dux-Bodenbacher Eisenbahn (Braunkohlenwerke) A.G.“ der „Tschecho-Slowakischen Agrarbank“ in Prag übereignete.

Auch außerhalb des deutschen Volksbodens kamen in diesem Jahr größere Besitzverschiebungen und Konzernumbildungen in der Tschecho-Slowakei zustande. So erwarb im mittelböhmischen Steinkohlenrevier (Kladno) die „Poldihütte A.G.“ 50 v. H. des Aktienkapitals der „Englisch-Böhmischen Steinkohlen A.G.“ von der Familie Weinmann, der die andere Hälfte der Aktien verblieb. Auch innerhalb des staatlichen Industriebesitzes wurden in diesem Sommer Umgruppierungen vorgenommen. Zwei Eisen- und Stahlwerke in der Slowakei (Podbrezova und Tisovec) und zwei Steinkohlengruben im Ostrauer Revier (Eugen und Vaclav) wurden der Form nach entstaatlicht und gingen an eine neue A.G. über, deren Aktienmehrheit die „Tschechoslowakische Waffenwerke A.G.“ in Brünn („Zbrojovka“) übernahm, deren Mehrheit sich allerdings auch in der Hand des

³¹ N. Tagbl. f. Schles. u. Nordm. vom 22. 7. 1938, vgl. Meister, a. a. O., S. 377

Staates befindet³². Man wird hinter diesen Umgestaltungen der Kapitalverteilung z. T. Einwirkungen des Auslandskapitals, z. T. staatliche Finanzierungsmaßnahmen erblicken können, worauf hier nicht näher einzugehen ist.

All die Zwangsmaßnahmen, Boykottaktionen, Erpressungen, Schikanen, Listen und Verlockungen der Tschechen, die die sudetendeutsche Wirtschaft ständig mehr bedrängten und unterhöhlten, wirkten sich natürlich auch in dem gewollten Sinne aus. In weitem Umfang mußte von einem „sudetendeutschen Industriefriedhof“ gesprochen werden. Wenn auch nicht wenige sudetendeutsche Unternehmer durch Zähigkeit und Geschick allen Anfechtungen die Spitze zu bieten wußten und wenn sogar der Fabrikant Kunert in Warnsdorf seine „Kunert-Strümpfe“ zu einem begehrten Markenartikel machen konnte, so fielen sehr viele den Schwierigkeiten, namentlich in der Zeit der Krise 1932/33 zum Opfer. Auf tschechischem Boden war schließlich nur etwa jede 20. Fabrik, auf sudetendeutschem aber seit der Krise jede 3. oder 4. stillgelegt, und der Rest hatte vielfach Kurzarbeit. Dazu kamen im tschechischen Wirtschaftsgebiet zahlreiche neue Unternehmungen, während im Sudetenland Neugründungen überhaupt nicht erfolgten, vielmehr noch Betriebe herausverlegt wurden, ferner wirkte sich die Tschechisierung durch Überfremdung aus. Während die Sudetendeutschen von 1918 bis 1934 4111 industrielle Betriebe verloren haben, verzeichneten die Tschechen im gleichen Zeitraum einen Gewinn von 4552 industriellen Unternehmungen³³. Wie sich in einer einzelnen sudetendeutschen Industriestadt dies Industriersterben ausgewirkt konnte, wurde oben an dem Beispiel Mährisch-Schönbergs gezeigt, das seit 1930 12 Betriebe durch Stilllegung oder Abwanderung verloren hat.

Der langfristig geplante und unter dem Eindruck der Ereignisse des Jahres 1938 beschleunigte tschechische Feldzug gegen die sudetendeutsche Wirtschaft wirkte im Grunde — das kann man vom heutigen Standpunkt aus wohl sagen — als eine Art Vorbereitung für das, was dann gekommen ist, für die endgültige Trennung der beiden Wirtschaftskörper durch die neue Staatsgrenze. Was die tschechischen Chauvinisten wollten, ist in der Zeit vom 1.—10. Oktober 1938 vollzogen worden: die sudetendeutsche Wirtschaft wurde außerhalb des Rahmens der tschecho-slowakischen Wirtschaft gestellt. Freilich nicht, um zu verelenden und zu Grunde zu gehen, sondern, um vom fremden Joch befreit, unter volkseigener Führung und Staatshoheit emporzublühen.

Die Verlegung tschechischer und jüdischer Betriebe aus dem deutsch gewordenen Gebiet in die Rest-Tschecho-Slowakei wird auch unter den veränderten Bedingungen noch eine Zeitlang ihren Fortgang nehmen und ist im Interesse der nationalen Säuberung zu begrüßen³⁴.

³² Vergleiche die Erwähnung der Transaktion in der oben herangezogenen Pressestimme der „Lidove Noviny“.

³³ Fochler-Hauke, a. a. O., S. 215.

³⁴ Einige Angaben darüber in dem Aufsatz von Dr. J. Swart, Wo steht die Tschecho-Slowakei? in: Bresl. N. N., Handels- und Wirtschaftszeitung vom 6. 11. 1938. Vgl. auch Berl. Tgbl., Handelszeitung, vom 25. 10. 1938 (Prager Restaurations-Pläne“).

Die Überfremdung hat ihren Stachel verloren: Volk, Staat und Bewegung im befreiten Sudetenland sind in der Lage, jeden schädlichen Einfluß des tschechischen Kapitals auf die Betriebe, namentlich in der Personalpolitik, auszuschalten, wo nicht das eingedrungene Fremdkapital lieber ganz den Rückzug antritt.

OTTO VON FRANGES

DIE INDUSTRIALISIERUNG JUGOSLAWIENS

Die Bauernstaaten Südosteuropas befinden sich in einem Evolutionsprozeß, welcher letzten Endes ihren Aufstieg von reinen Agrarstaaten zu Agrar-Industriestaaten zur Folge haben wird. Es handelt sich dabei um eine Strukturwandlung ihrer Wirtschaft in ihrem ganzem Umfange, um eine Umstellung des Schwerpunktes ihrer Erzeugung im allgemeinen, aber auch ihrer mehr oder weniger weit gehenden Loslösung von ihrer bisherigen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Industriestaaten des Westens Europas. Die Verbundenheit, welche die Agrarstaaten mit den Industriestaaten schon vor dem Kriege in gegenseitiger Ergänzung ihrer Produktionen aneinander wies, hört damit nicht auf zu bestehen, sie ändert sich nur in ihrer Form und ihrem Inhalt nach. Daß dies planmäßig und mit den geringsten Opfern geschähe, ist Aufgabe der dazu berufenen amtlichen Stellen. Die neuen Handelsverträge sichern durch ihre Bestimmungen bezüglich der regelmäßig wiederkehrenden gemeinsamen Beratungen besonderer Delegierten-Konferenzen die Möglichkeit einer laufenden Anpassung der gegenseitigen Handelsbeziehungen an die sich stetig ändernden Bedürfnisse der Produktion und des Güteraustausches. Die Anpassung kann nicht durch Hemmungen der Erzeugung erfolgen, sie kann nur in der Förderung derselben wirksam werden. Alle theoretischen Beweisführungen, daß die Agrarländer am besten fahren, wenn sie ihre Agrarproduktion ausbauen und die Erzeugung von Industriegütern den Industrieländern überlassen, wie sie seit A. Smiths und B. Ricardos Zeiten bis heute von den Vertretern des klassischen Liberalismus geführt und verfochten werden, werden gegenstandslos, sobald sie auf die tiefsten Triebkräfte der wirtschaftlichen Lebensäußerungen der Bauernstaaten Südost-Europas stoßen. Die Industrialisierung dieser Länder im allgemeinen und Jugoslawiens im besonderen ist nicht die Folge von abstrakten Spekulationen sondern das Resultat von mit elementarer, unwiderstehlicher Kraft vorstoßender Bedingtheiten ihrer Lebensformung.

Die Zwangsläufigkeit dieser Bedingtheiten kann entsprechend gewürdigt werden, wenn ihre Elemente erkannt und und ihrem dynamischen Werte nach beurteilt werden können. Wir wollen im nachstehenden versuchen, vorerst die Triebkräfte zu schildern, welche

Jugoslawien zur Industrialisierung führen, danach die Folgeerscheinungen dieser treibenden Kräfte, den derzeitigen Stand und die Entwicklungstendenzen der jugoslawischen Industrie aufzeigen, um schließlich auf die sich daraus ergebenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen kurz hinzuweisen.

Die Triebkräfte und Ursachen der Industrialisierung Jugoslawiens

Jugoslawien ist bekanntlich ein Agrarland. Die Mehrzahl seiner Bewohner sind Landwirte: von 15,4 Millionen (1937) entfallen 11,7 Mill. d. h. 75,9 v. H. auf solche, welche mit ihren Familienmitgliedern Landwirtschaft betreiben und davon leben müssen. Der größte Teil des Nationaleinkommens stammt aus der Landwirtschaft (im J. 1936 entfielen von insgesamt 42,3 Milliarden Dinar des volkswirtschaftlichen Einkommens auf landw. Erzeugnisse 22,99 Milliarden Din. d. h. 54,3 v. H.), alle industrielle und gewerbliche Produktion hängt letzten Endes von der Konsumfähigkeit der Landbevölkerung ab, im Güteraustausch mit dem Auslande, überwiegt wertmäßig weitaus die Ausfuhr von land- und forstwirtschaftlichen Produkten (vom Gesamtwert der Ausfuhr in Höhe von 6,27 Mill. Din. entfielen auf diese Erzeugnisse 4,2 Mill. Din., d. h. 66%). Überflüssig zu sagen, daß auch der soziale Aufbau, das Volksbrauchtum, die moralischen und ethischen Grundlagen des Volksganzen mit der agrarischen Struktur des Landes im vollkommenen Einklang stehen.

Die Landwirtschaft war in Jugoslawien noch zu Ende des letzten Jahrhunderts in seinem der Fläche nach größten Teile vollkommen patriarchalisch. Es war eine reine Selbstversorgungswirtschaft wie wir sie aus den frühen Stufen des Kapitalismus im westlichen Europa allgemein kennen. Nur in den heutigen nördlichen Teilen des Landes war die Landwirtschaft höher, zum Teile sogar sehr hoch entwickelt. Als nach dem Zusammenschluß des jungen Staates Süden und Norden vereint wurden, ergab sich das seltsame Bild, daß innerhalb des neuen Rahmens alle Wirtschaftsstufen des landwirtschaftlichen Betriebes vertreten waren: neben einer echten Nomaden-Weidewirtschaft im Süden finden wir geregelte Feldgraswirtschaften im Zusammenhang mit Alpungen und Brandgraswirtschaften in Waldgebieten, weiter die Körnerwirtschaft in ihren einfachsten Formen als Ein-, Zwei- und Dreifelderwirtschaft in jener Art, wie sie noch von den Römern geübt wurde und schließlich Fruchtwechsel- und hochentwickelte Industriewirtschaften im Norden des Landes. Die Buntheit des Bildes wird noch erhöht durch nationale und religiöse Differenzierungen in der Zielsetzung der Wirtschaftsführung, in dem Kulturniveau der verschiedenen Gebiete und der davon abhängigen Aufnahmefähigkeit für Anregungen, welche eine Besserung der Wirtschaft und der Lebensbedingungen bezwecken.

Zu diesen mehr oder weniger naturgegebenen Verschiedenheiten kamen nun die Anforderungen, welche die Schaffung des neuen, auf modernen rechtlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen aufzubauen-

den Staates an alle Bevölkerungsschichten stellte. Die Bauernschaft mußte vorerst ihre Selbstversorgungswirtschaften schrittweise auf Marktwirtschaften umstellen, sie mußte sich mit den Regeln der Kredit- und Geldwirtschaft vertraut machen, ihre althergebrachten arbeitsteiligen Familienbindungen (die Hauskommunion, Zadruga) preisgeben, um in der Einzelwirtschaft jeder für sich den Kampf um die Existenz als Landwirt und Bauer aufzunehmen und dabei nur all zu oft zu unterliegen. Das, was der westeuropäische Bauer im langsamen Werdegang durch einige Jahrhunderte erlebte und wo er sich ganz allmählich hineinfand, drängte sich in Jugoslawien in den Zeitraum einer einzigen Generation zusammen, — was Wunder, daß dieser sprunghafte Übergang sehr viele wirtschaftliche Existenzen zu Fall brachte, daß althergebrachte wirtschaftliche Bindungen zwischen Stadt und Land zerrissen und neue, wesensfremde, sich noch nicht eingelebt haben.

Zu all den Schwierigkeiten, mit denen sich der jugoslawische Bauer auseinander zu setzen hat, kommt noch eine von entscheidender Wichtigkeit: die zunehmende Übervölkerung auf dem Lande. Da die Tatsache und die Folgen der Übervölkerung als wichtigste Triebkräfte der Industrialisierung nicht nur in Jugoslawien sondern der Bauernländer Südosteuropas überhaupt erst dann voll erfaßt werden können, wenn sie zahlenmäßig klargestellt werden, so wollen wir uns mit diesen Tatsachen etwas eingehender bekannt machen.

Jugoslawien zählte Ende 1937: 15 400 000 Einwohner, es entfielen sonach auf die gegebene Fläche von 247 542 km² je 1 km² 60,1 Bewohner (1931: 56,3, 1921: 48,4). Die Zunahme der Geburten über die Zahl der Todesfälle hinaus beträgt jährlich zwischen 12,25 bis zu 16,52 je 1000 Einwohner. Jugoslawien hat demnach mit einer ständigen Zunahme seiner Bevölkerungszahl zu rechnen und zwar steht es mit dieser Zunahme an der Spitze der Staaten Europas, denn diese wird für die Jahre 1930—1960 wie folgt berechnet (nach Reithinger: *Le visage économique de l'Europe*. Paris 1937):

Jugoslawien	32,5 v. H.
Rumänien	32,2 „
Bulgarien	31,3 „
Holland	20,7 „
Deutschland	5,6 „
England	3,0 „
Frankreich	— 9,9 „

Während die Zahl der Bevölkerung je km² der Gesamtfläche in Jugoslawien durchaus nicht auffallend groß ist, ändert sich das Bild vollkommen, sobald wir das Verhältnis der Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur verfügbaren kultivierbaren Fläche (Acker, Wiesen, Weiden, Gärten) in Jugoslawien mit den gleichen Zahlen in anderen Staaten Europas vergleichen. Danach entfallen¹:

¹ Siehe: *Comptabilité agricole: Recueils de statistiques pour 1929/30*. Institut international d'agriculture. Rome 1933.

Staat	Einwohner auf 1 km ² der Gesamtfläche	Landwirte auf 1 km ² der kultivierbaren Fläche	Der prozentuale Anteil der Land- wirte a.d.Gesamt- einwohnerzahl
England	193	7,43	3,02
Frankreich	76	—,—	20,21
Holland	245	26,71	—,—
Dänemark	83,20	33,97	31,10
Schweiz	98,70	44,75	25,29
Deutschland	139	47,63	22,10
Polen	82,80	65,66	61,57
Rumänien	61,21	81,59	79,88
Bulgarien	58,80	96,62	74,77
Italien	133,80	90,47	51,92
Jugoslawien	56,3	81,6	76,2

Wenn zu dem oben ausgewiesenen Anteil der Landwirte von 76,2 v. H. der Zahl der Bevölkerung noch jene Industriearbeiter hinzugezählt werden, die mit ihrem Dorfe in dauernder Verbindung bleiben, so erhöht sich dieser Anteil auf 82%, womit Jugoslawien an die Spitze der „Agrarstaaten“ Europas tritt. — Um auf dem Wege des Vergleichs zu einem möglichst einprägsamen Bilde der ländlichen Übervölkerung Jugoslawiens zu gelangen, soll erwähnt werden, daß z. B. in Dänemark von der gesamten kultivierten Fläche 62,1% auf Äcker, 9,7% auf hochkultivierte Wiesen und Weiden, in Jugoslawien hingegen auf Äcker bloß 30,2% und auf Grasland 24,8% entfallen. In Dänemark wurden im Durchschnitt der zehn Jahre 1926/36 je ha 27,0 Doppelzentner Weizen geerntet, in Jugoslawien im gleichen Zeitraume 14,6 Doppelzentner. — Wie aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht, entfallen nur in Bulgarien und Italien mehr Bewohner auf 1km² kultivierbaren Boden als in Jugoslawien, wenn wir jedoch die landwirtschaftlichen Berufselemente auf die reine Ackerfläche beziehen, so ergibt sich, daß hier auf einen km² zwischen 148,0 und 301,2 Bewohner entfallen, im dalmatinischen Küstenlande sogar 564,5! Es ist dies mehr als in irgend einem sonstigen Gebiete Europas, nur auf Java und in den dichtest bevölkerten Gebieten Chinas finden wir annähernd ähnliche Bevölkerungsdichten.

Wir können für das Bestehen einer ländlichen Übervölkerung in Jugoslawien auch direkte Beweise erbringen. Vor allem wird die Übervölkerung durch ihr Grundelement, das ungünstige Verhältnis zwischen produktivem Boden und den darauf und davon Lebenden erwiesen: 67,8 v. H. aller landwirtschaftlichen Betriebe besitzen weniger als 5 ha produktiven Boden, wobei die Zahl der Familienmitglieder bei 26,7 v. H. aller Betriebe zwischen 6—25 liegt, während 73,3 v. H. der Bauernbesitzer bis zu 6 Familienmitgliedern zählen. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß dieses geringe Flächenausmaß die verhältnismäßig große Zahl von „Essern“ der Bauernfamilie nicht genügend ernähren kann, um so weniger, als das Verhältnis zwischen bloßen „Essern“ und den produktiven Arbeitskräften durchweg ungünstiger ist, als in Ländern mit höherer landwirtschaftlicher Kultur im Westen Europas. Vergleichsweise erwähnen wir, daß in Deutsch-

land die größte Zahl (34,8 v. H.) der Bauerngüter über eine Fläche von 5—20 ha verfügt, in Dänemark liegt das Maximum bei 10—60 ha (41,5 v. H.), in Estland zwischen 10—50 ha (52 v. H.).

Wie wenig die vorhandene produktive Fläche in bestimmten Gebieten Jugoslawiens dem primitivsten Erfordernis eines in sich ausgeglichenen landwirtschaftlichen Betriebes, d. h. der gesicherten Ernährung von einer Ernte bis zur nächsten genügt, beweist die Tatsache, daß im Vrbas-Banate 45,93 %, im Zeta-Banate 59,5 % und im Küstenlande 73,78 % aller Bauern sich von ihren Wirtschaften nicht durch die Zeit von einer Ernte bis zur nächsten selbst ernähren können, sondern alle diese Klein- und Zwergbetriebe Zukaufswirtschaften sind, welche ihren Nahrungsbedarf durch Erwerb außerhalb ihrer Wirtschaft decken müssen. Diese Kleinbauern müssen einen Nebenerwerb betreiben, wenn sie sich und ihre Familien erhalten wollen, und sie tun es auch, sobald sich eine Arbeitsgelegenheit, welcher Art auch immer, bietet, weil sie auf ihre eigenen Hüfe die vorhandene Arbeitskraft nicht ausnützen können. Nur in den fruchtbaren Talniederungen und in der großen Donauebene wird die vorhandene Wasserkraft voll ausgenutzt und oft auch noch durch gemietete Arbeitskräfte ergänzt, in allen anderen Gebieten wird sie nicht voll ausgenutzt. In der Mehrzahl der Fälle — d. h. auf Besitzgrößen bis zu 5 ha mit 2,5—2,8 Arbeitseinheiten je Betrieb, wie es bei 67,8 v. H. aller Betriebe der Fall ist — kommen auf eine Arbeitseinheit im reinen Ackerbaubetrieb nur 45 bis 52 Arbeitstage im Jahre, welche Zahl in den verhältnismäßig dichtest besiedelten Gebieten bis auf 11—41 Arbeitstage im Jahre fällt. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Bauer in diesen ärmsten Landesteilen auf der faulen Haut liegt und sich untätig seinem Schicksal überläßt. Das ist natürlich nicht der Fall, er muß ja neben der Bestellung seines Ackers, der im Karst immer in kleine, sehr zerstreut liegende Teile zerfällt, die in schwer zugänglichen Karsttrichtern (ponikve, vrtače) liegen und deshalb mehr Arbeitsaufwand erfordern als die gleich große zusammengeschlossene Fläche in fruchtbaren Ebenen, auch noch sein Vieh auf den dürrtigen Karstweiden meilenweit treiben, um es mit Nahrung und Wasser zu versorgen, er muß aus den Machien und abgestockten Waldflächen die Reste von Brennholz mühsam sammeln und stundenweit nach Hause schaffen, und schließlich muß er seine Arbeitskraft außerhalb der eigenen Wirtschaft verdingen, um die nötigen Barmittel für den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Wohnung, für die Staatssteuern, Gemeindeabgaben usw. aufzubringen. Zumeist erfolgt die zusätzliche Verwertung der Arbeitskraft bei Straßen- und sonstigen Erdarbeiten im nächsten Gebiete des Bauernhofes, nur 8 v. H. der Bauernbevölkerung kommen bei der Arbeitssuche über den Bereich des zuständigen Banats heraus und gehen zur Stadt, um dort Verdienst zu finden. Diesen Weg gehen nicht nur bodenständige Bauern sondern ihn müssen auch tausende von landwirtschaftlichen Arbeitern, welche durch das Zerschlagen der Großbetriebe im Zuge der Agrarreform die bisherigen Verdienstmöglichkeiten verloren haben, gehen. Der Jahresverdienst, welcher auf diesem Wege erworben werden kann, beträgt bei den einen und den anderen so viel, daß auf den

Kopf der Familie pro Tag kaum 1 Dinar entfällt, denn auch hier waltet das Gesetz von Angebot und Nachfrage und drückt den Geld- und Reallohn weit unter ein menschenwürdiges Minimum hinab.

Wir haben im vorstehenden absichtlich die Tatsachen der Übervölkerung auf dem Lande ausführlicher geschildert, um die Notwendigkeit einer Besserung der bestehenden Verhältnisse möglichst einprägsam zu begründen. Natürlich gibt es neben den eben geschilderten Verhältnissen in Jugoslawiens dürrigsten Gebieten mit überwiegenden Zukaufswirtschaften auch noch sehr ausgedehnte Gebiete, die wirtschaftliche Überschüsse in solchen Mengen erzeugen, daß davon nicht nur die eigenen passiven Gebiete in Jugoslawien voll versorgt werden können, sondern auch noch reichlich Marktgüter für die Ausfuhr produziert werden. Dennoch müssen wir in der Übervölkerung und in der damit zusammenhängenden ungenügenden Ausnützung der Arbeitskraft auf dem Lande die stärkste Triebfeder zur Industrialisierung Jugoslawiens erkennen, da nur durch diese den sozialen Übelständen, welche daraus erwachsen, rasch und dauernd abgeholfen werden kann. Gewiß gibt es noch viele andere Wege um dieses Ziel zu erreichen, aber keiner führt so rasch und vollständig zum Erfolg. Als Wege, die in Betracht kommen, seien die Intensivierung des Ackerbaues, die Besserung der Viehhaltung, der Übergang zu Kulturen, die einen erhöhten Arbeitseinsatz lohnen, die Verbesserung des Hausgewerbes und die Hebung seiner Rentabilität, Schaffung von Neuland zu Kolonisationszwecken, durch Meliorationen, Kommassationen, Umwandlung von Wald in Ackerland, planmäßige, großzügige Straßen- und Eisenbahnbauten usw., erwähnt. So sehr alle diese Maßnahmen nicht nur erwünscht, sondern unbedingt durchzuführen sind, wenn eine dauernde Besserung der Lage erreicht werden soll, so sehr muß berücksichtigt werden, daß ihre Durchführung nicht nur viel Geld erfordert, sondern daß die wirksamsten davon (die Intensivierung und Umwandlung der Landwirtschaft, Umwandlung des Waldbodens in Acker und Grasland, Meliorationen) so viel Zeit erfordern, daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung der Besserung der Verhältnisse in bezug auf die Übervölkerung die Waage halten dürfte.

Neben der sozusagen naturgegebenen dynamischen Kraft der Übervölkerung bestehen in Jugoslawien selbstverständlich noch alle, in allen Teilen der Welt werbend wirkenden Triebkräfte zur Industrialisierung. Vor allem ist es der Wunsch, vermittels der vorhandenen ungehobenen Bodenschätze die Möglichkeiten für eine außergewöhnlich hohe Verzinsung von Kapitalien zu schaffen, welche zur Gründung von Industrieunternehmen führt. Schutzmaßnahmen, welche in Form von Zöllen, staatlichen Begünstigungen bei der Errichtung von Industrien, Steuer- und Abgaben-Erleichterungen für größere Zeiträume oder auf unbegrenzte Zeit usw. gewährt werden, regen die Schaffung von neuen Industrien mächtig an. Wir brauchen uns bei diesen Vorgängen nicht weiter aufzuhalten, zumal die in Jugoslawien angewandten Methoden fast vollkommen jenen gleichen, welche in der kapitalistisch-liberalistischen Zeitepoche ganz allgemein in allen Staaten mehr oder weniger Anwendung fanden. — Zu ihnen kommt noch das — auch nicht originäre — Motiv der Landesverteidigung, welches

zu bestimmten Produktionen drängt und den Anlaß für den Ausbau neuer Industrien bietet.

All das sind praktisch-sachliche Motive der Industrialisierung Jugoslawiens, und nur diese sind und waren entscheidend für deren Entwicklung: Dennoch glauben wir, auch die theoretische Seite des Problems — wenn auch nur in knappster Form — würdigen zu müssen, und zwar nicht so sehr um den Vorgang der Industrialisierung zu rechtfertigen, als vielmehr um zu zeigen, daß die theoretisch möglichen Befürchtungen bezüglich der sozialen und wirtschaftlichen Folgen bisher nicht eingetreten sind.

Wir wollen vorerst den prominentesten Volkswirtschaftler des Balkans, M. Manoilescu, den „rumänischen List“, wie Brinkmann² ihn nennt, zu Worte kommen lassen, da er der erste und erfolgreichste theoretische Verfechter der Industrialisierung der Südostländer Europas ist, welche seiner Ansicht nach unter dem Schutze von protektionistischen Maßnahmen der Regierungen unter Einschränkung der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel durchzuführen wäre. Manoilescu sagt: „Ricardo hatte zu Unrecht angenommen, daß man die Wirtschaftstätigkeit dort konzentrieren müsse, wo man dem Ausland gegenüber eine komparative Überlegenheit hat, sondern es ist eine Konzentration in jenen wirtschaftlichen Tätigkeiten erwünscht, welche die größte Arbeitsproduktivität darstellen“³. „Wenn in einem Lande zwei Waren mit verschiedener Arbeitsproduktivität erzeugt werden, so ist es für dieses Land vorteilhaft, auf die Erzeugung einer Ware, welche eine geringe Arbeitsproduktivität aufweist zu verzichten und sich lediglich der Erzeugung der Ware von großer Arbeitsproduktivität zuzuwenden, selbst wenn die erstere Ware in ihrer Erzeugung eine absolute oder relative Überlegenheit dem Auslande gegenüber aufweist. Diese Anschauung drängt zur Förderung der industriellen Tätigkeit und nicht — wie Ricardos berühmtes Beispiel des Güteraustausches zwischen England und Portugal nachweisen will — zur Förderung der landwirtschaftlichen Tätigkeit.“

Zu diesen Anschauungen des Verfassers der „Theorie du protectionisme“ (Paris 1927) stehen anscheinend im diametralen Gegensatz jene der liberalistischen Volkswirtschaftler, die die Grundanschauungen der klassischen Lehre in die neue Weltordnung herüber retten wollen und in ihrem Kampfe wohl auch Zustimmung und Erfolge aufweisen können. Es kann nicht Aufgabe dieser Darstellung sein, auch nur die Grundlinien der Theoreme, Doktrinen und Ansichten, um welche der Kampf geht, anzuführen. Wir beschränken uns darauf, Ansichten von solchen Volkswirtschaftlern vorzubringen, welche zu einer Überbrückung der Gegensätze zu führen scheinen. So sagt einer

² C. Brinkmann: „Mihael Manoilescu und die klassische Außenhandelstheorie“. Weltwirtschaftliches Archiv, 48. Bd., Heft 2, 1938.

³ M. Manoilescu: Die nationalen Produktivkräfte und der Außenhandel. Berlin 1937, S. 187. Als „Arbeitsprodukt“ wird der von einem Arbeiter in einem Arbeitsjahr produzierte durchschnittliche Nettowert angesehen (S. 70) nach der Formel: $A \times P$, wobei A die aufgewendete Arbeitsmenge und P den Wert des Produktes bedeuten.

der entschiedensten Verfechter des Liberalismus, G. Haberler⁴, indem er die ursprüngliche Auffassung der Ricardo'schen Lehre der komparativen Kosten teilweise eliminiert: „Das Austauschverhältnis zwischen je zwei Gütern wird bestimmt durch das Verhältnis jener Mengen, die das Produkt gleichwertiger, d. h., an der Grenze durch einander ersetzbarer Produktionsmittel, sind“. Die Wichtigkeit des Arbeitsfaktors wird dabei immer wieder anerkannt und schließlich zugegeben, daß „die Möglichkeit ins Auge zu fassen sei, daß durch den internationalen Handel solche Wirtschaftszweige gefördert werden, in denen der Faktor „Arbeit“ überhaupt eine geringe Rolle spielt. Mit anderen Worten, daß ein Land in den arbeitsintensiveren Wirtschaftszweigen einen komparativen Nachteil hat. Wenn das der Fall ist, sinkt infolge der internationalen Arbeitsteilung die Grenzproduktivität der Arbeit im Verhältnis zu der der anderen Produktionsfaktoren. Wicksell z. B. ist der Ansicht, daß das bei Agrarstaaten zutreffen kann, weil die Landwirtschaft weniger arbeitsintensiv ist als die Industrie. Er hält es für denkbar, daß dort Industriezölle das Realeinkommen der arbeitenden Klassen nicht nur relativ zu den anderen Einkommenszweigen sondern auch absolut erhöhen.“⁵ Bezüglich des — unter dem Schutze des Protektionismus regelmäßig stattfindenden Kapitalsimportes in die sich industrialisierenden Staaten bemerkt Haberler⁶, daß die Einflüsse eines (damit verbundenen) Schutzzolles anfänglich eine günstige Wirkung auf die Arbeitslosigkeit haben können, daß sich die günstigen Wirkungen aber auf die erste Zeit nach der Einführung zusammendrängen. Die Kapitaleinfuhr verbessert die Zahlungsbilanz, schafft einen weiteren Spielraum für eine risikolose Kreditexpansion und verstärkt die inflationistische Wirkung des Zolles. Die stimulierende Kraft muß sich jedoch bald ausgeben, und es verbleiben dann nur die schädlichen Folgen des Zolles, die dauernde Belastung des Verbrauchers mit hohen Preisen und die Beeinträchtigung des Volkseinkommens.“

Wir wollen hier gleich bemerken, daß der letztangeführte Einwand der „dauernden Belastung des Verbrauchers mit hohen Preisen als Folge des Schutzzolles und die Beeinträchtigung des Volkseinkommens für Jugoslawien insofern nicht zutrifft, als die Ausweitung der meisten neuen Industrien hier unter dem Schutz von Zöllen stand, welche seit der Gründung des Staates schon in Kraft stehen und deshalb keine „neue“ Belastung der Konsumenten darstellen, zumal die Preise z. B. von Textilien unter diesem Schutze wesentlich zurückgegangen sind. Ebenso kann man in diesem Falle auch von keiner Beeinträchtigung des Volkseinkommens sprechen, weil diese durch den vervielfachten Wert der Produktion mehr als kompensiert wird und das Volkseinkommen durch die Einstellung bisher ungenützter Arbeitskraft-Reserven erheblich gestiegen und nicht gefallen ist. — Für Jugoslawien gilt vollinhaltlich das, was Beckerath als Ausnahme von der von ihm sonst verfochtenen gegenprotektionistischen

⁴ G. Haberler: Der internationale Handel. Berlin 1933, S. 137.

⁵ ibidem, S. 146.

⁶ ibidem, S. 204.

Anschauung ansieht, und zwar: „... die Erfahrung der Unsicherheit der internationalen Austauschordnung dürfte auch bei grundsätzlicher Bejahung der internationalen Verkehrswirtschaft, Bestrebungen rechtfertigen, die innervolkswirtschaftlichen Austauschbeziehungen auf Kosten der weltwirtschaftlichen in allen Fällen zu stärken, in denen das ohne allzu große wirtschaftliche Opfer möglich ist, und in denen es mit nicht allzu hohen Zöllen, welche die Rahmen des internationalen Verkehrs wirtschaftlich nicht sprengen, geschehen kann.“⁷

Wir könnten noch eine ganze Reihe von Beispielen anführen, welche beweisen, daß derzeit auch in der liberalistischen theoretischen Nationalökonomie vielfach zugegeben wird, daß insbesondere für die speziellen Fälle der Agrarländer im Südosten Europas tatsächlich die Industrialisierung selbst unter dem Schutze von protektionistischen Maßnahmen als volkswirtschaftlich berechtigt angesehen wird. Man darf dabei nicht annehmen, daß diese Länder nunmehr unter vollkommener Verleugnung aller freihändlerischen Grundsätze einer Industrialisierung mit autarkischen Zielsetzungen zustreben. Eine solche Annahme wäre grundfalsch, weil sich die weltwirtschaftlichen Verflechtungen der südosteuropäischen Bauernländer nicht ohne weiteres auflösen lassen, sondern in ihrer zwangsläufigen Verbundenheit mit den Industriestaaten des Westens diese um jeden Preis aufrecht erhalten wollen und müssen. Das, was wir als „Industrialisierung der Agrarländer“ und in unserem speziellen Fall als Industrialisierung Jugoslawiens bezeichnen, umfaßt zur Zeit erst einige Zweige der Industrieerzeugung, und zwar einen, gegenüber dem Bedarfe an Industrieerzeugnissen und einer generellen, allgemeinen Industrialisierung relativ recht kleinen Ausschnitt derselben. Die Grenzen dieses Ausschnittes sind verhältnismäßig eng gezogen, wir werden sie am besten erkennen, wenn wir uns die Tatsachen der bisherigen Industrialisierung, ihren derzeitigen Stand und ihre Entwicklungstendenzen vor Augen führen.

Die Tatsachen der Industrialisierung Jugoslawiens

Es kann nicht Aufgabe dieser Schilderung sein, die Industrie Jugoslawiens analytisch zu zergliedern und die einzelnen Zweige derselben eingehend zu schildern. Wir müssen uns darauf beschränken, dies nur insoweit zu tun, als notwendig erscheint, um die Industrialisierung als Ganzes und im allgemeinen als Zielsetzung der Wirtschaftspolitik Jugoslawiens nach ihrem derzeitigen Stand zu erkennen und Tendenzen einer weiteren Entwicklung festzustellen.

Nach den dürftigen und unvollständigen statistischen Daten aus der Vorkriegszeit, die auf den Rahmen der damaligen, heute nicht mehr bestehenden Staats- und Landesgrenzen zugeschnitten sind,

⁷ H. v. Beckerath sagt dies in der Einführung zu der vollkommen freihändlerischen Schrift G. Haberlers: *Liberaler und planwirtschaftliche Handelspolitik*. Berlin 1934, S. X. — Siehe auch die Rede Beckeraths im Convegno Volta in „Convegno di scienze morali e storiche, Roma 1933.

kann angenommen werden, daß auf dem heutigen Gebiete Jugoslawiens vor dem Kriege folgende Zahl von Industrien bestand⁸: in Serbien 465 Betriebe, im ehemaligen Gebiete Österreichs (Slowenien, Steiermark, Dalmatien) 335 Betriebe, im ehemaligen Gebiete der hl. Stefanskronen (Kroatien, Slawonien, Vojvodina) 156 Betriebe, in Bosnien und der Herzegowina 471 Betriebe.

Zu diesen Zahlen muß bemerkt werden, daß als „Industrien“ in Serbien Betriebe bezeichnet wurden, welche mindestens 15 Arbeiter und einen mechanischen Motor oder mindestens 25 Arbeiter ohne Motor beschäftigten. In den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie war für die Beurteilung, ob ein Betrieb als gewerblich oder als industriell anzusehen sei, vor allem der Umstand maßgebend, ob die Erzeugung im arbeitsteiligen Wege mit Kraftantrieb erfolgte oder nicht, wobei die Anzahl der Arbeiter nicht entscheidend maßgebend war.

Die Kriterien für die Klassifikation der Betriebe, welche noch vor dem Kriege in Serbien bestanden, wurden mit dem Gesetz vom Jahre 1935 betreffend die Arbeitsstätten, auf das ganze Gebiet des Königreichs ausgedehnt, wodurch zahlreiche bisher als „Industrien“ statistisch ausgewiesene Betriebe in den früheren Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie aus dem Verzeichnis der Industrien gestrichen wurden. Diese Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn wir die nun folgenden tabellarischen Übersichten über die Wandlungen der Zahl der industriellen Betriebe in Jugoslawien in der Zeit von 1929 (dem Jahr der ersten statistischen Erhebungen) bis 1936 richtig beurteilen wollen.

Zahl der Industrien am 31. 12. 1936 (und 31. 12. 1929).

Im Bereiche der Industrie-Kammer von

Industrien	Lublana Laibach	Zagreb Agram	Sarajewo Serajewo	Novisad Neusatz	Banjaluka	Beograd Belgrad	Split	Dubrovnik Ragusa	Podgorica	Skoplje	Insgesamt
	Zahl der Industrie-Betriebe										
Landwirtsch. u. Ernähr.	40	122	55	299	7	219	58	12	8	63	883
Holz	84	127	95	20	15	39	5	1	2	8	396
Bergbau	5	17	13	1	5	24	26	—	4	8	103
Metallurgie	42	37	8	41	—	45	—	—	—	9	182
Chemie	34	47	8	19	3	31	2	4	2	12	162
Leder und Schuhe	28	15	2	7	—	26	—	—	—	2	80
Textilien	82	92	16	98	2	57	3	—	—	13	363
Papier und Graphik	11	16	1	6	—	17	8	—	—	4	73
Elektrizität	9	37	29	46	10	38	13	7	—	22	211
Bauwesen	42	50	38	109	5	93	34	2	1	20	394
Verschied. Industrien	20	31	2	9	3	39	22	2	1	—	129
Insgesamt: 1936	437	591	267	655	50	628	171	28	18	161	2976
1929	550	1175	616	870	—	?	160	23	7	115	3556

⁸ Quellen: Serbien, wirtschaftliche Verhältnisse, Konsularberichte publiziert vom kk. österr. Handelsmuseum, Wien 1900—1914. — Mili-

Zahl der Industrien im Jahre 1930

Im Bereiche der Industrie-Kammer des Banates

Industrie-Gruppen	Lubljana Laibach	Zagreb Agram	Sarajevo Serajevo	Novisad Neusatz	Banjaluka	Beograd Belgrad	Split	Dubrovnik	Ragusa Podgorica	Skoplje	Insgesamt
Zahl der Industriebetriebe											
Landwirtschaft:											
Nahrungsmittel	36	155	52	82	8	21	35	3		7	403
Alkohol	72	183	106	282	27	34	77	5		29	849
Landw. Industr. insges.	108	338	158	364	35	55	112	8		36	1252
Holz	265	199	112	97	19	36	36	18		18	855
Bergbau	20	32	15	6	4	13	11	1		8	114
Textilien	53	52	35	70	3	22	20	—		21	294
Industriebetr. insges.	446	621	320	537	91	126	179	27		83	2515

Übersicht über die zahlenmäßigen Änderungen der Industrie im Gesamtbereiche Jugoslawiens

Bezeichnung	Zahl der Betriebe		1936 mehr od. weniger	1930 =100
	1930	1936		
Landwirtschaft und Ernährung	1252	883	—369	—27,9
Holz	396	855	+459	+115,8
Bergbau	114	103	—11	—9,6
Textilien	294	363	+69	+23,5
Metallurgie	?	182		
Chemie	?	162		
Leder und Schuhe	?	80		
Papier und Graphik	?	73		
Elektrizität	?	211		
Bauwesen	?	394		
Verschiedene Industrien	?	129		
Insgesamt	2515	2976		

Die ungleiche Art der Erfassung in den beiden Vergleichsjahren erschwerte eine richtige Beurteilung des Entwicklungsprozesses der jugoslawischen Industrie. Der vollständige Mangel einer Produktionswertstatistik verhindert es, in dieser Richtung Schlüsse zu ziehen. Der Umstand, daß das Kriterium, welche Betriebe als „Industrien“ anzusehen sind, bis zum Jahr 1930 ein anderes war als im Jahre 1936, kompliziert die Sache noch mehr. — Trotzdem können wir auf Grund der vorhandenen Angaben und aus der lokalen Kenntnis der Verhält-

voje M. Savić: Naša industrija, trgovina i zanatstvo (Unsere Industrie, Handel und Gewerbetwesen), X Bände, Sarajevo 1925—1934. — derselbe: Industrija narodne odbrane (Die Volkswehr-Industrie), Sarajevo 1929. — Österreichisches Statistisches Handbuch 1915, Wien. — Ungarisches statistisches Jahrbuch 1914, Budapest. — Izveštaju trgovačko-obrtne komore u Zagrebu (Berichte der Handels- und Gewerbekammer in Zagreb), 1852 bis 1937, Zagreb. — Berichte über die Verwaltung Bosniens und der Herzegovina, 1906/16. — Izveštaji podneseni ministru narodne privrede za 1908 i 1909 godinu (Berichte, dem Minister für Volkswirtschaft unterbreitet für die Jahre 1908 und 1909), Beograd 1911. — Jubilarni Zbornik života i rada SHS. 1918—1928 (Jubiläums-Handbuch des Lebens und der Arbeit in SHS. 1918—1928), Beograd 1928.

nisse heraus einige Schlüsse bezüglich des Standes und der Entwicklungstendenzen der Industrialisierung Jugoslawiens ziehen.

Wir wollen vorerst jene Industrien kurz schildern, die sich unmittelbar an die Urproduktion anlehnen und dadurch einen autochthonen Charakter besitzen. Vor allem ist es die dem Umfange nach größte Industrie des Landes, die **Holzindustrie**, welche sich in der Zeit von 1930 bis 1936 zahlenmäßig um 115,8% vermehrt hat, und zwar von 396 auf 883 Betriebe. Sie verdankt ihren zahlenmäßigen Aufschwung einem Gesetz, das die Regierung verpflichtet, kleinere Sägewerke bei der Zuweisung von Stockplätzen und bei der Bemessung der Stocktaxen zu bevorzugen. Es war dies eine Reaktion auf vielfache Mißbräuche, welche in den großen Holzexploitationen, insbesondere in Bosnien und Slawonien aufgedeckt worden waren, und die die öffentliche Meinung lebhaft erregten. Gegenwärtig kämpfen sowohl die kleineren als auch die großen Holzindustrien mit Absatzschwierigkeiten, die sich sowohl für Weichholz — in welchem die Konkurrenz der nordischen Staaten die Gewinnchancen herabdrückt — als auch für Hartholz geltend machen. Nichtsdestoweniger ist die Holzindustrie genau wie alle landwirtschaftlichen Industrien ein bodenständiger, die natürlichen eigenen Rohstoffquellen ausnützender und daher relativ krisenfester Erwerbszweig. Sie wird in Jugoslawien auch weiterhin einen hervorragenden Platz einnehmen. Bisher hat sich diese Industrie darauf beschränkt, Rohstoffe und Halbfabrikate zu erzeugen, es ist nicht viel Aussicht dafür vorhanden, daß sie sich bis zur Produktion von Fertigwaren (Möbeln, fertigen Baukonstruktionen, Holzhäusern u. ä.) in einem beachtlichen Ausmaße aufschwingen wird. Ebensowenig ist eine Vermehrung der Zahl oder eine Vergrößerung des Umfanges der bestehenden großen Unternehmungen zu erwarten, da die Grundlage dafür, die großen Waldkomplexe, immer mehr schrumpfen.

Von der zweiten Gruppe der Industrien, welche sich an die Urproduktion anlehnen, den spezifisch „landwirtschaftlichen“, sei vor allem die **Mühlindustrie** genannt. Sie besaß alle Vorbedingungen, um dauernd einen großen Teil der eigenen Weizenproduktion des Landes als Mehl ausgezeichneter Qualität ins Ausland auszuführen. Eine kurzsichtige Wirtschaftspolitik verschuldete es, daß diese Position fast vollkommen verloren ging und die Mühlen zur Zeit fast nur auf die Deckung des Eigenbedarfs des Landes an Mehl angewiesen sind, während die Mehlfrüchte nur als Rohstoffe zur Ausfuhr gelangen. An eine Ausweitung dieser Industrie ist kaum zu denken. — Ebenso wenig kann gegenwärtig an eine Vergrößerung der Erzeugung von **Zucker** in Jugoslawien gedacht werden. Die vorhandenen Zuckerfabriken decken den Bedarf des Landes mit Leichtigkeit, wobei sie kaum 60% ihrer Produktionskapazität ausnützen, für einen Export fehlen — trotz einer gesicherten Exportquote — aus Mangel an Verständnis an den maßgebenden Stellen die Vorbedingungen. Auch der inländische Absatz an Zucker wird durch allzu hohe Verbrauchs- und Produktionsabgaben derart erschwert, daß der pro Kopf-Verbrauch in Jugoslawien der nahezu geringste in Europa ist (5,6 kg pro Jahr).

Ebensowenig wie die Zuckerindustrie kann an eine erhebliche Erweiterung der Spirituserzeugung gedacht werden. Obwohl alle Bedingungen für eine günstige Entwicklung dieser Industrie gegeben sind — unbegrenzte Mengen stärkereicher Rohstoffe (Mais, Kartoffeln, Melasse) und unbegrenzter Absatz der Abfälle — so war doch Jugoslawien eines der letzten Länder in Europa, das den Verbrauch von Alkohol als Motorbrennstoff einführte. Es ist auch das einzige Land in Europa, das der industriellen Produktion von Alkohol den Vorzug vor jener in landwirtschaftlichen Brennereien gibt. Erst in der allerletzten Zeit ist man bemüht, die Erzeugung des Alkohols als des billigsten Treibmittels für Motorfahrzeuge gegenüber der Einfuhr von Rohöl und Benzin zu fördern und auf diese Weise die Grundlagen dieser Industrie zu erweitern. Auch die Brauindustrie leidet unter der allzu weitgehenden Belastung durch fiskalische Konsumsteuern. Obwohl auch für sie alle Vorbedingungen (vorzügliche Braugersten und Hopfen) gegeben sind, ist ihre Produktion vom J. 1928 mit 728 000 Htl. auf 219 000 Htl. im Jahre 1936 zurückgegangen.

Neben diesen großen Gruppen der landwirtschaftlichen und Ernährungsindustrie entwickeln sich in steigendem Maße kleinere, akzessorische Industrien, die mit guten Aussichten für die Zukunft erfolgreich mit den bisher importierten Erzeugnissen des Auslandes in Wettbewerb treten. So entsteht neben der Mühlenindustrie eine Industrie von Teigwaren, neben der Zuckerindustrie eine solche von Süßwaren, neben der Alkoholindustrie jene von Likören, Weindestillationen und Essig, außerdem zahlreiche Fleischkonserven-, Fischkonserven-, Gemüsekonserven-Fabriken, dann Molkereien und Käsefabriken, Dextrin-, Leim-, Kraftfuttermittel-Fabriken u. ä. — alle mit guten Aussichten für ihre weitere Entwicklung. — Innerhalb dieser Gruppe müssen die Ölfabriken besonders erwähnt werden, weil sie durch besondere Verfügungen der Regierung angehalten werden ihr Rohmaterial zu Festpreisen von heimischen Produzenten zu beziehen und erst darüber hinaus aus dem Auslande Ölfrüchte einführen dürfen. Man wünscht eine ähnliche Regelung auch für die Verwendung von Webstoffen — Hanf, Lein, Wolle, Baumwolle — in der heimischen Industrie herbeizuführen, und es besteht Aussicht, daß dies in noch größerem Maße als bisher geschehen wird. Es sind das Ansätze zu einer planwirtschaftlichen Regelung der Urproduktion im Verhältnis zur Erzeugung von Halb- und Fertigfabrikaten, die ihre besondere Beachtung verdienen.

Die dritte Gruppe von Industrien, die Rohstoffe des Landes zu Erzeugnissen höherer Arbeitsproduktivität umwandeln, bildet der Bergbau und die metallurgischen Industrien. — Obwohl die bergbaulichen Betriebe zahlenmäßig seit 1930 zurückgegangen sind, bildet doch ihre Entwicklung eine der auffälligsten Erscheinungen der Industrialisierung Jugoslawiens. Es hat nicht viel zu bedeuten, daß während der allgemeinen Wirtschaftskrise vom Jahre 1930 an eine ganze Anzahl von kleinen Montanunternehmungen eingegangen sind, da unterdessen neue, sehr bedeutende Erzlagerstätten neu erschlossen und in Betrieb gesetzt wurden. Die Erzförderung betrug in tausend Tonnen:

	1929	1936
Eisenerz	428	618
Kupfererz	329	651
Blei- und Zinkerze	113	812
Bauxit	103	358

Während bisher sämtliche Erze in unverarbeitetem Zustande zur Ausfuhr gelangten, sind jetzt alle Erzbergwerke verpflichtet, ihre Rohstoffe zumindest einer Konzentration des Gehaltes zuzuführen, bevor sie ausgeführt werden, — außerdem wird das anfallende Gold und Silber im Lande zurückbehalten (seit 1934 jährlich über 100 Mill. Dinar). Es kann als gewiß angenommen werden, daß auf Grund der zahlreich vorgenommenen Schürfungen in Jugoslawien noch bedeutende Bergwerke erstehen werden, und daß auch diese verpflichtet werden, aus ihren Urprodukten mindestens Halbfabrikate zu erzeugen und sie erst als solche zur Ausfuhr zu bringen. Es kommen hierfür die zahlreichen Bauxitfundstätten, die Antimon-, Chrom-, Mangan-, Magnesit- und Pyrit-Vorkommen in Betracht, sowie kleinere Asbest-, Zinnober-, Arsen- und Zinn-Lagerstätten, von welchen einige als sehr „höflich“ angesehen werden. Der Staat selbst geht bei dem Ausbau einer metallurgischen Industrie in Jugoslawien voran: er hat neben dem bestehenden Eisenbergbau (Hochhofenanlagen und Gießereien) ein großes Walzwerk errichtet (durch Krupp-Essen), das in Verbindung mit den schon bestehenden den Bedarf des Landes an Werkeisen vollständig decken kann, so daß die Möglichkeit des Ausbaues einer den Bedürfnissen des Landes entsprechenden Schwerindustrie nunmehr als gegeben erscheint.

Welchen Einfluß auf die bisherige Art der Bedarfsdeckung diese Bestrebungen haben, erhellt aus den Zahlen der Einfuhr an Roheisen und an Eisenhalbfabrikaten, wie sie aus den amtlichen statistischen Angaben hervorgehen:

	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Eisen roh u. halb bearbeitet	579 479	120,8	414 683	94,2
Eisenbleche	300 165	104,3	154 623	64,1
Eisenbahnschienen				
Traversen u. ä.	274 575	107,9	155 964	58,9
Rohre	104 796	60,3	50 084	26,8
Kupfer bearbeitet	54 806	149,2	28 170	54,7
Pflüge	17 557	13,3	17 748	9,5

Wir sehen, der Einfuhrbedarf geht auffallend zurück, bei manchen Kategorien von Eisenwaren dem Werte nach bis über die Hälfte des früheren Bedarfes, bei bearbeitetem Kupfer fast auf ein Drittel. Mengenmäßig hingegen ist der Rückgang nicht so bedeutend, welche Erscheinung in der gegenüber dem J. 1930 gestiegenen Kaufkraft des Dinars ihre Ursache hat.

Dieselbe Erscheinung finden wir auch bei der Einfuhr von Maschinen und Geräten und bei elektrischen Einrichtungen. Sie betrug

	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Maschinen und Geräte	211 60	465,9	221 431	366,2
Elektrische Einrichtungen	415 70	201,4	58 291	182,9

An diese Gruppe von Industrien schließt sich die der chemischen Industrie eng an, da auch sie ihre Erzeugnisse zumeist aus Rohprodukten des heimischen Bergbaues gewinnt: Soda aus Salzlacke, Ferrosilicium, Ferrochrom, Cyanamid und Carbid aus einheimischen Mineralien, u. a. — Schließlich gehört hierher auch die Fabrikation von Zement aus den vorzüglichen Mergeln, wie sie an mehreren Orten in ergiebigen Mengen vorkommen. — Es ist bemerkenswert, daß die Erzeugnisse des Bergbaues — im Gegensatz zu jenen der Landwirtschaft und zum Teile auch der Forstwirtschaft — gegen freie Devisen verkauft werden können und ihre Ausfuhr nicht an Länder gebunden ist, mit welchen ein Clearingverkehr vertraglich festgelegt ist. Deshalb hat die Tatsache, daß im J. 1937 der Wert der Ausfuhr von Erzeugnissen des Bergbaues fast eine Milliarde Din. (946 Mill. D.) betrug, eine besondere Bedeutung⁹. Schließlich sei noch der schon aufgeschlossenen aber noch nicht genügend ausgenützten, sehr bedeutenden Vorkommen von Erdgas (reines Methangas) Erwähnung getan, weil dieses, wenn erst entsprechend zugeleitet, der Entwicklung der Industrie einen ungeheuren Ansporn geben könnte.

Von den Industrien, welche ihre Rohstoffe fast nur aus dem Inlande beziehen (mit Ausnahme der Eisenkonstruktionen, die jedoch nunmehr schon im Lande selbst erzeugt werden können) muß noch die Bauindustrie erwähnt werden. Sie steht zur Zeit in einer günstigen Konjunktur, alle Ziegeleien sind vollauf beschäftigt. Trotz ihrer Bodenständigkeit ist diese Industrie in weitem Maße von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängig, deshalb ist die Möglichkeit ihrer Ausweitung von den konjunkturwirtschaftlichen Gegebenheiten des Auslandes abhängig.

Von den Industrien, die ihre Rohstoffe aus dem Ausland beziehen müssen, kommt gegenwärtig der Textilindustrie die größte Bedeutung zu. Sie hat die Zahl ihrer Betriebe von 294 im Jahre 1930 auf 363 im J. 1936 erhöht und ist in weiterem Aufstieg begriffen, da der Bedarf des Landes an Textilien durch sie noch nicht voll gedeckt wird. Ihre Entwicklung hat bewirkt, daß die Einfuhr von fertigen Bekleidungsartikeln die 1929 den Wert von 2,3 Milliarden Din. erreichte, bis 1937 auf 1,8 Mrd. Din. fiel, daß hingegen die Einfuhr von Rohwolle und Rohbaumwolle sowie von Garnen beider Arten wie folgt stieg:

	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Baumwolle	21 300	665	38 000	812
Wolle	4 880	190	5 010	260
Seide	1 025	68	2 783	106
insgesamt		923	—	1178

⁹ Im ersten Halbjahr 1938 gingen von den ausgeführten 16 581 Tonnen Kupfer 6500 Tonnen nach Belgien, 6090 Tonnen nach USA., 3485 Tonnen nach Deutschland.

Es ist weiter bezeichnend, daß die Textilindustrie die höchste Zahl der darin beschäftigten Arbeiter unter allen anderen Industrien aufweist (220 000 von insgesamt 700 000 im J. 1937), und daß diese Arbeiter fast ausschließlich vom Lande herkommen, wo sie keine genügende Beschäftigung hatten.

Eine der Textilindustrie ganz ähnliche Entwicklung nimmt die Leder- und Schuhindustrie. — Auch sie löst sich von der Einfuhr von Fertigwaren los und führt nur mehr Rohprodukte ein, wie aus nachstehendem Vergleich der Importe in den J. 1930 und 1937 klar hervorgeht:

Einfuhr	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Häute	12 212	251	5 641	123,6
Schuhe	187	51	2,3	0,358

Die Einfuhr von Fertigwaren hat in diesem Industriezweig praktisch genommen gänzlich aufgehört, — Jugoslawien deckt seinen ganzen Bedarf an Schuhen allein.

Die Verselbständigung Jugoslawiens ist in einer anderen Gruppe von Industrien, in Glas auf dem besten Wege, ähnliche Erfolge aufzuweisen. Die Einfuhr betrug:

	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Glas	11 731	63,5	2 300	18,1

Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob in Jugoslawien ein entsprechendes Lager von Diatomeensand gefunden werden wird, da diese für die Erzeugung von feinerem Glas unentbehrlich ist. Aus Mangel an geeignetem Kaolin kann auch die Porzellanindustrie sich nicht entwickeln, die Einfuhr von Porzellanwaren steigt mengenmäßig (1930: 2,400 dz, 1937: 2,9 dz) fällt jedoch dem Werte nach (1930: 33,5 Mill. D., 1937: 29,0 Mill. D.). Einigermmaßen befremdlich ist, daß Jugoslawien trotz reichlich vorhandenem Schleifholze und der Möglichkeit Papierzellulose in großen Mengen zu erzeugen, nicht genügend Papier erzeugt, sondern dieses in steigendem Maße einführt:

	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Rotationspapier und Erzeugnisse aus Papier	9 200	40,9	21 900	59,0

Trotz einzelner Versuche sich auf dem Gebiete der Erzeugung von Drogen und Medikamenten, sowie von Farben und Lacken selbständig zu machen, ist Jugoslawien auch weiter in weitem Umfange darauf angewiesen, diese Erzeugnisse aus dem Auslande — überwiegend aus Deutschland — zu beziehen.

Einfuhr von:	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Drogen u. Heilmitteln	1305	30,0	1 297	40,9
Farben und Lacken	6 839	42,2	11 381	92,7

Wie diese Artikel höchster Arbeitsproduktivität, so werden auch sonstige derartige nur von Spezialunternehmungen erzeugbare Güter in steigendem Maße eingeführt, so z. B. Präzisionsinstrumente, Schreibmaschinen, insbesondere Transportmittel. u. a. Wir geben nachstehend einen zahlenmäßigen Überblick über die Einfuhr solcher Güter in den Jahren 1930 und 1937:

Einfuhrwaren	1930		1937	
	dz	Mill. Din.	dz	Mill. Din.
Präzisionsinstrumente	1 130	15,0	1 028	18,3
Schreibmaschinen	922	15,8	998	16,9
Fahrräder	7 713	15,7	29 832	50,6
Motorräder	1 533	7,1	1 935	15,7
Lastautomobile	9200	21,7	22 038	48,5
Personenautomobile	28 174	83,7	26 346	106,4

Bei Motorrädern und Lastautomobilen beträgt die Steigerung der Einfuhr mehr als das doppelte, bei Fahrrädern, dem Werte und der Menge nach, mehr als das dreifache der Einfuhr des Jahres 1930.

Grenzen der Industrialisierung Jugoslawiens

Diese Tatsachen geben uns schon einen Fingerzeig dafür, in welcher Richtung sich die Industrialisierung Jugoslawiens weiter entwickeln dürfte, bzw. wo ihre Grenzen gesteckt sind. Von dem Standpunkt der Erzeugung aus betrachtet, liegen die Grenzen dort, wo die Geschicklichkeit der bisher wenig qualifizierten jugoslawischen Arbeiter aufhört konkurrenzfähig zu sein und die arbeitsteilige Fabrik-erzeugung gewisser Einfuhrwaren in ihren Erzeugungsstätten im Auslande auf der höchsten Stufe angelangt ist, bei der Erzeugung am laufenden Band und der Massenproduktion. Aber auch die Überlegenheit ausländischer Kenntnisse und Erfahrungen, wie sie für die höchsten Stufen der chemischen Industrie vorausgesetzt werden müssen, stellt der Entwicklung derartiger und verwandter Industrien in Jugoslawien Grenzen, welche nicht ohne weiteres überschritten werden können, weil diese Kenntnisse und Erfahrungen hier eben fehlen. Die strikteste Grenzziehung der Industrialisierung Jugoslawiens liegt jedoch gar nicht so sehr auf dem Gebiete der Produktion, sondern sie wird bestimmt durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen des Staates mit dem Auslande. Jugoslawien muß die Überschüsse seiner landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und bergbaulichen Erzeugung zu möglichst hohen Preisen ausführen und muß dafür dem Werte nach tunlichst entsprechende Mengen von Industrieartikeln einführen. So lange diese Notwendigkeit für Jugoslawien besteht, so lange darf es alle jene Industrieerzeugnisse, die für den arbeitsteiligen Güteraustausch der Weltwirtschaft in Betracht kommen, nicht selbst erzeugen, weil es sonst die Aufnahmefähigkeit seines Absatzmarktes selbst herabsetzt. Als solcher kommt für Jugoslawien, allerdings nur für Artikel, deren Absatz zu Weltmarktpreisen noch lohnend ist, der gesamte Weltmarkt in Betracht. Für Artikel hingegen, deren Erzeugung zu Weltmarktpreisen nicht lohnt, muß es Märkte suchen, welche in der Lage sind, höhere Preise als es die Weltmarktlage bedingt, zu

bezahlen. Das ist der Fall vor allem für Getreide und andere Erzeugnisse der Landwirtschaft. Es ist vielleicht nicht überflüssig, sich in diesem Zusammenhang einmal ein klares Bild davon zu machen, wie weit Jugoslawien auf den Markt der Staaten mit dirigierter Marktordnung angewiesen ist. Wir nehmen Weizen als Beispiel und geben im nachstehenden die Preisgestaltung des Weizens für die letzten Jahre an:

Niedrigste Weizenpreise im Verlauf der Jahre 1931/37
je 100 kg in Goldfranks auf den Börsen in:

	Chicago Hard WinterNr.2	Liverpool London	Berlin einheim.	Paris einheim.	Mailand einheim.
1931	9,6	10,0	26,2	32,7	24,1
1932	8,6	10,2	23,3	22,6	26,1
1933	9,1	6,8	21,5	19,5	21,6
1934	9,3	8,4	23,0	21,2	21,6
1935	10,5	8,2	24,2	16,1	23,1
1936	10,7	10,4	24,2	17,7	19,8
1937	13,89	16,75	24,58	18,76	19,97

Wie wir sehen, schwanken die Preise am Weltmarkte, wo Angebot und Nachfrage ungehindert die Preisgestaltung bewirken, zwischen 6,8 und 16,75 Goldfranks je 100 kg, hingegen bewegen sie sich in den Staaten mit staatlicher Preisregelung zwischen 19,5 und 32,7 Goldfranks. Die Produktionskosten für Exportweizen liegen in Jugoslawien zwischen 15—25 Goldfranks, es ist ohne weiteres verständlich, daß Jugoslawien Märkte der agrarprotektionistischen Staaten aufsuchen muß, wenn es seinen Weizenbau rentabel erhalten will, d. h. wenn es für die dafür gebundenen Kapitalien eine billige Verzinsung und Amortisation, dem Bauern aber eine bescheidene Entlohnung für seine und seiner Familie Arbeit und möglichst auch noch einen geringen Unternehmergewinn sichern will. Das ist natürlich eine kategorische Pflicht der Regierung, denn nur auf diesem Wege kann sie die Steuerleistungsfähigkeit und die Kaufkraft der Bevölkerung auf breiter Grundlage heben und sichern. Nur auf diesem Wege kann das volkswirtschaftliche und soziale Einkommen gehoben werden, nur durch tunlichste Hebung der Exportpreise kann der Binnenpreis und damit der Wert der gesamten Weizenernte auf jene Höhe gebracht werden, auf welcher er die Produktionskosten tatsächlich deckt. Ganz das gleiche gilt für den Export von anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft, die alle nur in den Ländern mit dirigierter Marktordnung lohnenden Absatz finden können. Der Preis für die Möglichkeiten des lohnenden Absatzes wird durch die Einfuhr von entsprechenden Mengen und Arten von Industrieartikeln beglichen, da diese Einfuhr ein unbedingtes Korrelat des Verkaufes von landwirtschaftlichen Artikeln ins Ausland bildet. — Um diese wechselseitigen Beziehungen, welche zum Vorteil des einen wie des anderen Staates reichen sollen, aufrecht zu erhalten, kann Jugoslawien, wie schon früher gesagt, seine Industrialisierung nur innerhalb der Grenzen ausweiten, welche gezogen sind durch die Notwendigkeit, Industrieerzeugnisse unter allen Umständen aus dem die überschüssigen

Agrarprodukte aufnehmenden Ausland, einzuführen. Derzeit sind dies Deutschland und Italien, welche am Außenhandel Jugoslawiens folgenden Anteil haben:

	Ausfuhr				Einfuhr			
	1937	1931	1937	1931	1937	1931	1937	1931
	Mill. Din.	%	Mill. Din.	%	Mill. Din.	%	Mill. Din.	%
Deutschl. einschl. Österr.	2,209	35,22	1,270	26,46	2,232	42,67	1,654	34,49
Italien	587	9,36	1,198	24,97	429	8,21	493	10,29

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß von den Ländern, welche mit Golddevisen zahlen, England (1937) an der Ausfuhr mit 8,27%, Frankreich mit 5,41 (ganz ausnahmsweise, in der Regel mit 1,33 bis 4,01%), an der Einfuhr England mit 7,82, Frankreich mit 1,74% beteiligt sind.

Es gibt für Jugoslawien wohl einen Weg, sich dem Zwange der engen Grenzziehung seiner Industrialisierung zu entziehen, und zwar durch die Umstellung seines Exportes zum nahen Orient hin, ins Mittelmeerbecken und auf die Levante. Diese Absatzmöglichkeiten sind viel weitergehend als allgemein angenommen wird¹⁰, aber es würde zu weit führen, wenn wir diese Möglichkeiten hier ausführlich behandeln wollten. Gewiß liegt ein großer Reiz darin, daß in diesen Beziehungen Jugoslawien an gar keine Rücksichten bezüglich seiner Industrialisierung gebunden wäre und für seinen Export Golddevisen erhielte. Aber zur Zeit brauchen wir mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen, wir haben nur die tatsächlich bestehenden Verhältnisse im Auge und diese zeigen uns die Grenzen der Industrialisierung Jugoslawiens genügend klar auf.

Einen Faktor, der der Industrialisierung in Jugoslawien Grenzen setzt, haben wir noch nicht erwähnt, — es ist die Kapitalarmut des Landes. Sie ist für Agrarländer allgemein, wir brauchen dies nicht erst zu begründen, die Agrarpolitiker von Thünen, Rodbertus, Roscher, Ruhl and bis auf Sering und seine Schule herauf führen die Gründe dafür reichlich an, — wir dürfen die Tatsache als gegeben ansehen. Da die Naturschätze des Landes eine Rentabilität von Kapitalanlagen in manchen Fällen in einem Maße sichern, wie sie kaum von den Gewinnen an Kolonialunternehmungen größten Stiles übertroffen werden, ist der Zustrom von fremdem Kapital leicht verständlich. Während der großen Wirtschaftskrise ist ausländisches Kapital zum Teil in einheimisches umgewandelt worden, dem Stande von Ende 1936 nach soll vom gesamten in der Industrie Jugoslawiens investierten Kapital im Betrage von 13,7 Milliarden Dinar auf fremde Beteiligungen 5,8 Milliarden (42,5%) und auf einheimische 7,9 Milliarden Dinar (57,5%) entfallen. Von ersterem entfallen auf Frankreich 20,64%, England 16,28%, die Schweiz 14,27%, die Tschechoslowakei 9,47%, Italien 8,3% und schließlich auf Deutschland 1,35%. Die Beteiligung Deutschlands ist unterdessen bedeutend

¹⁰ Siehe die Arbeit des Verfassers: „Möglichkeiten der Umorientierung des jugoslawischen Außenhandels“, Weltwirtschaftliches Archiv, 39. Bd., Heft 3, 1934, Kiel.

gestiegen insbesondere durch den Anteil an der Erschließung von neuen nutzbaren Mineralvorkommen und dem Ausbau von Bergwerken. — Es ist höchst wahrscheinlich, daß sich die Bemühungen Englands, und vielleicht auch Frankreichs, ihrer ökonomischen Expansion in den Südostländern Europas eine breitere Grundlage zu geben, in der Richtung der Kreditierung und Anteilsbeteiligung an neuen Bergbaubetrieben entwickeln wird. Deutschland hingegen beliefert die jugoslawische Industrie mit Produktionsmitteln: beispielsweise war Deutschland an den im Jahre 1937 nach Jugoslawien importierten Spinn- und Webstühlen im Gesamtwerte von 78 Mill. Dinar mit 38 Mill. Dinar beteiligt — von den Buchdruckmaschinen im Gesamtwerte von 10,5 Mill. Din. lieferte Deutschland für 8,8 Mill. Din., von Metallbohrmaschinen im Gesamtwerte von 15,9 Mill. Din. lieferte es für 10,3 Mill. Din., von sonstigen Produktionsmitteln im Gesamtwerte von 40,5 Mill. Din. für 26,5 Mill. Din. usw. — Diese Art der Anteilnahme an der jugoslawischen Wirtschaft, insbesondere an seiner Industrialisierung dürfte dauernd bestehen bleiben, denn nur Deutschland und Italien können jugoslawische Agrarprodukte in den für Jugoslawien erwünschten Mengen und Preisen übernehmen, folglich können nur sie als Gegenleistung die Belieferung Jugoslawiens mit Industrieerzeugnissen verlangen. England kann keine Agrarerzeugnisse von hier übernehmen, weil es daran durch die Ottawaer Vertragsverpflichtungen gehindert wird, Frankreich ist in seiner Produktion derart ausgeglichen, daß es nur in Ausnahmefällen auf Einfuhren von Agrarprodukten aus dem Auslande zurückgreifen muß. Demnach scheiden diese beiden großen Konsumgebiete für Jugoslawien — trotz größtem Entgegenkommen Englands — als Exportländer für Agrarprodukte aus, es verbleiben nur Deutschland und Italien. Die jugoslawische Industrialisierung hat demnach nur auf diese beiden Länder Rücksicht zu nehmen, wenn sie durch ihre eigene Produktion nicht den Absatz ihrer Agrarerzeugnisse dort schmälern will. Die dauernde Anpassung der fortschreitenden Industrialisierung an die sich erweiternde Expansion des Agrarexportes bildet das wichtigste Problem der Wirtschaftspolitik Jugoslawiens.

Abschließend wollen wir noch bemerken, daß Jugoslawien kein eigentliches Industrieförderungsgesetz etwa in der Art, wie es in den benachbarten Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien besteht, besitzt, aber es werden von Fall zu Fall weitgehende Begünstigungen in Form von Steuererleichterungen, Transfererleichterungen für Dividenden und sonstige Kapitalien, Transportbegünstigungen, usw. gewährt. Als richtunggebend wird darauf gesehen, daß die Industrien möglichst in den relativ dichtest bevölkerten Gebieten des Staates gegründet werden, um die Folgen der Übervölkerung auf dem Lande zu mildern. Es ergeben sich daraus mancherlei Vorteile, sowohl für die Landbevölkerung, als für die Industrien, welche Vorteile jedoch oft auch mit gewissen Nachteilen verbunden sind, die sich insbesondere dort empfindlich auswirken, wo unvernünftige Gemeindeverwaltungen alle Lasten ihrer Verwaltung auf die jungen Industrien abwälzen wollen. Es steht zu erwarten, daß durch Regierungsmaßnahmen allen derartigen Übergriffen wirksam gesteuert werden wird.

Zusammenfassung

1. Die Industrialisierung Jugoslawiens ist nicht die Folge eines bloßen Willens hierzu. Natürliche, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, vor allem die Übervölkerung auf dem Lande zwingen es, seine Industrie auszubauen, — nicht weil es will, sondern weil es muß.

2. Die Industrialisierung beschränkt sich derzeit auf den Ausbau der eigenen Rohstoffe des Landes veredelnden Industrien, weiter auf die Erzeugung von Halbfabrikaten für die Ausfuhr und von Fertigwaren für den Innenbedarf des Landes.

3. Die Grenzen der Industrialisierung sind ziemlich eng gezogen, sie werden bestimmt durch die Natur des Güteraustausches mit den Ländern des Agrarexportes Jugoslawiens, durch die Kapitalarmut des Landes, durch die Bedürfnisse der Wehrmacht usw.

4. Die von den Vertretern des Freihandels befürchteten Folgen der protektionistischen Maßnahmen zwecks Förderung der Industrialisierung haben sich in Jugoslawien bisher nicht eingestellt. Im Gegenteil, das nationale und soziale Einkommen ist gestiegen, die Preise der eigenen Industrieerzeugnisse sind gesunken, der Reallohn ist gestiegen, ohne die Produktionswertgrenze ungünstig zu beeinflussen, die Zahl der auf dem Lande unbeschäftigten Arbeitskräfte ist gesunken, die Arbeitsproduktivität hat sich vergrößert, Fehlleitungen des Kapitals sind kaum vorgekommen.

THEODOR OBERLÄNDER

DIE LÄNDLICHE BEVÖLKERUNGSFRAGE IN POLEN

Auf Grund der Ergebnisse der polnischen Bevölkerungsstatistik von 1931

Die russische Revolution von 1917 hat uns gelehrt, daß ungesunde Agrarzustände auch in einem Bauernvolk, in dem die Konzentration des Kapitals und die Verelendung der Massen keinen bedeutenden Umfang annehmen konnten, schwere soziale Folgen haben können. Denn ohne die agrarische Überbevölkerung in Rußland, ohne den Landhunger des russischen Bauern und die Aufteilung des gesamten Bodens an diese Bauern wäre es der jüdisch-liberalen Zersetzung in Rußland schwer gelungen, gegen ein an sich konservativ gesinntes Bauerntum an die Regierung zu gelangen. Zu dieser Überbevölkerung hatte das Mirsystem geführt, das verschiedene Wirkungen hatte, die mit den Folgen der polnischen Überbevölkerung große Ähnlichkeit besitzen. Es läßt sich daraus das Gesetz ableiten, daß eine beginnende Überbevölkerung die Tendenz hat, immer schneller zu wachsen und zu immer größeren Schwierigkeiten zu führen. Im Mirsystem war der Boden Gemeindeeigentum und wurde in bestimmten Zeitabschnitten, anfänglich alle 15, dann alle 5 Jahre nach der

Zahl der Seelen oder der Arbeiter neu verteilt. Der Bauer konnte nur eine Lehmhütte und das Inventar sein Eigentum nennen. Die Folge davon war, daß der Boden zerstückelt wurde, daß bald eine beispiellose Gemengelage entstand, daß viele Parzellen so lang und so schmal waren, daß sie nicht mehr quergepflügt werden konnten; die Außenschläge wurden nicht mehr gründlich bestellt und schlecht gedüngt, es mußte zu gleicher Zeit gesät und geerntet werden, der Flurzwang hemmte jeden agrartechnischen Fortschritt. Und wer wollte große Aufwendungen machen, wenn er wußte, daß er dieses Landstück in wenigen Jahren gegen ein anderes, vielleicht ungepflegtes, eintauschen sollte? Da die Gemeinde die Solidarhaft für die Steuern trug und niemand seinen Landanteil, der ihm ja nicht gehörte, auf dessen Nutzung er nur ein Anrecht hatte, verkaufen noch belasten konnte, konnte auch niemand auswandern, ohne nach Verlust von Hab und Gut als Proletarier anzufangen. Denn Hütte und Inventar stellten keinen Wert zum Verkauf dar. Der einzige Weg aber, um einen größeren Landanteil zu bekommen, war der, mehr Kinder zu haben. Das Mirsystem war also nicht nur ein Hindernis für jede Intensivierung, ein Hindernis für jede Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses aus der Landgemeinde, sondern gleichzeitig eine Prämie für kinderreiche Familien. Die Folge des Mirsystems war in den süd-russischen Gebieten eine agrarische Überbevölkerung, die durch den Landhunger der Bauernschaft bei der russischen Revolution von 1917 keine geringe Rolle gespielt hat. Ähnliche Erscheinungen, die bereits ein sehr ernstes, soziales Problem darstellen, wenn auch völlig andere Rechtsverhältnisse vorliegen als im Mirsystem, finden wir in Teilen Polens.

Während der Bevölkerungszuwachs der Landwirtschaft in den westeuropäischen Staaten seit einem halben Jahrhundert in anderen Berufen Arbeit findet und sich mit diesem Berufswechsel gewaltige Wanderungsbewegungen vollzogen, war auf dem Gebiete des heutigen polnischen Staates ein ähnlicher Prozeß nur in Westpolen, den früheren preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, zu beobachten. Diese Provinzen gaben ihre landw. Überschußbevölkerung an die Industriegebiete ab, und so verhängnisvoll diese Entwicklung auf nationalpolitischem Gebiete gewesen ist, so hat sie doch eine agrarische Überbevölkerung verhindert. Boden, Arbeit und Kapital waren in diesen Provinzen 1914 in einem Wirkungsverhältnis, bei dem der Faktor Arbeit bereits im Minimum war. Ganz anders entwickelte sich das Verhältnis der 3 Produktionsfaktoren im übrigen Polen. Die kongreßpolnische Landwirtschaft litt unter der russischen Konkurrenz; sie konnte Getreide und Vieh nicht unter gleich günstigen Bedingungen wie im übrigen Rußland produzieren und verlor ihren eigenen Absatzmarkt durch die russischen Staffeltarife. In den Jahrzehnten, in denen sich die Landwirtschaft Westeuropas auf allen Gebieten intensivierte und unter gleichen natürlichen Bedingungen wie im übrigen Polen in Posen und Westpreußen Rekorderfolge aufzuweisen hatte, konnte sich die kongreßpolnische Landwirtschaft wirtschaftlich nicht entwickeln, ja sie ging teilweise zurück. Die sich nach deutschen Facharbeitern und Rohstoffen orientierende russische Veredlungs-

industrie (Lodz, Warschau) nahm allmählich auch einen allerdings nur geringen Prozentsatz des Überschusses der Landbevölkerung auf. Der größte Teil des Bevölkerungszuwachses der Bauernbevölkerung blieb dagegen auf dem Lande und trug, da aus Mangel an Kapital und Absatzmöglichkeiten eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion nicht durchführbar war, zu einer Verschiebung der Produktionsfaktoren bei, bei der Boden und Kapital ins Minimum gerieten, die Bevölkerung aber ihre Kräfte nicht mehr produktiv entfalten konnte. Wanderte in Kongreßpolen noch ein Teil des ländlichen Geburtenüberschusses in die Industrie, so bestanden hierzu in Galizien fast keine Möglichkeiten. Hier führte die Bevölkerungszunahme zu einer wachsenden Bodenzersplitterung und damit zu einer immer geringeren Produktivität der Arbeit. Stys hat für die Zeit von 1787—1931 eine Zunahme der ländlichen Bevölkerung Galiziens um 226 %, der landwirtschaftlichen um 290 % festgestellt¹.

Von Betrieben entfielen auf die Größenklassen in Prozenten der Gesamtfläche:

Gebiet	Betriebsfläche in ha					
	unter 2	2—5	5—10	10—15	15—50	über 50
Polen	25,5	38,7	24,8	6,5	4,0	0,5
Wojewodschaften:						
Zentrale	15,9	38,8	32,7	8,2	4,0	0,4
Warschau	10,8	29,7	37,1	13,1	8,3	1,0
Lodz	17,3	39,6	32,4	7,4	2,9	0,4
Kielce	21,8	47,4	26,7	3,1	0,8	0,2
Lublin	17,9	42,2	31,6	6,0	2,0	0,3
Bialystok	8,6	30,6	38,3	14,0	8,1	0,4
Östliche	13,4	41,5	31,6	7,9	5,1	0,5
Wilna	9,5	36,3	34,6	10,2	8,4	1,0
Nowogrodek	11,7	41,8	32,6	8,1	5,2	0,6
Polesien	14,3	37,8	30,9	9,6	7,0	0,4
Wolhynien	15,7	46,2	29,7	5,8	2,4	0,2
Westliche	11,6	20,4	26,6	18,7	19,9	2,8
Posen	9,5	17,5	26,8	20,8	22,5	2,9
Pommerellen	10,5	18,5	26,2	19,6	21,6	3,6
Schlesien	23,8	38,4	26,7	6,6	4,1	0,4
Südliche	48,4	39,6	10,1	1,3	0,4	0,2
Krakau	41,1	44,4	12,3	1,6	0,4	0,2
Lemberg	45,8	42,2	10,4	1,1	0,3	0,2
Stanislaw	64,6	27,9	6,0	0,9	0,4	0,2
Tarnopol	45,6	41,0	11,2	1,5	0,5	0,2

Betrachten wir kurz die polnische Agrarstruktur, so zeigt sich die agrarische Überbevölkerung deutlich durch den hohen Prozentsatz kleinster, nicht lebensfähiger, selbständiger Parzellenbetriebe. Die Betriebe unter 5 ha nehmen in ganz Polen mit Ausnahme der Westwojewodschaften einen übermäßig hohen Prozentsatz ein. Ein Viertel aller Betriebe (25,5 %) hat weniger als 2 ha, 64,2 % weniger als 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, für die Südwojewodschaften lauten die Zahlen noch wesentlich ungünstiger, 48,4 und 88,0 %. Nur wenigen

¹ W. Stys, Die Zerstückelung der bäuerlichen Grundstücke im österreichischen Teilgebiet von 1787—1931. Lemberg 1934 (poln.).

ist klar, wie schwere und ungesunde soziale Verhältnisse sich hinter diesen Zahlen verbergen. Die Symptome, die für eine landwirtschaftliche Überbevölkerung sprechen, wie Bodenzersplitterung, stark anziehende Bodenpreise und Pachtsätze, Abwanderung, Ausbreitung landwirtschaftlicher Nebengewerbe, sinkende Löhne, sinkende Einkommensverhältnisse und Verelendung, Rückgang des Weide-, Wiesen- und Brachlandes, Abnahme des Viehbestandes und Rohertragsminderungen, treten in Polen deutlich hervor. Auf Grund der Ergebnisse der Statistik von 1921 ließ sich bereits für Polen eine agrarische Überbevölkerung eindeutig nachweisen². Unterdessen hat die Bevölkerung Polens beträchtlich zugenommen, andererseits ist die polnische Regierung nicht untätig gewesen, gegen dieses Übel anzukämpfen, so daß es sich lohnt, diese neuen Entwicklungen zu untersuchen. In diesem 10-Jahresabschnitt ist in der polnischen Agrarstruktur eine gewaltige Veränderung vor sich gegangen. Die landwirtschaftlichen Berufszugehörigen haben in Polen — in allen westeuropäischen Ländern haben im gleichen Zeitraum die landwirtschaftlichen Berufszugehörigen abgenommen — um 12,54 (!) % zugenommen, die selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe um 14,8%! In den Westwojewodschaften nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen ab (—4,81%), da außer der in diesem Jahrzehnt noch starken Abwanderung Deutscher der große Verlust der städtischen Bevölkerung vom Lande ersetzt wurde. Dagegen ergibt sich für die Westwojewodschaften eine Zunahme der Betriebe (um 1001) als Folge der Agrarreform.

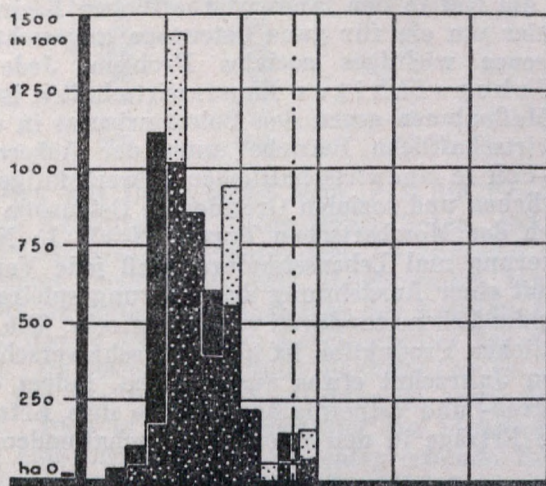
Selbst in den Südwojewodschaften, die das agrarisch dicht besiedeltste Gebiet Europas bilden, (agrarische Dichte 107,98; Krakau 114,2; Lemberg 109,2; Stanislaw 109,9; Tarnopol 98,9. Dagegen Deutsches Reich 1933 = 46,6; Pommern 35,7; Preußen 42,3) ist die Zunahme der landwirtschaftlichen Berufstätigen (+ 8,36 %) von der Zunahme selbständiger Betriebe (+ 10,5) übertroffen worden. Eine absolute Ausnahme bilden die Ostwojewodschaften mit einer für westeuropäische Verhältnisse abnormen Zunahme der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen um 29,21 % und der selbständigen Betriebe um 25,5 % in 10 Jahren. (Polesien + 50,53 % und + 47,60 %.) Die sich daraus ergebenden Verschiebungen in der agrarischen Struktur sind sehr beträchtlich. Eine Zunahme der Parzellenbetriebe von 0—5 ha um 263 251 = 15,3 %, eine Zunahme der Betriebe von 5—10 ha um 155 475 oder 27,4 %, eine Abnahme der Betriebe von über 10 ha um 20 888 oder 6,3 %. Abgesehen von der Zunahme der landwirtschaftlichen Berufstätigen bedeutet die durch die Änderung der Agrarstruktur angezeigte Parzellierung und Grundbesitzersplitterung eine bedeutende Minderung der Produktivität der menschlichen Arbeit und eine Vermehrung des Kapitalmangels, denn jeder neu entstehende Betrieb benötigt eine mit abnehmender Betriebsgröße zunehmende Kapitalmenge je Bodeneinheit. War die bisherige Agrarstruktur Polens mit ihrem Übermaß an kaum lebensfähigen

² Oberländer, Die Agrarische Übervölkerung Polens. Berlin 1935, S. 52.

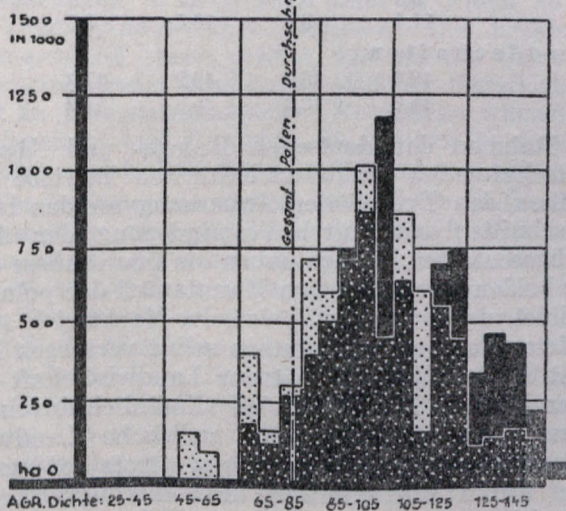
DIE AGR. DICHTEN

NACH IHRER HÄUFIGKEIT · 1931 bis 1921 IN:

WESTPOLEN



SÜDPOLLEN



AGR. Dichte: 25-45 45-65 65-85 85-105 105-125 125-145

F

Karte 1

Parzellenbetrieben einer Vermehrung der Produktivität der menschlichen Arbeit nicht günstig, so ist die Entwicklung 1921—1931 durch die wachsende Grundbesitzersplitterung als Rückschritt zu bezeichnen, weil sie jeder Mechanisierung und damit Hebung der Produktivität der menschlichen Arbeit entgegensteht. Während heute in allen Ländern durch Mechanisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft der in der Industrie anzupassen versucht wird, geht Polen den umgekehrten Weg und vergrößert damit die Not in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben. Es handelt sich hier um ein für ganz Osteuropa angesichts der sowjet-russischen Grenze wichtiges soziales Problem. Jede Vermehrung selbständiger lebensfähiger Bauernwirtschaften ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen gegen den Bolschewismus in der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe unter der Ackernahrung bzw. unter dem ha-Soll je landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind jedoch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen in Osteuropa besonders bedenklich. Nach der Mombertschen Formel $N=V \cdot L$: Nahrungsspielraum=Bevölkerung mal Lebensstandard muß jede Vermehrung der Bevölkerung mit einer Ausdehnung des Nahrungsspielraums oder mit einer Senkung des Lebensstandards verbunden sein. Die Intensität der landwirtschaftlichen Produktion ist in Polen sehr verschieden und hat sich im letzten Jahrzehnt etwas ausgeglichen, indem die zurückgebliebenen kongreß- und ostpolnischen Gebiete ihre Erträge gesteigert haben und die Erträge in den intensiv wirtschaftenden Westgebieten zurückgingen.

ha-Erträge

Ostwojewodschaften

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoff.	Zuckerr.
1909/13	9,5	8,1	8,2	7,8	68	155
1934/37	11,4	9,9	10,4	9,9	110	181

Westwojewodschaften

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoff.	Zuckerr.
1909/13	19,9	16,9	19,2	17,8	142	300
1934/37	14,6	12,3	15,5	14,0	132	238 ³

Die im Rahmen der deutschen Bezugs- und Absatzlage hochintensiv wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe Posen—Pommern haben den Prozeß der Anpassung an das landwirtschaftliche Durchschnittsniveau durch Verminderung der Aufwendungen noch nicht abgeschlossen. Lange haben die Überschüsse der Landwirtschaft dieser beiden Provinzen den Hauptanteil der polnischen Agrar- ausfuhr gebildet, da der übrige polnische Markt sich mit Ausnahme weniger Gebiete (Galizien) mindestens selbst versorgen konnte. Diese bisherige fast völlige Abhängigkeit der Landwirtschaft Posen—Pommern vom Weltmarkt erfährt aber allmählich durch eine wichtige Tatsache eine Einschränkung. Die polnische Landwirtschaft hat wegen des Zurückbleibens ihrer Leistungen trotz bedeutender Produktionsreserven durch die polnische Bevölkerungsvermehrung keine großen Überschüsse für die Ausfuhr frei. Von 1921—1937 hat sich

³ Polen in Zahlen, Institut für Osteuropäische Wirtschaft, Königsberg 1938.

die Bevölkerung Polens von 27,3 auf 34,2 Mill. oder um 25,7% vermehrt, wenn die Bevölkerungszunahme auch jetzt abnehmende Tendenz zeigt. Die Pro-Kopf-Erträge in kg haben aber nicht nur nicht entsprechend zugenommen, sondern absolut abgenommen, wie nachfolgende Tabelle zeigt.

Je Kopf Erträge in kg im Jahresdurchschnitt

	Polen			Deutschland
	1927—1931	1932—1936	Differenz	1932—1936
Weizen	62	58	— 4	73,5
Roggen	206	196	—10	120,0
Gerste	48	43	— 5	50,5
Hafer	80	77	— 3	91,2
Zuckerrüben	136	71	—65	149,8
Kartoffeln	962	950	—12	683,0

Der Vergleich mit Deutschland zeigt, daß die Pro-Kopf-Erträge bei Roggen und Kartoffeln in Polen höher liegen, daß aber in den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Deutschland größere Mengen je Kopf erntet. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag erlaubt immer nur ein langsames Ansteigen der Erträge, aber ein absoluter Rückgang wie in Polen ohne Verminderung der Fläche, wie er in Deutschland⁴ im letzten Jahrfünft nachweisbar ist, ist ein deutliches Zeichen für die ungesunde strukturelle Lage der polnischen Landwirtschaft. Auch in der Entwicklung des Viehstandes läßt sich feststellen, daß eine anderen Ländern entsprechende Zunahme nicht stattgefunden hat; die Inventararmut der Kleinbauernwirtschaft ist die Ursache der schlechten Arbeitsverteilung und der geringen Produktivität der menschlichen Arbeit im Winter. Die starke Zunahme der kleinen bäuerlichen Wirtschaften hätte in Polen zu einer Vermehrung des Viehbestandes führen müssen. Die Erfahrungen der Siedlung in Deutschland haben gezeigt, daß mit der Parzellierung im Großbetrieb bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche der Viehbestand je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wächst, vor allem gilt das bei Schweinen und Rindvieh, da ja auch in dieser Betriebsgröße die Veredlungswirtschaft die Haupteinnahmen bringt.

Um einen Vergleich heranzuziehen, können wir die Randstaaten untersuchen, die qualitativ und quantitativ auf dem Gebiet der Viehzucht nicht unbedeutendes geleistet haben. In Estland hat der Rindviehbestand 1927—1936 um 97000 Stück zugenommen, in Lettland um 295000 Stück in der gleichen Zeitperiode, das sind 23,4%, der Schweinebestand um 139 000, d. s. 20,73%; ähnliches gilt für den Bestand an Milchkühen⁵ und den Schweinebestand in Litauen. Wenn auch die Dichtezahlen je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Polen höher liegen als in den baltischen Staaten, so reicht der Viehbestand doch in keiner Weise aus, um die im Kleinbetrieb in der polnischen Landwirtschaft gebundenen Arbeitskräfte vor allem im Winter produktiv zu beschäftigen. Je kleiner die bäuerliche Wirtschaft, um so wichtiger ist für ihre

⁴ ohne Österreich und Sudetenland.

⁵ Baltikum in Zahlen. Institut für osteuropäische Wirtschaft, 1937.

Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft die Auslastung der Arbeitskräfte in den von Natur arbeitsarmen Zeiten. Die Widerstandsfähigkeit der polnischen kleinbäuerlichen Wirtschaft beruht in der in Westeuropa unerreichbaren Anspruchslosigkeit des polnischen Kleinbauern; die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit solcher vegetierender Betriebe ist außerordentlich gering. Wenn in Südslawien und Rumänien nach der Agrarreform der Viehbestand zunächst um 20% zurückging⁶, so lag das an dem Klima und den Bodenverhältnissen, die in den betreffenden Gebieten für Weizenanbau an sich geeigneter waren als für die Entwicklung einer intensiven Veredlungsviehzucht im Kleinbetrieb.

Vieh-dichte je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche

	Pferde			Hornvieh			Schweine			Schafe	
	1931	1937	1931-37	1931	1937	1931-37	1931	1937	1931-37	1931	1937
Polen	16,1	15,2	-0,9	38,3	41,3	+3,0	28,6	30,1	+1,7	10,2	12,5
Warschau	15,6	14,8	-0,8	37,7	39,4	+1,7	29,2	32,3	+3,1	2,6	3,3
Lodz	16,7	15,2	-1,5	43,8	44,6	+0,8	29,1	34,9	+5,8	2,8	4,3
Kielce	16,9	15,6	-1,3	42,9	47,7	+4,8	22,4	27,2	+4,8	2,5	4,0
Lublin	18,1	17,2	-0,9	35,4	41,0	+5,6	35,5	41,7	+6,2	3,5	4,7
Bialystok	16,1	15,6	-0,5	29,6	34,4	+4,8	24,6	27,1	+2,5	19,7	19,7
Wilna	12,2	11,9	-0,3	24,4	28,5	+4,1	20,6	23,1	+2,5	21,5	33,8
Nowogrodek	14,5	13,7	-0,8	28,9	35,1	+6,2	24,1	27,3	+3,2	23,0	29,8
Polesien	10,1	9,7	-0,4	28,7	33,9	+5,2	16,7	21,5	+4,8	24,1	25,0
Wolhynien	20,1	17,7	-2,4	33,4	39,0	+5,6	27,0	29,7	+2,7	7,9	10,9
Posen	14,7	13,9	-0,8	43,0	40,4	-2,6	50,6	48,3	-2,3	7,9	8,3
Pommerellen	14,7	14,0	-0,7	38,0	36,9	-1,1	48,5	43,2	-5,3	14,9	14,7
Schlesien	14,0	12,8	-1,2	54,8	55,5	+0,7	44,6	36,3	-8,3	1,4	3,0
Krakau	13,4	12,8	-0,6	65,5	66,3	+0,8	24,6	22,6	-2,0	4,6	7,1
Lemberg	20,1	17,9	-2,3	52,2	53,3	+1,2	24,0	18,7	-5,3	3,3	5,8
Stanislaw	15,2	13,6	-1,6	40,2	45,9	+5,7	21,2	20,0	-1,2	15,0	18,3
Tarnopol	20,7	18,9	-1,8	38,4	39,7	+1,3	29,8	24,5	-5,3	5,6	7,2

Vergleichen wir die Entwicklung des polnischen Viehbestandes 1931 und 1937, so ist die Abnahme der Pferde mit der Zunahme der Kleinbetriebe schwer im Einklang zu bringen. Der Rindviehbestand weist eine geringe Zunahme auf, mit Ausnahme von Posen und Pommerellen, die zur Anpassung an das Durchschnittsniveau der polnischen Landwirtschaft gezwungen sind und daher auch im Viehbestand wie im Jahrzehnt vorher immer noch abnehmen. Der Rindviehbestand zeigt selbst in allen Südwojewodschaften noch eine geringe Zunahme, dagegen hat der Schweinebestand, die wichtigste Veredlungsmöglichkeit für Kohlehydrate, nicht nur in den ehemals deutschen Provinzen Posen, Pommerellen und Schlesien nachgelassen, sondern auch in den typischen Übervölkerungsgebieten, den galizischen Wojewodschaften Krakau, Lemberg, Stanislaw und Tarnopol. Wie groß die Kapitalarmut in den kleinbäuerlichen Betrieben tatsächlich ist, zeigt eine polnische Statistik aus dem Jahre 1927⁷, die bei der geringen Veränderung der gesamtpolnischen Viehzucht im Laufe der letzten 10 Jahre auch heute noch Geltung hat; im Gegenteil, da sich die Zahl der Kleinbetriebe in Polen beträchtlich vermehrt hat, kann man mit

⁶ A. G. Hollmann, Agrarverfassung und Landwirtschaft Jugoslawiens, Berlin, Parey, 1931. Die Agrarreform in Rumänien, Berlin, Parey 1923.

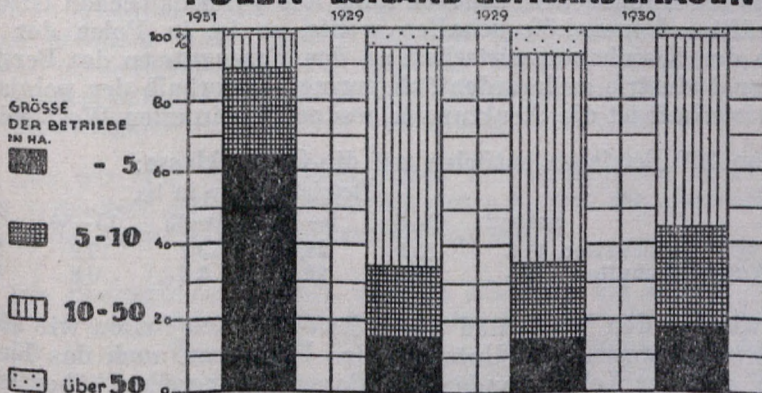
⁷ Wiadomości Statystyczne, VI. Jahrg., Heft 9, 5. 5. 1928, S. 299/300.

einer weit größeren Zahl viehloser Betriebe rechnen. Die galizischen Wojewodschaften zeichnen sich auch hier deutlich ab.

	ohne Pferd	ohne Kuh	mit Kuh ohne Pferd	ohne Schweine	ohne jegl. Vieh
		in %	der Wirtschaften		
Polen	43,8	14,2	23,0	30,7	5,0
Warschau	42,3	9,1	22,7	33,9	2,9
Lodz	45,2	10,6	24,2	36,8	3,9
Kielce	47,7	12,6	28,3	40,7	4,6
Lublin	35,6	10,8	19,7	21,4	3,1
Bialystok	23,4	13,1	12,5	30,7	4,0
Wilna	28,0	11,8	16,1	39,8	6,5
Nowogrodek	28,1	13,5	15,8	38,2	5,8
Polesien	34,7	15,0	15,8	29,9	6,5
Wolhynien	32,3	16,6	16,9	28,0	5,4
Krakau	63,7	11,9	28,4	37,8	7,2
Lemberg	45,3	9,7	25,5	23,0	4,2
Stanislaw	57,5	19,1	33,5	39,5	7,0
Tarnopol	—	18,3	28,4	19,6	5,2

Ein Vergleich der Agrarstruktur Polens mit den Randstaaten zeigt, daß die marktleistungsfähige Betriebsgröße von 10—50 ha in Polen außerordentlich schwach vertreten ist. Mit abfallender Gunst der natürlichen Grundlagen nimmt der Anteil der marktleistungsfähigen Betriebe von 10—50 ha von Südwesten (Litauen) nach Nordosten (Estland) zu. 51,9%, 57,7%, 61,0%, das sind Anteile, die die hohe Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft dieser Länder garantieren und die heute bei allen Fehlern in der Durchführung das Endergebnis der Agrarreformen in den baltischen Staaten sehr positiv erscheinen lassen.

ZAHLE DER BETRIEBE NACH GRÖSSENKLASSEN POLEN ESTLAND LETTLAND LITAUEN



Zahl der Betriebe nach Größenklassen
Von 100 Betrieben entfielen auf die Größenklasse:

Größe der Betriebe in ha	Polen 1931	Estland 1929	Lettland 1929	Litauen 1930	Dt. Reich 1933
unter 2	25,5	1—5 17,6	1—5 15,7	1—5 18,1	0,5—2 27,6
2 — 5	38,7	33,9	19,5	27,2	25,9
5 — 10	24,8	16,3	35,2	45,3	73,7
10 — 20	10—15 6,5	26,2	32,4	32,6	14,7
20 — 30	10,5	18,2	25,3	19,3	8,7
30 — 50	15—50 4,0	16,6	57,7	51,9	23,4
50 — 100	0,5	4,8	6,6	2,3	2,9
über 100		0,3	0,5	0,5	

Gesamtzahl der Betriebe nach der Betriebsfläche!

In den Sektor marktleistungsfähiger Betriebe fallen in Polen nicht mehr als 10,5% (!) Betriebe, und diese entfallen meist auf die Westwojewodschaften. Also auch von der Produktionsseite her betrachtet, ist die Agrarstruktur Polens ein schweres volkswirtschaftliches Hindernis, und die Ziele der polnischen Agrarpolitik mußten auf eine Abrundung und Vergrößerung bestehender Kleinbetriebe hinausgehen, statt auf erneute Parzellierung. Das Zurückbleiben der Produktion bei starken Produktionsreserven ist zum großen Teile auf diese strukturellen Mißstände der polnischen Landwirtschaft zurückzuführen und bildet ein ernstes soziales Problem Polens wie Osteuropas.

Die ungünstigen Wirkungen der Agrarstruktur zeigen sich in Polen sowohl auf der Bezugs- wie auf der Absatzseite. So wie im zaristischen Rußland die im Mir gebundene Bauernwirtschaft kein Absatzmarkt für die junge russische Konsumindustrie war, so daß Stolypin nicht nur aus innerpolitischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen kaufkräftige Bauernhöfe schaffen wollte, so ist in Polen der Verbrauch der Kleinbauernwirtschaft an den Erzeugnissen des Bergbaus und der Industrie außerordentlich gering. Innerhalb der polnischen Landwirtschaft ist die Struktur am gesündesten in allen Westgebieten.

Von 100 Betrieben entfielen auf die Größenklasse:

	Betriebsfläche in ha					
	unter 2	2—5	5—10	10—15	15—50	üb. 50
Westl. Wojewodschaften	11,6	20,4	26,6	18,7	19,9	2,8
Südl. Wojewodschaften	48,4	39,6	10,1	1,3	0,8	0,2

Zwischen den West- und Südwojewodschaften finden wir also in der Struktur wesentliche Unterschiede. Und wenn auch das Kultur-niveau und der Lebensstandard in Posen-Pommerellen höher ist als in Galizien — er hat sich, verglichen mit der Vorkriegszeit weitgehend nach unten anpassen müssen — so ist doch der große Unterschied im Verbrauch im wesentlichen auf die Unterschiede in der

Betriebsstruktur, also auf die höhere Kaufkraft der mittleren Betriebsgrößen, zurückzuführen.

Kohleverbrauch je Kopf der Bevölkerung 1937:

Westwojewodschaften	1854 kg
Südwojewodschaften	242 kg

Walzeisenverbrauch:

Westwojewodschaften	22,5 kg
Südwojewodschaften	8,1 kg

Zuckerverbrauch:

Westwojewodschaften	17,8 kg
Südwojewodschaften	8,4 kg

Spiritusverbrauch:

Westwojewodschaften	1,6 kg
Südwojewodschaften	0,6 kg

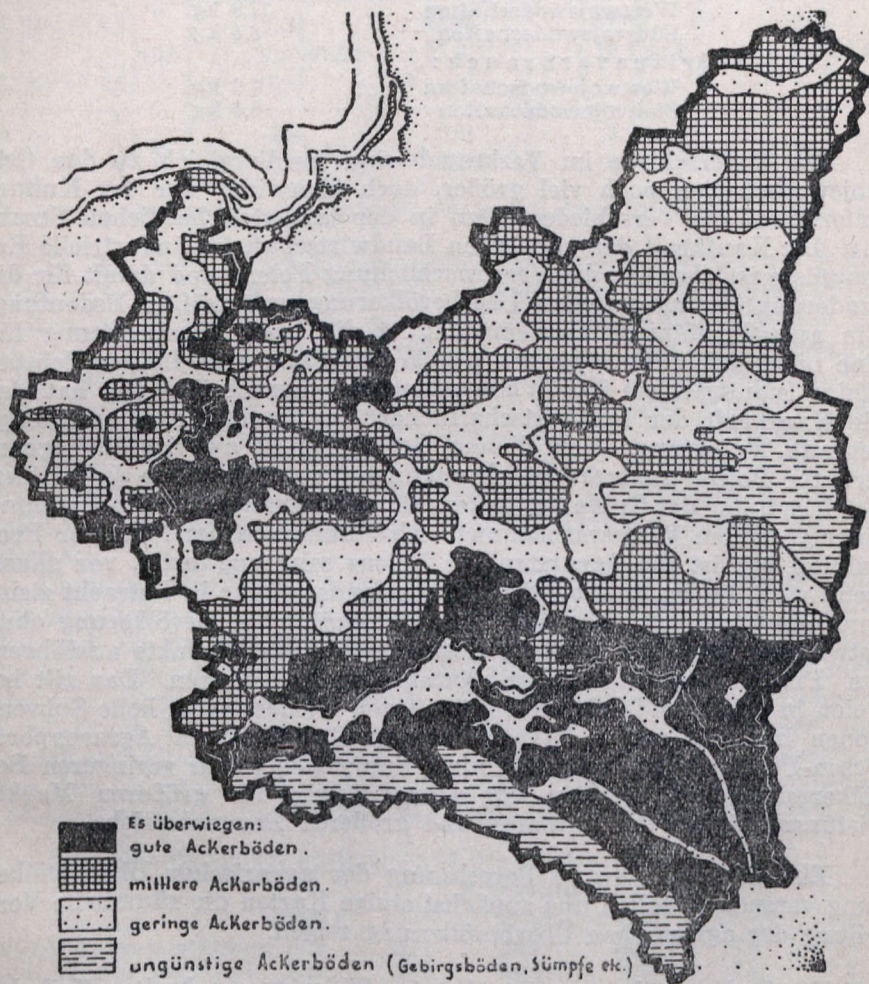
Die Unterschiede im Verbrauch sind im Vergleich zu den Ostwojewodschaften noch viel größer, doch überwiegt hier der Kulturunterschied die Verschiedenheiten in der landwirtschaftlichen Struktur. Die Kaufkraft der polnischen Landwirtschaft für industrielle Erzeugnisse ist aber für die Vergewerblichung Polens und damit für die Linderung der agrarischen Überbevölkerung von größter Bedeutung. Ein aufnahmefähiger Binnenmarkt ist die beste Voraussetzung für eine nicht den Schwankungen des Weltmarktes ausgelieferte, lebensfähige Industrie. Bei 60,6% landwirtschaftlicher Bevölkerung hat also die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine ausschlaggebende Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Agrarstruktur Polens außerordentlich ungünstig; jede Zunahme der kleinen Betriebe unter der Größe der Ackernahrung bedeutet eine Erschwerung einer gesunden Vergewerblichung. Aber auch von der Seite der Produktion her ist die Agrarstruktur Polens sehr ungünstig, vor allem, wenn man die Produktion für den Auslandsverkehr in Betracht zieht, denn ein Staat mit über 60% landwirtschaftlicher Bevölkerung ohne entwickelte Industrie muß im allgemeinen Agrarprodukte ausführen, um Produktionsmittel dafür eintauschen zu können. Das gilt bei Polen in erhöhtem Maße, da es für seinen Kohlenexport hohe Subventionen bezahlen muß. Bisher hat den Hauptteil des Agrarexports Posen-Pommerellen bestritten, nicht nur wegen seiner geringeren Bevölkerungsdichte, sondern vor allem wegen der größeren Marktleistungsfähigkeit der mittleren und größeren Bauernbetriebe.

Ehe wir eine genaue Berechnung der agrarischen Überbevölkerung versuchen, sollen uns zunächst einige Karten die räumliche Verteilung der agrarischen Überbevölkerung zeigen.

Die Bodengütekarte zeigt, daß im Südosten ein breiter Keil des guten Schwarzerdebodens tief nach Polen hineinreicht und sich auch an der Grenze West- und Mittelpolens gute Böden befinden. Im übrigen wechseln auf dem überwiegenden Teil des Staatsgebietes mittlere und geringe Ackerböden miteinander ab. Die Karpatenländer und das polnische Sumpfgebiet rechnen zu den ungünstigen Ackerböden.

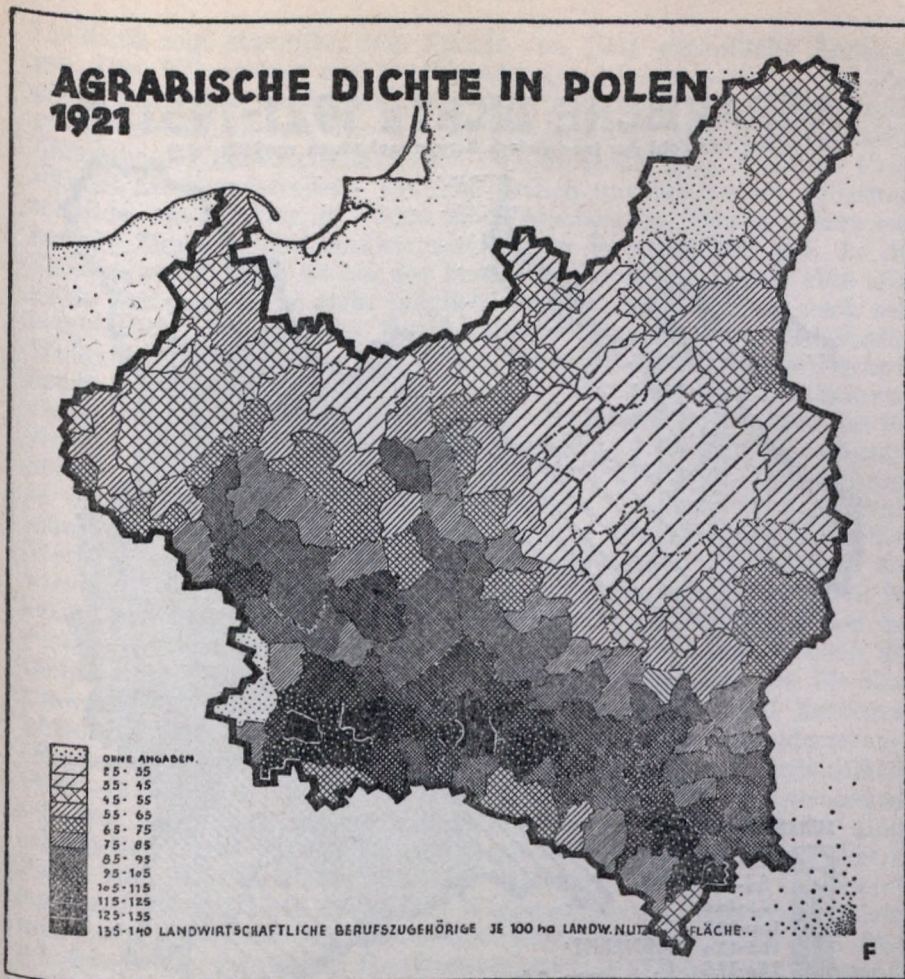
BODENGÜTEKARTE.

NACH PROF. DR. O. HEUSER.



Karte 3

AGRARISCHE DICHTEN IN POLEN. 1921



Karte 4

Agrarische Dichte 1921. Der ganze Norden, Nordosten und Westen Polens ist agrarisch nur halb so dicht besiedelt wie der Süden. Ein breiter Streifen dichtester Besiedelung, sich von Südosten nach Nordosten hinziehend, umfaßt die polnischen Südwowjodschaften und Teile der Woiwodschaften Mittelpolens. Während in Westeuropa so große Unterschiede in der agrarischen Bevölkerungsdichte nur auf einer verschiedenen Wirtschaftsstruktur, vor allem auf einem starken Anteil von Industrie beruhen, bestehen solche Unterschiede in Polen ohne stärkere Industriebezirke, also auch in rein landwirtschaftlichen Gebieten. Polesien mit seinen ausgedehnten Sümpfen und entsprechend geringer Dichte der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen auf 100 ha landwirtschaftlich nutzbare Fläche hebt sich deutlich aus dem Gesamtbilde heraus.

Die Karte zeigt gegenüber dem Stande von 1921 wesentliche Änderungen. Das Wilnagebiet und Ostoberschlesien können nicht in den Vergleich einbezogen werden, da in ihnen 1921 noch keine Zählung durchgeführt werden konnte. Die Westwojewodschaften zeigen eine absolute Abnahme der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen, darunter Posen stärker als Pommerellen. Die sich östlich anschließenden Wojewodschaften von Krakau im Süden bis Warschau im Norden weisen eine geringe Zunahme der landwirtschaftlichen Berufstätigen auf. In den Südwojewodschaften ist bei der bereits vorhandenen Dichte eine allzu große Zunahme nicht mehr möglich gewesen; sie ist immer noch sehr beträchtlich. Die stärkste Verdichtung weisen die Wojewodschaften Wolhynien und Polesien auf. Eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Berufstätigen um 20—25% in 10 Jahren ist eine Erscheinung, die in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit der überall auftretenden Abnahme der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen einzig dastehen wird. Um so auffallender ist es, daß, während in den Ostwojewodschaften eine derartige Zunahme der landwirtschaftlichen Berufstätigen stattfindet, in den ähnlich dicht besiedelten Westwojewodschaften unter wesentlich günstigeren natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen eine absolute Abnahme festzustellen ist. Doch muß hierbei die erzwungene Abwanderung der Deutschen berücksichtigt werden. Zur Feststellung des Unterschiedes zwischen der Dichte der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen und der Bevölkerungsdichte ist auch die Bevölkerungsdichte Polens 1931 kartographisch dargestellt. Der Vergleich des gewogenen Getreideertrages (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) in dz je ha Getreide-Anbaufläche 1909—1913 und 1931—1935 zeigt deutlich, daß in den Westwojewodschaften die Anpassung an die gesamtpolnische Intensität zu einer erheblichen Verminderung der gewogenen Getreideerträge geführt hat, in Posen von 18,53 dz 1909—1913 auf 14,70 dz 1931—1935, Pommerellen von 17,17 auf 13,18 dz. In den Wojewodschaften Warschau, Kielce und Lodz haben sich die gewogenen Getreideerträge dank der Ausschaltung der russischen Konkurrenz und der Intensivierungsmaßnahmen der polnischen Verwaltung gehoben, ebenso zeigen alle früher zu Rußland gehörenden Wojewodschaften eine geringe Zunahme der Erträge. Das ist eine deutliche Bestätigung der Tatsache, daß sich die Landwirtschaft dieser Gebiete innerhalb des zaristischen Rußland nicht entwickeln konnte. Die Zunahme oder Abnahme ist für die West- und die Ostwojewodschaften eine volle Bestätigung der Wirkung des Preisgefälles vor dem Kriege in den Ziffern der Vorkriegspreise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte (Index f. 1909/13, für Vieh 1912/13):

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Schlacht- Rinder	Schlacht- Schweine
Posen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Lemberg	78,6	87,5	84,4	78,8	89,6	85,1
Warschau	67,4	76,0	79,7	68,2	53,0	68,6

Durch die Vereinigung der 3 Teilgebiete zu einem Wirtschaftsraum und einem Preisniveau war mit einer Abnahme der Intensität

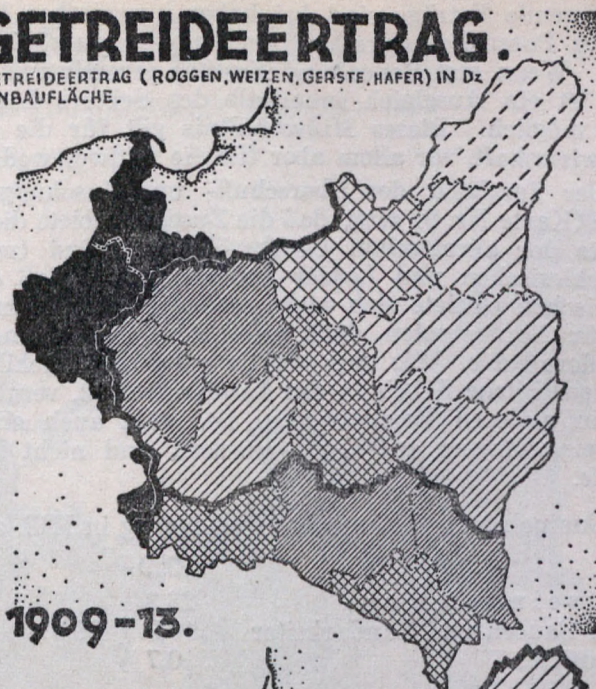


Karte 6

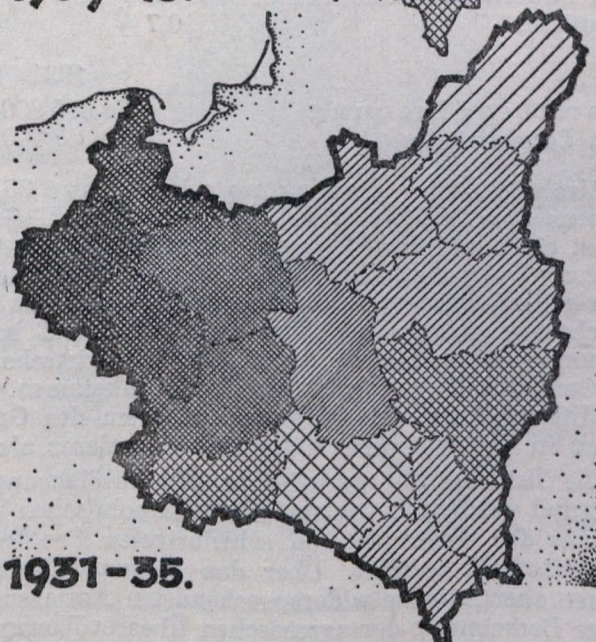
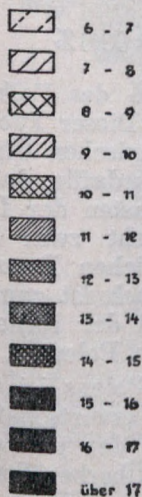
in den Westwojewodschaften und einer Zunahme in den kongreß- und ostpolnischen Wojewodschaften zu rechnen. Bei einer Angleichung an die Intensitätshöhe des österreichischen Teilgebietes hätte man damit rechnen können, daß die früher österreichischen Südwojewodschaften mindestens ihre Ertragshöhe halten würden. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Mit Ausnahme der Wojewodschaft Krakau haben alle einen Ertragsrückgang aufzuweisen und zwar Lemberg von 11,59 dz 1909—1913 auf 8,96 dz 1931—1935, Tarnopol von 11,73 dz auf 9,75 dz und Stanislaw von 10,63 auf 9,78 dz. Der gewogene Getreideertrag hat sich für Gesamtpolen von 11,18 dz auf 11,34 dz je ha erhöht, also eine außerordentliche geringe Zunahme, wenn man die Bevölkerungsvermehrung in dem Jahrzehnt 1921—1931 dazu in Beziehung setzt. Der absolute und nicht unbeträchtliche

DER GETREIDEERTRAG.

DER GEWOGENE GETREIDEERTRAG (ROGGEN, WEIZEN, GERSTE, HAFER) IN DZ
JE HA GETREIDEANBAUFLÄCHE.



ERTRAG IN DZ JE HA.



F

Ertragsrückgang der Südwojewodschaften ist aber nichts anderes als eine Erscheinung der Überbevölkerung, Ursache und Folge zugleich. Abnehmende Erträge sind bei hoher agrarischer Dichte (im Gegensatz zu Posen-Pommerellen) ein Symptom agrarischer Überbevölkerung. Wenn erst Boden und Kapital derartig ins Minimum geraten sind, ist ein Ausgleich innerhalb des Sektors Landwirtschaft nicht mehr möglich. Dieses Mißverhältnis gilt für die gesamte polnische Landwirtschaft, vor allem aber für die Südwojewodschaften.

Der Vergleich der Überschuß- und Zuschußgebiete an Brotgetreide (Karte Nr. 8) zeigt, daß die Zuschußgebiete die dichtbesiedeltsten Gebiete der agrarischen Überbevölkerung sind (mit Ausnahme der oberschlesischen und Lodzer Industrie) und daß diese überwiegend agrarischen Gebiete sich nicht selbst ernähren können. Das Gleiche gilt für Nordostpolen, doch spielt hier die Ungunst der Natur eine besondere Rolle. Wie unproduktiv unter den geschilderten Umständen die menschliche Arbeit in der Landwirtschaft, verglichen mit der Arbeit in anderen Berufszweigen ist, zeigt auch eine Verteilung des Volkseinkommens auf Landwirtschaft und nicht landwirtschaftliche Berufe.

Das polnische Volkseinkommen betrug in Mill. zł.⁸:

	1929		1933	
Volkseinkommen	28,3		15,5	
davon Bauern und Landarbeiter	10,3	} 38,9%	5,1	{ 35,5%
Gutsbesitzer	0,7		0,4	
		1931		
Gesamtbevölkerung		31 915 800		
davon Landwirtschaft		19 347 000 = 60,6%		

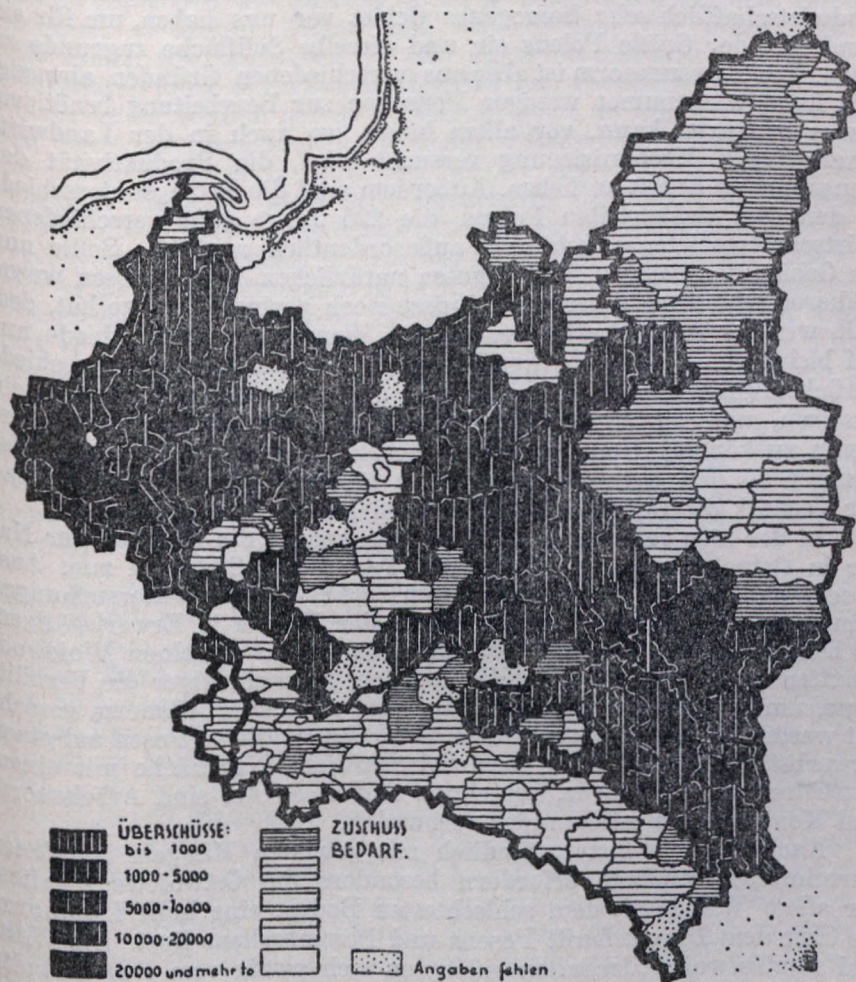
Also 60,6% der Bevölkerung erhalten nur 35,5% des Volkseinkommens oder 58,5% des auf sie entfallenden Teils. Dieser Prozentsatz ist ein deutlicher Beweis für den Grad der agrarischen Überbevölkerung Polens, ist aber noch viel mehr ein Beweis dafür, daß die bisherige Industrie- und Handelspolitik Polens zu Lasten der Landwirtschaft gegangen ist. Auch in Deutschland besteht zwar keine Harmonie zwischen dem Anteil der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen und ihrem Anteil am Volkseinkommen, doch ist zunächst das Mißverhältnis viel geringer, außerdem der Grad der Rationalisierung in der deutschen Industrie ein anderer als in Polen.

Die Tatsache der agrarischen Überbevölkerung Polens ist anerkannt und wird auch von maßgebenden polnischen Volkswirtschaftlern als eines der ernstesten und schwierigsten Probleme der polnischen Volkswirtschaft erörtert. Über das Ausmaß dieser Überbevölkerung bestehen aber nun die widersprechendsten Auffassungen. Jede zahlenmäßige Berechnung der agrarischen Überbevölkerung ist mit verschiedenen Ungenauigkeiten behaftet, doch ist das kein Grund, von einem

⁸ Mały Rocznik Stat. 1937, S. 69 und S. 30/32.

BROTGETREIDE.

ÜBERSCHUSS- UND ZUSCHUSSGEBIETE, 1930-1934, info.



F

Karte 8

Versuch einer zahlenmäßigen Berechnung überhaupt abzusehen. Einer solchen Berechnung kann die Landnutzungsnorm oder die Konsumnorm zugrunde gelegt werden. Die durchschnittliche Einkommenshöhe gibt bei den großen Verschiedenheiten des Lebensniveaus in Polen keine brauchbare Norm. Die Verteilung des Volkseinkommens auf landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätige gibt auch nur einen Gesamtanhalt über die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft. Beziehen wir die Soll-Fläche auf den landwirtschaftlichen Erwerbstätigen als Arbeitsnorm, so müßten wir ein landwirtschaftlich sehr homogenes Gebiet vor uns haben, um für ein Land von der Größe Polens ein und dieselbe Sollfläche zugrunde zu legen. Die Konsumnorm ist aber aus verschiedenen Gründen abwegig. Das Land wird immer weniger Menschen zur Bearbeitung benötigen, als es ernähren kann, vor allem heute, wo auch in der Landwirtschaft durch Mechanisierung versucht wird, die Produktivität der menschlichen Arbeit zu heben. Außerdem sind die Ertragsunterschiede in den drei Gebietsteilen Polens, die 125 Jahre ganz verschiedenen Wirtschaftsgebieten angehörten, außerordentlich ungleich. Sollte nun ein Gebiet, das heute u. U. bei guten natürlichen Verhältnissen wegen früherer schlechter Absatzverhältnisse noch geringe Erträge hat, deshalb weniger Arbeitskräfte benötigen? Wenn diese Unterschiede nur auf bisherige — nunmehr wegfallende — wirtschaftliche Unterschiede zurückzuführen wären, so müßte man die Arbeitsnorm möglichst klein ansetzen, um mit einer großen Dichte die Produktionsreserven erfassen zu können. Und doch sind natürliche Unterschiede mehr oder weniger an den Ertragsunterschieden beteiligt, ebenso wie der Grad der Technik die Größe der Arbeitsnorm bestimmt.

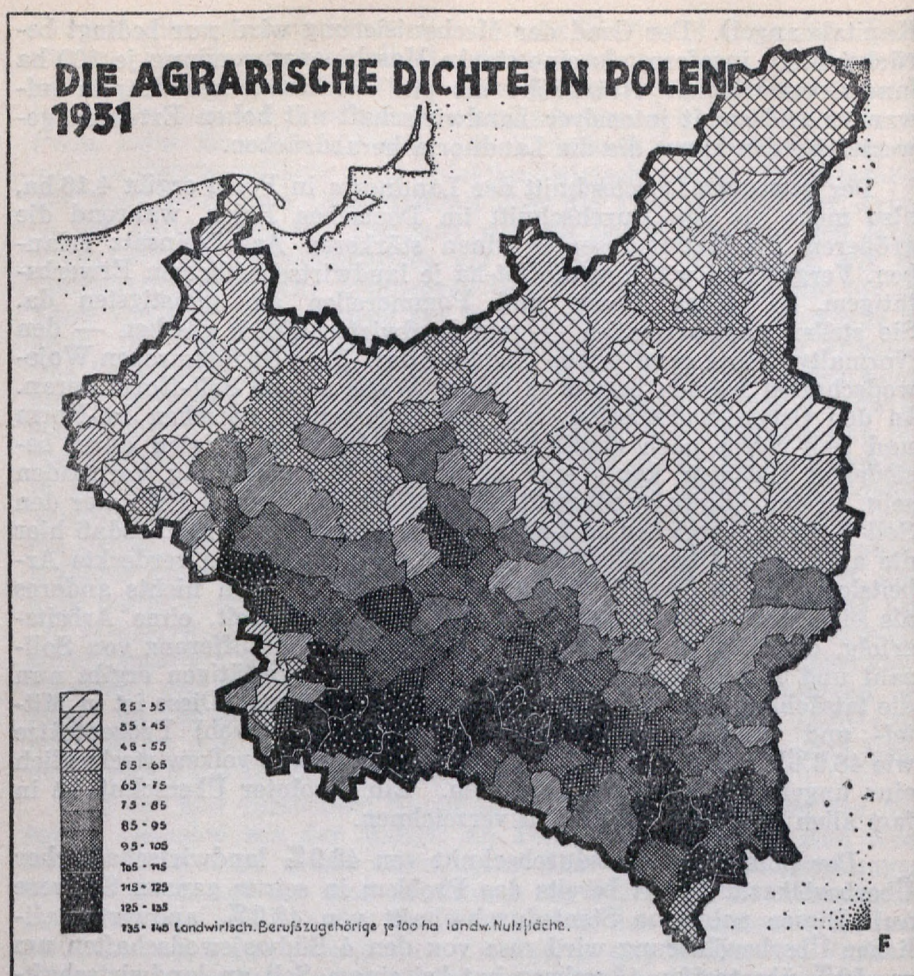
In der hier versuchten Kombination kommt die Ungunst der Natur in Ostpolen wie der Mangel an Technik in Südpolen zum Ausdruck, ohne beide genau festzulegen. Für unsere Untersuchungen kommt es darauf an, eine Abstufung der Fläche je Erwerbstätigem zu bekommen, die sich den Verhältnissen in den einzelnen Wojewodschaften anpaßt. Je geringer die Erträge, je ungünstiger die Verhältnisse, um so größer muß die Fläche sein, die als Arbeitsnorm gerechnet werden kann. Als Grundnorm sind 3 ha = die in Posen auf einen Erwerbstätigen entfallende landwirtschaftliche Nutzfläche mit einem Getreideertrag von 45 dz. gerechnet. Auf diese Art sind Arbeitsnorm und Konsumnorm miteinander verbunden.

Nach dieser selbstverständlich mit gewissen Mängeln behafteten Berechnungsgrundlage erfordern besonders die Ostwojewodschaften, vor allem Wilna mit dem schlechtesten Boden, eine hohe Landnorm, die über dem Durchschnitt Posens und Pommerellens liegt. Die West- und Zentralwojewodschaften entfernen sich wenig vom Durchschnitt. Auch die Südwojewodschaften erfordern eine überdurchschnittliche Landnorm, um bei den geringen Erträgen (Gemengelage und Kapitalmangel) die Ertragshöhe zu erreichen. Natürlich sind hier die augenblicklichen Produktionsergebnisse zu Grunde gelegt, die durch Kapitalzufuhr, Flurbereinigung, Meliorationen usw. weitgehend verändert werden können. Bei den Südwojewodschaften handelt es sich weniger um natürliche Verhältnisse, als um wirtschaftliche (Gemengelage und

Kapitalmangel). Der Grad der Mechanisierung wird nur bedingt berücksichtigt, insofern, als eine starke Maschinenanwendung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche als ein Zeichen hohen Kapitalaufwandes und somit intensiver Landwirtschaft mit hohen Erträgen gewertet werden kann, die die Landnorm herabdrücken.

Der gewogene Durchschnitt der Landnorm in Polen ergibt 4,16 ha, also mehr als den Durchschnitt im Deutschen Reich, während die größeren Produktionsreserven einen stärkeren Arbeitseinsatz erlauben. Vergleichen wir nun die Ist-ha je landwirtschaftlichem Erwerbstätigem, so stehen Posen und Pommerellen am günstigsten da. Sie stellen gewissermaßen — rein landwirtschaftlich gesehen — den Normaltyp einer agrarischen Struktur dar. Die mittelpolnischen Wojewodschaften reichen bereits in keiner Weise an die Soll-Norm heran. In den Ostwojewodschaften tritt der Unterschied zwischen Ist-Norm und Soll-Norm noch deutlicher hervor. Auch in an sich dünn besiedelten Gebieten kann eine agrarische Übervölkerung vorhanden sein. In den Südwojewodschaften liegen die Ist-Normen tief unter den Soll-Normen, erreichen in Lemberg kaum noch ein Drittel, sodaß hier die agrarische Übervölkerung in ihrer ganzen Last als verdeckte Arbeitslosigkeit zu Tage tritt. Sie ist in Südpolen auch nichts anderes als eine durch Kurzarbeit gelinderte Arbeitslosigkeit, ohne Arbeitserfolg, ohne Bareinnahmen, ohne Kaufkraft. Die Differenz von Sollzahl und Istzahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen ergibt nun die tatsächliche landwirtschaftliche Überbevölkerung. Diese ist in Mittel- und Ostpolen einigermaßen gleichmäßig, obwohl Prozentsätze wie 48,6% in Kielce und 45% in Wolhynien bereits volkswirtschaftlich eine ungeheure Belastung darstellen. Ein absoluter Überschuß ist in fast allen Wojewodschaften zu verzeichnen.

Der polnische Staatsdurchschnitt von 42,9% landwirtschaftlicher Überbevölkerung zeigt bereits das Problem in seiner ganzen Schwere auf. Dieser polnische Staatsdurchschnitt von 42,9% landwirtschaftlicher Überbevölkerung wird nun von den 4 Südwojewodschaften um ca. 50% übertroffen. Lemberg hat bei einem Soll an landwirtschaftlichen Erwerbstätigen von 391 000 ein Zuviel von 820 000 (!), Krakau bei einem Soll von 272 000 ein Zuviel von 500 000. Für Polen ergibt sich somit für 1931 ein Zuviel an landwirtschaftlichen Erwerbstätigen von 4 694 363. Berechnen wir die landwirtschaftlichen Berufszugehörigen, so ergibt sich ein Zuviel von 8 308 607 = 42,9% der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen, 25,9% der Bevölkerung sind also ohne produktive Arbeit. Unterdessen hat die Bevölkerung Polens um 2 427 000 zugenommen; wenn wir dem Zuviel an landwirtschaftlichen Berufszugehörigen noch einmal rund 25% der Zunahme der Bevölkerung von 1931—1937 = 606 700 zuaddieren, so erhöht sich das Ausmaß der agrarischen Überbevölkerung auf 9 000 000. Daß diese Zahl in anbetracht der unsicheren Berechnungsgrundlagen nur einen bedingten Wert hat und sich bei Ausschöpfung aller wirtschaftlicher Möglichkeiten, die Polen zur Verfügung stehen, noch ermäßigen würde, braucht nicht mehr besonders unterstrichen zu werden.



Karte 9

Welche Mittel stehen Polen zur Verfügung, um dieses Grundübel der Volkswirtschaft zu mildern und jährlich 300 000 Seelen, den Geburtenüberschuß des flachen Landes, unterzubringen? Die Möglichkeit der Auswanderung, durch die vor dem Kriege Hunderttausende in USA. oder Innerrußland Arbeit finden konnten, fällt heute fast ganz weg. Die überseeische Auswanderung übersteigt in den letzten Jahren nicht 25 000 Kopf. Auch die Wanderarbeit ist stark eingeschränkt. Vor dem Kriege lebten 5 bis 7 000 000 der Landbevölkerung mittelbar von der Wanderarbeit, heute muß dieser Teil der Landbevölkerung ausschließlich von seinen Zwergwirtschaften leben, die früher nur eine zusätzliche Existenzsicherung bedeuteten. 1937 wanderten nach europäischen Ländern 78 000 Polen aus, 39 000 wanderten zurück, davon gingen die meisten nach Frankreich und Lettland.

Polen 1931

Wojewodschaft	Gesamtbevölkerung in 1000	Landw. Berufs- zugehörige		Landw. Erwerbstätige errechnet	Landw. Nutzfläche		ha je landw. Erwerbstätige	Soll ha je landw. Erwerbstätige	Es fehlen ha je landw. Erwerbstät.	Soll-Zahl der landw. Erwerbstät.	Zuviel landw. Erwerbstätige		Zuviel landwirtschaftl. Berufszugehörige		
		in 1000	in % der Gesamtbevölk.		in ha	in % der Gesamtfläche					absolut	in % der Erwerbstätigen	absolut (errechnet)	in % der landw. Berufszugehör.	in % der Gesamtbevölk.
1. Warschau u. Stadt	3 288,6	1 543,6	47,0	872 134	2 253 800	77,5	2,58	3,49	0,91	645 787	226 347	26,0	400 614	26,0	12,2
2. Lodz	2 007,0	1 278,2	48,6	722 183	1 393 926	73,8	1,93	3,29	1,36	423 686	298 497	41,3	528 313	41,3	26,3
3. Kielce	2 935,7	1 667,9	56,8	942 364	1 737 804	68,4	1,84	3,59	1,75	484 068	458 296	48,6	811 143	48,6	27,6
4. Lublin	2 464,6	1 749,1	71,0	988 242	2 212 367	72,6	2,24	3,79	1,55	583 738	404 504	40,9	715 936	40,9	29,0
5. Bialystok	1 643,9	1 149,3	69,9	649 355	2 006 880	64,8	3,09	4,60	1,51	436 278	213 077	32,8	377 127	32,8	22,9
6. Wilna	1 276,0	922,3	72,3	521 100	1 752 694	64,3	3,36	6,22	2,86	281 784	239 316	45,9	423 568	45,8	33,2
7. Nowogrodek	1 057,2	871,2	82,4	492 228	1 400 872	65,9	2,85	4,83	1,98	290 036	202 192	41,1	357 861	41,1	33,9
8. Polesien	1 132,2	912,1	80,6	515 337	1 898 699	53,6	3,68	4,97	1,29	382 032	133 305	25,9	235 936	25,9	20,8
9. Wolhynien	2 085,6	1 655,8	79,4	935 527	2 207 114	64,0	2,36	4,36	2,00	506 219	429 308	45,9	759 837	45,9	36,4
10. Posen	2 339,6	991,9	47,1	560 424	1 965 592	74,0	3,51	3,02 + 0,49		650 858	-90 434	-13,9	-160 060	-13,9	-6,8
11. Pommerellen	1 884,5	556,0	51,5	314 140	1 062 802	65,1	3,38	3,31 + 0,07		321 088	-6 948	-2,2	-12 297	-2,2	-0,7
12. Schlesien	1 295,0	157,5	12,2	88 988	240 301	57,0	2,70	3,43	0,73	70 059	18 929	21,3	35 502	21,3	2,7
13. Krakau	2 297,8	1 368,0	59,5	772 920	1 198 034	69,2	1,55	4,40	2,85	272 280	500 640	64,8	886 088	64,8	38,6
14. Lemberg	3 127,4	2 145,6	68,6	1 212 264	1 964 773	69,8	1,62	5,02	3,40	391 389	820 875	67,7	1 452 876	67,7	46,5
15. Stanislaw	1 480,3	1 105,4	74,7	624 551	1 006 081	59,6	1,61	4,60	2,99	218 713	405 838	65,0	718 297	65,0	48,5
16. Tarnopol	1 600,4	1 273,1	79,6	719 302	1 287 504	79,3	1,79	4,62	2,83	278 681	440 621	61,3	779 860	61,3	48,7
Gesamt: Polen ⁹	32 107,2	19 347,0	60,6	10931059	25 589 243	67,5	2,34	4,26¹⁰		6 236 696	4 694 363	42,9	8 308 607	42,9	25,9

⁹ In der Gesamtzahl sind enthalten 191 500 Soldaten (ohne S. 31915,8).¹⁰ gewogen

Durch agrarpolitische Maßnahmen — Flurbereinigung, Melioration, Genossenschaftswesen — kann noch viel für besseren Arbeits-einsatz und bessere Erträge in der Landwirtschaft getan werden, trotz bedeutender Leistungen, die Polen in den letzten 2 Jahrzehnten aufzuweisen hat. Die staatlichen Maßnahmen haben auf dem Gebiete der Ablösung der Servitute, der Flurbereinigung und der Anliegersiedlung viel Gutes geschaffen. Die Servitute, die hauptsächlich in den Zentral- und Ostwojewodschaften verbreitet waren, stellten ein Hemmnis für die Intensivierung dar. Im übrigen hat ihre Liquidation zu einer Vermehrung des Bauernlandes auf Kosten des Großgrundbesitzes beigetragen (584 000 ha sind vom Großgrundbesitz in bäuerliche Hände übergegangen). Die Ablösung der Servitute ist heute zu 90 % abgeschlossen und stellt eine sehr positive Maßnahme der polnischen Agrarbehörde dar.

Auch auf dem Gebiete der Flurbereinigung ist Wesentliches geleistet worden, auch hier wieder in den Zentral- und Ostwojewodschaften. In den Südwojewodschaften ist noch ein großer Teil der Wirtschaften kommossierungsbedürftig, in den Westwojewodschaften ist die Zusammenlegung bereits vor der Abtrennung des Gebietes an Polen fast vollständig durchgeführt worden. Am positivsten hat sich die Anliegersiedlung ausgewirkt, doch entstehen unter dem Druck der Übervölkerung immer wieder neue, nicht lebensfähige Kleinbetriebe, da es kein Teilungsverbot und keine gesetzliche Mindestgröße in Polen gibt. Durch Parzellierung kann der Überbevölkerung nicht wirksam abgeholfen werden. Denn selbst eine völlige Zerschlagung des noch vorhandenen Großgrundbesitzes würde nicht ausreichen, den bestehenden Landhunger zu stillen. Das Problem ist zu schwerwiegend, um allein auf agrarpolitischem Gebiete einer Lösung entgegengebracht zu werden.

Nachdem Kwiatkowski Polen in 2 wirtschaftliche Teile geteilt hat, in Polen A (die Wojewodschaften Posen - Pommerellen und Schlesien) und Polen B (das übrige Polen) und sich in 20 Jahren die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen beiden Gebieten noch nicht verwischen ließen, sieht man das Heilmittel für alle volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem für die Überbevölkerung, im Aufbau des sogenannten Zentralen Industriegebietes, im Aufbau des „Polen C“. Von diesem großen Industriegebiet, das vor allem wehrpolitischen Gesichtspunkten seine Entstehung verdankt, sollen außer der schon dort vorhandenen dichten Bevölkerung noch 2,5 Millionen Menschen aufgenommen werden. Durch Hebung der Kaufkraft und durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse soll der Landwirtschaft ein neuer und naher Absatzmarkt geschaffen werden. Jedenfalls ein Versuch, der eine Möglichkeit bietet, Menschen vom Lande abzuziehen, wenn auch noch nicht, das Problem der agrarischen Überbevölkerung zu lösen. Aber dieser Plan stößt auf große Schwierigkeiten: soweit es sich nicht um staatlich subventionierte Produktionsmittel- oder Rüstungsindustrien handelt, ist der Markt für die in „Polen C“ zu errichtende Industrie die polnische Landbevölkerung, deren Kaufkraft für eine bedeutende Ausweitung des gewerblichen Produktionsvolumens kaum ausreicht. Das

Vorkriegsrußland hat durch das Mirsystem und die damit verbundene geringe Kaufkraft seiner Landbevölkerung seine Konsumgüterindustrie nur unter großen Schwierigkeiten entwickeln können. Und wohin soll die Überbevölkerung Ostgaliziens, wenn im zentralen Industriegebiet nur Nationalpolen Arbeit finden sollen? „Polen C“ wird künftig als ein neues Industriegebiet eine große Bedeutung haben, ob es einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Agrarfrage liefern kann, muß zunächst als zweifelhaft gelten. Jedenfalls wäre es im Interesse Polens weit richtiger, die Produktionsgrundlagen seiner Landwirtschaft mit allen Mitteln zu heben und auf dem Wege einer landwirtschaftlichen Exportförderung in Zusammenarbeit mit den industriellen Staaten Europas seiner Landbevölkerung die auch für den Aufbau der Industrie unbedingt notwendige Kaufkraft zu verleihen.

Besteht somit kein Zweifel, daß Polen durch seine ländliche Bevölkerungsfrage vor große Schwierigkeiten gestellt ist, so ist andererseits klar, daß hieraus allein noch keine Schlußfolgerungen hinsichtlich der Frage, in welchem Grade in Polen ein Vergleich mit anderen Staaten Europas von Überbevölkerung schlechthin zu sprechen ist, gezogen werden können.

KARL HEIDRICH

DIE DEUTSCH-POLNISCHEN WIRTSCHAFTS- BEZIEHUNGEN

Deutschland und Polen sind Länder, die alle Voraussetzungen für rege wirtschaftliche Austauschbeziehungen in sich bergen, die durch die Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsstruktur und die verkehrsgeographische Lage gegeben sind. Die langgestreckten Grenzen begünstigen den Warenaustausch. Die vorhandenen Austauschmöglichkeiten sind in der Vergangenheit bei weitem nicht ausgenutzt worden. Bis zum Jahre 1933 verlief die Entwicklung vielmehr in entgegengesetzter Richtung. Ein Wandel ist erst seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland eingetreten, der eine Klärung der politischen Atmosphäre zwischen beiden Nachbarländern herbeiführte.

Bis zum Jahre 1925 ruhten die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Er verpflichtete Deutschland auch Polen gegenüber zur Gewährung der einseitigen Meistbegünstigung auf 5 Jahre, also bis zum 10. 1. 1925. Außerdem bestimmte er, daß Deutschland Waren aus polnischen, ehemals deutschen Gebieten unverzollt aufzunehmen habe. Allerdings konnte Polen, das in erster Linie Versorgungshandel trieb, die Meistbegünstigung nur wenig ausnutzen. Die weitere konventionelle Basis für die deutsch-polnischen Beziehungen war die Oberschlesien-Konvention, die am

15. 5. 1922 in Genf abgeschlossen wurde. Sie sicherte für die Dauer von 3 Jahren den aus Oberschlesien stammenden nach Deutschland ausgeführten Waren zollfreie Einfuhr bzw. Einfuhrerlaubnisse, falls die deutsche Regierung die Einfuhr solcher Waren verbieten sollte. Die Versuche, die 1920 von Polen und 1923 von deutscher Seite unternommen wurden, zu einer provisorischen vertraglichen Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, blieben in den ersten Anfängen stecken.

Als Deutschland im Jahre 1925 die Freiheit der Führung einer autonomen Außenhandelspolitik wiedererlangt hatte, standen die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen unter keinem günstigen Stern. Die Verhandlungen, die damals zwischen der deutschen und der polnischen Regierung um den Abschluß eines Handelsvertrages geführt wurden, scheiterten, und damit war ein völlig vertragsloser Zustand zwischen beiden Staaten eingetreten. Es folgten dann Jahre eines heftigen und sich immer mehr zuspitzenden Zollkrieges, der jedoch anfänglich den deutsch-polnischen Warenaustausch nicht wesentlich herabmindern konnte. In dieser Zeit wurden sogar bedeutungsvolle private Abmachungen getroffen, die die Erleichterung des gegenseitigen wirtschaftlichen Warenaustausches bezweckten. Die weiteren Versuche, einen wirtschaftlichen Interessenausgleich zwischen beiden Ländern herbeizuführen, blieben jedoch ohne Erfolg. Der Versuch, durch einen nach äußerst schwierigen Verhandlungen am 17. März 1930 abgeschlossenen deutsch-polnischen Handelsvertrag einen Ausgleich der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen herbeizuführen, scheiterte daran, daß deutscherseits wegen der, infolge der damaligen Wirtschaftslage Deutschlands für untragbar gehaltenen, im Verträge vorgesehenen Kontingente für polnische Kohle und Schweine die Ratifizierung abgelehnt wurde. Eine erhebliche Verschärfung erfuhr der Zollkrieg durch den im Oktober 1933 in Kraft getretenen neuen polnischen Zolltarif, der die deutsche Ausfuhr nach Polen vollkommen lahmlegte.

Man würde aber der tatsächlichen Entwicklung nicht gerecht werden, wollte man als Grund für den Niedergang des deutsch-polnischen Handels ausschließlich den Zollkrieg verantwortlich machen. Neben den Auswirkungen des für beide Teile unseligen Handelszwistes müssen die allgemeine Einengung des Welthandelsvolumens sowie die volkswirtschaftlichen Strukturwandlungen in beiden Staaten, die auch in Polen zu einer wachsenden Selbstversorgung führten, berücksichtigt werden. Alle drei Faktoren zusammen bewirkten, daß die deutsche Einfuhr nach Polen, die im Jahre 1925 noch mehr als 31% der polnischen Gesamteinfuhr ausmachte, bis zum Jahre 1938 auf 13,6% absank, und daß ein ähnlicher Rückgang in der Ausfuhr Polens nach dem Deutschen Reich bemerkbar war. In absoluten Zahlen ging die deutsche Ausfuhr nach Polen von 854 Mill. Zł. im Jahre 1925 auf 108,5 Mill. Zł. im Jahre 1934, die polnische Ausfuhr nach Deutschland in dieser Zeit von 903,1 Mill. Zł. auf 168,6 Mill. Zł. zurück.

Durch den Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 24. 1. 34 wurde die Voraussetzung geschaffen, auf der Basis politischer Beruhigung auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu in-

tensivieren. Der Ausdruck des Willens beider Staaten, auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer Einigung zu gelangen, war das Protokoll vom 7. März 1934, durch das sämtliche seit Beginn des Zollkrieges eingeführten Kampfmaßnahmen aufgegeben wurden. Damit war zugleich der Weg freigelegt für einen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Im Jahre 1934 kam jedoch noch kein umfassenderes Abkommen zustande. Es wurde lediglich das Kompen-sationsabkommen vom 11. Oktober 1934 abgeschlossen, das einen zusätzlichen Warenaustausch von 22 Mill. Zł. festlegte. Dieses Abkommen erfüllte die beiderseitigen weitgehenden Wünsche in keiner Weise, deshalb fanden schon im Sommer 1935 erneut Verhandlungen statt, die eine Regelung des gesamten gegenseitigen Verkehrs bezweckten.

Am 4. November 1935 wurde der deutsch-polnische Wirtschafts-vertrag unterzeichnet, der zum ersten Male den Grundsatz der gegen-seitigen Meistbegünstigung zwischen Deutschland und Polen festlegte und somit Deutschland die Möglichkeit bot, mit dritten Ländern erfolgreich auf dem polnischen Markt zu konkurrieren. Über Schiff-fahrts- und Niederlassungsfragen enthielt der Wirtschaftsvertrag kei-nerlei Vereinbarungen. In einem Warenabkommen wurde der voraus-sichtliche Umfang des Handelsverkehrs und der Grundsatz des Wa-renaustausches im Verhältnis von 1:1 festgelegt. Zur Erreichung dieses Zieles wurden polnischerseits Kontingente für die wirtschaftlich ein-fuhrverbotenen Waren gewährt und deutscherseits Zahlungswert-grenzen für die voraussichtliche polnische Ausfuhr vorgesehen. Die Bezahlung erfolgt nicht in Devisen, sondern im Verrechnungsverkehr, der im einzelnen im deutsch-polnischen Verrechnungsabkommen vom gleichen Tage geregelt ist. Außerhalb dieser Abkommen dürfen Waren-lieferungen nicht vorgenommen werden. Für die Behandlung aller Fragen, die mit der Durchführung des Vertrages zusammenhängen, sieht der Vertrag die Einsetzung von Regierungsausschüssen beider Länder vor, die früher monatlich, jetzt vierteljährlich zu gemeinsamen Tagungen zusammentreten. Zu ihrer Aufgabe gehört es, den polni-schen Ausfuhrplan für jeweils drei Monate festzusetzen, sowie vor-handene und neu auftauchende Störungen und Reibungen im Güter-austausch oder Verrechnungsverkehr zu beseitigen.

Im ersten Vertragsjahr erfüllten sich die Erwartungen, die an die Auswirkung des Vertrages geknüpft wurden, noch nicht. Der Waren-verkehr zwischen beiden Ländern erreichte im Jahre 1936 nur eine unwesentliche Belebung. Die deutsche Ausfuhr nach Polen erhöhte sich im Vergleich zu 1935 lediglich um 9 Mill. Zł. und die polnische Ausfuhr nach Deutschland sogar nur um 2 Mill. Zł. Diese geringe Zunahme entsprach bei weitem nicht einmal der allgemeinen Umsatz-steigerung im polnischen Außenhandel, so daß der prozentuale Anteil Deutschlands sogar beträchtlich zurückging: in der Gesamteinfuhr von 14,4% auf 14,2% und in der Gesamtausfuhr Polens von 15,1% auf 13,8%. Der im Vertrag vorgesehene Umfang des Warenaustausches war nur zu etwa 80% erreicht worden.

Diese wenig befriedigende Entwicklung der deutsch-polnischen Handelsumsätze hatte ihre hauptsächliche Ursache darin, daß in den

ersten Monaten der Laufzeit des Vertrages Schwierigkeiten entstanden sind, die erst in den späteren Monaten dank der Tätigkeit der Regierungsausschüsse überwunden werden konnten. Allein schon die aus dem Verrechnungsverkehr sich ergebenden Formalitäten mußten für ein Land ohne Devisenbewirtschaftung, wie es damals Polen war, wenigstens für die erste Zeit ein großes Hemmnis bedeuten. Hinzu kam, daß die im Vertrag vorgesehenen Kontingente teils zu hoch, teils zu niedrig gegriffen waren. Die Erfahrungen des ersten Vertragsjahres boten wertvolle Unterlagen für die Verhandlungen, die am 20. Februar 1937 zu einer zweijährigen Verlängerung des Wirtschaftsvertrages führten. Grundlegende Änderungen hatten sich nicht als notwendig herausgestellt, es genügte, das Vertragswerk auszubauen und in manchen Punkten zu ergänzen. Der im Vertrag vom 4. November 1935 vorgesehene jährliche Warenaustausch von 176 Mill. Zł. für jede Seite wurde beibehalten. Als wesentliches Merkmal des Abkommens vom 20. Februar 1937 kann die Anpassung der zugestandenen Kontingente an die tatsächlich bestehenden Möglichkeiten des Warenabsatzes angesehen werden.

Seit dem Zustandekommen dieses Abkommens hat der deutsch-polnische Warenverkehr eine erfreuliche Entwicklung genommen. Während die polnische Einfuhr aus Deutschland, von der wiederum der Umfang der polnischen Ausfuhr nach Deutschland abhängig ist, im Februar 1937, also im letzten Monat vor Inkrafttreten des Abkommens nur 10,9 Mill. Zł. betrug, erreichte sie in den folgenden Monaten desselben Jahres einen Durchschnittswert von 16 Mill. Zł. und im ersten Halbjahr 1938 sogar einen Durchschnittswert von rund 24 Mill. Zł. (mit Österreich). Die gesamte polnische Einfuhr aus Deutschland belief sich im Jahre 1937 auf 182 Mill. Zł., war demnach um rund 40 Mill. Zł. höher als im Vorjahr. Die polnische Ausfuhr nach Deutschland erhöhte sich in der Vergleichszeit von 145,3 Mill. Zł. auf 173 Mill. Zł. oder um nicht ganz 28 Mill. Zł. Noch günstiger sind die Ergebnisse der ersten sechs Monate des Jahres 1938. Die Einfuhr Polens aus Deutschland (einschließlich des Landes Österreich) erhöhte sich von 106,7 Mill. Zł. im ersten Halbjahr 1937 auf 143,9 Mill. Zł. im ersten Halbjahr 1938. In der gleichen Zeit stieg die polnische Ausfuhr nach Deutschland von 109,5 Mill. Zł. auf 119,6 Mill. Zł. Die anteilige Hälfte der im Vertrag vorgesehenen deutschen Einfuhr nach Polen ist somit bei weitem überschritten.

An der Steigerung der polnischen Bezüge aus Deutschland haben sämtliche Warengruppen teilgenommen, wobei die Zunahme der Einfuhr von Investitionsmitteln, insbesondere von Maschinen und Apparaten, sowie von Kraftfahrzeugen weitaus am stärksten war. Die Einfuhr von Maschinen, Apparaten und elektrotechnischen Erzeugnissen ist im Jahre 1937 gegenüber 1936 von 34,5 Mill. Zł. auf 56,4 Mill. Zł. oder um 64% und im ersten Halbjahr d. J. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sogar von 23,2 Mill. Zł. auf 48,6 Mill. Zł. oder um 114% gestiegen. Die Einfuhr von Erzeugnissen der Feinmechanik erhöhte sich von 9,5 Mill. Zł. im Jahre 1936 auf 12,7 Mill. Zł. im Jahre 1937. Im ersten Halbjahr d. J. belief sich deren Einfuhr auf 9,1 Mill. Zł. gegenüber 6 Mill. Zł. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Eine aufsteigende Entwicklung zeigt ebenfalls die Einfuhr von deutschen Fahrzeugen, vor allem von Kraftwagen, Motorrädern und deren Teilen nach Polen. Sie betrug im Jahre 1936 10,4 Mill. Zł., im Jahre 1937 16 Mill. Zł. und im ersten Halbjahr 1938 bereits 12,4 Mill. Zł. gegenüber nur 7,9 Mill. Zł. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Das Wichtigste und Entscheidendste an dem Vertrag ist der Grundsatz der Meistbegünstigung. Er setzte die deutsche Exportindustrie in den Stand, mit den anderen Vertragsstaaten Polens, die Deutschland in den Jahren des Zollkrieges vom polnischen Markt verdrängt haben, mit Erfolg zu konkurrieren und das verloren gegangene Terrain zum größten Teil wieder zurückzuerobern. Einen weiteren Auftrieb hat der deutsch-polnischen Handel durch die aufsteigende Konjunktur in Polen erfahren, der in der Hauptsache das Ergebnis eigener Anstrengungen ist. Die Durchführung des 1933 in Angriff genommenen Investitionsplanes hat nicht nur der einheimischen Industrie einen erheblichen Auftrieb gegeben, sondern auch den Einfuhrbedarf Polens an Produktionsmitteln aller Art erheblich gesteigert. Die Einfuhr Polens ist seit 1935 von 860,4 Mill. Zł. auf 1254 Mill. Zł. im Jahre 1937 gestiegen. Das erste Halbjahr 1938 wies gegenüber dem gleichen Zeitraum 1937 eine Zunahme von 67,4 Mill. Zł. auf. Der erhöhte Einfuhrbedarf Polens, der sich in erster Linie auf Rohstoffe, Halbfabrikate und Investitionsgüter erstreckt, hat sich auch auf den deutsch-polnischen Warenverkehr fördernd ausgewirkt.

Ein weiterer Umstand, der die Gestaltung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehrs günstig beeinflusste, war die angespannte Devisenlage Polens. Das Jahr 1937 hat für die polnische Außenhandelsbilanz zum erstenmal seit 1930 mit einem Einfuhrüberschuß abgeschlossen, nachdem bereits in den vorausgegangenen Jahren schon eine Schrumpfung des Ausfuhrüberschusses eingetreten war. Schon mit der Schrumpfung des Ausfuhrüberschusses mußte angesichts der hohen Zahlungsverpflichtungen Polens gegenüber seinen Gläubigern die Erwägung naheliegen, in größerem Umfange als bisher die Clearingländer, vor allem aber Deutschland zur Deckung des Einfuhrbedarfes heranzuziehen, weil die Bezahlung dieser Bezüge über das Clearing durch gleichzeitig erhöhte Lieferungen polnischer Erzeugnisse ohne jede Schwierigkeit ausgeglichen werden konnte.

Durch die Vereinigung Österreichs mit dem Reich hat der Handelsverkehr mit Polen eine erhebliche Ausweitung erfahren. Wertmäßig beliefen sich die Lieferungen Österreichs nach Polen im Jahre 1937 auf 57,8 Mill. Zł. und die Bezüge aus Polen auf 58,7 Mill. Zł. Der Umfang des österreichisch-polnischen Handels erreichte somit den dritten Teil des deutsch-polnischen Warenumsatzes. Im Vergleich zur Größe Österreichs war demnach sein Warenaustausch mit Polen bedeutend. Die Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet ergab die Notwendigkeit, den bisherigen österreichisch-polnischen Handelsverkehr in das Gesamtsystem des deutschen Außenhandels einzuordnen. Um diese Aufgabe zu lösen, wurden im April 1938 Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen aufgenommen. Während der Verhandlungen wurde das ursprüngliche Programm insofern abgeändert, als über die Neuordnung der österreichisch-polnischen Wirt-

schaftsfragen hinaus der gesamte deutsch-polnische Warenverkehr eine einheitliche Zusammenfassung erfuhr. Die Verhandlungen fanden mit der Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 1. Juli 1938 ihren Abschluß. Der Vertrag, der für einen Zeitraum von 2½ Jahren abgeschlossen ist, trat am 1. September 1938 in Kraft und läuft im Falle einer Nichtverlängerung am 28. Februar 1941 ab.

Die Grundlage für den neuen Vertrag hat der bisherige deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag vom 4. November 1935 in der Fassung vom 20. Februar 1937 abgegeben. Er gliedert sich in drei Teile, und zwar in einen Hauptvertrag oder den eigentlichen Wirtschaftsvertrag, ein Warenabkommen und ein Verrechnungsabkommen. Die Vereinbarungen des Hauptvertrages sind fast ohne Änderungen in das neue Vertragswerk übernommen worden. Es enthält die gegenseitige allgemeine Meistbegünstigung und beiderseits eine Reihe von Zollzugeständnissen. Die polnischerseits gewährten Zollermäßigungen erfuhren eine Erhöhung von 68 auf 286 Positionen. Sie betreffen vor allem die chemischen Fabrikate, Metall- und Papierwaren, verschiedene Maschinen, Apparate und Präzisionsinstrumente, Spielzeug, Schmuck usw. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Vertragszölle, die bisher von Polen dem früheren Bundesstaat Österreich zugestanden worden waren. Eine große Anzahl neuer Vertragszölle ist anstelle fortgefallener Präferenzzölle vereinbart worden, die für österreichische Erzeugnisse bestanden haben. Schließlich sind einige neue Vertragszölle hinzugekommen. Die Liste der Polen gewährten Zollermäßigungen ist bedeutend kürzer und enthält nur 11 Posten. Der Unterschied in der Zahl der gegenseitig gewährten Zollermäßigungen geht darauf zurück, daß für die polnische Ausfuhr nach Deutschland die Zölle sehr niedrig sind und bei Rohstoffen überhaupt keine Zölle bestehen. Außerdem ist die polnische Ausfuhr nach Deutschland in Branchenabkommen geregelt mit im voraus feststehenden Preisen. Die Frage der Zollermäßigungen hat daher für die polnische Seite nicht die gleiche Bedeutung wie für die deutsche.

Der zweite Teil des Vertrages regelt den Warenverkehr. Der deutsch-polnische Warenumsatz ist auf je 122 Mill. RM.—260 Mill. Zł. in der Ausfuhr festgelegt worden. Der bisher in Geltung befindliche Betrag sah auf der Ausfuhr- und Einfuhrseite eine jährliche Quote von 176 Mill. Zł. vor, während die österreichische Ausfuhr nach Polen im Jahre 1937 58 Mill. Zł. betrug. Der neue Vertrag ermöglicht demnach eine Erweiterung des Warenverkehrs um 26 Mill. Zł. auf jeder Seite. Weitere Erhöhungen des Ausfuhrstandes können von den Regierungsausschüssen beschlossen werden. In der Struktur des Warenverkehrs sind infolge der Einbeziehung Österreichs einige Verschiebungen vorgesehen. Österreich hat in bedeutend stärkerem Maße als Deutschland industrielle Produkte aus Polen bezogen. Die industrielle polnische Ausfuhr nach Österreich betrug die Hälfte der Gesamtausfuhr, im Verkehr mit Deutschland machte der polnische industrielle Export dagegen nur ein Viertel der Gesamtausfuhr aus. Auf der Basis des neuen Warenabkommens beläuft sich Polens landwirtschaftliche Ausfuhr nach Deutschland auf etwa 70 v. H. und die pol-

nische industrielle Ausfuhr auf etwa 30 v. H. der Gesamtausfuhr. Vergrößert wurde die Ausfuhrmöglichkeit von Schweinen, Eiern, Butter, Gänsen, Getreide, Flachs, Hanf, in geringerem Maße auch von Holz. Inbezug auf den industriellen Export Polens nach Deutschland ist vor allem die Vereinbarung eines Kontingents für polnische Kohle und polnischen Koks zu erwähnen. Bisher führte Polen nach Deutschland überhaupt keine Kohle aus. Nach dem neuen Abkommen wird die polnische Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland dem polnischen Kohlenexport nach Österreich im Jahre 1937 nahekomen. Außerdem sind die Zahlungswertgrenzen für die Einfuhr polnischer Halb- und Fertigfabrikate zum Teil erhöht oder neu fertiggestellt worden. Das Warenabkommen sieht, wie bisher, Exportkontingente für die Danziger Landwirtschaft und Industrie vor. Letztere sind verbunden mit dem Danziger Veredlungsverkehr für Deutschland, in erster Linie für den Bau von Schiffen. Deutschland sind für alle diejenigen Waren, die in Polen handelspolitischen Einfuhrverboten unterliegen, Kontingente eingeräumt worden, die für eine größere Zahl von Positionen eine bedeutende Ausweitung erfahren. Hierbei sind die Exportinteressen des Landes Österreich in weitestem Maße berücksichtigt worden. Die für die Einfuhr aus Deutschland vereinbarten Kontingente werden wie bisher auf Kontingentsabschnitte von je zwei Monaten aufgeteilt, was jedoch nicht ausschließt, daß bei Saisonwaren Vorgriffe vorgenommen werden können.

Den dritten Teil des Vertrages bildet das Verrechnungsabkommen. Seine Bestimmungen entsprechen den bisherigen Abmachungen. Neu ist nur die Einbeziehung Österreichs in das neue deutsch-polnische Clearing. Außer Zahlungen für deutsche und polnische bzw. Danziger Warenlieferungen gilt das Verrechnungsabkommen noch für Provisionen und Geschäftsreisen, Patentgebühren und Lizenzen, Veredlungs- und Ausbesserungslöhne, Preisnachlässe, Rückvergütungen und Schadensersatzzahlungen (letztere können unmittelbar auf Warenforderungen verrechnet werden). Der beiderseitige Transitverkehr und Zahlungen im beiderseitigen Seefrachtenverkehr fallen, wie bisher, nicht unter die Bestimmungen des Verrechnungsabkommens.

Im Oktober 1938 ist zwischen Deutschland und Polen ein Warenkreditabkommen abgeschlossen worden, das zusätzliche deutsche und polnische Lieferungen außerhalb des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages in Höhe von je 120 Millionen Zł. vorsieht. Die Lieferungen sollen — mit einem Mindestwert von je 100 000,— Zł. — insbesondere Anlagen und Einrichtungen von Fabriken, Maschinen, Apparate und Werkzeuge zur Durchführung polnischer Investitionsanlagen umfassen. Die Bestellfrist für die Lieferung ist auf $2\frac{1}{2}$ Jahre bemessen, während die Lieferungen in einem Zeitraum von vier Jahren ausgeführt werden sollen. Die Rückzahlung des Kredits erfolgt in 12 bzw. 18 halbjährigen Raten. Die Kredite werden von der polnischen Landwirtschaftsbank garantiert. Für den Gegenwert der deutschen Lieferungen erhält Deutschland von Polen Getreide und Schweine. Die Verrechnung wird durch die Deutsche Verrechnungskasse und das Polnische Verrechnungsinstitut über besondere Konten vorgenommen werden. Durch das Kreditabkommen werden in den nächsten vier

Jahren die Umsätze auf beiden Seiten um je 30 Millionen Zł. erhöht werden. Noch im Dezember wurden Bestellungen für 60 Mill. Zł. Spezialinvestitionen der Textil-, chemischen, elektrotechnischen, Metallverarbeitungsindustrie u. a. auf polnischer Seite festgelegt und die erste Tranche des Kredits von Deutschland überwiesen.

Auch durch die Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich wird der deutsch-polnische Handel eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Verhandlungen wegen Festsetzung der Einfuhr- bzw. Ausfuhrkontingente sind bereits im Herbst aufgenommen worden. In Auswirkung der handelspolitischen Vereinbarungen, die im Laufe des verflossenen Jahres zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen wurden, rückt das Deutsche Reich wieder an die erste Stelle unter den Handelspartnern Polens. Der jetzige Anteil Deutschlands am polnischen Außenhandel kann mit 25 v. H. angenommen werden.

Bald wird auf Grund eines Vertrages, den der oberschlesische Industriekonzern „Interessengemeinschaft“ mit der „Exportgemeinschaft der Deutschen Automobilindustrie“ am 26. 11. 1938 abgeschlossen hat, mit der Montage, zum Teil auch mit der Fabrikation deutscher Automobile in Polen begonnen werden. Die erteilte Konzession erstreckt sich auf die Montage von Lastkraftwagen der Firma „Henschel“ und auf DKW- und Mercedespersonenkraftwagen. Damit werden sich die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf dem Gebiete der Autoindustrie endlich enger und für beide Teile fruchtbringender gestalten.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UMSCHAU

Rückblick auf das Jahr 1938 in der polnischen Wirtschaftspolitik

Die Stimmung, in der alle öffentlichen Kreise Polens auf das Jahr 1938 zurückschauen, ist von einem starken selbstbewußten Optimismus getragen. Nicht nur die politischen Erfolge, die sich nicht in der Gewinnung des Olsagebietes erschöpfen, sondern sich auch in weiteren Fortschritten auf dem Wege zur Erringung einer selbständigen und unabhängigen Großmachtstellung ausdrücken, sondern auch die wirtschaftspolitischen Ergebnisse dieses Jahres geben der polnischen Regierung das Gefühl erhöhter Kraft und berechtigter Zukunftshoffnungen. Das 20 jährige Bestehen des neuen polnischen Staates gab der Presse und Öffentlichkeit gegen Ende dieses Jahres besonderen Anlaß, sich über das bisher Erreichte klar zu werden und festzustellen, daß die Bilanz des Staates seit seiner Neugründung zweifellos aktiv sei und daß „trotz einer Reihe von Krisenpunkten in der polnischen Wirtschaftsstruktur“ und „trotz der offenbaren Erkenntnis einer langen Litanei unserer Fehler“ die Bewertung der Ergebnisse der ganzen Zeit für die schöpferischen Fähigkeiten des Volkes durchaus positiv“ ausfallen müsse. Das betonte der Vizepremier und Finanzminister Kwiatkowski in seiner großen Sejmrede am 2. Dezember ausdrücklich. In dieser Rede stellte er, gestützt auf Veröffentlichungen des Völkerbundes fest, daß von 22 Ländern der Welt nur 5 Länder, und an ihrer Spitze Polen, um die Mitte des abgeschlossenen Jahres noch einen Konjunkturforgang aufzuweisen gehabt hätten, der bei Deutschland eine Erhöhung der wirtschaftlichen Tätigkeit um 6,2%, bei Polen aber eine solche von 5,4% gezeigt habe. Daraus ergebe sich die Tatsache, daß die Konjunktur keines anderen Landes ein so langsames Wachstum in dem Zeitraum bis 1936 und ein so regelmäßig beschleunigtes in den folgenden 1½ Jahren aufzuweisen habe wie Polen. Wenn diese Betrachtung auch zweifellos dazu verführen kann, die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens zu rosig zu sehen, so konnte der Minister doch durch viele Beispiele den großen Abstand aufzeigen, der die heutige Wirtschaftslage Polens von der Zeit gegen Ende der großen Krise, im Jahre 1935 trennt. So sei die Kapazitätsausnutzung der großen staatlichen Werke in Starachowice

(Metallindustrie) von 40% im Jahre 1935 auf 95% gestiegen, in Kałusz betrage der Unterschied 62% und 97%, in Hołyn 40% und 100%, für den großen Mechanikerverband 61% und 100%. Die Umsätze der Konzernunternehmungen auf dem Inlandsmarkt betrugen 1935 50,5 Mill. zł. und lagen schon für die ersten zehn Monate 1938 über 90 Mill. zł. 5 der größten Konzernunternehmungen zahlten 1935 1,7 Mill. zł. Steuern und 1,6 Mill. zł. Arbeitgeberbeiträge, 1937 dagegen 3 Mill. zł. Steuern und 3,6 Mill. zł. Arbeitgeberbeiträge. Die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen, der Ausfall an Arbeitstagen durch Streiks ist weit geringer als in den vergangenen Jahren. Das Arbeitseinkommen des polnischen Volkes ist im Jahre 1938 um fast eine halbe Milliarde (Brutto) angewachsen,

Ernährungswirtschaft und Rohstoffpolitik

Der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung steht unter dem Zeichen der öffentlichen Investitionen und ist in erster Linie auf die Initiative der Regierung zurückzuführen. Der staatliche Interventionismus ist unter dem Gesichtspunkt einer wehrwirtschaftlichen Ausrichtung der gesamten polnischen Volkswirtschaft im verfloßenen Jahre weiter in fast alle Zweige des Wirtschaftslebens eingedrungen und hat sie der staatlichen Kontrolle und Einflußmöglichkeit zugänglich gemacht. Die Versorgungsfrage im Kriegsfall steht dabei im Mittelpunkt des Interesses. Bereits im Februar 1938 wurde beim Landwirtschaftsministerium ein Unterstaatssekretariat für die kriegswichtige Ernährungswirtschaft unter Michał Wierusz-Kowalski gebildet, dem seit Oktober ein Ernährungsausschuß aus Vertretern der übrigen Ressorts und der landwirtschaftlichen Organisationen als begutachtendes und beratendes Organ zur Seite steht. Im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Lebensmittelversorgung setzte der Ministerrat Anfang September ein Gesetz aus dem Jahre 1934 in Kraft, nach dem der Landwirtschaftsminister schon in Friedenszeiten im Einvernehmen mit dem Kriegsminister sowie mit dem Innenminister und dem Finanzminister den Eigentümern und Verwaltern landwirtschaftlicher Betriebe den Auftrag erteilen kann, ihre Wirtschaft auf eine Produktion, die im Interesse der Landesverteidigung liegt, einzustellen. In Regierungskreisen wird der Plan erörtert, die gesamte Landwirtschaft in einer Zwangsorganisation zusammenzufassen, die sich in das System der Landwirtschaftskammern einordnen soll. Es ist wohl an eine Organisation in der Art des Reichsnährstandes gedacht. Der Staat würde in einer solchen Organisation ein Werkzeug zur Durchsetzung seiner Ziele sehen. Die Opposition gegen diesen Plan ist allerdings so stark, daß er schwerlich Wirklichkeit werden wird.

Dem Industrie- und Handelsministerium wurde im Sommer ein besonderes Büro für Rohstofffragen angegliedert, dem weitgehende Befugnisse zur Überwachung der gesamten Rohstoffwirtschaft zustehen. In das Aufgabenbereich dieses Büros fallen die Anregung, Planung und Koördinierung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Rohstoffwirtschaft, die Ausarbeitung eines staatlichen Rohstoff-

programms, die Überwachung der inländischen Produktion von Rohstoffen und Ersatzstoffen, die Planung der Rohstoffeinfuhr- und Ausfuhr, ferner die Ausarbeitung eines Planes zur Anlage von Rohstoffvorräten, die Organisation von Sammlungen der Rohstoffabfälle und schließlich die Angleichung der Rohstoffwirtschaft an die Erfordernisse der Landesverteidigung. An der Spitze des Büros steht der Ministerialdirektor Marjan Kandl, der als ausgesprochener Vertreter der staatlichen Planwirtschaft gilt und sich bereit erklärt hat, auch „Mittel des unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges“ anzuwenden, um die Einstellung der polnischen Rohstoffpolitik auf die natürlichen Roh- und Ersatzstoffe des Inlandes zu erreichen. Er ist in den Kreisen der Privatwirtschaft infolge dieser Einstellung nicht sehr beliebt. Das Büro hat seine Tätigkeit Mitte Oktober aufgenommen. Als eine der ersten Maßnahmen ist ein Gesetzprojekt in Bearbeitung, das die heimische Industrie zwingen wird, öffentliche Aufträge nur aus inländischen Rohstoffen oder zum mindesten mit einem bestimmten Anteil inländischer Rohstoffe auszuführen. Mit Hilfe dieser Politik soll die Rohstoffeinfuhr Polens, die 1937 noch 730 Mill. zł. betrug, weitgehend eingeschränkt oder wenigstens auf wichtigen Gebieten unnötig gemacht werden. Man hat bereits die Einfuhrkontingente der Textilfirmen für Baumwolle und Wolle im letzten Jahre erheblich gekürzt. Im Zusammenhang mit der neuen Rohstoffpolitik wird das Rohstoffbüro vor allem die Rationalisierung des Außenhandels durchführen und dabei mit dem Außenhandelsrat zusammenarbeiten. Die Einfuhr soll in die Hände großer leistungsfähiger Firmen kommen, die über gute Beziehungen zum Auslande und einen ausgebauten Handelsapparat verfügen. Die vielen kleinen Einfuhrfirmen, deren Zahl sich in den letzten drei Jahren verdreifacht hat, sollen durch Einschränkung der Einfuhrerlaubnis ausgeschaltet werden, da sie die Position des polnischen Außenhandels auf den Auslandsmärkten schwächen. Die neue Rohstoffpolitik wird in Zukunft sicher gewisse Änderungen in der Handelsvertragspolitik bringen und kann zu einer Überprüfung und Revision der Handelsverträge führen.

Staatliche Wirtschaftsregelung

Im Zuge einer Verstärkung der staatlichen Wirtschaftsregelung liegt auch die Neuordnung in der eisen-schaffenden Industrie. Der Einfluß des Verbandes der polnischen Eisenhütten, der eine Unterabteilung des Lewiatan, des Verbandes der polnischen Schwerindustrie darstellt, wurde durch die Gründung der „Hauptorganisation des polnischen Hüttenwesens“, der alle Hütten für 4 Jahre beitreten mußten, geschwächt. An der Spitze der „Hauptorganisation“ steht bezeichnenderweise ein Militär, der General Dąbkowski, der für die Durchführung der staatlichen Rohstoffpolitik auf diesem Gebiete sorgt. Im Olsagebiet wurde dem Staate durch die Neubesetzung der Betriebsleiterposten Gelegenheit gegeben, die Betriebe unter seine Aufsicht zu stellen. Überall wurden gleich nach der Besetzung in den Betrieben Zwangsverwaltungen eingesetzt, denen Militärkommandanten beigeordnet wurden. Der Gedanke einer politischen Ausrichtung der Wirt-

schaft wird auch durch das neue, Ende November erlassene Staatsschutzgesetz unterstützt, das schwere Freiheitsstrafen, in besonderen Fällen sogar Todesstrafen, für Vergehen gegen wirtschaftliche und militärische Interessen des Staates verhängt und besonders Arbeitsstörungen in der Rüstungsindustrie, Falschmeldungen, die das Vertrauen in die polnische Währung und in den öffentlichen Kredit erschüttern, den Versand schlechter Waren ins Ausland, und andere Schädigungen der polnischen Ausfuhr, die öffentliche Aufwiegelung zum Generalstreik, die Schließung von Arbeitsstätten durch die Arbeitgeber, die Einstellung der Lebensmittellieferung in die Städte und schließlich jede Art von Wirtschaftsspionage streng bestraft. In der laufenden Parlamentstagung wird die Verabschiedung weiterer wirtschaftspolitisch wichtiger Gesetze erwartet, der Chef des Nationalen Lagers hat bereits eine besondere Judengesetzgebung angekündigt, die die Juden aus dem Wirtschaftsleben ausschalten soll.

Das neue Investitionsprogramm

Der Ausbau des Zentralen Industriereviers nimmt den weitaus größten Teil des Investitionsbudgets der Regierung in Anspruch. Für dieses waren im Etatsjahr 1938/39 800 Mill. zł. zu beschaffen. Anfang Dezember legte die Regierung dem Sejm ein Gesetzesprojekt über die Finanzierung eines Dreijahresplanes für die polnische Aufrüstung und die Durchführung bedeutender Investitionsarbeiten vor. Die Gesamtsumme der aufzunehmenden Investitionskredite soll 2 Md. zł. betragen, eine für polnische Verhältnisse gewaltige Summe. (Der Gesamtstaatsaushaltsplan 1939/40 ist auf rund $2\frac{1}{2}$ Md. zł. veranschlagt), von der 1,2 Md. zł. vom Fonds der nationalen Verteidigung zufließen sollen, während 800 Mill. zł. für Investitionsarbeiten in der Zeit vom 1. April 1939 bis zum 31. März 1940 vorgesehen sind. Diese Millionen sollen sich folgendermaßen verteilen. 70 Mill. zł. sind für die Elektrifizierung, hauptsächlich im G. O. P., 30 Mill. zł. für die Vergrößerung der Gasanlagen, 15 Mill. zł. für Investitionen an der Meeresküste, 75 Mill. zł. für den Bau von Wasserwegen, 30 Mill. zł. für Meliorationen in der Landwirtschaft, 15 Mill. zł. für die Verbesserung des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorgesehen, weiter sollen für das staatliche Bauwesen 50 Mill. zł., für Investitionen der Staatsbahn 210 Mill. zł., für Investitionen auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens 45 Mill. zł., für den Bau und die Unterhaltung von Straßen 200 Mill. zł., und schließlich 60 Millionen zł. für Kredithilfe und Investitionen aus dem Fonds der Agrarreform ausgegeben werden. An der Spitze der neuen Bauvorhaben stehen die Verkehrsaufgaben. Es soll eine Kohlenmagistrale gebaut werden, die eine Verbindung zwischen Polnisch-Oberschlesien, dem Zentralen Industrierevier und der Wojewodschaft Wolhynien herstellt. In Sandomir soll ein großer Weichselhafen gebaut werden und der geplante Schifffahrtskanal, der unter Einbeziehung der Weichsel und des Dunajec das oberschlesische mit dem Zentralen Industrierevier verbinden soll, in Angriff genommen werden. Im Zusammenhang damit soll eine neue Talsperre mit einem Kraftwerk am San entstehen.

Ferner soll der Ausbau der Erdgasleitung aus dem Gebiet von Jasto in das Zentrale Industriegebiet, fortgesetzt werden, sie ist bereits versuchsweise in Betrieb. In den übrigen Landesteilen erstrecken sich die Baupläne vor allem auf die Erweiterung des Straßennetzes im polnischen Osten und auf den Ausbau von Eisenbahnstrecken. Die große Strecke Warschau—Zakopane—Budapest und Warschau—Stanislaw—Bukarest sollen ausgebaut werden. Die Eisenbahnstrecke Gdingen—Warschau soll umgeleitet und um etwa 60 km verkürzt werden. Die Elektrifizierung Warschaus soll durch Anschluß an das Stromnetz des Kraftwerks in Rożnow erfolgen. Man nimmt allgemein an, daß die Finanzierung dieses großen Programms die Auflegung von Inlandsanleihen notwendig machen wird, die Hilfe des Auslandes wird höchstens ergänzend hinzutreten. Das Vertrauen in die wachsenden wirtschaftlichen Kräfte des polnischen Volkes ist die Grundlage, auf der die Regierung ihr Programm aufgebaut hat. Es hat in der polnischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, daß Minister Kwiatkowski bei der Investitionsvorlage über den Dreijahresplan vor dem Sejm erklärte, dieser Plan sei nur der erste Teil eines großen 15-Jahresplanes, der in 5 Abschnitten das große Werk des wirtschaftlichen Aufbaus und Umbaus durchführen soll. Während im ersten Zeitabschnitt des Dreijahresplanes der Erhöhung des Rüstungspotentials im Vordergrund steht, soll der zweite Abschnitt von 1942—1945 in der Hauptsache der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse gewidmet sein. Besonderes Gewicht soll dabei auf die Inlandserzeugung von Kraftwagen gelegt werden. Der dritte Abschnitt 1945—48 wird in erster Linie der Neuorganisation und Erweiterung des Volksbildungswerkes und der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung dienen. Im 4. Abschnitt 1939—51 soll die Industrialisierung und Urbanisierung durchgeführt werden, die Städte sollen modernisiert werden und ihr polnischer Charakter soll endgültig durchgesetzt werden. Im 5. und letzten Abschnitt, der in die Jahre 1952—1954 fällt, soll schließlich das ganze Werk abgeschlossen und ausgeglichen werden. Die Vereinheitlichung der Wirtschaftsstruktur und Dynamik Polens im Sinne eines Ausgleichs zwischen den verschiedenen Teilgebieten zwischen Polen A und Polen B, ist das besondere Ziel dieses Schlußabschnittes im Gesamtplan. Ob und in welchem Umfange diese großzügigen Pläne Wirklichkeit werden, wird vor allem davon abhängen, ob die Steuerkraft der Bevölkerung weiter wächst.

Die Wirtschaftslage

Nach der augenblicklichen Gesamtwirtschaftslage Polens zu urteilen, ist das durchaus nicht selbstverständlich. Schon gegen Ende des ersten Halbjahres 1938 beunruhigten die andauernde Passivität der Handelsbilanz und ein nicht unerheblicher Rückgang des Produktionsindex die öffentliche Meinung und man sprach von einem beginnenden Konjunkturrückgang. Diese Befürchtungen sind jetzt angesichts der sich verschlechternden Rentabilität in der Landwirtschaft wieder aufgetaucht. Das Tempo des Wirtschaftsaufschwunges hat sich gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Der Produktionsindex

stand im Sommer bei 117,8 und stieg dann im 3. Quartal 1938 auf 119,6 im November stand er auf 120,2. Nachdem das Statistische Hauptamt im Sommer die Berechnungsweise des Produktionsindex geändert hatte, schien plötzlich der Produktionsstand des Höchstkonjunkturjahres 1929 weit überschritten zu sein. Die psychologische Wirkung dieser kleinen Änderung auf die gerade in Polen in dieser Beziehung besonders zugängliche Presse und Öffentlichkeit, darf man nicht zu gering veranschlagen, sie trägt zu dem herrschenden Optimismus mit bei. Sicher ist der wirkliche wirtschaftliche Fortschritt gegenüber dem Jahre 1928 zwar vorhanden, aber doch nicht so groß wie ihn der Produktionsindex jetzt anzeigt. Nach der zeitweisen Abschwächung der Produktion um die Mitte des Jahres war die darauffolgende Produktionssteigerung und der weiter gute allgemeine Beschäftigungsstand besonders erfreulich. Der Kreditbedarf ist ziemlich stark gestiegen und der Geldumlauf hat eine bisher nicht dagewesenen Höhe erreicht. Die kurze Krise in der sich das polnische Bankwesen im September infolge der außenpolitischen Lage befand und die einen Spargeldabfluß von ca. 370 Mill. zł. bei den polnischen Banken und Sparkassen verursachte, ist bemerkenswert schnell überwunden worden und hat keine nachhaltige Störungen im Kreditwesen nach sich gezogen. Trotz dieser Umstände sind noch immer viele Schwachpunkte in der polnischen Wirtschaft zu spüren. Ein solcher Schwachpunkt ist die Erscheinung, daß der Index der Konsumgüter (Stand 1. November 107,2) immer weiter hinter dem Produktionsgüterindex (Stand November 144,4) zurückbleibt. Hiermit kommt zum Ausdruck, daß die Maßnahmen der Regierung sich nur wenig auf die Hebung der Kaufkraft auswirken. Die Gefahren einer Überproduktion sind deshalb immer latent vorhanden.

Die Landwirtschaft in Nöten

Auf dem landwirtschaftlichen Absatzmarkt sind solche Schwierigkeiten nach der diesjährigen Ernte wieder aufgetreten und haben einen katastrophalen Preissturz verursacht, der die mühsam hergestellten Rentabilität der Landwirtschaft wieder völlig in Frage stellen muß. Die Roggenpreise sind innerhalb eines Jahres um etwa 40% zurückgegangen, im vorigen Jahr wurden 24 zł. je Doppelzentner gezahlt, seit einiger Zeit liegen die Preise bei 14 zł.; den Bauern in den Ostgebieten werden aber in den meisten Fällen nur 10 bis 11 zł. gezahlt. Die Preisschere hat sich wieder weit geöffnet, da mit dem Sinken der Getreidepreise keine Verminderung der Produktionskosten eingetreten ist. Der Preisindex für Getreide betrug im Nov. 1938 35,3 (Dez. 35,8), das ist der tiefste Stand, der seit 1934 und 1935 (35 und 32,8) vorgekommen ist. Zu dem Preissturz trug nicht wenig die viel zu optimistische Erntestatistik bei, die, da sie nur auf Schätzungen beruht, sehr unsicher ist und den Getreideüberschuß anfänglich mit 800 000 t und 1 Mill. t zu hoch einschätzte, sodaß die Landwirte glaubten, möglichst schnell verkaufen zu müssen. Der Landwirtschaftsminister Poniatowski gab den Getreideüberschuß später mit 400 000 t an. Die meisten schätzen ihn auf über 500 000 t und die

gesamte Getreideernte auf höchstens 8,8 Mill. t. Um den Überschuß loszuwerden, ergriff die Regierung verschiedene Maßnahmen. Für die Spiritusbrennereien wird eine Menge von 100 000 t Roggen freigegeben, durch den Erlaß verschärfter Mahlvorschriften ergibt sich ein Mehrbedarf von 150 000 t, den normalen Mehrverbrauch durch den Bevölkerungszuwachs und das neue Olsagebiet schätzt man auf 72 000 t und 40 000 t. Nach Deutschland wurden im Oktober 28 000 t Getreide ausgeführt und im November weitere 22 000 t verkauft. Mit diesen beiden Käufen hat Deutschland bereits die Hälfte der für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehenen Menge übernommen, die restlichen 50 000 t wird es wahrscheinlich erst im Februar und März abnehmen. Das Deutschlandgeschäft ebenso wie die anderen Maßnahmen konnten die Preise nicht halten, das Getreidestützungs-gesetz, das eine Mehlabgabe (von 3 zł. für 100 kg Roggen) bei einem unter 20 zł. liegenden Roggenpreis einführt, verfehlte ebenfalls diesen Zweck. Die Ausfuhrprämie wurde zwar wieder eingeführt, aber in der Höhe von 4—6 zł. als unzureichend angesehen, erst ab 16. Januar wurde die Prämie auf 8 zł. pro Doppelzentner heraufgesetzt. Die Einnahmen aus der Mehlabgabe, die nach vorsichtiger Schätzung 20—25 Mill. zł. erbringen könnte und bis zum November schon 10 Mill. zł. eingebracht hat, sollen vom Fiskus für eine Preisstützung verwandt werden, aber sie reichen nicht aus. In letzter Zeit haben sich auch die Absatz- und Preisverhältnisse auf dem Schlachtviehmarkt verschlechtert, das verstärkte Angebot kann auch vom Auslandsmarkt her keine Entlastung erfahren, da hier die Verhältnisse ebenfalls nicht sehr günstig liegen. Während der Landwirtschaftsminister in seinen Reden die Lage der Landwirtschaft durchaus nicht schwarz ansieht, stellte der großpolnische Landwirtschaftsrat vor kurzem das Mißlingen der Preisstützungsaktion fest und verlangte eine finanzielle Entlastung für die Landwirtschaft.

Zur Eingliederung des Olsagebietes

Die Eingliederung des Olsagebietes in den polnischen Wirtschaftskörper stellte die Regierung vor eine Reihe von schwierigen Aufgaben. Die Neuerwerbung bedeutet einen Zuwachs der Kohlenproduktion von über 7 Mill. t, das sind 20% der gesamten bisherigen polnischen Kohlenerzeugung. Die Koksöfen produzieren 800 000 t Koks und steigern die polnische Erzeugung um das Doppelte. Die Produktionsfähigkeit der polnischen Stahlindustrie, die im Jahre 1937 1,4 Mill. t Stahl und im abgeschlossenen Jahre rund 1,5 Mill. t betrug, wurde um die Produktion von 550 000 t der Trzyniecer Hütte, also um fast 40% erhöht. Der polnische Vierjahresplan für die polnische Eisenindustrie wollte die 2 Millionen-Tonnen-Grenze erst 1940 erreichen und sieht sich plötzlich am Ziel seiner Wünsche. Nun ist die Regierung vor die Frage gestellt, wohin mit der Kohle und dem Eisen. Am schwierigsten gestaltet sich das Kohlenabsatzproblem. Früher wurde die Teschener Kohle im wesentlichen im Raum des tschecho-slowakischen Staatswesens verbraucht, wobei das größte Absatzgebiet das Sudetenland war, das jetzt von Deutschland aus versorgt wird. Die Ausfuhr von Kohle

war ziemlich gering und richtete sich vor allem nach Ungarn und Südosteuropa. Der Inlandsabsatz stößt auf Schwierigkeiten, nicht allein wegen der geringen Aufnahmefähigkeit, sondern auch, weil die Produktion etwas teurer ist als die oberschlesische. Um den Absatz zu regeln wurde gleich nach der Besitzergreifung des Karwiner Kohlenbeckens ein Zentralverkaufsbüro für die Kohle eingerichtet, das außerhalb der polnischen Kohlenkonvention steht. Um der Olsa-Kohle auf dem Inlandsmarkt Absatz zu verschaffen, mußte die Kohlenkonvention ihre Lizenzen um 50 000 t kürzen. Die Lösung der Absatzfrage hängt jedoch davon ab, ob es gelingt, der Teschener Kohle Ausfuhrmöglichkeiten zu verschaffen. Die Regierung ist entschlossen, ihre Handelsverträge und Abkommen in diesem Sinne einer Revision zu unterziehen. Dabei sollen in erster Linie die Verträge der polnischen Kohlenkonvention mit der englischen Kohlenindustrie Änderungen erfahren.

Für die eisenschaffende Industrie, bei der es sich hauptsächlich um das Trzyniecer Werk mit 5000 Arbeitern und das Werk der Firma Hahn in Oderberg mit 1500 Arbeitern handelt, bestehen nicht nur Absatz-, sondern auch Rohstoffschwierigkeiten. Die Trzyniecer Hütte bezog ihre Erze zu einem Teil aus der Slowakei, teilweise aber auch aus Schweden und Rußland. Die politische Hinwendung Polens zu Rußland, die durch die Bestätigung des Nichtangriffspakts erfolgte und den Abschluß eines Handelsvertrages nach sich ziehen wird, hat den wirtschaftlichen Hintergrund, daß Polen die Erzzufuhr für das Olsagebiet sicherstellen möchte. Da die Trzyniecer Hütte die Rohstoffbasis für die ausgedehnte weiterverarbeitende Industrie der Bergwerks- und Hüttengesellschaft in Prag darstellte, deren Werke der Tschecho-Slowakei zum großen Teil verblieben sind, ist sie jetzt ganz besonders auf die Ausfuhr von Rohstahl angewiesen. Außerdem wird Polen für einen schnelleren Ausbau seiner weiterverarbeitenden Industrie Sorge tragen müssen. Über die Schwäche des polnischen Marktes äußert sich die „Gazeta Polska“ (16. 10. 38) vor einiger Zeit folgendermaßen: Von 1913 bis 1937 wuchs die polnische Kohlenproduktion in Schlesien jenseits der Olsa von 7,6 Millionen t auf 8,9 Mill. t, die Strahlproduktion von 400 000 t auf 700 000 t. In der gleichen Zeit fiel in Polnisch-Oberschlesien die Kohlenproduktion von 32,2 Mill. t auf 27,4 Mill. t. Die Stahlproduktion in Polen überhaupt von 1,68 Mill. t auf 1,45 Mill. t. Das ist das Zeugnis des organisatorischen Mangels unseres Marktes.“ Sozialminister Kościałkowski hat erklärt, das Olsagebiet würde noch einige Zeit mit ernststen Schwierigkeiten zu rechnen haben, da sich die Vorteile des Anschlusses nicht von heute auf morgen zeigen könnten. Bei der Stellenbesetzung fühlen sich die eingesessenen Arbeiter und Beamten übergangen, da man in den meisten Fällen auswärtige Kräfte heranzieht. Die Produktionsschwierigkeiten haben schon zu Streiks geführt. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen, ihnen erscheint der Aufschlag von 10% auf das frühere Lohnniveau, den der polnische Hauptarbeitsinspektor Klott verfügt hat, nicht genügend, um ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten, der nicht unerheblich über dem der polnischen Arbeiter in Oberschlesien liegt. Sie fordern

40% Lohnaufschlag und diese Forderung ist nicht unberechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß die Preise durch die eingetretene Lebensmittelnknappheit plötzlich weit in die Höhe geschneit sind und die Umwertung der Tschechenkrone nicht günstig war. Die Teschener Presse beklagt sich, daß die Stadt Teschen, die den Anspruch habe, jetzt an Stelle von Mährisch-Ostrau der Mittelpunkt des Industriegebiets zu werden, zu der Rolle einer kleinen Provinzstadt herabgedrückt werden würde, wenn die im Gange befindlichen Bemühungen, die Direktion der großen Unternehmungen wenn nicht nach Warschau (wie die neue Verwaltung der Trzyniecer Hütte) so doch nach Kattowitz zu verlegen, fortgesetzt würden. Die polnische Regierung ist bestrebt, die Betriebe möglichst rasch zu polnischen Gesellschaften mit dem Sitz in Polen zu machen. Die nationalen Umschichtungen sind sehr tiefgreifend, denn von den etwa 6000 technischen und Beamtenstellungen sollen früher nur einige Hundert in polnischer Hand gewesen sein. Jetzt werden die Deutschen zu Tausenden aus diesen Stellungen verdrängt und Polen an ihre Stelle gesetzt. Als erste große Unternehmung wird die Trzyniecer Hütte in polnische Hände kommen. Im November waren zwei Vertreter des Schneider Creusot Konzerns zu Verhandlungen in Warschau. Der französische Konzern erklärte sich bereit die Aktien der neuen Gesellschaft nach der Umwertung zu übernehmen (bisheriges Aktienkapital 250 Mill. tsch. Kronen), die gesamte Verwaltung in Polen zu belassen und in den Vorstand bekannte Persönlichkeiten der polnischen Wirtschaft aufzunehmen. Die Lösung der Fragen, die sich durch die politische Umschaltung ergeben haben, wurde einer am 3. 11. eingesetzten tschechisch-polnischen Liquidationskommission anvertraut. J. S.

Tschecho-slowakischer Wirtschaftsbericht

Gewisse Erscheinungen, die nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie in Wien zu beobachten waren, finden sich in ähnlichen Formen auch in Prag jetzt nach der gebietsmäßigen Neuordnung wieder. Zu diesen Erscheinungen gehört auch das Gründungsfieber. Zahllose kleine und kleinste Industriefirmen werden hauptsächlich von Emigranten aus dem Sudetengebiet ins Leben gerufen. Die Regierungsstellen stehen dieser Gründungstätigkeit zunächst noch wohlwollend gegenüber. Es wurde sogar in offiziellen Kundgebungen die Notwendigkeit einer Industrialisierung des Landes betont. Man geht hierbei einesteils von der Überlegung aus, daß das jetzige tschechische Staatsgebiet einen starken Zuschußbedarf an Erzeugnissen der Textil-, Glas-, keramischen und Papierindustrie hat, ferner auch an Erzeugnissen von Spezialindustrien, wie Spielwaren, Musikinstrumenten, Kinderwagen, hygienischen Artikeln und dergl. Auf der anderen Seite sind die typischen Exportindustrien, die den Großteil der Edeldevisen zur Bezahlung der notwendigen Auslandsrohstoffe herbeigeschafft hatten, durch die Gebietsabtretungen in Fort-

fall gekommen. Man will deshalb unter Ausnutzung alter Geschäftsverbindungen mit dem Westen und den überseeischen Ländern diese Industrien im jetzigen Staatsgebiete wenigstens teilweise neu aufziehen. Daß hierbei vor allem die Fracht- und Kohlenfrage noch keineswegs geklärt ist, wird im Augenblick wenig beachtet. Viel wichtiger erscheint es den Gründern, die billigen Löhne Innerböhmens und Mährens auszunützen.

Die Kohlenschwierigkeiten stehen allerdings vielen Gründungsplänen hindernd im Wege. Insbesondere in den auf die nordwestböhmischen Braunkohlen angewiesenen Gegenden Böhmens ist der Kohlenmangel empfindlich und verschiedene Betriebe mußten aus diesem Grunde eingeschränkt oder sogar stillgelegt werden. Man hofft jedoch, daß in Bälde die Braunkohlenversorgung wieder in Gang kommen wird. Rohstoffschwierigkeiten für die von der Gründungsstelle am meisten erfaßte Textilwirtschaft werden vorläufig nicht befürchtet, da die tschecho-slowakische Nationalbank durch den letzten Pfundkredit in die Lage versetzt worden ist, wieder normale Devisenzuteilungen für Rohstoffbezüge durchzuführen. Inzwischen sind die Verhandlungen über einen weiteren Kredit, durch den einschließlich des erwähnten 10-Millionen-Pfundvorschusses 30 Millionen Pfund aufgebracht werden sollten, abgebrochen worden. Die bereits von England gewährten 10 Millionen Pfund sollen der Tschecho-Slowakei nach einem englischen Angebot in Höhe von 4 Mill. Pfund erlassen werden. Wie es heißt, erwägt auch Frankreich die Streichung des Kredites aus dem Jahre 1937 in Höhe von 700 Mill. Franken. Der englische Kredit sollte die Nationalbank auf eine längere Zeit in die Lage versetzen, den Rohstoffbedarf der neu gegründeten Industrien zu decken. Was nach Erschöpfung dieser Kreditmöglichkeiten geschehen soll, wird im Augenblick nicht erwogen. Man hofft, durch zusätzlichen Export der neugegründeten Industrien Devisen für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Auslandsschuld und darüber hinaus noch für Rohstoffkäufe aufzubringen.

Diejenigen Industrien, die nach der neuen Gebietsteilung auf eine starke Ausfuhr nach Deutschland angewiesen sind, sind bereits gut beschäftigt. Dies gilt vor allem für die Zementwarenfabriken und für die Maschinenindustrie. Bei letzterer machen nur die Landmaschinenfabriken eine Ausnahme, die zum großen Teil auf die Belieferung der Neuausland gewordenen Gebiete eingestellt waren. Auch die Schuhindustrie leidet noch unter den neuen Verhältnissen. Die riesigen Bata-Unternehmungen stehen naturgemäß in keinem Verhältnis zu dem verkleinerten Staatsgebiet, weshalb man in Zlin versucht, alle möglichen anderen Erzeugungszweige aufnehmen. Einen starken Rückschlag dürften die von der inländischen Bauwirtschaft abhängigen Industriezweige erfahren, sofern sie nicht durch Export nach Deutschland Ersatz finden. Die Nachricht, daß die steuerfreien Neubauten nun doch einer 10 prozentigen Staatsabgabe vom Mietwert unterworfen werden sollen, hat die Unternehmungslust auf dem Bauparkt auch dort erdrückt, wo infolge starken Zuzuges von Rückwanderern aus den abgetretenen Gebieten Wohnungsmangel besteht.

Öffentliche Investitionen jedoch werden zwar mit hohen Summen angekündigt, doch ist es angesichts der verzweifelten Finanzlage der öffentlichen Hand unwahrscheinlich, daß die Finanzfrage gelöst werden kann.

W. W a n n e n m a c h e r, Prag

Die nächsten Verkehrsaufgaben der neuen Tschecho-Slowakei

Der Umbau der Tschecho-Slowakei, wie er nach der Neuregelung der Grenzen notwendig wurde, stellte diesen Staat gerade auf dem Gebiet des Verkehrswesens vor neue Aufgaben. Dafür sprachen von Anfang an Reden, Pläne und maßgebliche Äußerungen zu den Verkehrsaufgaben der nächsten Zeit, dafür sprach aber auch offensichtlich die Zusammenfassung des Post- und Eisenbahnministeriums in ein neues Verkehrsministerium, das bereits seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Wenn auch fast ein Drittel des alten Staatsgebietes abgetreten wurde, so blieb doch die alte Ost-West-Ausdehnung der Tschecho-Slowakei beinahe unverändert erhalten (annähernd 1000 km!). Die westöstliche Verbindung wird somit auch für den neuen Bundesstaat der Tschechen, Slowaken und Karpatenukrainer von größter Bedeutung sein, da sie in viel stärkerem Maße als bisher zu einer Klammer wird, die die drei selbständigen Gebiete zusammenhält. Daß sich in Anbetracht der geographischen Lage der Tschecho-Slowakei im mittel- und osteuropäischen Raum die Bedeutung auch des verkleinerten Staates als Durchgangsland zwischen Ostdeutschland und Polen einerseits und der Ostmark und Südosteuropa andererseits verstärkt hat, ist verständlich. Hierfür spricht der Autobahnbau Breslau—Wien und der geplante Oder-Donau-Kanal. Eine besondere Bedeutung wird neben Böhmen das Land Mähren als Durchzugsgebiet des Nord-Südverkehrs gewinnen.

Die Verbindung Prags mit dem Osten der Republik war bis zum Zusammenbruch auf zwei Hauptstrecken erfolgt: Prag—Böhmisch Trübau—Oderberg—Sillein—Kaschau und Prag—Böhmisch Trübau—Brünn—Preßburg—Sillein—Kaschau. Von Kaschau aus konnte man mit Schnellzügen und Schnelltriebwagen nach Ungvár, (Užhorod) Munkács (Mukačevo), Jasina — der östlichsten Stadt der Tschecho-Slowakei — und Rumänien weiterfahren. Diese überaus wichtige West-Ost-Verbindung, die oft nur wenige Meter von der polnischen Grenze (bei Teschen), der deutschen (bei Oderberg und Lundenburg) und von der ungarischen (von Kaschau bis Berehovo) entfernt war, ist mehrfach zerschnitten, da sich zwischen Böhmisch Trübau einerseits und Brünn und Olmütz andererseits, zwischen Brünn und Preßburg und zwischen Olmütz und Oderberg deutsches Gebiet dazwischenschiebt, während die Strecke Oderberg—Sillein zum größten Teil an Polen gefallen ist und die Hauptlinie Kaschau—Berehovo mit den abzweigenden Linien nach Ungvár und Munkács in ungarischen Besitz übergingen. Zwar bestanden zwischen Mähren und der Slowakei

und zwischen Böhmen und Mähren Längsverbindungen, die auf dem Gebiete der Tschecho-Slowakei verblieben sind, doch hat man ihren Ausbau zu Hauptstrecken bisher versäumt.

Für das Straßennetz gelten zwar auch die gleichen Grenzzerreißungen. Da es aber bereits besser ausgebaut war als das Eisenbahnsystem, besonders in der Slowakei und in der Karpatenukraine, wird man sich in der nächsten Zeit mit der Anlage von Umgehungsstraßen (besonders bei den an Ungarn abgetretenen Städten Kaschau, Ungvár und Munkács) und dem Ausbau der übernommenen Wege und Straßen begnügen können. Wichtiger wird der Bau der großen West-Ost-Autostraße sein. Dieser Plan war schon in den letzten Jahren wiederholt angeregt worden. Hatte man ihn bisher für überflüssigen Luxus gehalten, so wird er jetzt zu einem wichtigen Problem, dessen Lösung rasch in Angriff genommen wurde. Bereits Ende November 1938 wurde im Ministerrat ein „Kommando für den Bau der tschecho-slowakischen Autostrada“ unter Leitung von General-Ingenieur Nosek konstituiert, das seine Vorarbeiten begann.

Der Verlauf dieser Autobahn liegt in seiner endgültigen Form noch nicht fest. Die Fernstraße wird in Prag oder vielleicht in Westböhmen beginnen und dann über Iglau, Brünn, Zlin nach Silleschau führen. Von hier aus dürfte sie, da überhaupt nur zwei West-Osttäler die Slowakei durchziehen, sicher im Wagtal entlang den Südrand der Hohen Tatra berühren, um dann weiter durch die Oberzips über Prešov nach der Hauptstadt der Karpatenukraine Chust zu gehen und somit den Anschluß an Rumänien zu erreichen.

Neben dieser Autobahn, deren Bau im Frühjahr durch Arbeitsabteilungen begonnen werden soll, gewinnen die Eisenbahnlängsverbindungen noch größere Bedeutung als früher. Wenn auch Durchgangszüge durch deutsches Gebiet — Böhmisches Trübau — Brünn und Böhmisches Trübau — Olmütz — die West-Ostverbindung ermöglicht haben, so geht doch das Streben der maßgeblichen tschechischen Kreise dahin, auf eigenem Staatsgebiet eine leistungsfähige Vollbahn zu besitzen. Aus diesem Grunde begannen bereits am 1. 12. 1938 Arbeitsabteilungen mit dem Bau der Böhmen und Mähren verbindenden Strecke Deutschbrod—Tischnowitz—Brünn. Diese neue Vollbahn wird zum Teil die Anlagen einer bereits vorhandenen, aber nicht leistungsfähigen Nebenbahn benutzen. Zwischen Žďár und Tischnowitz wird allerdings eine vollkommen neue Strecke angelegt werden, die durch bisher vom Verkehr unerschlossene Gebiete der mährischen Höhe führen wird. Die Vervollendung dieser Bahn würde dann eine Verbindung Böhmens und Mährens auf eigenem Staatsgebiet bedeuten; sie wäre aber darüber hinaus ein wichtiges Glied der künftigen Eisenbahnmagistrale, die von Prag über Kollin, Deutschbrod, Brünn, Veselí und den Vlára-Paß in das Wagtal führt, um hier Anschluß an die alte Schnellzugstrecke Preßburg—Silleschau—Kaschau zu gewinnen. Da man bereits seit einigen Jahren an dem Um- und Ausbau der Strecke Altsohl—Neusohl—Margecany (an der Silleschau—Kaschauer Strecke) zu einer Vollbahn arbeitet, ist zu erwarten, daß die für Schnellzüge zu befahrenden West-Ostverbindungen der Mittelslowakei auf zwei anwachsen werden.

Auf dem Gebiet der Karpatenukraine besteht gegenwärtig, was den Eisenbahnfahrverkehr anbetrifft, ein unhaltbarer Zustand, der bald abgeändert werden muß. Durch die Abtretung des größten Teils der Ebene an Ungarn verlor das Land die Längsverbindung und die Anfangspunkte von rund einem halben Dutzend Teilstrecken, so daß ein geregelter Eisenbahnverkehr nur auf dem östlichsten Stück von Sevljuš über Chust nach Jasina, und von der Karpatenukraine nach Rumänien möglich ist. Eine künftige Eisenbahnlinie von Prešov von Humenné, Perečín, Svalava nach Chust soll die bei der Karpatenukraine verbliebenen Teilstücke zu einem Netz zusammenfassen und mit der übrigen Tschecho-Slowakei verbinden. Für wichtiger hält man allerdings den Bau der Autostrada nach Prag, der dem Lande gleichzeitig durch die Autostraße Breslau—Wien die Verbindung mit dem Deutschen Reiche bringen würde.

Die anderen Verkehrsaufgaben werden, soweit sie den Neu- und Umbau von Straßen und Eisenbahnen betreffen, zurückgestellt werden, da die Frage der Längsverbindung für den Staat lebensnotwendiger ist. Von den Nord-Südverbindungen wird nur eine bald in Angriff genommen werden: die Wasserstraße, die Oder und Donau verbindet und durch Mähren führen wird. Es ist höchst bemerkenswert, daß gerade Mähren verkehrs- und wirtschaftspolitisch stärker als bisher in den Vordergrund rücken wird, weil sich hier die Autostraßen Prag—Chust und Breslau—Wien kreuzen werden, weil durch dieses Land der künftige Oder-Donau-Kanal mit einem Zweigkanal zur Elbe führen wird und weil sich hier schon die tschecho-slowakischen West-Ost-Eisenbahn- und Straßenverbindungen mit den Durchgangsstrecken der Deutschen Reichsbahn von Schlesien zur Ostmark schneiden.

Dieser kurze Überblick zeigt, wie groß die nächsten Aufgaben der Tschecho-Slowakei auf dem Gebiete des Verkehrswesens sind, die durch die Neuordnung in außen- und innenpolitischer Hinsicht und durch die wirtschaftliche und verkehrspolitische Neueingliederung des neuen Staates notwendig geworden sind.

H. Brauner

Der gegenwärtige Südosteuropahandel, deutsche und westeuropäische Einflüsse

Die beiden wichtigsten politischen Ereignisse des abgeschlossenen Jahres, die Schaffung des Großdeutschen Reiches und die Gewinnung des Sudetenlandes haben Deutschlands Gesicht stärker nach Südosteuropa gekehrt. Der Gedanke eines Mittel- und südosteuropäischen Großwirtschaftsraumes (dessen geschäftlichen Ausbau übrigens die Messen Wien und Breslau übernehmen sollen, wie Präsident Ministerialdirektor i. e. R. Reichard vom Werberat der deutschen Wirtschaft in einem kürzlich in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen und viel beachteten Vortrag ausführte) ist damit ganz von selbst aufgetaucht und Gegenstand heftiger Diskussionen gewor-

den. Ein Teil der ausländischen Presse sieht das Gespenst eines großdeutschen Imperialismus mit dem Ziel einer politischen Unterjochung der kleineren Völker Zwischeneuropas als Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik im Südosten auftauchen. Deutschland versteht unter der Idee eines solchen Großwirtschaftsraumes die natürliche und strukturelle Verbundenheit und Ergänzungsmöglichkeit der in diesem Raume bestehenden Volkswirtschaften. Deutschland braucht Getreide und industrielle Rohstoffe, beides haben die südosteuropäischen Staaten abzugeben. Diese sehen ihr Ziel indessen in einer Hebung des für deutsche Begriffe noch unvorstellbar niedrigen Lebensstandards und damit in einer Hebung des Volkswohlstandes. Dieses Ziel ist nur langsam zu erreichen und nur dann, wenn es gelingt, die Überschüsse der landwirtschaftlichen Erzeugung sicher und zu guten Preisen im Ausland abzusetzen und sie durch Intensivierung möglichst zu steigern, damit Geld ins Land kommt. Damit allein sind die Voraussetzungen für das Gelingen der Industrialisierungsmaßnahmen gegeben, denn der Kapitalmangel zwingt allen guten Willen der Regierungen in enge Schranken.

Gerade die Tatsache, daß die südosteuropäischen Staaten alle ihre politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren bzw. zurückgewinnen wollen und daher ausländische Anleihen, die einen politischen Druck bedeuten könnten, nicht mehr in demselben Umfang wie früher aufnehmen werden, gibt den landwirtschaftlichen Ausfuhrinteressen eine besondere Bedeutung im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik. Damit richtet sich der Blick auf Deutschland, das allein den geeigneten und genügend aufnahmefähigen Absatzmarkt darstellt. Das natürliche Ergänzungsbedürfnis zwischen Deutschland und den südeuropäischen Agrarstaaten ist so stark und selbstverständlich, daß alle englischen und französischen Versuche, das Gefälle der deutschen Handelspolitik zu hemmen und den Widerstand der osteuropäischen Staaten gegen diese angeblich imperialistischen deutschen Expansionsgelüste hervorzurufen, am Ende scheitern müssen. Das zeigt am besten das Beispiel Rumäniens.

Rumänien hat nicht nur in politischer und kultureller Hinsicht seit dem Ende des Weltkrieges mehr noch als die übrigen Donaustaaten nach Frankreich geschaut, sondern auch das französische Kapital zum Aufbau seiner Wirtschaft gern in Anspruch genommen. Besonders die Erdölwirtschaft wurde dem französischen Kapitaleinfluß unterworfen, mit ihrer Produktion müssen heute die drückenden Verpflichtungen aus den Anleihen und Krediten früherer Jahre bezahlt werden. Obwohl die Sympathie für Frankreich in rumänischen Wirtschaftskreisen noch recht groß ist und sich gerade im Zusammenhang mit den großen nationalpolitischen Erfolgen Deutschlands im letzten Jahr der Einfluß der Juden in Rumänien gegen ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Deutschland gewendet hat, will es Frankreich nicht gelingen, die gelockerten Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien neu zu beleben. Die französische Wirtschaftsdelegation, die gerade im November und Dezember den Balkan bereiste, scheint in Rumänien wenig positive Ergebnisse erzielt zu haben. Der Delegationsführer M. Alphand erklärte in Bukarest gleich nach seiner An-

kunft offen, das französisch-rumänische Wirtschaftsverhältnis sei zur Zeit recht schlecht. Frankreich kann den rumänischen Weizen nicht gebrauchen, das Erdöl ist billiger wo anders her zu beziehen und wird nur abgenommen, damit Rumänien seine Schulden aus den französischen Rüstungslieferungen bezahlen kann. Diese Schulden verbrauchen einen großen Teil der Erlöse aus den rumänischen Ausfuhren nach Frankreich, die ohnehin schon auf die Hälfte des Vorjahres zusammengeschrumpft sind. Der Außenhandel mit Frankreich ist zudem zur Zeit stark passiv. Im November führte Rumänien für 78,3 Mill. Lei Waren aus Frankreich ein, exportierte dagegen nur für 22,4 Mill. Lei. Der Vergleich mit den Gesamtein- und Ausfuhrzahlen von 1,4 und 2,4 Mrd. Lei zeigt, welche verhältnismäßig unbedeutende Rolle Frankreich in der rumänischen Handelsbilanz spielt.

Auch die Anstrengungen, die England schon seit längerer Zeit unternimmt, um den schwindenden Einfluß Frankreichs auf dem Balkan auszugleichen und damit die politischen Freundschaften dort zu retten, haben wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet nicht den gewünschten Erfolg. Bei England handelt es sich wohl um einen von langer Hand her vorbereiteten Vorstoß. Um die Möglichkeiten einer „wirtschaftlichen Südosthilfe“ festzustellen, wurde bereits Anfang Juli in London ein Ausschuß von Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und des Handelsministeriums eingesetzt, der vor allem zwei Fragen untersuchen sollte, erstens, ob es ratsam sei, nach dem Muster des türkischen Abkommens der britischen Industrie erweiterte Garantien für Exporte nach den Balkanländern zu gewähren, und zweitens, ob Großbritannien in stärkerem Maße als bisher als Käufer auf den Balkanmärkten auftreten könne. Das Interesse dieses Ausschusses richtet sich in erster Linie auf Rumänien, wirtschaftlicher Einfluß kann hier leichter als in dem schon viel selbständiger und unabhängiger auftretenden Jugoslawien auch Erfolge auf politischem Gebiet eintragen. England legt auf das rumänische Erdöl Wert, da es in seiner Erdölpolitik deutlich darauf ausgeht, seine eigenen Schätze als Reserven für den Kriegsfall möglichst zu schonen. Aber das Ölgeschäft mit Rumänien, über das der Vertrauensmann König Karols, der ehemalige Ministerpräsident Tatarescu, im Sommer in London verhandelt hat, wird noch manche Klippe umschiffen müssen, da die rumänische Regierung ohne viel Aufhebens eine Änderung des Minengesetzes vorgenommen hat, wodurch die Rechte des Staates auf die neuen Ölgruben verstärkt wahrgenommen werden. Diese Tatsache muß die Lust des ausländischen Kapitals, sich an der Erschließung der neuen ölfündigen Gebiete, die man an den Osthängen der Karpaten vermutet, zu beteiligen, bedeutend herabstimmen. Immerhin ist festzustellen, daß die Rohölförderung Rumäniens, die im Sommer sehr abgesunken war, sich in letzter Zeit wieder erhöht hat und zwar ganz allein durch eine Steigerung der Produktion der ausländischen Konzerne, da bei den rumänischen Konzernen ein weiterer recht erheblicher Rückgang zu verzeichnen ist.

Bis zu dem Londoner Besuch König Karols wurde viel von einer Rüstungsanleihe Englands an Rumänien gesprochen, aber nun hat der frühere Unterstaatssekretär V. Tilea amtlich erklärt, eine solche

Anleihe habe Rumänien in England nicht gewünscht. Die Anleihe sollte mit Weizen bezahlt werden. Gerade in der Frage der Weizenkäufe muß England Rumänien aber enttäuschen. Als Ergebnis des Königsbesuches in London erwartet man in Bukarest die Herabsetzung des englischen Einfuhrzolles auf rumänischen Weizen. Damit ist aber das Problem der Unterbringung des 2 Mill.-Tonnen-Überschusses keineswegs gelöst, denn England hat die Verpflichtung, kanadischen Weizen zu kaufen und kann auch seinen Importeuren nicht zumuten, rumänischen Weizen zu höheren als Weltmarktpreisen abzunehmen. Bisher hat es 200 000 t Weizen übernommen und in seinen Militärmagazinen eingelagert. Die von Liverpool in Option genommenen 400 000 t Weizen konnten bis Weihnachten nicht verwertet werden. In Bukarest erwartet man als Erfolg der Reise König Karols eine Herabsetzung des englischen Einfuhrzolles auf rumänischen Weizen, zu der sich England bereit erklärt haben soll. Ob sich aus dieser Maßnahme aber weitere erhebliche Käufe ergeben werden, wird allgemein bezweifelt. Allerdings kann man nicht sagen, daß der Besuch König Karols ergebnislos gewesen wäre. Ob der von Rumänien anscheinend gewünschte kurzfristige Warenkredit in Form eines Revolvingkredits zustandekommen wird, steht zur Zeit noch nicht fest, aber jedenfalls ist in der letzten Zeit eine beträchtliche Steigerung der Ausfuhr nach Ländern mit freien und starken Währungen eingetreten (außer nach Frankreich), die dem Einfluß des Königsbesuches wie auch anderen in der letzten Zeit gemachten Anstrengungen zugeschrieben wird. Diese Änderung in der Richtung der Ausfuhr machte sich erstmalig in größerem Ausmaß im November bemerkbar (Rumäniens Ausfuhr nach England betrug im Oktober 1938 147 Mill. Lei, im November 623,6 Mill. Lei, nach Frankreich dagegen betrug sie im Oktober 60 Mill. Lei, im November 22,4 Mill. Lei), nachdem im Laufe der vorhergehenden Monate der prozentuale Anteil der Länder mit freien Währungen am rumänischen Export zurückgegangen war, übrigens im Einklang mit der Schrumpfung des rumänischen Exports überhaupt.

Eine nachhaltige Besserung seiner Exportlage, die von den beiden Ausfuhrwaren Weizen und Erdöl abhängt, kann Rumänien nur im Zusammengehen mit Deutschland erzielen, diese Erkenntnis hat sich mit der zunehmenden Angstpsychose auf dem Weizenmarkt Bahn gebrochen und dazu geführt, daß die deutsch-rumänischen Regierungsausschüsse in diesem Vertragsjahr nach fünfwöchentlichen angestrengten Verhandlungen am 10. Dezember zu einem befriedigenden Abschluß gekommen sind. Die Regierungsausschüsse treten auf Grund des deutsch-rumänischen Handelsvertrages vom 23. März 1935 und des Zahlungsabkommens vom 24. Nov. 1935 alljährlich im Herbst zusammen. Dieses Mal wurden zwei Zusatzabkommen abgeschlossen, die der Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes ins Deutsche Reich Rechnung tragen. Der deutsche Gebietszuwachs machte ganz von selbst eine Heraufsetzung der gegenseitigen Umsätze notwendig. Betrug doch allein der Umsatz Österreichs mit Rumänien im abgelaufenen Jahr rund 156 Mill. Schilling. Für das Sudetenland war man auf Schätzungen angewiesen, da ja die Tschecho-Slowakei keine

inneren Statistiken darüber führte, inwieweit die einzelnen Landesteile am Außenhandel beteiligt waren, doch steht fest, daß von dem Warenverkehr der Tschecho-Slowakei mit Rumänien, der 1937 einen Umsatz von nahezu 1,2 Milliarden Kronen erreichte, ein sehr beträchtlicher Teil sowohl in der Einfuhr, als auch besonders in der Ausfuhr auf das sudetendeutsche Gebiet entfiel.

Während die deutsche Ausfuhr nach Rumänien auf Grund der neuen Abmachungen das gleiche vielgestaltige Bild wie bisher bieten dürfte, sind in der rumänischen Ausfuhr nach Deutschland für Rumänien günstige Änderungen eingetreten. Obwohl Deutschland angesichts der eigenen guten Ernte und der Möglichkeiten einer Eindeckung auf dem Weltmarkt nicht auf große Mengen rumänischen Weizens angewiesen ist, hat es sich im Interesse der weiteren Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen dazu entschlossen, im laufenden Vertragsjahr nicht weniger als 900 000 t Getreide in Rumänien zu kaufen, davon allein 400 000 t Weizen. Außerdem wird Deutschland Rumänien nach rumänischen Meldungen große Mengen Vieh abnehmen, so 12 000 Rinder, 200 000 Schweine und 2 000 t Fett und Speck. Rumänien ist besonders erfreut, daß ihm das alte österreichische Absatzgebiet für Vieh erhalten wird. Die bestehenden Regelungen für die Erdöleinfuhr — die sich von den früheren Vereinbarungen gegenüber Österreich wesentlich unterscheidet — blieben unverändert. Die rumänische Nationalbank verkauft seit dem 15. Dezember 1938 1 Reichsmark nicht wie bisher mit 38—39 Lei, sondern mit 41,50 Lei. Angesichts solcher erfreulichen Absatzmöglichkeiten konnte die Bukarester Schlußverlautbarung zu der Unterzeichnung des Abkommens feststellen, die Verhandlungen hätten „erneut bestätigt, daß die deutsche und rumänische Volkswirtschaft sich gegenseitig vorteilhaft ergänzen, sodaß die Möglichkeit gegeben ist, den Handel zwischen beiden Ländern weiterhin zum Vorteil beider Völker auszubauen“.

Die beschriebene Entwicklung der rumänischen Handelspolitik zeigt deutlich, daß sich die südosteuropäischen Länder, von denen Rumänien den Einflüssen der westlichen Demokratien besonders zugänglich ist, auf die Dauer der Einsicht nicht verschließen können, daß das neue großdeutsche Reich ihr natürliches Absatzgebiet ist. Jugoslawien hat das schon länger erkannt und sich in dem Anbau von Ölfrüchten, den es verzehnfacht hat, wie auch in der Erzeugung von Hanf, die es verdoppeln konnte, mit sehr guten Erfolgen auf den Bedarf Deutschlands eingestellt. Demgegenüber hat der Besuch der französischen Wirtschaftsdelegation nicht nur in Bukarest, sondern ebenso in Belgrad und Sofia den Eindruck hinterlassen, daß die Aussichten für eine Intensivierung des Handels mit Frankreich sehr gering sind und wenig Vorteile bieten. Für Frankreich sind die Preise auf den jugoslawischen Märkten zu hoch. Es hat sich zwar in dem Handelsvertrag vom 14. Dezember 1937, der am 1. Januar 1938 in Kraft getreten ist, verpflichtet, 20 Prozent mehr aus Jugoslawien ein- als dorthin auszuführen, aber diese Verpflichtungen konnten nicht eingehalten werden. So hat Jugoslawien in den ersten 10 Monaten des Jahres 1938 für 116,24 Mill. Dinar nach Frankreich verkauft, aber statt

der vorgesehenen 139,5 Mill. Dinar nur für 66,6 Mill. Dinar, also für 73,44 Mill. Dinar zu wenig, eingeführt. — Wenn also der Handel mit Frankreich derart passiv bleibt und noch zusätzlich Devisen kostet, könnte der Fall eintreten, daß sich Jugoslawien eines Tages außer Stande erklären muß, die Zinsen und Amortisationen aus früheren Anleihen, die eine jährliche Summe von 200 Mill. Dinar kosten, weiterhin zu bezahlen. Wenn die französische Abordnung erreicht, daß der Handelsverkehr mit Jugoslawien diesem die laufende Schuldenabzahlung ohne Schwierigkeiten ermöglicht, hat sie wahrscheinlich den im Augenblick erreichbaren Zweck erfüllt.

Der französische Besuch in Sofia galt in der Hauptsache der Bulgarien gewährten Anleihe von 1 Milliarde Lewa, die für die Bedürfnisse des Eisenbahnministeriums Verwendung finden soll. Man nimmt aber bereits als sicher an, daß Bulgarien diesen Kredit nicht annähernd ausnutzen wird. Vielmehr wird die Regierung für die bevorstehenden Lieferungen jeweils öffentliche Ausschreibungen in einer gegenüber den bisherigen Bestimmungen erleichterten Form herausgeben und dabei auf das billigste und in bezug auf die Rückzahlung für die bulgarische Wirtschaft günstigste Angebot zurückgreifen. Im übrigen ist Bulgarien nicht unbedingt auf das französische Angebot angewiesen, da auch andere Staaten ähnliche Kredite angeboten haben. Mit der Rückzahlung des französischen Kredites dürfte Bulgarien auch große Schwierigkeiten haben, denn die Zinszahlung ist in Devisen vorgesehen, und der Kredit selbst wird nicht ohne weiteres mit Waren bezahlt werden können. Der Ein- und Ausfuhrhandel mit Frankreich steht an 12. und 14. Stelle der bulgarischen Handelsbilanz und macht nicht mehr als 0,3 bis 0,5% des Außenhandels aus. Bulgariens Hoffnungen, alte Bestände an Rosenöl bei dieser Gelegenheit abzustößen, fallen nicht sehr ins Gewicht. Maschinen, die das bulgarische Eisenbahnministerium ankaufen könnte, hat Frankreich so gut wie nie an Bulgarien verkauft. Dazu kommt, wie bei Jugoslawien, der Umstand, daß Bulgarien noch immer nicht mit der Abzahlung der englisch-französischen Anleihen aus den Jahren 1925 und 26 fertig ist, und nicht vergessen hat, daß seine Zahlungsunfähigkeit jahrelang zu politischem Druck ausgenutzt wurde. So muß die französische Wirtschaftsdelegation als Ergebnis ihrer Balkanreise wohl den gleichen Schluß ziehen, den die englische Abordnung vorher gezogen hat, indem sie erklärte, sich überzeugt zu haben, daß der natürliche Markt der Balkanländer Deutschland sei, und daß England nicht daran denken könne, diese naturgegebene Lage umzugestalten

J. S.

STATISTISCHER TEIL

	Bank von Polen				Kurzfrist. Kredit		Lang-	Einlagen	
	Gold u. Devisen	Wechsel und Vorschüsse	Giro-verb.	Noten-umlauf	Staats-banken	Privat-banken	fristig. Kredit	Staatsbanken Depo-siten	Einlag. d. Staat
Stand am Monatsende in Millionen Zloty									
1929	1212,3	819,5	468,3	1310,6	552,3	1839,5	1202,6	691,8	661,5
1933	567,6	867,1	156,7	1009,0	513,2	903,5	1988,3	992,9	1198,5
1935	507,9	891,8	170,0	971,0	588,3	846,7	2190,9	1274,8	1268,9
1936	408,3	1011,7	151,1	1020,0	595,1	836,1	2178,5	1286,3	1185,4
1937	454,4	865,9	195,6	1019,3	634,4	812,6	2410,3	1295,2	1194,7
1937 I. H.	454,5	822,5	183,2	989,5	602,5	797,4	2407,0	1589,4	1180,5
Juli	456,7	829,6	154,3	1019,0	611,6	799,3	2434,8	1634,1	1198,5
Aug.	461,4	837,4	172,2	1020,8	641,1	806,3	2464,0	1654,9	1222,1
Sept.	466,1	876,2	209,6	1044,8	653,7	801,8	2492,7	1625,3	1253,3
Okt.	468,8	861,0	150,3	1093,8	684,5	813,1	2467,9	1657,5	1218,4
Nov.	469,3	875,8	257,8	1034,1	712,3	825,3	2509,3	1728,9	1247,8
Dez.	471,0	917,2	294,6	1059,5	702,2	825,2	2492,0	1771,6	1177,3
1938 I. H.	458,6	914,0	198,3	1137,4	790,2	855,8	2633,5	1711,8	1258,6
Juli	459,1	928,4	206,1	1123,5	700,9	855,4	2657,1	1704,8	1271,2
Aug.	460,0	963,9	195,8	1149,2	708,7	857,9	2678,8	1721,7	1283,0
Sept.	450,6	1340,3	138,1	1547,5	742,8	866,3	2665,5	1531,6	1288,1
Okt.	445,9	1206,6	84,6	1475,7		868,0		1517,0	
Nov.	453,6			1372,8				1575,0	
Dez.	463,2			1406,2					

	Einlagen		Staatsfinanzen		Großhandelspreise				Lebens- hal- tungs- kosten	Ind.- ⁴⁾ Löhne
	Privat- banken	Spar- einlag. d. Spar- kassen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Ge- samt	Landw. Bedarfs artikel	Landw. Pro- dukte	Industr. Fertig- waren		
1928 = 100										
1929	1019,4	570	1587	1622	96,3	100,7	89,5	101,3	100,5	108,4
1933	520,2	1078	2231	1860	59,0	72,6	42,6	65,3	67,5	85,5
1935	513,1	1330	2337	2030	53,0	66,3	35,8	60,6	60,0	80,5
1936	516,0	1304	2213	2217	54,0	64,6	38,7	59,5	58,0	80,3
1937	574,1	1517	2349	2373	59,4	66,1	39,4	60,9	62,0	82,2
1937 I. H.	567,7	1408	1120 ¹⁾	1122 ¹⁾	59,8	66,2	48,9	61,7		81,0
Juli	518,5	1423	191,1	191,6	60,0	66,5	51,4	61,0	61,7	80,6
Aug.	586,9	1430	183,8	184,5	59,6	66,4	49,7	60,9	61,3	82,5
Sept.	720,2	1441	188,4	189,0	59,6	66,4	50,3	61,0	62,7	83,0
Okt.	604,9	1451	196,3	197,7	58,4	66,0	48,3	60,9	62,0	83,2
Nov.	610,3	1465	203,8	206,7	58,4	65,8	49,1	60,8	62,4	85,2
Dez.	617,7	1517	209,4	214,0	58,1	65,7	47,4	60,8	62,1	86,0
1938 I. H.	657,1	1551	1181,0 ¹⁾	1180 ¹⁾ ²⁾	56,2	65,4	46,1	58,6	61,0	88,0
Juli	656,0	1579	196,0	196,4	56,4	64,7	45,6	59,5	60,8	87,1
Aug.	673,3	1591	190,9	190,1	55,1	64,7	40,7	59,2	60,8	
Sept.	611,7	1399	193,7	190,7	55,0	64,6	41,1	59,0	60,6	
Okt.	668,0	1442	216,7	211,8	54,8	64,5	41,0	59,0	60,6	
Nov.			210,6	213,7	55,0	64,4	40,5	58,8	60,6	
Dez.					55,0	64,4	41,2	58,8	60,8	
1938			2421,5 ³⁾	2418,4 ³⁾						

*) Die Tabellen Bank von Polen Kredit, Einlagen, Staatsfinanzen und Großhandelspreise nach Konjunktura Gospodarcza, Miesięczne tablice statystyczne, die übrigen nach Wiadomości Statystyczne u. Handel Zagraniczny.

¹⁾ Haushaltshalbjahr (IV.—IX.)

²⁾ Ab April 1938 veränderte Zusammenstellung, nach der neuen Berechnung sind die Angaben rückwärts bis 1934 revidiert.

³⁾ Voranschlag.

⁴⁾ Durchschnittliche Stundenverdienste in der Industrie.

		Seeschifffahrt				Industrielle Produktion						
		Wareneing.		Warenausg.		Gesamt	Produk- tions- güter	Verbr.- güter	Steinkohle			
		Gdin- gen	Fr. St. Danzig	Gdin- gen	Fr. St. Danzig				Gesamt- förderg.	Schles.	Inlands- absatz	Ausl.- absatz
		1000 t				1928 = 100			1000 t			
1929		324		2497		101,9	99,5	100,8	46236	34444	31500	13934
1933		871	493	5235	4660	70,0	67,7	71,4	27356	19941	18097	9098
1935		1112	779	6363	4315	84,9	88,0	86,1	28545	21132	19626	8873
1936		1336	953	6408	4675	94,3	103,1	93,0	29747	22091	21175	8530
1937		1718	1516	7288	5685	110,7	127,3	102,7	36218	27402	24789	10987
1937	I. H.	881	595	3462	2806				16769	12734	11274	5153
	Juli	135	132	645	493	111,8	126,8	104,6	3219	2422	2100	969
	Aug.	136	137	623	433	114,5	132,5	106,3	3109	2329	2142	922
	Sept.	116	175	631	449	112,1	132,3	101,6	3197	2417	2188	945
	Okt.	115	156	687	458	111,9	134,2	99,5	3354	2558	2340	1040
	Nov.	156	159	619	492	114,5	137,6	102,3	3232	2447	2319	949
	Dez.	176	139	620	553	114,5	135,1	105,1	3338	2495	2425	970
1938	I. H.	775	842	3609	2619	712,3	826,8	654,6	18129	13804	12177	5379
	Juli	135	199	725	507	117,8	136,2	108,0	3151	2388	2041	1008
	Aug.	116	145	616	472	120,5	144,3	109,1	3139	2351	2162	941
	Sept.	105	126	653	434	120,2	142,3	109,6	3347	2499	2303	961
	Okt.	103	63	721	485	118,4	142,1	106,1	3505	2644	2413	1083
	Nov.	142	95	697	570	120,2	144,4	107,2	3391	2548	3467	1065
	Dez.	152	93	625	474				3444	2563	2383	922
1938		1527	1563	7646	5563				38104	28766	25859	11359

Industrielle Produktion										
	Rohöl	Kali- salze	Stick- stoff	Eisen- erze	Blei- u. Zink- erze	Roh- eisen	Stahl	Walz- eisen	Zink	Erdöl- prod.
	1000 t									
1929	675	359	163	660	430	704	1377	962	169	595
1933	551	299	10	161	133	306	833	592	83	521
1935	515	384	31	332	144	394	946	674	85	469
1936	511	434	29	468	149	584	1145	826	93	443
1937	501	521	68	792	492	724	1451	1043	107	446
1937 I. H.	247,5	259,5	35,7	328,8	232,8	339	680	502	52,0	225,1
Juli	42,2	69	55,3	77,8	45,1	58	119	94	9,4	38,9
Aug.	42,5	44,3	5,0	77,7	44,0	60	127	93	9,3	37,0
Sept.	41,3	50,2	5,2	71,3	44,4	62	124	94	8,9	35,8
Okt.	43,0	49,1	5,5	77,4	44,7	64	138	92	9,4	37,7
Nov.	42,1	55,1	5,5	74,2	40,4	68	135	87	9,1	35,5
Dez.	42,9	56,2	5,7	71,7	40,6	73	128	85	9,0	36,0
1938 I. H.	2493	295,0	44,5	404,7	245,0	431	725	532	51,8	217,1
Juli	43,1	24,1	7,7	72,6	43,0	72	124	93	9,0	37,4
Aug.	42,7	49,0	6,2	76,9	43,4	80	130	104	9,0	37,9
Sept.	42,5	54,8	5,3	77,5	42,8	82	130	99	9,1	40,8
Okt.	43,4	50,5	5,4	83,7	43,2	76	136	95	9,5	37,9
Nov.	42,3	51,0	5,7	73,6	40,3	73	116	86	9,2	38,3
Dez.	42,0	42,6	5,5	73,6	40,7	67	86	74	9,7	34,8
1938	507	567	80,4	873	498,4	880	1438	1075	108	434

Außenhandel

	Einfuhr				Ausfuhr			Handel mit Deutschland	
	Gesamt	Textil- rohst. u. Waren	Masch. Appar. el. Ger.	unedle Metalle u. Erz.	Gesamt	Landw. Erzeug- nisse ⁵⁾	Holz u. Erz.	Saldo	Einfuhr Ausfuhr
in Millionen Zloty									
1929	3111	787,6	397,0	266,2	2813	362,8	481,9	-298	850 877
1933	828	235,2	59,8	69,9	960	89,8	154,6	+133	146 168
1935	861	253,0	69,8	106,2	925	312,3	158,2	+ 64	124 140
1936	1003	312,6	129,2	90,4	1026	387,7	165,3	+ 23	143 145
1937	1254,3	347,8	118,1	202,8	1195,5	344,0	201,6	- 59	182,2 173,0
1937 I. H.	594,6	182,3	46,5	91,5	582,2	177,0	90,9	- 12	78,6 80,5
Juli	114,7	31,5	0,3	33,9	98,2	23,5	17,3	- 16	16,5 12,2
Aug.	107,1	28,9	10,8	17,6	96,5	19,8	18,5	- 11	16,5 9,6
Sept.	113,2	26,4	11,8	19,9	90,6	22,9	18,2	- 23	17,1 10,8
Okt.	106,1	26,2	12,6	14,7	108,3	36,7	16,5	+ 2	17,8 16,2
Nov.	108,0	26,8	13,9	17,2	111,1	33,6	19,8	+ 3	18,1 19,2
Dez.	110,7	25,8	12,1	21,5	108,6	30,6	20,5	- 2	17,6 18,8
1938 I. H.	594,6	158,0	87,3	103,7	582,1	165,3	95,1	- 12	143,9 ⁶⁾ 119,6 ⁶⁾
Juli	107,2	24,8	13,7	13,2	95,8	25,8	19,1	- 11	27,1 19,4
Aug.	105,6	23,2	18,5	13,9	95,2	26,1	18,8	- 10	26,8 21,6
Sept.	108,3	24,1	18,7	12,7	91,6	28,7	18,6	- 17	24,6 22,8
Okt.	98,1	24,0	17,1	12,0	107,5	39,7	17,8	+ 9	24,3 31,9
Nov.	106,0	24,1	15,7	13,5	115,8	37,7	17,8	+ 10	25,7 32,2
Dez.	112	21,9	18,1	14,6	123	43,2	15,3	+ 11	27,3 34,7
1938	1300	300,1	193,1	182,5	1184	366,9	202,7	-116	299,6 282,6

Litauen*)

Bank von Litauen				Einlag. der Banken	Großhandelspreise			Staats- finanzen		Waren-
Gold u. Devisen	Wech- sel	Noten- umlauf	Gesamt		Landw. Prod.	Industr. Prod.	Ein- nahmen	Aus- gaben	Transit	
Stand am 31. 12. in Mill. Lit				1913 = 100			Mill. Lit		1000 t	
1929	111	86	95		120,3			338,5	269,9	431,4
1933	67	75	88	226,9	64,1	58,0	71,0	256,9	249,7	370,3
1935	46	83	104	188,7	52,8	47,9	58,2	279,9	276,9	185,7
1936	77	86	110	252,8	54,9	53,1	57,0	302,8	287,7	296,5
1937	81	99	117	299,5	64,1	63,1	65,2	329,9	318,2	308,2
1937 I. H.	79,1	78,5	108,4	277,3	63,9 ¹⁾	62,4 ¹⁾	65,6 ¹⁾	139,7	140,1	66,4
Juli	79,2	76,6	109,5	282,3	64,9	63,7	66,2	23,9	26,3	65,0
Aug.	79,1	82,9	113,4	275,1	64,3	62,3	66,6	26,9	26,6	59,1
Sept.	78,9	86,6	116,6	277,1	64,1	61,7	66,9	22,9	25,5	37,4
Okt.	78,2	89,5	122,6	282,5	64,7	62,8	66,9	29,0	28,5	25,6
Nov.	78,9	94,7	121,5	286,3	64,9	63,1	66,8	27,7	27,0	24,6
Dez.	80,9	98,7	116,6	299,5	65,9	64,9	66,9	22,1	41,3	30,0
1938 I. H.	80,3	561,9	122,5	305,9	64,2 ¹⁾	62,0 ¹⁾	66,7 ¹⁾	157,8	162,7	78,1
Juli	80,5	79,0	122,6	313,2	63,4	60,4	66,7	30,1	32,4	62,5
Aug.	79,3	80,2	123,7	308,6	62,6	58,8	66,8	23,9	27,0	53,8
Sept.	76,0	94,5	147,6	283,2	62,7	59,1	66,7	28,0	31,7	59,4
Okt.	74,8	92,6	143,4	297,6	63,4	60,2	66,7	30,1	30,7	61,7
Nov.	70,1	95,7	142,6	301,8	64,0	61,9	66,3	29,9	31,1	35,9
Dez.	69,6	100,2	141,7		65,1	64,1	66,2			
1938										

⁵⁾ Pflanzl. Produkte u. lebende Tiere u. Erzeugn. i. „Handel Zagraniczny“.

⁶⁾ Ab Mai 1938 einschl. Österreich.

⁷⁾ Angaben des Statistischen Staatsamtes.

¹⁾ Monatsdurchschnitt für Juni.

Außenhandel												Schiffsverkehr i. Hafen v. Memel	
Waren- einfuhr	Waren- ausfuhr	Nahrungs- mittel		Rohstoffe u. Halbfabrik.		Fertigwaren		Handel mit Deutschld. ²⁾		Warenumschatz			
		Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Eing.	Ausg.		
Millionen Lit											Netto Reg.-Tonn		
1929	306,4	328,8	55,7	74,9	84,9	170,0	165,5	22,6	150,3	95,9	502,8	501,5	
1933	142,2	160,2	10,8	86,8	49,2	50,5	81,5	9,5	51,3	52,5	600,7	605,3	
1935	128,6	152,3	8,1	75,4	45,8	56,3	72,8	9,9	14,7	5,4	691,3	692,0	
1936	156,1	190,5	9,3	90,2	56,4	72,6	88,4	6,7	14,4	20,6	788,5	790,1	
1937	212,7	208,3	10,5	83,7	81,5	91,9	120,3	7,6	46,4	34,5	844,7	847,1	
1937 I. H.	94,5	93,6	4,4	31,9	84,1	48,8	68,6	3,0	19,9	13,4	378,6	374,7	
Juli	18,2	16,4	1,0	9,0	7,3	6,0	9,7	0,1	3,7	2,7	93,6	95,8	
Aug.	22,8	17,7	0,1	8,2	10,7	7,5	11,2	0,1	4,5	2,8	106,1	99,7	
Sept.	20,0	20,6	0,1	11,0	9,4	6,7	9,7	0,1	4,9	3,1	73,4	82,2	
Okt.	20,3	22,2	1,1	8,7	8,6	8,5	10,6	0,1	4,1	4,4	64,8	68,3	
Nov.	20,1	19,3	1,1	7,3	6,4	7,8	12,6	0,8	5,5	4,5	66,4	60,8	
Dez.	16,7	18,6	1,0	7,6	4,9	6,7	10,7	0,6	3,9	3,5	61,7	65,6	
1938 I. H.	108,8	116,1	5,5	54,3	38,4	43,6	64,7	3,1	26,7	25,3	380,6	380,9	
Juli	19,7	21,4	0,9	13,4	7,4	5,6	11,4	0,6	4,1	6,6	99,0	102,7	
Aug.	18,8	18,4	0,7	11,3	9,4	5,3	8,7	0,4	3,2	5,1	114,6	113,2	
Sept.	17,2	19,2	0,8	12,6	6,0	4,3	10,4	0,6	4,5	5,5	83,0	83,3	
Okt.	19,7	19,5	0,7	11,1	6,4	4,5	12,6	0,5	4,9	7,2	84,5	81,5	
Nov.	20,1	17,8	1,6	9,4	7,0	3,7	11,4	0,5	5,0	5-6	79,9	80,0	
Dez.	19,3	20,8	1,1	10,0	4,2	6,4	13,9	0,5	7,4	7,0	69,2	71,8	
1938	223,7	233,2	11,3	122,0	78,7	73,4	133,1	6,3	54,7	62,5	910,8	913,5	

Tschecho-Slowakei

	Tschechische Nationalbank						Einlagen		
	Gold- bestand	Devisen und Valuten	Wech- sel	Vor- schüsse (Lomb.)	Noten- umlauf	Giro- verbind- keiten	Gesamt	Post- spar- kasse	Spar- kassen
Stand am Monatsende in Mill. Kc						Md. Kc			
1929	1258	2270	526	89	8230	675	42293	2275	18033
1933	1707	926	1234	461	5906	871	50035	1681	20639
1935	2690	81	602	731	5761	411	52258	1767	21350
1936	2592	439	1194	1086	6478	410	52318	2072	21258
1937	2626	479	1147	1284	6902	292	54404	1256	22051
1937 I. H.	2579	382	1022	1028	6158	211	53340	1999	21741
Juli	2576	348	944	1226	6037	296	.	1931	21690
Aug.	2574	371	1028	1121	6250	128	.	1916	21699
Sept.	2571	390	1016	1140	6469	170	53392	1972	21661
Okt.	2569	447	1153	1184	6516	304	.	2080	21677
Nov.	2582	474	1049	1030	6441	217	.	1973	21756
Dez.	2626	479	1147	1284	6902	292	54404	2256	22051
1938 I. H.	2652	317	1583	1287	7947	264	.	.	21633
Juli	2653	246	1548	1236	7641	259	.	.	21589
Aug.	2653	202	1661	1440	8087	138	.	.	21437
Sept.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Okt.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1938	.	.	.	.	.	.	.	.	.

²⁾ Ohne Österreich.

	Kredite				Öffentl. Abgaben (Jahres- durchschn.)	Großhandelspreise		
	Gesamt	Landes- bank- emiss.	Spar- kassen	Allgem. Kredit- genoss.		Gesamt	Einfuhr- waren	ein- heim. Waren
					Mill. Kc	1914 = 100		
1929	23447	3996	10999	5364	825,7	913	919	919
1933	28740	5369	13298	6133	728,5	659	617	677
1935	28054	5601	12628	5888	718,3	705	662	722
1936	27984	5778	12568	5630	753,3	707	678	721
1937	28477	6102	12546	5724	864,7	749	769	748
1937 I. H.	28082	5912	12463	5689	723,5 ¹⁾	752 ¹⁾	791 ¹⁾	744 ¹⁾
Juli	28097	5975	12432	5660	912,5	763	787	759
Aug.	28238	6016	12437	5733	823,8	759	787	754
Sept.	28270	6007	12463	5721	678,9	755	780	752
Okt.	28293	6023	12484	5718	821,4	749	766	748
Nov.	28328	6039	12511	5707	1049,1	744	738	751
Dez.	28477	6102	12546	5724	1356,0	732	718	742
1938 I. H.	.	6212	12521	5629	835,3 ¹⁾	731 ¹⁾	694 ¹⁾	750 ¹⁾
Juli	.	6244	.	.	1137,0	734	712	747
Aug.	.	6252	.	.	1097,9	733	717	744
Sept.						737	708	754
Okt.								
Nov.								
Dez.								
1938								

	Industrielle Produktion									
	Berg- bau	Metall- industr.	Textil- industr.	Gesamt	Stein- kohle	Braun- kohle	Eisen- erz	Roh- eisen	Roh- stahl	Elek- trizität)
	1929 = 100				in 1000 Tonnen					Mill. kwh
1929	100,0	100,0	100,0	100,0	16548,2	22534	1807,7	1644,5	2193,4	2498,4
1933	64,4	41,1	63,3	60,2	10627,4	14968	428,8	499,0	734,5	2238,0
1935	66,0	60,0	73,9	70,1	10894,5	15114	731,0	810,9	1178,5	2592,6
1936	71,5	75,9	91,3	80,2	12233,2	15949	1089,6	1139,9	1538,3	2968,0
1937	91,6	105,8	102,3	96,3	16951,3	18041	1867	1674,6	2317	35,44,3
1937 I. H.	84,7 ¹⁾	107,3 ¹⁾	110,7 ¹⁾	98,7 ¹⁾	7801	8617	846	806	1105	1684,2
Juli	92,0	106,2	98,7	97,1	1443	1385	164	134	204	282,7
Aug.	95,8	106,9	98,7	98,1	1568	1496	167	150	200	304,6
Sept.	99,3	101,9	98,8	97,8	1626	1559	178	140	199	304,0
Okt.	96,3	108,1	93,6	97,6	1460	1536	167	152	209	316,7
Nov.	98,7	110,3	88,3	96,9	1520	1711	172	145	212	327,4
Dez.	99,6	107,5	84,4	94,3	1534	1737	173	143	188	324,7
1938 I. H.	86,0 ¹⁾	108,1 ¹⁾	70,7 ¹⁾	89,9 ¹⁾	8119	8499	770	698	994	759,1
Juli	80,9	99,2	57,9	84,4	1254	1266	139	112	154	284,2
Aug.		100,2	.	.	1371	1431	.	112	164	313,2
Sept.										
Okt.										
Nov.										
Dez.										

¹⁾ Stand am Halbjahrsende.

²⁾ Die Angaben der Jahre beziehen sich auf 138 Firmen, die 1929—36 84% der elektr. Energie lieferten. Für die Monate ohne Kleinanlagen, die ca. 500 Mill. kwh jährlich erzeugen.

	Arbeitslose Stellen- suchende	Eisenbahn- Güter- verkehr	Fremden- verkehr Übernach- tungen von Ausland. ³⁾	Bewilli- gungen für Neubauten ³⁾ (38 Städte)	Außenhandel		
					Einfuhr Gesamt	Ausfuhr Gesamt	Saldo
	31. XII. 1000 t	1000 t	1000	1000 m ³	Millionen Kc		
1929	13491	89417,9	.	.	19962	20497	+ 535
1933	4699	45652,4	.	321	5831	5855	+ 24
1935	4055	51989,0	444,4	277	6738	7418	+ 680
1936	4869	58259,7	422,9	427	7909	8008	+ 99
1937	4907	7250,2	601,0	503	10980	19972	+ 992
1937 I. H.	3165	2982,9	921,1 ¹⁾	369 ¹⁾	5306	5481	+ 175
Juli	248	6296	1617,1	924	832	874	+ 42
August	233	6607	1802,4	573	931	1145	+ 214
Septemb.	231	6571	427,5	435	879	1100	+ 221
Oktober	238	8781	243,2	590	959	1126	+ 167
Novemb.	333	8369	244,2	389	985	1046	+ 61
Dezemb.	459	6049	276,4	296	1072	1200	+ 128
1938 I. H.	2335	32463	430,6 ¹⁾	2634	4651	5685	+1034
Juli	184	.	769,8	564	761	916	+ 155
August	165	.	702,7	.	790	965	+ 175
Septemb.							
Oktober							
Novemb.							
Dezemb.							
1938							

	Außenhandel						
	Einfuhr			Ausfuhr			
	Roh- stoffe	Fertig- waren	Nah- rungs- mittel	Lebend. Tiere	Fertig- waren	Roh- stoffe	Nah- rungs- mittel
	Millionen Kc						
1929	9779	6292	2920	951	14667	3442	2341
1933	2909	1667	1118	105	4043	1343	455
1935	3593	1874	1084	165	5372	1619	402
1936	4311	2362	979	242	5830	1667	497
1937	6312	3257	1206	205	8596	2372	979
1937 I. H.	3232	1496	499	78	3899	1015	561
1937 Juli	500	250	70	12	637	183	52
August	526	311	78	16	839	203	101
September	468	295	90	26	837	230	28
Oktober	475	316	143	25	823	251	46
November	529	276	153	27	732	246	64
Dezember	569	315	169	19	832	243	123
1938 I. H.	2503	1433	662	53	4099	1091	460
1938 Juli	389	223	140	9	689	172	52
August	396	243	136	15	747	176	41
September							
Oktober							
November							
Dezember							
1938							

Wirtschaftszahlen für Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien folgen im nächsten Heft.

³⁾ Jahresdurchschnitt.

WIRTSCHAFTSBERICHTE

POLEN

Zur Landeskunde des Olsagebietes.

Bevölkerung.

Das an Polen gekommene Olsagebiet umfaßt eine Fläche von 801,5 qkm — eine Fläche, die über die Hälfte kleiner ist als etwa das Gebiet der freien Stadt Danzig. Es setzt sich aus zwei Verwaltungskreisen (Teschen und Freistadt) und 4 Gerichtsbezirken (Oderberg, Freistadt, Teschen und Jablonkau) zusammen. Diese Kreise sind für polnische Maßstäbe verhältnismäßig sehr klein. Die Bevölkerung dieses Gebietes betrug nach der Zählung von 1930 227 399 Personen, das entspricht einer mittleren Bevölkerungsdichte von 283 Menschen auf den qkm, eine sehr hohe Zahl, die sogar die Bevölkerungsdichte Belgiens übersteigt und über dreifach so groß ist, wie die durchschnittliche Bevölkerungsdichte ganz Polens. Die größte Bevölkerungsdichte entfällt auf die Kreise Oderberg und Freistadt, wo 551 Personen auf dem qkm wohnen. In diesem Gebiet gibt es 86 Gemeinden, davon 7 Stadt- und 79 Landgemeinden. Die Städte sind nicht sehr groß, die größte von ihnen, Karwin, hat über 22 000 Einwohner.

Wenn man das früher tschechische Teschen mit dem polnischen Teschen zusammen betrachtet, so besitzt diese Stadt über 30 000 Einwohner und wird sich zweifellos zu der bedeutendsten Stadt des südlichen Teiles der Wojewodschaft Schlesien entwickeln. Alle Städte stehen auf einem für Polen ganz besonders hohen kulturellen Niveau, selbst die kleinsten besitzen Wasserleitung und Kanalisation, was bei den meisten polnischen Städten nicht der Fall ist. In den letzten Jahren haben sich viele Landgemeinden im Prozeß der

Urbanisierung zu großen, ausgedehnten Siedlungen entwickelt. Mietskasernen mit mehreren Stockwerken sind eine seltene Erscheinung, meist sieht man ausgedehnte Arbeiterkolonien, die sich aus kleinen Häusern mit Gärten zusammensetzen, sodaß im ganzen Durchschnitt nur etwa 9 Personen auf ein Haus entfallen. Die Gebäudezahl beträgt im Gesamtgebiet 25 622.

Dieses für Polen verhältnismäßig außergewöhnlich geordnete Wohnungswesen entspricht einem vielleicht noch besser organisierten Schulwesen. Keine Gegend Polens besitzt ein so ausgebautes Schulnetz. Eine Ursache für diese Erscheinung ist in den Nationalitätenverhältnissen zu suchen, das im Nationalitätenkampf dem Schulbauwesen einen starken Antrieb gab. Im Olsa-Gebiet werden 6 polnische Gymnasien eröffnet.

Bodenschätze.

Das Ostrau-Karwiner Kohlenbecken im Norden des an Polen gefallenen Gebiets stellt einen Teil des großen Oberschlesischen Steinkohlenbeckens dar, dessen Hauptteil heute in den Grenzen Polens liegt, während kleine Teile um Beuthen und Gleiwitz und heute auch Pietrkowitz im Hultschiner Kreis zu Deutschland gehören und die Tschechen den Teil um Mährisch-Ostrau und Witkowitz behalten haben. Die besondere Bedeutung dieses Ostrau-Karwiner Reviers liegt in dem hohen Heizwert der dortigen Kohle. Nur an wenigen Stellen treten die Karbonschichten an die Oberfläche. Sie sind meist mit tertiären und diluvialen Schichten bedeckt. Nach Süden fallen sie am tiefsten ab, sodaß z. B. eine Bohrung in Oldrzychowi bei Trzyniec, in einer Tiefe von 1275 m noch nicht auf Kohle stieß. Man un-

terscheidet hier drei Schichtungen. Die älteste Ostrauer enthält 78 Kohlenschichten von einer Gesamtmächtigkeit von 60 m. Über ihnen liegen Sattelschichten mit 60 Flözen von 26 m Dichtigkeit. Die obersten sind die sogenannten Karwiner Schichten 36 Lagern von 48 m Mächtigkeit. Diese Lager haben hauptsächlich eine fette Kohle von ausgezeichnetem Heizwert, die sich besonders gut zur Verkokung eignet. Antrazit gibt es nur in einer an Deutschland gefallenen Grube. Der Kalorienwert wird in dem an Polen gefallenem Gebiet auf 6000 bis 7800 Kalorien geschätzt. Die Förderung findet oft in bedeutender Tiefe statt, die tiefsten Schichten erreichen 700 Meter.

Die größte Schwierigkeit bei der Förderung bildet die große Gefahr des Ausbruches von Gas- und Kohlenstaub, der vor allen Dingen für das Karwiner Gebiet typisch ist. Nach vielen Katastrophen wurden ausreichende Schutzmaßnahmen gegen diese Gefahren getroffen, doch sind sie der Grund, daß die Gruben meistens nur von mittlerer Größe sind, weil die Führung eines ausgedehnten unterirdischen Netzes in eine Grube die Gefahr vergrößern würde.

Die festgestellten Kohlenvorräte des Ostrau-Karwiner Reviers betragen etwa 2870 Mrd. Tonnen, die polnische Schätzung vermutet Vorräte von insgesamt etwa 25 Mrd. Tonnen. Auf das zu Polen gekommene Gebiet entfallen etwa die Hälfte dieser Menge. Bei der heutigen Fördermenge kann das Vorräte für ein paar 100 Jahre ausreichen.

Die Eisenerze, die früher eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, obgleich die Erze nicht mehr als 30% Eisen enthielten, sind heute völlig bedeutungslos und die Vorräte sind hier erschöpft. Dagegen spielen die Zement- und Kalkgruben, sowie die Produktion von Steinbaumaterial eine nicht unwesentliche Rolle. Steinbrüche bestehen in Wędryni, Rzece, Bystrzycy und Nydek, Sandstein wird nur an einigen Stellen abgebaut. So ist der sogenannte Godulskower Sandstein bekannt.

Land- und Forstwirtschaft.

Das Olsa-Gebiet ist zu fast 30% mit Wald bedeckt, der sich in erster Linie aus Tannen, Fichten und Bu-

chen zusammensetzt. Diese Wälder sind ausgezeichnet bewirtschaftet und Eigentum des Staates, vor allem in dem bergigen Jablonkauer Bezirk, während fast alle Wälder im Freistädter Kreise sich im Privatbesitz befinden. Fast 40% der Oberfläche stellt Ackerland dar, das sich auf fast 31 000 landwirtschaftliche Betriebe verteilt. Angebaut werden in erster Linie Kartoffeln, weiter Hafer und Roggen. Der Hektarertrag im Olsa-Gebiet liegt über dem mittleren Ertrag ganz Polens (etwa um 2 Doppelzentner pro ha). Die Obstbaumzucht steht auf einer sehr hohen Stufe. Im ganzen entfallen etwa 1500 Obstbäume auf 1000 Einwohner, das ist eine für Polen ganz außerordentlich hohe Zahl. Die Viehzucht spielt nur auf dem Gebiete der Schweinehaltung eine bedeutendere Rolle, da die Arbeiterschicht vielfach eine Schweinehaltung für den eigenen Bedarf betreibt, sodaß auf 100 ha Ackerland über 70 Stück Schweine entfallen. Die Schafzucht ist sehr zurückgegangen. „Die Kuh des kleinen Mannes“, die Ziege, wird viel gehalten.

Die Kohlengruben im Olsagebiet.

Polen hat mit dem Olsa-Gebiet 16 neue Kohlengruben gewonnen (davon eine außer Betrieb), deren Produktion 1936 insgesamt 5,2 Mill. t betrug, im Jahre 1937 dagegen ca. 7 Mill. t, das bedeutet etwa 20 Prozent der bisherigen Produktion Polens. Die Gruben, die fast alle von mittlerer Größe sind, überschreiten in ihrer Produktion nur in wenigen Fällen 500 000 Tonnen jährlich. Von den 16 Kohlengruben gehören 2 dem Fiskus (zus. 1765 Arbeiter), 5 der Bergwerks- und Hüttengesellschaft, (französisches Kapital, zus. 5165 Arb.), 1 der Witkowitz Gewerkschaft (zus. 954 Arb.), 3 der tschechischen Gewerkschaft Orlowo-Lazy (zus. 4911 Arb.) und 5 dem Grafen Larisch-Mönnich (engl. Kap., zus. 2938 Arb.). Karwin mit 7 Gruben stellt das Zentrum dar, dort sind über 5000 Arbeiter beschäftigt. Alle Gruben sind auf einem kleinen Bezirk von einigen 10 qkm konzentriert, deren Mittelpunkt die Orte Orlowo und Lazy darstellen. Mit den Kohlengruben hat Polen 5 Kokereien erworben, deren größte und neueste sich in

Trzyniec und in Lazy befinden (außerdem 2 Kokereien in Karwin und Porebia). Die Kokereien in Trzyniec und Karwin gehören der Bergwerks- und Hüttengesellschaft (Schneider-Creusot). Die Koksproduktion betrug 1936 800 000—1 000 000 Tonnen und beschäftigte annähernd 1300 Arbeiter.

Zum Umbau des polnischen Eisenhütten-Syndikats¹⁾.

Im vergangenen Jahre ist die Organisation der polnischen Eisenindustrie einer Änderung unterzogen worden. Obgleich diese Umbildung der äußeren Form nach unwesentlich zu sein scheint, will man durch die neue Form des Eisenhütten-Syndikats eine grundlegende Umgestaltung der Eisenwirtschaft in Polen erzielen. Zu dem Kernproblem dieser Frage nahm die „Gazeta Polska“ (10. 2. 1938) mit folgenden Worten Stellung:

„Deutlich gesagt — haben wir während der letzten Jahre vorgegeben, in Polen eine Hüttenindustrie zu besitzen. Tatsächlich besaßen wir allerhöchstens schweratmende Schmelzereien von Alteisen. Das ist leider keine Übertreibung. Sämtliche Statistiken der Hüttenindustrie der ganzen Welt haben jahrelang betont, daß Polen das Land mit dem kleinsten Verhältnis der Roheisenproduktion zur Rohstahlproduktion sei. Diese technische Proportion zwischen der Summe der inländischen Roheisenherstellung (Hochofenprodukte) und der Summe der inländischen Rohstahlherstellung (Produkte der Stahlöfen, d. h. Martin- oder Thomasöfen) ist ein kompetenter Maßstab für die Entwicklung bzw. den Stillstand der Hüttenindustrie des betreffenden Landes. Denn wenn man die Wahrheit sagt, ist ein Staat mit einem prozentual niedrigen Anteil des eigenen Roheisens an der Stahlproduktion ein Land, welches seinen Stahl in etwas merkwürdiger Weise herstellt. Es ist ein Land, welches in geringem Maße seinen Stahl aus eigenen oder gar importierten Erzen anfertigt, dage-

gen in viel höherem Grade entweder eingeführtes Roheisen, oder, wie es in Polen der Fall war — was aber das gleiche ist — eingeführten, alten Eisenschrott verwendet. Eine Eisenindustrie, die ihre Stahlproduktion in hohem Maße auf das Einschmelzen von hauptsächlich importiertem Alteisen aufbaut, ist — wenn man sich genau ausdrücken soll — keine Hüttenindustrie, sondern nur eine Umschmelzstätte von altem Eisen.“

Nachdem eine besondere Kommission aus Vertretern des Industrie- und Handelsministeriums, des Finanzministeriums, des Kriegsministeriums und des Generalstabes sowie Vertretern der Eisenhüttenindustrie diese Fragen genauestens studiert hatte, ist die Umbildung des polnischen Eisenhütten-Syndikates in einer Form erfolgt, über die sich der Industrie- und Handelsminister Roman unter anderem folgendermaßen äußerte: „Als Hauptaufgabe der künftigen Hüttenorganisation sieht ihr Statut die Schaffung von Bedingungen für eine harmonische Zusammenarbeit aller Faktoren, die an der Produktion und dem Absatz von Hüttenenerzeugnissen interessiert sind, vor, ferner soll die Befriedigung des Inlandsbedarfes und die Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes sowie die rationelle Vergrößerung des Exportes auf den Auslandsmärkten erreicht werden.“

Im Besonderen legt das Statut die Richtlinien für den Ausbau der Hüttenindustrie und ihre Anpassung an die Notwendigkeiten der Landesverteidigung fest, indem es an erster Stelle die Forderung erhebt, die Hüttenproduktion vor allen Dingen auf eigene Erze zu stützen, was der Hüttenindustrie eine weit größere Unabhängigkeit von ausländischen eisenschaffenden Ausgangsprodukten zusichert, als das jetzt der Fall ist.“ (Minister Roman: Zadania Naczelnej Organizacji Hutnictwa Die Aufgaben der Hauptorganisation des Hüttenwesens, in: Polska Gospodarcza 1938, H. 20, S. 779.) Ganz besonders hob der Minister hervor, daß es bei der Umorganisation des Eisenhütten-Syndikates darum gehe, „daß in der künftigen Organisation ebenso die Interessen der verarbeitenden Metallindustrie wie der

¹⁾ s. dazu den Abschnitt: Staatliche Wirtschaftsregelung in: Rückblick auf das Jahr 1938 i. d. poln. Wirtschaftspolitik.

Eisenerzgruben gebührend berücksichtigt werden. Daher sieht das Statut der obersten Hüttenorganisation in seinem Rahmen die Bildung zweier besonderer Sektionen, und zwar für die Fragen der Eisenerze und der verarbeitenden Industrie vor.“

Der Minister teilte ferner mit, daß er bei der Umgestaltung der Eisenhüttenorganisation zwei Wege hätte einschlagen können. Nach langem Überlegen sei er aber zu der Erkenntnis gekommen, anstatt einer Zwangsorganisation eine freiwillige Organisation der Hütten zu bilden, „die bei enger Zusammenarbeit mit den Regierungsfaktoren günstigere Entwicklungsbedingungen für diesen Industriezweig schafft“.

Im Zusammenhang mit der inneren Umgestaltung der Hüttenindustrie steht die vermehrte Arbeit auf dem Gebiete der geologischen Forschung in Polen. Wie bekannt, war man seit langer Zeit mit der Tätigkeit des Staatlichen Geologischen Instituts unzufrieden, sodaß auch diese Forschungsstelle einer Umbildung unterzogen und vor allen Dingen mit größeren Mitteln versehen wurde. So kann man in den beiden letzten Jahren eine äußerst rege Arbeit auf dem geologischen Forschungsgebiet feststellen, die jedoch nicht nur auf das Staatliche Geologische Institut, sondern gleichzeitig auf die sog. „Mobilisierung“ der ortsansässigen Bevölkerung und zahlreicher Hütten zurückzuführen ist.

Es wäre verfrüht, über die jüngsten geologischen Arbeiten bereits heute etwas endgültiges zu sagen, aber ein gewisser Erfolg bei der Entdeckung neuer, wenn auch armer Erzlager ist zu verzeichnen. Und gerade auf dem Gebiet der Verwendung einheimischer Erze soll durch die neue Eisenhüttenorganisation eine wesentliche Umgestaltung erzielt werden.

Die „Gazeta Handlowa“ (29. 11. 38) nahm hierzu wie folgt Stellung: „In Anlehnung an diese Arbeiten (gemeint ist die erweiterte Auswertung der Eisenerze, Anm. d. Vf.) sieht das Programm der Rohstoffversorgung der Hüttenindustrie die Stabilisierung unseres Importes auf der bisherigen Höhe im Hinblick darauf vor, daß die technisch am besten gestellten Hütten in erster Linie mit wert-

vollen ausländischen Erzen versorgt werden, wogegen die anderen Hüttenwerke und besonders die auf dem Gebiete des „Zentralen Industrie-reviers“ gelegenen die Verwendung eigener Rohstoffe vermehren werden. Auf diese Weise erreichen wir außer der Regelung der Rohstoffzufuhr die Unabhängigkeit unserer Hüttenproduktion im „Zentralen Industrie-revier“ von ausländischen Rohstoffen, was aus verschiedenen Gründen eine große Bedeutung für unsere Wirtschaft besitzt.“³⁾

Durch den Anschluß des Olsa-Gebietes an Polen wird die polnische Eisenhüttenindustrie vor neue Probleme gestellt, die eine neue Umgestaltung des Syndikats erwarten lassen. Abgesehen von diesem äußeren Umbau ist in der eigentlichen Eisenwirtschaft Polens eine Umgestaltung nach den dargelegten Richtlinien im Gange. h.

Der Ausbau der Kohlenmagistrale Ostoberschlesien—Gdingen.

Anfang 1939 wird die letzte Rate der französischen Anleihe für den Bau der oberschlesischen Kohlenmagistrale in Höhe von 135 Mill. Zł. flüssig gemacht werden. Mit diesen Mitteln soll die Strecke vollständig zweigleisig ausgebaut und mit den noch fehlenden technischen Einrichtungen versehen werden. Augenblicklich ist eine Abzweigung der Strecke Siemkowice (Kr. Wieluń, Post Działoszyn)—Tschenstochau in einer Länge von ca. 50 km in Bau. Gleichzeitig wird ein zweites Gleis auf der Strecke Siemkowice—Karsznica (Kr. Sieradz, Post Braszewice) gelegt. Auf der Nebens Strecke gibt es die vier Stationen Cykarzew, Brzeźnica, Dubidza und Pajęczno. Die Rentabilität der Gesamtstrecke hat sich sehr schnell verbessert, im ersten Jahr der Ausnutzung betrug der Reingewinn 1 Mill. Zł., 1937 18 Mill. Zł. Die polnische Eisenbahn ist heute zwar noch an dem Gewinn der Strecke beteiligt, aber die eigentliche Ausbeutung hat seit Anfang 1938 nach der Auszahlung der zweiten Tranche der französischen Anleihe die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft übernommen.

³⁾ Program zaopaczenia surowcowego w przemyśle hutniczym in: Gaz. Handl. v. 29. 11. 1938.

Fortschritte der Fabrikbauten im Zentralen Industrieviertel.

Die „Gazeta Handlowa“ vom 3. 1. 1939 brachte einen großen Überblick über den wirtschaftlichen Ausbau des Zentralen Industrieviertels um Sandomir im Jahre 1938, aus dem wir folgende Angaben entnehmen:

Die Mehrzahl der großen staatlichen und privaten Investitionen in diesem Gebiet wurde im Laufe des Jahres 1937, ein Teil im Frühjahr 1938 vorgenommen, sie trugen hauptsächlich wehrwirtschaftlichen Charakter. Infolge des ungewöhnlich intensiven Tempos der Arbeiten konnten einige Betriebe schon ihre Produktion aufnehmen.

Die „Stomil“ A.-G., Autoreifenfabrik in Dębica beendigte am 30. 4. 1938 die Eisenkonstruktion einer $\frac{1}{4}$ km langen Halle. Im Oktober stand die Mehrzahl der Gebäude, im November begann man mit der Montage der Maschinen, Dampfrohre und Elektromotoren und beendete den Bau von Wasserleitungen, die mit ihrer Wasserführung den Bedarf einer Stadt von 50 000 Einwohnern decken könnten.

Die Chemischen Werke A.-G. Dębica für synthetischen Kautschuk waren im Sommer mit dem Bau der Fabrik fertig, sodaß im Oktober mit der Produktion begonnen wurde. Die Gesellschaft baute eine Chaussee, 15 km Wasserleitung und eine Hochspannungsleitung.

Cegielski A.-G. (Posen) hat eine Werkzeugmaschinenfabrik gebaut, die schon Anfang 1938 mit der Produktion begann und diese im Laufe des Jahres von 6 Mill. zł. auf 15 Mill. zł. erhöhen konnte. Die Zahl der Arbeiter beträgt jetzt 1700. 140 Arbeiterwohnungen und eine weitere Anzahl kleiner Arbeiterhäuser wurden fertiggestellt. Die Fabrik der Gesellschaft „Boruta“ für Salpeterverbindungen in Sarzyn baute 1938 eine Laderampe und 3 km Straßenpflasterung, es wurden außerdem 9 technische Gebäude errichtet und der Bau von 12 Fabrikgebäuden im Herbst in Angriff genommen.

Die P.Z.L. (Polnische Flugzeugwerke) bebauen in Rzeszów seit Herbst 1938 eine Fläche von 76 000 qkm für eine Motorenfabrik (zu der der Bau von 365 Arbeiterwohnungen gehört) und errichten in Mielce eine

Fabrik für Flugzeugdecken, deren Haupthalle und Werkstatt schon steht. Der Bau des Flugplatzes steht vor der Vollendung. 445 Wohnungen wurden hier bereits gebaut und 186 sind im Bau begriffen, ebenso ein Hotel, Garagen und eine Volksschule.

In Pustkowo errichtet die Lignoz A.-G. eine Fabrik für Explosivstoffe. Der Kesselraum ist seit März 1938 im Bau, an den Fabrikgebäuden wird seit Anfang Mai gearbeitet. Das auf 4 Jahre verteilte Bauprogramm wurde im Laufe des verflossenen Jahres zu 60% vollendet. Von den projektierten 97 Fabrikgebäuden sind 59 im Bau, viele bereits vollendet. 20 Häuser der Arbeiterkolonie, die 35 Häuser umfassen soll, stehen schon.

Die Munitionsfabrik in Majdan-Debie hat von den vorgesehenen drei selbständigen Produktionsabteilungen im Herbst 1938 zwei in Betrieb gesetzt. Eine 16 km lange Laderampe und eine Chaussee sind fertig, im Sommer begann der Ausbau der inneren Eisenbahnlinie und der Bau von Wasserleitungen, Kanalisation und Hochspannungsleitungen.

Das Werk in Stalowa Wola produzierte Anfang September den ersten Edelmetall.

Neubauten der polnischen Handelsmarine.

Das letzte Jahr war für die Entwicklung der polnischen Seehandelsflotte von grundsätzlicher Bedeutung. Mehrere große Schiffe wurden getauft und in Dienst gestellt. Am 3. 7. lief das größte Schiff der polnischen Handelsmarine „Robur VIII“ (2865 BRT) vom Stapel. Der Bau wurde von der privaten Gesellschaft „Polskarob“ durchgeführt — was die unabhängige Presse voll Stolz hervorhob —, und wurde mit der ersten Flottenschau der Flotte dieser Gesellschaft verbunden.

In New-Castle liefen am 25. und 26. 3. 38 zwei von der Polnisch-Britischen Schifffahrtsgesellschaft bei der englischen Werft Swan, Hunter und Wigham Richardson Ltd. in Auftrag gegebene Schiffe vom Stapel, das Motorschiff „Sobieski“ (11 500 BRT) und das Holztransportschiff „Lida“, ein 2100-Tonnen-Dampfer, der vor kurzem seine erste Fahrt angetreten hat. Drei weitere größere Schiffe sind noch im Bau, das Motorschiff

„Chrobry“ (11 500 BRT) bei einer dänischen Werft in Naskov und die beiden Schiffe „Łódź“ und „Bielsko“ bei der Danziger Werft. „Sobieski“ und „Chrobry“ sind für den Verkehr nach Südamerika bestimmt und sollen vor allem Emigranten (Juden) befördern, „Łódź“ und „Bielsko“ sollen in erster Linie für den Baumwolltransport von Nordamerika eingesetzt werden.

Das wichtigste Ereignis für die Entwicklung der polnischen Handelsflotte ist ohne Zweifel die Kiellegung des ersten polnischen Seeschiffes bei der reorganisierten Gdingener Werft; es handelt sich um den 1250-Tonnen Frachtdampfer „Olza“ der Gesellschaft „Żegluga Polska“. Es ist der erste große Bau, den die Gdingener Werft ausführt, nachdem sie 1937 einen Um- und Ausbau mit der technischen Hilfe der englischen Werft White begonnen hat. Am 13. 8. 38 beschloß der Aufsichtsrat der Gdingener Werft, eine Aktienkapitalserhöhung von 250 000 zł. auf 1 Mill. zł. vorzunehmen. Die Neuemission übernimmt die „Wspólnota Intersów“, die damit fast Alleinbesitzerin wird. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer in Gdingen wurden in den Jahren 1937 und 38 insgesamt Aufträge für 15 neue Einheiten der polnischen Handelsflotte im Werte von 40 Mill. zł. an ausländische und Danziger Werften sowie an die Gdingener Werft vergeben. Damit wird aber der Anteil der polnischen Handelsflotte am polnischen seewärtigen Handel noch nicht über 15% hinaus steigen. Die Zahl der Schiffseinheiten der polnischen Handelsmarine betrug am 1. Juli des abgelaufenen Jahres 113.

Der schlechte Zustand des polnischen Eisenbahnparkes.

Die Aufstellung des Budgets der polnischen Eisenbahn für das Jahr 1939/40 brachte in Fachkreisen wieder einmal den verbesserungsbedürftigen Stand des polnischen Eisenbahnwesens in Erinnerung. Der Zustand des Fahrparkes des polnischen Eisenbahnsystems läßt in der Tat sehr viel zu wünschen übrig, in der polnischen Presse wird er sogar als „fatal“ bezeichnet. Im Sejm und Senat haben sich schon oft Stim-

men erhoben, die mit Unruhe und Sorge auf den schlechten Stand des Wagenparks hingewiesen.

Verkehrsminister Ulrych bekannte bei der vorjährigen Budgetdiskussion über den Haushaltsvorschlag des Verkehrsministeriums, daß „die rücksichtslose Anwendung von Sparmaßnahmen nicht nur die Linie des Fortschritts gebrochen habe, sondern auch zu einer „bedeutenden Verschlechterung des Wagenbestandes“ geführt habe. Im November 1938 erklärte Minister Ulrych in einem Radiovortrag, „die zwanzigjährigen Erfolge unseres Verkehrsapparates ... stellen uns noch weit hinter andere Staaten und: „wir sind im Transportwesen zweifellos weit mehr zurück als auf anderen Gebieten.“

Der schlechte Zustand des Fahrparks wird umso mehr empfunden, als in den letzten beiden Jahren ein deutlicher Anstieg der Eisenbahntransporte sowohl in der Personenbewegung als auch im Frachtverkehr eingetreten ist. Der Personenverkehr auf der polnischen Eisenbahn stieg im Jahre 1937 um 23,8% und der Warenverkehr um 27%. Das abgelaufene Jahr brachte eine weitere Verstärkung des Verkehrs, wenn auch das Tempo sich verlangsamte.

Im Gegensatz dazu haben die Transportmittel eine Verminderung erfahren, und die polnische Eisenbahn kann kaum den laufenden Transportbedürfnissen des Landes nachkommen. In der Urlaubszeit machte sich im letzten Jahr ein empfindlicher Mangel an Personenzugwagen bemerkbar, im Herbst zeigte sich wiederum ein Mangel an Waggons für den Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübentransport. Schon im vergangenen Jahr machte ein schlesischer Abgeordneter im Sejm darauf aufmerksam, daß es für die Zuckerrübenkampagne an Waggons fehle.

Am deutlichsten ist der Mangel an Lokomotiven zu spüren. Bereits am 21. Januar 1937 hat der Verkehrsminister Ulrych vor der Budgetkommission des Sejm die Erklärung abgegeben, daß die bedeutende Beschränkung des Ankaufs von Lokomotiven das Durchschnittsalter einer Lokomotive von 16,5 auf 21,4 Jahre gehoben habe, während z. B. in Deutschland das Durch-

schnittsalter einer Lokomotive auf 12 Jahre erniedrigt worden sei. Gleichzeitig ist der Prozentsatz der reparaturbedürftigen Lokomotiven auf 20,6% gestiegen, während nach polnischen Anschauungen der Höchstprozentsatz nur 16% betragen dürfte. Als Erfolg der Sparmaßnahmen, die seit dem Jahre 1931 zwangsweise durchgeführt werden mußten, besitzt Polen einen überalterten und stark verminderten Fahrpark. Es besitzt etwa 5200 Lokomotiven, von denen aber die überwiegende Mehrzahl überaltert und schlecht ist. Nach Angaben polnischer Fachleute verfügt die polnische Eisenbahn nur über 1700 Lokomotiven eines neueren Typs, die nicht älter als 15 Jahre sind, von eigentlich modernen D-Zug-Maschinen sind kaum 320 vorhanden. Diese nutzen sich infolge von Überlastung sehr schnell ab, so daß sie eine verkürzte Lebensdauer haben. Das gilt besonders für die 120 Ok 22 und die Pt 34iger Maschinen von denen 75 Stück vorhanden sind, und die alle dauernd überlastet sind.

Nach Meinung polnischer Fachleute müßte Polen jährlich mindestens 150 Lokomotiven bestellen, um im Laufe der nächsten Jahre eine rationelle Erneuerung des Fahrparks durchzuführen, und um den beunruhigenden Prozeß der Überalterung aufzuhalten, mindestens 100. Die tatsächlichen Investitionen in dieser Hinsicht stellten sich in den letzten 10 Jahren folgendermaßen dar: die inländischen Fabriken lieferten der polnischen Eisenbahn

1927/28	133 Lokomotiven
1928/29	146 "
1929/30	165 "
1930/31	132 "
1931/32	100 "
1932	70 "
1933	73 "
1934	35 "
1935	22 "
1936	19 "
1937	22 "

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, wie rigoros die Streichung im Budget seit dem Jahre 1932 durchgeführt wurde, und daß infolgedessen allmählich von der Substanz gezehrt wurde. Im letzten Jahr sind nur 29 Lokomotiven bestellt worden, sodaß die erwartete Verbesserung

nicht eingetreten ist, sondern daß die Überalterung im Gegenteil noch Fortschritte machte. Nach Angaben eines Sejmabgeordneten betragen die Rückstände im Kauf von Lokomotiven seit dem Jahre 1933 260 Stück im Wert von 104 Mill. zł. Im vorletzten Jahr wurde auf der Pariser Ausstellung ein ganz neuer Lokomotiventyp gezeigt, der von den begeisterten Polen den Namen „La Belle Polonaise“ erhielt. Aber sie war augenscheinlich nur ein Prunkstück, denn bis jetzt läuft noch keine derartige Maschine in Polen.

Der polnische Staatshaushaltsvoranschlag für 1939/40.

Der neue Haushaltsvoranschlag bringt keinerlei Überraschungen gegenüber dem Vorjahr. Die strenge Sparpolitik der Regierung, die die Tendenz hat, eine Erhöhung der ordentlichen Ausgaben möglichst zu vermeiden, um alle verfügbaren Mittel den Ausgaben des Investitionsprogramms zuzuwenden, wurde fortgesetzt. Trotzdem war eine Erhöhung der Gesamtausgaben, die mit rund 2523 Mill. zł. veranschlagt wurden, und somit um 48,2 Mill. zł. heraufgesetzt worden sind, unvermeidlich. Auf der Einnahmenseite ist ein minimaler Überschuß von 32 000 zł. vorgesehen, die Einnahmen der Verwaltung sind mit 1693 Mill., die Einzahlungen der Staatsunternehmungen und Betriebe mit 105 Mill. die der Monopole mit 725 Mill. veranschlagt. Außer einer kleinen Ausgabenerhöhung in verschiedenen Ressorts entfällt das Gros der vermehrten Staatsausgaben mit 23,3 Mill. auf das Unterrichtsministerium, das mit 399,4 Mill. dotiert ist. Ruhegehälter und Invalidenrenten nehmen um 14,9 Mill. mehr in Anspruch, zum großen Teil wegen der 1938 beschlossenen Erhöhung der Renten. Die Heeresausgaben bleiben mit 800 Mill. unverändert. Der Staatsschuldendienst beansprucht 225,7 Mill. zł.

Im allgemeinen wird gegen den Voranschlag nichts eingewendet, einige Presseorgane, so die „Gazeta Handlowa“, sind der Ansicht, daß die Sparmaßnahmen noch weiter zu treiben seien. Der „Czas“ trat sogar dafür ein, daß der nächste Haushaltsplan gesenkt werden müsse.

**Aus dem
ukrainischen Genossenschaftsleben.**
(Entwicklung — Organisation
Stand.)

Die Genossenschaften der Ukrainer in Polen sind heute ein wirtschaftlicher Machtfaktor im Südostraum des polnischen Staates. Darüber hinaus bilden sie den realen und soliden Unterbau für die Entwicklung des kulturellen und völkischen Lebens.

Diese Entwicklung ist nicht erfolgt dank wirtschaftlich günstiger Verhältnisse oder infolge besonders früher genossenschaftlicher Arbeit. In dem heute zu Polen gehörenden Gebiet mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung (östlich des San), sind zuerst polnische und jüdische Genossenschaften gegründet worden. So gab es im Jahre 1873 schon 58 polnische Genossenschaften, davon 51 Kreditgenossenschaften mit 17 175 Mitgliedern, während sich das Gemeinschaftsleben der Ukrainer zu dieser Zeit noch in dörflichen Lesevereinen erschöpfte. Erst innerhalb der nächsten 20 Jahre entstanden 10 ukrainische Genossenschaften. Um die Jahrhundertwende gab es 80 ukrainische Kredit- und 2 Handelsgenossenschaften. Die Kreditgenossenschaften hatten 6281 Mitglieder.

Mit Beginn dieses Jahrhunderts nahm das ukrainische Genossenschaftswesen einen außergewöhnlich schnellen Aufschwung. Zwar gab es im Jahre 1903 in Galizien mehr jüdische als ukrainische Genossenschaften. Aber diese zählten 1904 auch schon ungefähr 200 Genossenschaften mit 50 000 Mitgliedern. Im Jahre 1907 wurde eine Zentralstelle für die Molkereigenossenschaften, der Landesmolkereiverband in Stryji, geschaffen. Im gleichen Jahr erhielten die Konsumgenossenschaften in der „Narodna Torhowla“ eine Spitzenorganisation. In der Zeit von 1904—1911 stieg die Zahl der Genossenschaften aller Nationalitäten in Galizien von 1039 auf 3788, der Anteil der Ukrainer von 20% auf 29,5% aller Genossenschaften. Zu dieser Zeit spielten die Kreditgenossenschaften die erste Rolle im Genossenschaftsleben, 87% aller Genossenschaften auf dem Gebiete des heutigen Polens waren Kreditgenossenschaften mit 1 253 809 Mitglie-

dern. Die Ukrainer waren an der Mitgliederzahl mit 10% beteiligt, ihre Spareinlagen betrug jedoch nur 6,8% der gesamten genossenschaftlichen Spareinlagen. Immerhin betrug die im Jahre 1912 von ihnen gegebenen Darlehen fast 18 Millionen Kronen, ihre Spareinlagen 28 Millionen Kronen.

Der Weltkrieg bedeutete eine Katastrophe für das ukrainische Genossenschaftswesen. Denn gerade der bestorganisierte Landesteil, die heutige Wojewodschaft Stanislaw, war umkämpfter Kriegsschauplatz. Dann konnte bis zum Jahre 1920 infolge des polnisch-ukrainischen Krieges nicht mit der wirtschaftlichen Aufbauarbeit begonnen werden. Diese Ereignisse und die Entwertung der österreichischen Krone führten zur Liquidation der meisten ländlichen Genossenschaften.

Im Jahre 1921 begann man mit der Neugründung von 42 Genossenschaften, im nächsten Jahr wurden 101 Genossenschaften gegründet und so im Laufe von 5 Jahren 735 neue Genossenschaften. Zu Beginn des Jahres 1926 gab es 1029 ukrainische Genossenschaften. Die stärkste Bewegung im Genossenschaftsleben erfolgte in den nächsten Jahren.

Jahr	Stand am		Stand am	
	1. 1.	Zugang	Abgang	Jahresende
1926	1029	516	35	1510
1927	1510	505	—	2015
1928	2015	396	18	2393
1929	2393	395	3	2785
1930	2785	362	1	3146
1931	3146	202	148	3200
1932	3200	146	212	3134
1933	3134	164	100	3194
1934	3194	237	490	2941
1935	2941	86	14	3013
1936	3013	100	16	3097
1937	3097	242	9	3330

Wenn in den Jahren 1931—33 ein auffälliger Rückgang zu verzeichnen war, so lag das einmal an der Agrarkrise in Polen und zum anderen an den politischen Auseinandersetzungen innerhalb des ukrainischen Lagers.

Beim Neuaufbau hat man sich im wesentlichen an das organisatorische Gefüge der Vorkriegszeit angelehnt. Neu ist die Einrichtung von Bezirksgenossenschaften, die eine enge Verbindung mit den Zentralstellen hal-

ten und die Genossenschaften erster Ordnung laufend kontrollieren. Es gibt 4 Zentralstellen:

- für städtische Genossenschaften: Centro Sojuz
- für Ein- und Verkaufsgenossenschaften: Narodna Torhowla
- für Kreditgenossenschaften: Bank Sojuz
- für Molkereigenossenschaften: Maslo Sojuz.

Während vor dem Kriege die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig an erster Stelle standen, haben in der Nachkriegszeit die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften diesen Platz eingenommen. Ein Bild von der gegenwärtigen Struktur des Genossenschaftswesens gibt folgende Zusammenstellung:

Die Genossenschaftszweige 1937
Kreditgen. 668, Handelsgen. 2498, Molkereigen. 143, Handwerksgen. 13, Erzeugungsgen. 8.

Was die Verteilung der Genossenschaften im ukrainischen Siedlungsgebiet anlangt, so ist der nördliche Teil noch wenig erschlossen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Wojewodschaft	Lemberg	1237
"	Tarnopol	1191
"	Stanislaw	902
"	Wolhynien	296
"	Lublin	68
"	Polesien	30

Bei einer Beurteilung der genossenschaftlichen Leistung der Ukrainer ist zu berücksichtigen, daß durch den Zusammenbruch der polnischen Mark in der Nachkriegszeit und durch die Abwertung des Złoty im Jahre 1926 das Vertrauen der Spareinleger zeitweilig bedenklich untergraben war. Ferner ist in Rechnung zu stellen, daß es sich in den infragekommenden Landstrichen um eine auch für polnische Verhältnisse arme Dorfbevölkerung handelt. Innerhalb der Wojewodschaft Stanislaw leben 48% der Bevölkerung auf Wirtschaften unter 2 ha, in der Wojewodschaft Tarnopol 40%. Dennoch ist es gelungen, die Spareinlagen während der guten Konjunktur im Verlauf von 5 Jahren von rund 1 Million Złoty auf mehr als 8 Millionen Złoty zu bringen. Vor der Agrarkrise (1929) hatten die Ukrainer im galizischen und wolhynischen

Siedlungsgebiet einen erheblichen Vorsprung vor den polnischen Genossenschaften erreicht. Von den registrierten Genossenschaften waren 58% ukrainisch, 35% polnisch, der Rest jüdisch und deutsch.

Der mit dem Jahre 1930 einsetzende Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte führte zu einer wesentlichen Verminderung des Geldumsatzes innerhalb der Handelsgenossenschaften, er fiel während der nächsten 4 Jahre um 53%. Der Warenumsatz blieb fast der gleiche.

Wenn auch die Geld- und Warenumsätze der ukrainischen Genossenschaften beachtliche Werte darstellen, so kommt damit noch nicht der entscheidende Machtzuwachs der Ukrainer auf wirtschaftlichem Gebiet im Südostraum Polens zum Ausdruck. Er findet vielmehr einen sinnfälligen und bleibenden Niederschlag in dem Landzuwachs während der letzten anderthalb Jahrzehnte, der größer ist als der Flächenumfang der Wojewodschaft Schlesien. Denn stärker als alles andere sind die Bindungen der primitiven ukrainischen Bevölkerung an den heimatischen Boden. Sch.

Das polnisch-litauische Handelsabkommen.

Am 21. Januar 1939 trat das am 22. Dezember vergangenen Jahres abgeschlossene polnisch-litauische Handelsabkommen in Kraft, das die im Frühjahr angebahnte Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen nun praktisch auswerten soll. Das politische Übergewicht Polens über Litauen soll durch den Ausbau des wirtschaftlichen Verkehrs verankert werden. Für die politische Bedeutung des Vertrages spricht die Tatsache, daß Litauen und Polen wirtschaftlich in keiner Weise auf einander angewiesen sind und wenig zu tauschen haben, da sie die gleichen Waren ausführen; demzufolge konnte auch der jährliche Warenumsatz nur auf etwas über 14 Mill. Lit festgesetzt werden, während das deutsch-litauische Wirtschaftsabkommen vom 5. August 1936 den jährlichen Warenumsatz von 30 Mill. Lit festsetzte und ihn im laufenden Vertragsjahr mit Einschluß Österreichs auf 45 Mill. Lit erhöhte, nachdem schon im

vergangenen Jahre erhöhte Umsätze vereinbart worden waren. So günstige Entwicklungsmöglichkeiten hat der polnisch-litauische Handel nicht. Litauen führt in erster Linie Schweine und Butter nach England (Baconexport) und Deutschland aus, hierhin verkauft es auch seine Getreideüberschüsse.

Das neue Handelsabkommen enthält wie das deutsch-litauische die Meistbegünstigungsklausel und ist auf Gegenseitigkeit aufgebaut, dagegen führt es kein Clearing-System ein, sondern beruht auf dem System der freien Devisenzuteilung, alle Zahlungen erfolgen also nicht auf dem Verrechnungswege, sondern in bar. Die Liste der Ausfuhrwaren ist sehr vielgestaltig, in der Hauptsache wird Polen Eisen und Eisenwaren nach Litauen ausführen und damit den Absatzmarkt des Olsagebietes, wenn auch nicht erheblich, erweitern. Diese Ausfuhr, die sich auch auf landwirtschaftliche Maschinen erstreckt, wird etwa die Hälfte der polnischen Einfuhr nach Litauen darstellen. Der Rest wird vor allem auf feinere Baumwollgewebe entfallen, sowie auf Chemikalien und Explosivstoffe. Litauen soll bearbeitete und unbearbeitete Häute, Leinsamen, Zellulose für die Kunstseidenproduktion und Asphaltziegeln zum Bau von Wegen liefern. (Die Durchführung der Handelsgeschäfte will die litauische Genossenschaftszentrale „Lietukis“ und der Verband litauischer Gewerbetreibender übernehmen.) Politisch wichtig ist für Polen die freie Einfuhrmöglichkeit von Druckschriften, Filmen und Schallplatten, für die der litauische Markt bisher durch Kampfzölle abgesperrt war.

Auf Grund des neuen Vertrages hat der Warenaustausch bereits begonnen; Litauen hat eine Schiffsladung Kohle erhalten und 65 000 Festmeter Holz für die Sägewerke in Memel angekauft. Mit Holzlieferungen hofft man eine weitgehende Belebung des Hafenverkehrs in Memel zu erreichen, Memel soll der Ausfuhrhafen für die polnischen Nordostgebiete werden. Diese Umstellung wird bei der konservativen Haltung des Seehandels nur sehr langsam und nur bei einer entsprechenden Tarifpolitik von seiten der Regierungen möglich sein. Bei den

Holzlieferungen handelt es sich ausschließlich um unbearbeitetes Holz, das von den Sägemühlen in Litauen und vor allem von den Fabrikbetrieben in Memel bearbeitet werden soll. Die Holzindustrie der polnischen Nordostgebiete fühlt sich durch diese Möglichkeit schwer geschädigt, umso mehr, als damit auch die Aussichten auf eine Bearbeitung sowjet-russischen Holzes auf dem Transitwege über Polen nach Memel, auf das man angesichts der bevorstehenden Belebung der polnisch-sowjet-russischen Wirtschaftsbeziehungen große Hoffnung gesetzt hat, zer schlagen werden.

Da die Holzindustrie die Grundlage der Industrialisierung des polnischen Nordostens bildet, sind auch die übrigen Wirtschaftskreise des Wilnagebietes von dem neuen Abkommen wenig eingenommen und sehen kaum wirtschaftliche Vorteile für sich daraus erwachsen. Welche Möglichkeiten sich durch die Öffnung des Memeler Hafens für den polnischen Seeverkehr ergeben, muß erst abgewartet werden. Das ganze Abkommen wird vorläufig als ein Experiment betrachtet, wie der Direktor der polnischen Wirtschaftsdelegation in Kowno Wszelaki selbst zugab. Zweimal jährlich wird eine gemischte Kommission zusammentreten, um die Ergebnisse des Vertrages zu prüfen und auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen.

UNGARN

Der Fünfjahresplan der ungarischen Regierung.

Der wirtschaftliche Fünfjahresplan der ungarischen Regierung, der dem Parlament gleichzeitig mit dem Haushaltsvoranschlag für das Budgetjahr 1938/39 im Frühjahr 1938 vorgelegt wurde, als ein Entwurf, der „die Entwicklung der Landesverteidigung und der Wirtschaft, einzelne Volkswohlfahrtsinvestitionen und deren Finanzierung“ vorsieht, wird als „die größte Tat des ungarischen Parlaments im Verlauf des letzten Jahrzehnts“ bezeichnet, da er durch die finanzielle Sicherstellung der Ausrüstung das Trianoner Diktat außer Kraft setzt. Erst durch die im Ja-

nuar 1938 erfolgte Aufhebung der Finanzkontrolle des Völkerbundes wurde Ungarn in die Lage versetzt, eine selbständige Finanz- und Wirtschaftspolitik zu treiben, der Fünfjahresplan soll das Versäumte nachholen. Er verlangt für die kommenden 5 Jahre einen Kostenaufwand von 1 Milliarde Pengö.

Von den durchzuführenden und teilweise begonnenen Investitionen kommt jenen die größte Bedeutung zu, die bestimmt sind, die zeitgemäße Ausrüstung der Armee zu sichern. Zu diesem Zwecke werden 600 Millionen Pengö bereitgestellt werden. Insgesamt 210 Millionen Pengö sieht die Regierung zum Ausbau des Verkehrsnetzes sowie zur Verbesserung des Post-, Fernsprech- und Telegraphendienstes vor, diese Investitionen dienen indirekt gleichfalls den Zielen der Landesverteidigung.

Eine andere Gruppe der geplanten Investitionen steht im Dienste der Erhöhung der Produktion. Hierher gehört die Errichtung von Betriebsanlagen und die Durchführung von Entwässerungs- und Wasserregulierungsarbeiten mit einem Kostenaufwand von 36 Mill. Pengö. Zur Förderung der Verwertung der Agrarprodukte, zum Ausbau von Fachschulen für Landwirtschaft und Gartenbau, für Bodenmeliorationen und für die Hebung der Viehzucht sind 19 Mill. Pengö, für den Bergbau und den Abbau von Bodenschätzen 10 Mill. Pengö veranschlagt worden.

30 Millionen sind als kulturelle Investitionen für Volksbildung und Besserung der sanitären und sozialen Verhältnisse der Dörfer vorgesehen, 20 Millionen zur Beschleunigung der Siedlung, endlich 75 Millionen Pengö zur Neuorganisation des landwirtschaftlichen Kredits und im Zusammenhang damit für die mit dem progressiven Abbau des Schuldnerschutzes einhergehenden Kreditoperationen.

Von der zur Durchführung des Programms benötigten 1 Milliarde Pengö beabsichtigt die Regierung 400 Millionen Pengö aus Anleihen zu decken, deren erste Tranche im Juli aufgelegt wurde. (Je 35 Mill. Pengö zeichneten die Geldinstitute und die industriellen Unternehmungen, 20 Mill. Pengö die Postsparkasse, und den Rest die verschiedenen Versicherungsanstalten und -gesellschaften.)

Die restlichen 600 Millionen Pengö sollen in Form einer einmaligen Vermögensabgabe von dem tragfähigen Teil der Bevölkerung aufgebracht werden. Den größeren Teil dieser Abgaben, nämlich 350 Millionen Pengö, tragen die unter die Gesellschaftsteuer fallenden Unternehmungen derart, daß sie nach einer unter Zugrundelegung des ausgewiesenen Eigenkapitals und der Rentabilität ermittelten Vermögenssteuerbasis im Laufe von 5 Jahren in gleichen Raten progressive Beiträge von 10—20 Prozent leisten, die eventuell noch erhöht werden können, wenn die nach vorstehendem Schlüssel ausgeworfenen Beträge nicht 350 Millionen Pengö erreichen. Eine Quote von 250 Millionen Pengö tragen die natürlichen Personen und die nicht unter die Gesellschaftsteuer fallenden Rechtspersonen. Bei diesen variiert der Steuerschlüssel von 5 bis 14 Prozent des reinen Vermögens. Privatpersonen, deren Vermögen 50 000 Pengö nicht übersteigt, werden zur Zahlung des Investitionsbeitrags nicht herangezogen, ebenso wie — zur Vermeidung von Doppelbesteuerung — im Privatbesitz befindliche Aktien und — aus kreditpolitischen Rücksichten — Pfandbriefe und Obligationen steuerfrei bleiben.

Unter Berücksichtigung der geringeren Tragfähigkeit der Landwirtschaft werden als Steuerbasis bei der Feststellung der Beitragshöhe nur fünf Achtel des Grundbesitzwertes und des landwirtschaftlichen Betriebskapitals in Rechnung gestellt, sodaß die durchschnittliche Belastung des Grundbesitzes nur 5% betragen wird. Bei der Beitragsverteilung wurden also weitgehend soziale Gesichtspunkte berücksichtigt und die Industrie, die den größten Nutzen aus den Investitionen ziehen wird, hat auch die Hauptlasten zu tragen.

Der Plan vereinigt Forderungen, die für den militärischen, sozialen und kulturellen Fortschritt unerlässlich sind, mit der Durchführung solcher Investitionen, die geeignet sind, die Produktivität des Erzeugungsapparates zu steigern und die Konjunktur zu beleben. Dieser letzte Zweck ist bereits weitgehend erreicht worden; im Sommer 1938 wurde die praktische Verwirklichung des In-

vestitionsprogramms in Angriff genommen und Aufträge zu Investitionsarbeiten in Höhe von etwa 150 Mill. Pengő erteilt. Im Zusammenhang damit war in der zweiten Jahreshälfte auf einem ziemlich breiten Gebiet eine rasche Besserung des industriellen Beschäftigungsgrades festzustellen. Die Verschärfung der internationalen Lage im Herbst hat zu einer Verstärkung der Staatsaufträge beigetragen und so den Aufschwung der Industrieproduktion unterstützt.

Um das Problem der Finanzierung zu lösen, mußte die Regierung zunächst für die Hebung der Kreditflüssigkeit sorgen. Der erste Schritt dazu war die im Frühsommer 1938 durchgeführte Notenbankreform, die die Ungarische Nationalbank ermächtigt, eine offene Marktpolitik zu treiben.

Ferner soll im Zusammenhang mit der Emission der inneren Anleihe ein neues Kreditorgan ins Leben gerufen werden, an dessen Gründung sich die Nationalbank und die führenden Privatbanken beteiligen werden. Dieses neue Organ soll Einlagen zur Verfügung stellen und zugleich durch andere geeignete Mittel dafür sorgen, daß Kreditinstitute und andere Unternehmungen auch über den Rahmen ihrer unmittelbar liquiden Kapitalkraft hinaus zu einer Beteiligung an der inneren Anleihe befähigt werden. Zu dem Aufgabenkreis des neuen Kreditinstituts soll auch eine entsprechende Marktregulierung gehören, die eine Sicherung des stabilen Geldwertes gewährleisten soll.

Ungarns Gebietszuwachs in seiner wirtschaftlichen Bedeutung.

Von den 61 575 qkm, die Ungarn nach dem Frieden von Trianon an die Tschecho-Slowakei abtreten mußte, hat es jetzt rund 12 000 qkm mit 800 000 Ungarn und 200 000 Slowaken, Ruthenen, Deutschen und Juden zurück erhalten. Das Gebiet zerfällt in die Große Schüttinsel und die fruchtbaren Täler der Flüsse Waag, Neutra und Gran in seinem westlichen Teil, und in die nord- und ostwärts von dieser großen Donauinsel liegende Ebene um Kral, Chlumec, Ungvar, Munkatsch, Beregsas (Berechovo). Dazwischen liegt in

einem breiten Streifen das slowakische Bergland. Diese Ebenen waren die Kornkammern des Vorkriegs-Ungarn. Charakteristisch für ihre Fruchtbarkeit ist die Tatsache, daß die beste Durchschnittsernte auch in der Vorkriegszeit nicht auf der großen ungarischen Ebene, sondern hier erreicht wurde. Durch die Rückgewinnung wird sich die Getreideernte Ungarns um ca. 400 000 dz erhöhen.

Die östlichste Ebene der Slowakei, die zu Ungarn gekommen ist, ist nicht nur Weizen-, sondern auch Wein- (Tokaier, Stierblut) und Tabakland. Von den 9500 ha Tabakanbaufläche der früheren Tschecho-Slowakei entfiel der größte Teil auf diese Gebiete. Die großen Wälder im Tale des Eipel-Flusses und in den niedrigen Gebirgen im Komitat Gömör werden den Holzmangel Ungarns mildern.

Der Bergbau ist nicht unbedeutend. Der Eisenerzabbau bei Rosenaus liefert jährlich etwa 200 000 t Erz, unweit davon wird Antimon gewonnen (jährl. ca. 2400 Waggons). Bei Jolsva besteht ein Magnesitbergwerk mit 1000 Arbeitern. Im rückgegliederten Teile des Komitats Neutra liegt ein Braunkohlenlager mit einer Kapazität von rund 240 000 t.

In Ragyzolc (Radóvce) bei Losonc (Lučenec) wurde 1928 ein Steinkohlenbergbau eröffnet. Im Gebiet von Losonc liegen auch große Basaltbrüche, der Name des Städtchens Modry Kamén (Blauer Stein) erinnert an den blaßblauen Farbton dieses Gesteins. Die Ausbeutung hat u. a. die Korlater Steinbrüche A.-G. in der Hand. Die vielen Steinbrüche, die sich an den Karpathenausläufern hinziehen, führten ihr Produkt nach Jugoslawien und Polen aus, waren aber durch die hohen Zollsätze sehr behindert.

Losonc ist ein wichtiger industrieller Mittelpunkt. Die landwirtschaftliche Maschinenindustrie ist durch die große, stark auf Export eingestellte Maschinenfabrik A.-G. vertreten. In den Bereich der Losonzer Hohlglasindustrie gehören die Fabriken in Malinec (auf slowakischem Gebiet verblieben), in Katharinenhütte, Ujantálvölgy (Utehač) und Goldbach (Zlato). Diese Industrie beschäftigt bei einer Kapazitätsausnutzung von nur 50—60% 1150 Facharbeiter, die jährlich etwa 2000

t Ware erzeugen. Die Industrie ist vorwiegend auf Ausfuhr eingestellt, die früher hauptsächlich nach Deutschland gegangen ist.

In Zseliz (Želiezovce) im Grantal liegt das Hauptunternehmen der Ziegelindustrie, das schon deshalb bekannt war, weil es die einzige Ziegelei in der Tschecho-Slowakei war, die einen Tunnelofen besitzt. Im übrigen verfügt die Ziegelindustrie nur über Kleinbetriebe, die den vorhandenen Bedarf an gewöhnlichen Ziegeln und Drainageröhren nicht decken können.

Die Lederindustrie, die hier eigentlich nie aus der Krise herausgekommen ist, wird hauptsächlich durch eine große Fabrik in Neuhausel (Nové Zámky) repräsentiert.

In Parkan an der Donau befindet sich die einzige große Weizenstärkefabrik der bisherigen Slowakei. In den waldreichen Teilen des mittleren abgetretenen Gebiets konzentriert sich die Papierindustrie.

Schließlich sei noch die Berufsschichtung der Bevölkerung in dem abgetretenen Gesamtgebiet nach der Volkszählung von 1930 kurz angegeben. Es waren beschäftigt 133 130 Personen in der Land- und Forstwirtschaft (441 262 Berufszugehörige), 46 439 in der Industrie (117 094 Berufszugeh.), 14 877 im Handel und Verkehr (44 508 Berufszugeh.) und 18 242 in öffentlichen Diensten und freien Berufen (89 059 Berufszugeh.).

Die maschinelle Ausrüstung der ungarischen Schwerindustrie.

Die Ungarische Statistische Rundschau veröffentlichte im Heft I, 1938, die genauen Ergebnisse der im Jahre 1932 zum ersten Mal durchgeführten statistischen Erhebung über die Kraft- und Arbeitsmaschinen der ungarischen Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie sowie die elektrische Artikel, Musik- und sonstige Instrumente herstellenden Betriebe. Insgesamt wurden 473 Betriebe mit 38 319 Arbeitsmaschinen (davon 21 961 d. h. 57,3% in Budapest) mit einer Gesamtkapazität der Kraftmaschinen von 252 281,8 PS erfaßt. Demnach entfielen auf einen Betrieb der ungarischen Schwerindustrie 81 Arbeitsmaschinen; die durchschnittliche Kapazität der Arbeitsmaschinen

beträgt auf Grund der Erhebung 6,6 PS. Von den Einzelangaben seien folgende hervorgehoben. Die ungarische Schwerindustrie verfügt nach den Ergebnissen der Erhebung über 3511 Pressen, 1193 Öfen, 958 Blechbearbeitungsmaschinen und 806 Hämmer u. a. m. Unter den Pressen überwogen die Exzenterpressen (1 051 St.) und Handpressen (1090) mit insgesamt 2141 St.; von den Pressen waren 1780 inländischen, 1603 ausländischen Ursprungs. Die Zahl der Drehbänke betrug 6269 (davon ausländisches Fabrikat 3608), die der Bohrmaschinen 4229 (1741) und die der Kreissägen verschiedener Art 1250. Von den Automaten (1920 St.) entfielen 41% auf die Schraubenfabrikation, 1108 waren ausländischen Ursprungs. Bei den Hebevorrichtungen (1744 St.), den Exhaustoren und Kompressoren (insgesamt 355 St.) und den Metallschmelzöfen (169) überwogen hingegen die im Inland hergestellten (1445; 188; 134). Von den übrigen Hilfsmaschinen und Vorrichtungen sei schließlich die Anzahl der erfaßten Pumpen: 1091 und Formmaschinen: 1082 erwähnt. Im Artikel wird darauf hingewiesen, daß wesentliche Änderungen im ausgewiesenen Maschinenbestand der ungarischen Schwerindustrie seit der im Jahre 1932 durchgeführten Erhebung nicht eingetreten sein dürfen.

—m.

RUMÄNIEN

Die staatliche Neuordnung des Genossenschaftswesens in Rumänien.

Die Wirtschaftspolitik des rumänischen Wirtschaftsministers Constantinescu, die die rumänische Wirtschaft der autoritären Staatslenkung unterwerfen will, um den Aufbau einer modernen Volkswirtschaft zu ermöglichen, hat im Laufe des vergangenen Jahres auch das Genossenschaftswesen erfaßt. Am 23. Juni 1938 erschien ein Gesetz, das formal ein Abänderungsgesetz zu dem Genossenschaftsgesetz vom 6. April 1935 ist, tatsächlich aber eine vollständige Umorganisation im Aufbau und der Führung des Genossenschaftswesens darstellt. Äußerlich handelt es sich zunächst um eine bedeutende organisatorische Vereinfachung. Es gab

bisher 5 Genossenschaftszentralen, und zwar: die genossenschaftliche Zentralbank, eine Revisionszentrale, eine Genossenschaftszentrale für Produktion und Verwertung, die Genossenschaftszentrale der Konsumvereine und schließlich eine zusammenfassende Zentralkasse. Der Staat war in jeder dieser Einrichtungen mit einem Regierungskommissar vertreten. Diese 5 Zentralen sind nun aufgelöst worden und in dem „Nationalen Genossenschaftsinstitut“ als einziger übergeordneter Spitzenorganisation aufgegangen. Das „Nationale Genossenschaftsinstitut“ richtet drei Abteilungen ein, eine Bankabteilung, eine Wirtschaftsabteilung und eine Revisions- und Propagandaabteilung. Diese Abteilungen erledigen nun die Aufgaben der aufgelösten Zentralen. Das Nationale Genossenschaftsinstitut wurde vom Staate mit unbeschränkten Vollmachten in der Leitung und Überwachung des Genossenschaftswesens ausgestattet. An dem Kapital des Instituts in Höhe von einer Milliarde Lei ist der Staat mit 565 Millionen beteiligt. Die enge Verflechtung des Genossenschaftsinstituts mit den höchsten Stellen geht auch aus der Personalbesetzung im Verwaltungsrat des Instituts hervor. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde der Vizepräsident der Nationalbank Constantin Teodorescu ernannt, Vizepräsident und Vertreter des Landwirtschaftsministeriums ist der Vorsitzende des Verbandes der Landwirtschaftskammern, C. Sescioreanu. Im Verwaltungsrat und Direktionsrat sind das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium vertreten. Zum Generaldirektor des Nationalen Genossenschaftsinstituts wurde der ehemalige Generalsekretär im Finanzministerium René Râmniceanu ernannt, einem Ausschuß für die praktische Durchführung gehört der bekannte Deutsche Fritz Connert aus Hermannstadt an.

Nach dem Motivenbericht zu dem neuen Genossenschaftsgesetz scheint es, als ob das Gesetz von 1935, das dem Genossenschaftswesen eine gewisse Selbständigkeit verlieh, zu allerlei Mißbräuchen und Mißständen geführt hat, die nun abgestellt werden sollen. Der Staat hat jedenfalls in den letzten Jahren Milliardensummen an das Genossenschafts-

wesen vergeben und verschafft sich nun die Möglichkeit, die Verwendung der hineingesteckten Summen und ihre Zurückzahlung zu kontrollieren.

Die Reorganisation wird besonders für das deutsche Genossenschaftswesen in Siebenbürgen die weitgehendsten Folgen haben, die sich praktisch indessen noch nicht in allen Teilen übersehen lassen. Es ist die Frage, ob es möglich sein wird, dem seit 53 Jahren bestehenden Verband der Raiffeisen-Genossenschaften für Siebenbürgen und den Genossenschaftsverbänden in den übrigen Siedlungsgebieten ihren heutigen Aufgabenkreis zu erhalten.

Sie werden besonders durch die Bestimmung, daß die Hälfte der Mitglieder in den Verwaltungsräten der Genossenschaftsverbände vom Staate ernannt werden sollen, dem Einfluß des Staates unterworfen. Das Deutschtum hat gegen diese Bedrohung der völkischen Selbständigkeit Einspruch erhoben und der Verband stellte in seiner letzten Sitzung im Dezember fest, daß diese Bestimmung eine weitgehende Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der deutschen Volksgruppe bedeute und möglicherweise eine vollständige Umgestaltung der Verbandsorganisation notwendig mache.

Rumänien schafft sich Getreidevorräte.

Ende August 1939 erließ die rumänische Regierung ein Gesetz über den Bau von Getreidesilos, die auf Veranlassung des Luftfahrt- und Marineministeriums durch die Verwaltung der Häfen und Wasserwege (P.C.A.) gebaut werden sollen. Diese Silos sollen ein Fassungsvermögen von 500 000 t besitzen und im Verlaufe mehrerer Jahre gebaut werden. Die Finanzierung soll durch die Ausgabe von Staatsrenten erfolgen. Mit Einrechnung der schon bestehenden Silos in Constanza, Galatz und Braila, die ein Fassungsvermögen von 140 000 t besitzen, würde damit der notwendige Lagerungsraum für die Reserven aus der rumänischen Weizen-ernte vorhanden sein. Die einzelnen Silos sollen nach einem vorläufigen Programm in einer Größe von 4000 t bis 10 000 t Fassungsvermögen ge-

baut werden. Speicher von 10 000 t Fassungsvermögen sollen in Roşiori, Giurgiu und Temesburg errichtet werden, etwas kleinere in Lehlin und Calafat.

Das neue rumänische Handelsgesetzbuch.

Am 10. November 1938 wurde in Form eines königlichen Dekrets das neue rumänische Handelsgesetzbuch veröffentlicht. Es ist nach dem Vorbild des deutschen und italienischen Rechts entstanden und daher mehr als eine bloße Vereinheitlichung der bisher geltenden vier Rechtssysteme. Nachdem im Jahre 1923 die Vereinheitlichung einer Reihe von Gesetzen staatsrechtlichen Charakters vorgenommen worden war, ging dieser Prozeß kaum weiter. 1928 wurde der Geltungsbereich des altrumänischen Zivil- und Handelsrechts auf die Provinz Bessarabien, in der bis dahin russisches Recht galt, ausgedehnt und am 15. Oktober 1938 im Zuge der neuen Verwaltungsreform auch auf die Bukowina, in der bisher österreichisches Recht in Kraft war. Die folgende Darstellung der Bestimmungen des neuen Gesetzbuches ist der „Wiener Freien Presse“ v. 7. 12. 1938 entnommen:

Das neue rumänische Handelsgesetzbuch löst das auf italienischem Vorbilde fußende, aus dem Jahre 1887 stammende Handelsgesetz Altrumäniens und das heute noch in den ehemals ungarischen Landteilen gültige ungarische Handelsrecht ab. Das Wechselrecht, Scheckrecht, See- und Seeschiffsfahrtsrecht, Börsenrecht, Markenschutzrecht, Genossenschaftsrecht, Konsignationsvertrag und Teile des Banken- und Versicherungsrechtes sind — da zum Großteil durch Spezialgesetze geregelt — im neuen Handelsrecht noch nicht enthalten. Dafür aber enthält es in vier Büchern mit 919 Artikeln zusammengefaßt die Bestimmungen über das Handelsregister, Handelsfirmen und Embleme, unlauteren Wettbewerb, Handlungsvollmacht, das gesamte Gesellschaftsrecht, die Handelsgeschäfte, Handelsbücher, den Kommissionsvertrag, Transport- und Versicherungsvertrag, das gerichtliche Ausgleichsverfahren sowie abschließend die Strafbestimmungen.

Eine wichtige Neuerung ist dadurch gegeben, daß die G.m.b.H., die bisher nur in der Bukowina als Bestandteil des österreichischen Rechtes bestanden hat, auf das Gebiet des ganzen Staates ausgedehnt wurde, wobei das Stammkapital dieser Gesellschaftsform nicht kleiner als 500 000 Lei sein darf, der Anteil jedes einzelnen Gesellschafters aber mindestens 10 000 Lei betragen muß. Die Anzahl der Gesellschafter darf 20 Personen nicht übersteigen. Bei Gründung einer Aktiengesellschaft sieht das Gesetz ein Mindestkapital von 2 Millionen Lei vor. Die Gesellschaft muß aus mindestens sieben Personen bestehen, wobei der Nennwert der einzelnen Aktie nicht kleiner sein darf als 1000 Lei. Bei Vorhandensein mehrerer Verwaltungsräte müssen der Präsident und zumindest die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder ebenso wie die Mehrheit der Vorstandsmitglieder Rumänen sein. Ausländische Gesellschaften müssen in dem Gebiet, in welchem sie ihre Niederlassung haben, handelsgerichtlich eingetragen sein und im rumänischen Amtsblatt den Gründungsakt, die Statuten und ihre Bilanz veröffentlichen. Für die ausländischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie für die Aktiengesellschaften gelten außerdem hinsichtlich der Errichtung von Filialbetrieben und Vertretungen in Rumänien besondere Vorschriften.

JUGOSLAWIEN

Türkische Auswanderung aus Jugoslawien.

Zwischen Jugoslawien und der Türkei wurde am 12. Juli 1938 in Istanbul ein gegenseitiges Abkommen abgeschlossen, das die Auswanderung von 150 000 mohammedanischen Türken aus Südserbien nach der Türkei in einem Zeitraum von sechs Jahren vorsieht.

BULGARIEN

Bulgariens unerschlossene Bodenschätze.

In einer Sobranje-Sitzung des abgeschlossenen Jahres erklärte der bulgarische Handelsminister: „Wir

besitzen Produkte, die im Innern der Erde verborgen sind, Erze, Kohle, Petroleum und Gold. Aber selbst, wenn wir wissen, daß sie da sind, und selbst wenn wir sie mit Ausnahme des Petroleums, das sehr tief liegt, sehen können, sind wir nicht imstande, sie herauszuholen, denn der Staat ist arm.“ Diese Worte kennzeichnen die gegenwärtige Lage Bulgariens treffend, eine aufstrebende Landwirtschaft, aber noch ungenützte Bodenschätze. Eine Frage, die noch lange nicht genügend geklärt ist, ist die, wie weit die Vorkommen einen Abbau wirklich lohnen. Es ist bekannt, daß Bulgarien von allen südosteuropäischen Ländern am ärmsten an industriellen Rohstoffen ist. Zwar werden von der Minenabteilung oder vom Bunde der Minenbesitzer immer wieder Mitteilungen über Ergebnisse amtlicher Prüfungsarbeiten ausgegeben, die größere Lager von Eisen-, Kupfer-, Mangan-, Blei-, Zink- und Chromerzen festgestellt haben. Doch liegen noch keine abschließenden Ergebnisse einer gründlichen Erforschung des wirklichen Umfangs und der Abbaumöglichkeiten vor. Der Grund dafür liegt in dem Mangel an Kapital für diese Zwecke. Die inländischen Besitzer von Konzessionen und Perimetern sind finanziell nicht in der Lage, andere Arbeiten als die einer raschen gewinnbringenden Verwertung der abgebauten Erze vorzunehmen. Nur einzelne ausländische Firmen haben bereits des öfteren Untersuchungsarbeiten vorgenommen, meist mit negativem Erfolg, da die Mächtigkeit der Lager häufig den Anforderungen, die die Firmen aus Rentabilitätsrücksichten stellen zu müssen glauben, nicht entsprachen. Die meisten Untersuchungen der letzten Zeit wurden in den Gebieten um Ton und Berkovitza, Jambol und Nevrokop, also vor allem im Westbalkan und in den Südrhodopen vorgenommen. In den letzten Jahren wurden verschiedene ausländische Aktiengesellschaften zum Abbau von bulgarischen Metallerzen gegründet. Nun trifft aber die Ausfuhr von Erzen auf große Schwierigkeiten, da die hohen Transportspesen die Ausfuhr ungünstig beeinflussen. Gerade das Rila- und Rhodopengebirge, das nach den bisherigen Feststellungen die größten Erzreichtümer aufweist,

ist bis heute so gut wie unzugänglich und die Schienenwege führen nur an zwei Stellen (von Philippopol und Belovo aus) in das Gebirge hinein (bisher bis Stanimaka und Ladjene, neuerdings bis Pastera und Jundula). Ehe die begonnenen Linien nicht, wie es im Bauplan vorgeschrieben ist, bis an die Südgrenze des Staates, bis Nevrokop, fortgeführt sein werden, ist mit ihrer Bedeutung für den Export noch nicht zu rechnen. Die Ausfuhr an Erzen hat bisher im bulgarischen Außenhandel nie eine Rolle gespielt, höchstens die von Kupfer, aber die Kupferproduktion wurde 1931 eingestellt, da der Abbau infolge der gesunkenen Weltmarktpreise nicht mehr lohnte.

Was in der Erschließung der bulgarischen Bodenschätze bisher geschehen ist, muß mit dem Namen „Mine Pernik“ in Verbindung gebracht werden. In diesem Staatsbergwerk sind nicht nur die Bemühungen zur Erschließung der bulgarischen Kohlenvorkommen konzentriert, sondern auch die Salzlager bei Prowadia, die Erzstätten im Rhodope-Gebirge und bei Porscharewo und die Ölsuche in der Gegend von Warna. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen im Laner Bassin begegnet großen Schwierigkeiten. In 80 Meter Tiefe ist man auf Wasser gestoßen, wovon jede Minute 45 Kubikmeter ausgepumpt werden müssen, wodurch der Beginn einer regelmäßigen Ausbeutung weit hinausgeschoben werden dürfte. Über die Produktion und Arbeitsweise der Mine Pernik unterrichten folgende Angaben:

	1933	1937
Kohlenproduktion (Mill. t)	1230	1390
Arbeitsleistung in 8 Std.	753	967
Verkaufswert der Produktion in Mill. Lewa	74	77

Das Kohlenbergwerk exportiert Briketts und Kohle nach Griechenland und nach Jugoslawien. Die Arbeitslöhne sind in der Zeit von 1933 bis 1937 durchschnittlich von 89 auf 125 Lewa gestiegen, weil die Arbeiter einen Teil der Tantieme erhalten, die rund einen Monatsverdienst ausmacht. Die Bedeutung der Mine Pernik ist noch gestiegen, seit sie vom Staate die Aufgabe erhalten hat, einen großen Teil Bulgariens zu elektrifizieren.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

POLEN

Targi i wystawy przed zmianą swej polityki. (Messen und Ausstellungen vor einer Änderung ihrer Politik) von K. Sakołowski. Polska Gospodarcza (Das wirtschaftliche Polen), Jg. 19, Nr. 42, v. 15. 10. 1938.

Der Aufsatz zeigt die Mängel der polnischen Messen und Ausstellungen sehr deutlich auf. Er stellt fest, daß die Unterschiede zwischen einer Messe und einer Ausstellung sich fast völlig verwischt hätten, wodurch beide Einrichtungen ihren Zweck verfehlen müßten. Das allgemeine wachsende Interesse der polnischen Öffentlichkeit an solchen Veranstaltungen macht sich in der stets wachsenden Besucherzahl bemerkbar, die 1937 für 32 Messen und Ausstellungen eine Million überschritt und in diesem Jahr noch erheblich gestiegen ist. Aus diesem Umstand dürfe man indessen nicht auf die Güte der Veranstaltungen schließen, die fast alle in Hinsicht auf die Qualität, Menge und allgemeine Richtung sehr schwanken. Im ganzen sei das Niveau niedrig, sowohl in bezug auf die Art der Ausstellung, als auch auf die Qualität der Waren, außerdem sei die Wahl der Termine oft schlecht. Der leitende Gedanke sei verloren gegangen, statt einer vertieften Spezialisierung mache sich eine flache Universalität bemerkbar.

Die gestiegene Besucherzahl dieses Jahres war kein Zeichen für einen günstigen Eindruck, im Gegenteil herrscht in Besucherkreisen die Ansicht, die auch in der polnischen Presse lebhaftes Echo findet, daß die diesjährigen Messen und Ausstellungen in ihrem Niveau abgesunken seien. Die Planlosigkeit, Unübersichtlichkeit und der Charakter eines Kramhandels fiel auf.

So gab z. B. die diesjährige Radioausstellung in Warschau zu solcher Kritik Anlaß, die vor allem auch durch die Enge und die ungeeigneten Ausstellungsräume, aber auch durch die nicht richtig aufgezugene Reklame einzelner Firmen, die sich gegenseitig schaden, veranlaßt war. Diese Ausstellung stand weit hinter der mustergültig und zweckmäßig aufgezogenen Elektrotechnischen und Metallausstellung zurück, die im Jahre 1936 in Warschau einen allgemeinen Erfolg hatte. Als vorbildlich werden u. a. die Wege-, die Wohnungs- und Bauausstellung und die Möbelausstellung genannt, die in den Jahren 1935—1938 stattgefunden haben. Dagegen hatte die vorjährige Parfümerieausstellung einen zu marktmäßigen Anstrich.

Diesen Eindruck rufen die meisten polnischen Ausstellungen und Messen in gewissem Grade hervor, da die Teilnahme von kleinen Unternehmungen des Kramhandels recht groß ist. So stellt Verfasser fest, daß in diesem Jahre (1938) die Beteiligung von Ausstellern des Handwerks, der Kleinindustrie und des Kleinhandels auf der Messe in Posen 58%, in Lemberg 39%, in Wilna 67%, in Równo 60%, in Kattowitz 54%, in Żnin 82% betragen habe. Etwa 40% aller Aussteller sind lokale Unternehmer, von denen wiederum 60% dem Kleinhandel und Kleingewerbe entstammen. Auch die großen internationalen Messen in Polen werden also zum großen Teil von kleinen, lokalen Unternehmen in ihrem Charakter bestimmt. Auf Umfrage haben sich die größeren Firmen über den starken Besuch von Schuljugend und Zuschauern beklagt, die den eigentlichen Kaufhandel beeinträchtigen, während die kleinen Aussteller gerade diesen Besuch fordern und sich

beklagen, daß ihnen der Detailverkauf untersagt ist. Der Verfasser tritt angesichts der notwendigen Änderung dieser Zustände dafür ein, daß die kleinen Aussteller gesondert ausstellen, und daß größerer Wert auf die Qualität der ausgestellten Ware gelegt werde. Wenn einige Wirtschaftszweige, so vor allem die Lodzer Textilindustrie, sich von den Messen zurückhielten, so dürfe das nicht dazu führen, daß jeder beliebige Zutritt erhielte, damit die Räume sich füllten.

Als Ursache der „Messemüdigkeit“ wird die zu große Zahl dieser Veranstaltungen angesehen. 5 Messen, die von Mai (Posen) bis September (Wilna) jährlich stattfinden, seien für die unentwickelten Verhältnisse Polens zu viel, gar nicht zu reden von den regionalen Messen in Plock und Polesien oder von der jährlichen Radioausstellung. Selbst Deutschland halte nur Messen in 4 Städten ab und dabei in größeren Zeitabständen. Die Begrenzung der Zahl der Messen und die stärkere Ausprägung eines bestimmten Branchecharakters sind die Hauptforderungen für die zukünftige Messe- und Ausstellungspolitik. S.

O niepodzielności gospodarstw włościańskich (Um die Unteilbarkeit der bäuerlichen Betriebe). Prof. Dr. Tadeusz Brzeski (Warschau). Przegląd Ekonomiczny (Ökonomische Rundschau, Vierteljahresschrift der polnischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Lemberg), Bd. XXII, 1938.

Das Interesse an der Frage der Unteilbarkeit der bäuerlichen Betriebe regt sich in Polen schon seit längerer Zeit und hat seinen Niederschlag in den Sejmberatungen zu Anfang des Jahres gefunden, in denen der Antrag des Abgeordneten Bartczak über die Unteilbarkeit der bäuerlichen Betriebe Gegenstand der Erörterungen war; im vergangenen Jahre erschien ein wichtiges Gesetz über die Beschränkung des Verkaufs von Grundstücken, die aus der Parzellierung hervorgegangen sind (14. 4. 1937). Ein aus dem Jahre 1930 stammendes, nicht realisiertes Gesetzesprojekt befaßt sich ebenfalls mit diesen Fragen, und im Jahre 1928/29 hat bereits das Wissenschaftliche In-

stitut für die Kleinlandwirtschaft in Puławy mit der Veröffentlichung von Forschungen über die Erbgewohnheiten der Kleinbauernwirtschaften einem allgemeinen Interesse Rechnung getragen.

Leider steht aber noch immer die Parzellierungsaktion „die nach Ansicht vieler in den letzten Jahren in einer allzu übereilten und nicht unbedingt rationellen Weise“ betrieben worden ist, an der Spitze der Agrarreformziele und in den erwähnten Ansätzen zu einer Erweiterung des Gesichtskreises kommt mehr eine „Nachahmung gewisser ausländischer (sprich „deutscher“ D. R.) Muster, als eigenes und gründliches Nachdenken“ zum Ausdruck, wie aus dem schwachen Echo zu schließen ist, das diese Veröffentlichungen in der öffentlichen Meinung finden.

Die Reformen des bäuerlichen Erbrechts im Vorkriegsdeutschland wie auch die Agrarreformgesetzgebungen in den mitteleuropäischen Ländern nach dem Kriege und auch in Polen, waren nicht der Ausfluß einer besonderen Ideologie wie das deutsche nationalsozialistische Erbhofgesetz. Da „nicht jede Staatsform sich die Einführung von Normen leisten kann, die den Interessen und dem Rechtsgefühl eines großen Teils der Bevölkerung entgegengesetzt sind, und da auch nicht jeder Staatsapparat die Beobachtung der formal verpflichtenden Vorschriften zu überwachen vermag“, besteht überall, mit Ausnahme der neuen deutschen Gesetzgebung, das Bestreben, in den Veräußerungsbeschränkungen schrittweise vorzugehen, in der Hoffnung, allmählich eine Übereinstimmung des Allgemeininteresses mit den Einzelinteressen herbeizuführen.

Eine Abstufung in den Reformen ist auf zweierlei Weise möglich. Entweder, indem man von der Reform der Vererbungen ab intestato, durch die die Realteilung aufgehoben wird, ausgehend, zur Aufhebung der Testierfreiheit kommt und dann zur Beschränkung der Übertragbarkeit unter Lebenden übergeht. Dabei wäre die erste Etappe die Beschränkung der Freiheit der hypothekarischen Belastung, die letzte die Beschränkung der ganz- oder teilweisen Veräußerung des Betriebes, erst auf Zeit, dann definitiv. Die zweite Art der Abstufung kann auf einer Unter-

scheidung von gewissen Betriebskategorien bei der Einführung der Beschränkung beruhen, indem Betriebe sich ihnen unterwerfen, die aus anderen Agrarreformen oder aus der Kredithilfe des Staates Nutzen gezogen haben oder die dafür Erleichterungen und Vorrechte erhalten.

Alle diese Abstufungsmöglichkeiten sind auch in den polnischen Plänen zu finden, die jedoch keinen Unterschied zwischen den Übertragungsbeschränkungen im Erbgang und unter Lebenden machen. Das Projekt des Ministers Staniewicz wollte diese Beschränkungen auf die Betriebe, die aus dem Umbau der Agrarverfassung entstanden waren (er zählt dazu Parzellierung, Kommassation, Militärsiedlungen, galizischen Rentengüter und Betriebe, die durch die Hilfe der russischen Agrarbank (Bank Włościański) ins Leben gerufen wurden) und auf andere Betriebe mit Einwilligung des Besitzers anwenden.

Das Gesetz vom 14. 4. 1937 unterwirft die im Wege der Parzellierung entstandenen Betriebe den Beschränkungen, die sich sogar auf Verpachtung und Belastung beziehen, und sieht sogar ihre Ausdehnung auf Betriebe vor, die nach 1919 parzelliert wurden.

„Diese Vorschrift eröffnet also die Aussicht auf den Ausschluß aller durch Parzellierung entstandenen Betriebe vom Grundstücksverkehr“.

In dem Antrag des Abg. Bartczak tritt ebenfalls diese Verbindung von freiwillig angenommenen und erzwungenen Beschränkungen auf. „Alles das scheint dafür zu sprechen, daß der Initiative dieser Vorschrift im Grunde genommen der Gedanke einer völligen Aufhebung der Übertragungsfreiheit der landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer zahlreichsten Kategorie, den Bauernbetrieben“ vorschwebt. Diese Betriebe würden also durch Vorschriften entweder ganz beschränkt sein, oder in besonderen Fällen die Übertragbarkeit vom Ermessen der Behörden abhängen. „Es lohnt sich, bei dieser Gelegenheit zu unterstreichen, daß nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. 4. 1937 der Starost diese Behörde ist (!)“ Mit der Durchführung dieser Pläne „beginnt in unse-

ren Augen ein Prozeß der Umbildung des modernen und neuzeitlichen Bauern in einen anderen und zweifellos ärmeren wirtschaftlichen Typus“.

Da die Hauptursache für die Bodenenteilung in der Erbteilungssitte liegt, tritt der Verfasser für eine Reform des Erbrechtes ein, die eine vollständige Aufhebung der Testierfreiheit, jedoch keinerlei Beschränkung der Übertragbarkeit unter Lebenden bringen soll. Weiter schlägt er eine evolutionäre Abstufung der Reformen vor, da sonst der Zustrom der landlosen Bevölkerung in die Städte nicht zu einer Beschleunigung der Industrialisierung, sondern zur Verschlimmerung der allgemeinen wirtschaftlichen Zustände führen würde. S.

Poczta, Telegraf i Telefon w ostatnim Pięcioleciu (Post, Telegraph und Telefon im letzten Jahrfünft) und **Inwestycje Pocztowe i telekomunikacyjne w ostatnim Pięcioleciu** (Die Post- und Telegrapheninvestitionen im letzten Jahrfünft). Polska Gospodarcza (Das wirtschaftliche Polen), Jg. 19, Heft 20 u. 21, v. 14. 5. u. 21. 5. 38.

Zu dem Ressort Post und Telegraph gehören außer dem staatlichen Unternehmen „Polnische Post, Telegraph und Telefon“ (P.P.T.T) die Polnische Telefon A.-G. (Polska Akcyjna Spółka Telefoniczna) und das Polnische Radio, ferner solche Industrieunternehmungen, die zur elektrotechnischen Industrie gehören und sich mit der Produktion des tele- und radiotechnischen Zubehörs befassen. Einen zweitrangigen Charakter besitzt die „Reklama Poczтова“ (Postreklame) G. m. b. H., die nach ausländischem Muster ins Leben gerufen wurde. Das Unternehmen „Polnische Post, Telegraph und Telefon“ wurde im Jahre 1928 als staatliches Unternehmen, das nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden sollte, ins Leben gerufen, von allen öffentlichen Lasten befreit und mit weitgehenden Monopolrechten bedacht. Es ist nach der polnischen Staatsbahn und den staatlichen Forsten — das drittgrößte staatliche Unternehmen. Das Äqui-

valent für die Vorrechte bilden die unbezahlten Dienste, die es leisten muß und die in den letzten 5 Jahren zwischen 18 und 25 Mill. zł. ausmachten.

Die augenblicklichen Bestrebungen des Unternehmens richten sich auf eine tatsächliche und formale Kommerzialisierung, die bisher nicht erreicht wurde. Durch die Verordnungen des Postministers v. 31. 8. 35 fand eine Umorganisation statt, die eine Dezentralisation der Verwaltungsfunktionen besonders in bezug auf die lokale Ausnutzung der Einrichtungen brachte, indem die Dispositionsbefugnisse von den früheren Bezirksämtern auf Kreisämter übergingen; übergeordnete regionale Telefon- und Telegraphenämter befassen sich mit dem Bau und der Aufsicht der teletechnischen Einrichtungen. Die Zahl der Poststationen wuchs in den letzten 5 Jahren um 465 Einheiten. Die veränderte Organisationsstruktur, die eine Kostenreduktion herbeiführen soll, wird daraus ersichtlich, daß die Zahl der Ämter in dieser Zeit um 166 fiel, während die der Agenturen um 499, die der Vermittlungen um 39, und die der Stationen (placówki) um 93 gestiegen ist. Eine Kostenverbilligung wurde dadurch erreicht, daß die Agenturen verkleinert und die neuen Poststationen in Handelshäusern, Banken, Kiosken, Hotels, und als Bahn-, Bahnsteig- und Autobusposten oder auf Märkten als bewegliche Punkte errichtet werden. Die Landbriefträger erfüllen durch eine Erweiterung ihres Dienstbereiches auch fast die Rolle einer beweglichen Poststation. Der Dienst des Landbriefträgers wurde in den zentralen- und südlichen Wojewodschaften eingeführt, in den östlichen gibt es ihn noch nicht. Seit 1933 konnten 4048 Landbriefträger mehr beschäftigt werden. Die Zahl der Angestellten wurde in der Krise nicht allzu sehr beschränkt, da die Stationen zum größten Teil nur 1–2 Menschen beschäftigen und eine Personalverminderung oft zugleich die Liquidierung der Station bedeutet hätte.

Das Vermögen der P.P.T.T. betrug nach der Eröffnungsbilanz vom 1. 4. 1937 379,4 Mill. zł. Auf das investierte Vermögen entfällt $\frac{1}{3}$ dieser Summe. Von 1932/33 bis 1937/38 sind

die Schulden von 102,5 Mill. zł. auf 16,9 Mill. zł. reduziert worden, zum Teil auf Grund einer besonderen staatl. Entschuldungsaktion, durch die 28,2 Mill. zł. gestrichen wurden. Die Einkünfte der P.P.T.T. haben sich 1935/36 zum erstenmal seit der Krise etwas erhöht, sodaß sie 1937/38 24,7 Mill. an den Fiskus einzahlen konnte, während sie 1933/34 nur 11,5 Mill. zł. abgeführt hatte. Der Post- und Überweisungsverkehr hat in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen. Die Verbreitung des Telefons ist gestiegen, von 1933 bis Ende 1937 hat die Zahl der Abonnenten um 46% und die der Gespräche um 37% zugenommen. Ebenso hat sich das Radio in dieser Zeit stark verbreitet, indem sich die Zahl der Apparate um das 3fache vermehrt hat und auf 858 000 gestiegen ist. Die allgemeine Besserung der Lage des Unternehmens hat sich erst seit den letzten zwei Jahren bemerkbar gemacht.

Die Investitionen der P.P.T.T. waren in den letzten Jahren vielseitig und richteten sich besonders auf eine Unterstützung der inländischen Industrie, die das notwendige Material für die Investitionen herstellt; gab es doch in Polen bis 1924 keinen Betrieb, der die grundlegenden tele- und radiotechnischen Geräte selbst herstellte. Die P.P.T.T. kaufte in den letzten 5 Jahren 10 4-achsige und 20 2-achsige Waggons mit 16 bzw. 6 t Laderaum, außerdem wurden 16 Waggons umgebaut.

Seit 1932 wurde die Motorisierung des Wagenparks in schnellem Tempo betrieben, sodaß die Zahl der in Betrieb genommenen Autos von 1932 bis 1938 um das 4-fache stieg, in den letzten 2 Jahren allein von 332 auf 606. Die Kubatur der Gebäude, die von der P.P.T.T. benutzt wurden, betrug Ende 1937 3,4 Mill. cbm. Als größte Investition ist augenblicklich der Gebäudebauplan des Postzentralbahnhofs in Warschau im Bau, der 1940 fertig sein soll (350 000 cbm).

S.

Regulacje Rolne (Landwirtschaftliche Regulierungen). Polska Gospodarcza (Das wirtschaftliche Polen), Jg. 19, Nr. 24, v. 11. 6. 38.

Der bedeutende wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1937 hat auch der Parzellierungsaktion einen

neuen Aufschwung gegeben, denn die Bildung von Bar- und Wirtschaftsréserven bei den am Umbau der Agrarstruktur Beteiligten, die für die Kaufkraft und die reale Nachfrage nach Land entscheidend ist, ist von der Konjunktur abhängig, ebenso wie die finanziellen Mittel des Staates, im besonderen der Umsatzfonds der Agrarreform, für den die Zahlungsfähigkeit der Schuldner maßgebend ist. Der Konjunkturrückgang seit 1929 machte sich vor allem im Fortgang der privaten Parzellierungsaktion nachteilig fühlbar. 1934 war das Erfolgsminimum mit 54 702 ha parzelliertem Boden erreicht. In den Jahren 1935—1937 sind parzelliert worden (in 1000 ha):

	1935	1936	1937
im ganzen	79,7	96,5	113,1
privat	42,7	62,6	79,5
	53,6%	64,9%	70,3%

Der private Anteil an der Parzellierung betrug 1920—25 zwischen 50 und 60%, 1927—31 zwischen 72 und 80%, erreichte 1933 die maximale Höhe von 85,4% und liegt für das Jahr 1937 bei 70,3%. Die Krise hat den privaten Anteil also sehr in die Höhe schnellen lassen, als Folge einer Schuldenabzahlung der Bodeneigentümer auf Kosten der Vermögenssubstanz. Rund $\frac{2}{3}$ der bis einschließlich 1937 parzellierten Fläche entfällt auf die private Parzellierung durch die Bodeneigentümer selbst oder die dazu befugten Institutionen. —

Die Ansiedlung der Veteranen wurde hauptsächlich in den Jahren 1921 bis 1935 durchgeführt und beschränkte sich seitdem vor allem auf die Regulierung und Unterstützung der bereits vorhandenen Stellen.

Neben der Parzellierung sind weiterhin die Regulierungen, wie Flurbereinigung, Liquidierung der Servituten, Gemeinheitsteilungen, Grundstückstausch, Nationalisierung der Grenzen usw., die nach den Angaben der Grundstücksliste von 1921 auf wenigstens 60% der landwirtschaftlich genutzten Fläche Polens durchzuführen sind — auch die Arrondierung der Zwergwirtschaften im südlichen Polen gehört hierher — die Hauptaufgabe der polnischen Landwirtschaft, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Für die Erledigung dieser Reformen fehlt vielfach der Landvorrat, so vor allem für die Gemeinheitsteilung, denn es sind in Polen ca. 1,2 Mill. ha Boden im Gemeineigentum, der Landvorrat, der im Sinne des Gesetzes vom 28. 12. 25 für die Agrarreform zur Verfügung steht, beträgt dagegen nur ca. 875 000 ha. In den Westgebieten spielen das Gemeineigentum wie die Regulierungsfragen überhaupt kaum eine Rolle. Hier hat das Parzellierungsproblem die größte Bedeutung, das in den südlichen und östlichen Wojewodschaften weit hinter der Frage der Regulierung zurücktritt. Für die Zentralwojewodschaften sind beide Fragen von gemeinsamer Bedeutung. Von 1919—1937 wurden 51 650 ha Gemeineigentum geteilt, das sind 4% dieser Gesamtfläche. Das Gesetz vom 4. 5. 1938 über die Regulierung des Gemeineigentums hat einheitliche Grundlagen für diese Regulierung geschaffen, die bisher vielfach an den ungenügenden gesetzlichen Vorschriften und an ihrer Verschiedenheit scheiterte.

In dem Zeitraum von 1919—37 wurden im Rahmen der übrigen Regulierungsarbeiten 768 000 Höfe und eine Fläche von 4,9 Mill. ha von der Flurbereinigung erfaßt, von 772 000 Betrieben wurden die Servitute abgelöst, und 24 000 ha Boden unterlagen einem Austausch. Die gesamte bisherige Regulierungstätigkeit (ohne die Parzellierung) erfaßt eine Fläche von 5,6 Mill. ha, also über 22,1% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Polens und über 21% der Fläche, die von Privatbetrieben mit einer Größe bis zu 50 ha eingenommen wird. S.

Porty rybackie na naszym wybrzeżu, ze szczególnym uwzględnieniem portu „Władysławowo“ (Die Fischereihäfen an unserer Küste mit besonderer Berücksichtigung des Hafens Władysławowo). Ing. Zb. Foltarński, Gospodarka Wodna (Die Wasserwirtschaft), Jg. 1938, Nr. 4.

Es handelt sich hier um die Wiedergabe eines Referates vor dem Ingenieurstudentenverband des Lemberger Politechnikums, dem sehr ausführliche Pläne der polnischen Fischereihäfen und sehr gute und charakteristische photographische Aufnahmen beigelegt sind.

Der Aufsatz beginnt mit der etwas phantastischen Überlegung, daß die polnischen Fischereihäfen, die 1935 nur 27,5% des gesamt-polnischen Fischbedarfs durch eigenen Fang gedeckt haben, im Jahre 1961 über 650 Logger, 700 Kutter, 1000 Kähne ohne Deck, 12900 Fischereikähne ha verfügen müßten, wenn sie bei normalem Fortschritt der Urbanisierung und der Bevölkerungsbewegung zu diesem Zeitpunkt den Gesamtbedarf decken wollten.

Es folgt eine Beschreibung der polnischen Fischereihäfen Puck, Hela und Jastarnia. Puck ist der älteste Hafen mit einem Hafenbecken von 40×60 m Ausmaß, dessen Tiefe ca. 3 m beträgt, bei einer Uferlänge von 160 m. Der Hafen wurde 1936 vom Fiskus übernommen, der sogleich zur Erneuerung des vernachlässigten Hafenbeckens schritt, 1936 und 1937 wurden 60 m des Hafenbeckens und 40 m des Ufers wieder aufgebaut.

Der Hafen Hela hatte ursprünglich nur zwei Molen, von 1923—1925 wurde das Hafenbecken auf 3 m vertieft und die Holzkonstruktionen durch Beton ersetzt. Seit 1927 begann sich Hela zu entwickeln, es wurden zwei Holzstege gebaut, 1929—31 folgte der Bau einer neuen westlichen Mole in einer Länge von 477 m und nach 3 jähriger Pause der der östlichen 270 m langen Mole. Wo die Holzkonstruktion über Wasser schadhaft geworden ist, ersetzt man sie nach und nach durch Beton.

Der Hafen Jastarnia wurde in den Jahren 1926—1929 als Basis der Uferfischerei in der Pucker und Danziger Bucht erbaut. Das Hafenterrain wurde auf Kosten der Oberfläche der Bucht gewonnen, kurze Steindämme schützen das Hafenbecken, das eine Oberfläche von 8 ha hat, bei einer Uferlänge von 160 m und einer Tiefe von 2—2,5 m. Das Ufer soll in den nächsten Jahren in einer Länge von 600 m befestigt werden.

Der jüngste polnische Fischereihafen, der erst im November 1937 fertig war, ist der Hafen Władysławowo. Es fehlte bei dem Orte Wielka Wiesz an einer Ausfallbasis und einem Stützpunkt für die Fischerei, die auf einer Uferlänge von 70 km einen solchen brauchte. 1935 wurde ein Abkommen des Fischereiinstituts mit einem französisch-polnischen

Konsortium getroffen, das den Hafenbau innerhalb von 2 Jahren fertigstellen sollte. Die äußerliche Konstruktion des Hafens setzt sich aus 2 Molen zusammen, einer westlich gebogenen (762 m Länge) und einer östlich fast gerade zum Ufer zulaufenden (320 m Länge). Als Abzweigung von der Westmole führt mit dem Ufer gleichlaufend die 190 m lange innere Mole zu einer Zerteilung des Hafens in einen Vorhafen und das Hauptbecken, das so vor der Brandung geschützt ist. Der Hafeneingang ist durch das 100 m lange Endstück der Westmole vom offenen Meer geschützt. Im Hafenbecken selbst befinden sich 2 hölzerne Stege für Segelschiffe (120 m) und Fischereiboote (100 m). Das Ostufer des Hafens, das der Brandung am stärksten ausgesetzt ist, wurde auf eine Länge von 250 m hin mit Beton befestigt. Die Abzweigung der Eisenbahn in einer Gesamtlänge von 1815 m und der Zufahrtsweg zu der Chaussee Gdingen-Hela sollen für die nächsten Jahre für den Verkehr genügen. Für den projektierten Bau von Magazinen, einem Kühlhause, einer Räucherei und von Fischverarbeitungsbetrieben ist Platz in Fülle vorhanden.

So bescheiden diese Hafenbauten sind, Polen ist stolz auf diese Leistung und dokumentiert mit ihnen sein reges Interesse an dem Ausbau der polnischen Seeküste. S.

LITAUEN

Über den Bestand der litauischen Wälder. Dipl.-Forstwirt J. Vilcinskis, Mūsų Girios (Unsere Wälder, Organ der Forstwirtschaft), 10. Jg. 1938, Nr. 10.

Die offizielle Statistik berechnet den reinen Waldbestand Litauens (d. h. abzüglich Waldwege, Lichtungen, Sümpfe usw.) auf 908 850 ha. Davon entfallen auf Staatswaldungen 736 190 ha, auf Privatwälder 172 660 ha. Da die Vermessung der Staatswälder beendet ist, sind die Ziffern für diese genau, während die Ziffern für die Privatwälder auf der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1935 beruhen. Auf 100 Einwohner entfallen somit 36,0 ha Wald, bzw. 122 fm jährlicher Zuwachs. Der Waldbe-

stand ist jedoch nicht gleichmäßig verteilt, er schwankt zwischen 5,3% der Gesamtfläche in dem am schwächsten bewaldeten Kreis (Vilkaviškis) und 22,5% in dem waldreichsten Kreise (Mariampolė). Die durchschnittliche Bewaldung beläuft sich auf 16,3% des Landes.

Von den vorhandenen Wäldern umfassen 17% solche bis 25 ha, ungefähr 33% solche von 25—1000 ha und 50% solche über 1000 ha. 15% des Waldbestandes entfällt auf Waldungen über 10 000 ha. Während bei den Wäldern bis zu 1000 ha infolge ihrer leichten Zugänglichkeit der gesamte jährliche Zuwachs ausgenutzt wird, bleibt ein bedeutender Teil des Zuwachses bei den größeren Wäldern unverwertet. Nach den Berechnungen der statistischen Abteilung des Forstdepartements beläuft sich der gesamte Waldbestand auf ungefähr 110 Mill. fm, wovon 90 Mill. auf die Staatsforsten und 20 Mill. fm auf die Privatwaldungen entfallen.

Die Nutzung der Staatsforsten erfolgt nach genau aufgestellten Plänen, und zwar beträgt die jährliche Norm der Kahlschläge 1 541 000 fm, während auf alle anderen Formen von Holzungen (Femelbetriebe, Nutzung trockener und gestürzter Bäume usw.) 709 000 fm entfallen. Proportional dürfte die Norm dementsprechend bei den Privatwäldern auf 250 000, bzw. 118 000 fm zu veranschlagen sein. Verf. betont in diesem Zusammenhang, daß ein solcher Einschlag den Waldbestand und den Altersaufbau der Waldungen nicht gefährde und gibt weiterhin eine Gliederung der Staatsforsten nach Altersgruppen, wie folgt: (Jahr 1937.)

	ha	%
1— 20 Jahre	229 693	31,4
21— 40 Jahre	148 732	20,4
41— 60 Jahre	115 224	16
61— 80 Jahre	112 733	15
81—100 Jahre	74 183	10,2
101—120 Jahre	32 119	4,4
Über 120 Jahre	16 229	2,2
Insgesamt	728 913	100

Der durchschnittliche Umtrieb beläuft sich auf 92 Jahre. Ein Vergleich der Jahre 1922 und 1937 ergibt bei den Staatsforsten folgendes Bild:

	1922 ha	1937 ha
Jungwald	283 839	350 226
Mittlere Altersklasse	210 866	189 572
Schlagreifer Wald	260 749	189 115
Insgesamt	755 484	728 913

Die Vermehrung des Jungwaldes beträgt somit 67 000 ha, was ungefähr einem Jahreseinschlag entspricht. Der Autor steht auf dem Standpunkt, daß unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Nachkriegsverhältnisse die bisherige Waldnutzung eine normale gewesen sei.

Das Verhältnis von Nutzholz zu Brennholz beträgt nach den bisherigen, erst seit dem Jahre 1937 durchgeführten Berechnungen, 40 zu 60.

Ju.

Zur Notwendigkeit einer planmäßigen Regelung des Handwerks. A. Gražutis, Amatininkas (Der Handwerker), 5. Jg. 1938, Nr. 20—21.

In Litauen sind nur 2% der Einwohner im Handwerk tätig, in anderen Ländern 6—9%. Für handwerkliche Erzeugnisse gehen jährlich 8 Mill. Lit ins Ausland. Ausländische Handwerker sind in den litauischen Industriebetrieben kleine Könige. Die ökonomischen wie sozialen Interessen des Landes verlangen nicht nur ein zahlreicheres, sondern auch ein gut vorbereitetes, materiell und rechtlich gesichertes Handwerk. Diese Aufgabe ist ohne Planmäßigkeit nicht lösbar. Die Ausbildung der Handwerker erfolgt, abgesehen von Privatbetrieben, in Handwerkerschulen. Verf. fordert Erweiterung des Schulnetzes. Nur qualifizierte Meister dürften das Recht erhalten, Lehrlinge auszubilden. Die Frage einer Auslese sei dringend und unaufschiebbar.

Alle bisherigen Maßnahmen hatten lediglich die handwerkliche Ausbildung zum Ziel, für die Arbeitsbedingungen der Handwerker ist noch nichts geschehen. Von den zur Entlassung kommenden Absolventen der Handwerkerschulen gelingt es nur der Hälfte, sich als Handwerker niederzulassen, die übrigen wenden sich anderen Berufen zu. Ihre Ausbildung hat also den Staat große Summen gekostet, die ohne Nutzen bleiben. Auch für diejenigen, die eine private Ausbildung genossen haben, ist die Zukunft düster. Die

zur Einrichtung einer Werkstatt, zur Erwerbung von Maschinen, Handwerkszeug und Rohmaterial erforderlichen Summen sind von dem einzelnen ohne Hilfe von außen nicht zu beschaffen, zumal jeder Handwerker seinen Kunden Kredit gewähren muß. Nur wirtschaftlich stärkere Handwerker vermögen sich der vorhandenen Kreditinstitute zu bedienen.

Der Verfasser schlägt daher staatlich rayonweise organisierte Kleinkreditinstitute auf der Basis des gegenseitigen Kredites vor, da diese am besten imstande wären, die Verhältnisse der Handwerker in ihren Bezirken zu prüfen. Eine solche individuelle Kreditgewährung würde eine qualitative Hebung des Handwerks, eine Verbesserung seiner Einrichtungen sowie Schutz vor Ausbeutung beim Ein- und Verkauf zur Folge haben.

Eine weitere Schädigung des Handwerks sieht der Verf. in der Einfuhr ausländischer Fertigfabrikate. Er wünscht eine Zollpolitik, die den Import bestimmter Fertigwaren, namentlich von Schuhwaren, Wäsche, Kleidung und Strickwaren, unmöglich macht. „Wir schützen durch Zölle sogar solche industriellen Produktionszweige, die gar keinen realen Boden bei uns haben, für ein Aufblühen des Handwerks aber bestehen die besten Aussichten.“ An weiteren noch bestehenden Mängeln hebt der Verf. folgende hervor: Die soziale Gesetzgebung macht zwischen Fabrik- und Handwerksbetrieben bisher keinen Unterschied. Es existiert weiterhin keine Sozialversicherung für das Handwerk wie in anderen Ländern. Auch die Steuerlast sei zu hoch. Da man heute erst am Beginn der Arbeit stände, könne nicht alles auf einmal erreicht werden, jedoch sei ein klarer Plan vonnöten, um das Handwerk zu heben.

Ju.

Die litauische Bodenreform. (Übersicht über 20 Jahre Arbeit.) Dipl. ök. V. Balčiūnas. *Ekonomika* (Die Wirtschaft), 4. Jg., 1938, Nr. 2.

Der Aufsatz gibt zunächst einen Überblick über die Gründe, die zur Landreform führten. In erster Linie wird der Landmangel genannt — erwiesen durch die Auswanderung von

jährlich 30 000 Litauern ins Innere von Rußland und nach Amerika. Die durch die Bodenreform-Kommission veranstaltete Enquete ergab 1919 57 485 Landlose und 41 449 Landarme (24 603 Betriebe bis zu 3 ha und 16 846 Betriebe von 3—6 ha). Eine Landreform erschien somit geboten.

Als Gründe für die Aufteilung des Großgrundbesitzes nennt der Autor an erster Stelle den wirtschaftlichen Niedergang der Güter, die bis zu 90% ihres Wertes verschuldet gewesen seien und sich fortschrittlicheren Wirtschaftsmethoden infolge des Mangels an Kapital, persönlicher Initiative der Besitzer und Verarmung durch den Weltkrieg nicht hätten anpassen können. Etwa $\frac{1}{2}$ des besten Ackerlandes entfiel auf den Großgrundbesitz. Ein zweiter Grund lag in den sozialen Verhältnissen: Ein landloses bzw. landarmes Proletariat von 100 000 Menschen, für die Landbesitz Lebensfrage war, stand einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern gegenüber. 21,6% des Landes entfiel auf Güter über 1000 ha. Der dritte Grund war politischer Natur: Den entnationalisierten (d. h. polonisierten V. J.) Grundbesitzern war der kulturelle und wirtschaftliche Aufschwung des Staates gleichgültig. Jedoch warnt der Verfasser vor Überschätzung dieses Grundes.

Die zweite wichtige Aufgabe der Landreform war die Beseitigung der Gemengelage, die einer Intensivierung der Landwirtschaft und einer individuellen Bodenbearbeitung im Wege stand.

Die Landreform erstreckte sich über 20 Jahre. Im Verlaufe dieser Zeit änderte sich ihr Gesicht. Die ersten provisorischen Gesetze gingen schrittweise vor und erreichten ihre größte Schärfe in dem sog. Grundgesetz vom 3. IV. 1922, durch welches der Höchstbesitz auf 80 ha beschränkt wurde. Ein Umschwung dieser Politik zeigt sich in dem Gesetz vom 13. 11. 1929, welches die Norm der Güter von 80 auf 150 ha erhöhte. Die Gründe für diesen Umschwung weist der Autor nicht nach. Das Gesetz kam 1400 Gutsbesitzern zugute.

Insgesamt wurden von 1919 bis 1937 einschließlich enteignet: 537 000 ha Wald (davon später zurückgegeben 16 315 ha), 55 127 ha Seen (zurückgegeben 3262 ha) und 722 333 ha

Nutzland (davon zurückgegeben 154 799 ha).

Es erhielten aus dem so gebildeten Landfonds 38 489 Neusiedler 360 068 ha. Der dichteste Wert lag bei Parzellen von 8—20 ha, (23 867 Neusiedler mit 283 387 ha). Auf die Landarmen entfielen 89 638 ha, die in 25 924 Parzellen zur Austeilung kamen. Außerdem wurden 48 296 ha an staatliche und kommunale Behörden sowie an Privatpersonen und private Organisationen zur Nutzung überlassen. Ein gewisser Prozentsatz wurde zur Liquidierung von Servituten und Allmenden abgegeben, und ca. 17 000 gelangten zum Verkauf.

Die Frage der Nachteile der plötzlichen Vernichtung des Großgrundbesitzes sei berechtigt, jedoch seien die größten Schwierigkeiten heute überwunden, vor allem durch den Übergang der litauischen Landwirtschaft von der Getreide- zur Viehwirtschaft, an welcher der Großgrundbesitz seiner Natur nach schwächer beteiligt sei.

Von den mit Land versorgten Landlosen haben 31 625 tatsächlich gesiedelt. Der Ausfall von 16% sei nicht zu groß unter Berücksichtigung, daß eine große Anzahl von Landparzellen an Militärpersonen abgegeben worden sei, die, selbst nicht Landwirte, ihre Anteile wirklichen Landwirten überlassen hätten. Das größte Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Neusiedlungen sieht der Verf. in dem Mangel an Kapital, obwohl insgesamt 73 Mill. Lit in Form von Beihilfen und Krediten an die Siedler abgegeben worden seien.

Die Aufhebung der Gemengelage und die Aufteilung der Dörfer in Einzelhöfe wurde in Litauen schon vor dem Weltkriege in Angriff genommen, so in der Provinz Schamaiten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 1870—1906 erfolgte auf Grund bäuerlicher Initiative die Regulierung von 40 000 ha und von 1907 bis 1915 wurden durch die russische Regierung ungefähr 433 800 ha reguliert. Im Jahre 1918 betrug die Landfläche der schon in Einzelhöfen auseinandergelegten Dörfer 909 850 ha, zu regulieren blieben 9 604 Dörfer mit 1 973 319 ha. Davon sind innerhalb von 19 Jahren 6 096 Dörfer mit 1 491 475 ha in 139 551 Einzelhöfe um-

gewandelt worden. Es bleiben noch 3 508 Dörfer mit 481 844 ha zu regulieren. Die Gesamtzahl der Streifen belief sich 1918 auf ca. 3 Millionen, von denen bis heute ca. 2 415 000 zusammengelegt worden sind. Für die Streifenlage in Litauen ist es charakteristisch, daß die einzelnen Landstreifen lange, schmale und gerade Bänder bis zu 1 km Länge darstellen. Die Bauernschaft tritt in allen Fällen für Zusammenlegung ein, und die Regierung vermag mit ihren 240 Feldmessern den Bittschriften, die aus den Dörfern eingehen, nur mit Verspätung nachzukommen.

Der Autor illustriert in ausführlichen Tabellen den Fortgang dieser Arbeit und geht dann auf die Liquidierung der wirtschaftlich sehr schädlichen Servitute ein. Er schätzt die Fläche der vor 1926 aufgehobenen Servitute auf 20—30 000 ha. Nach der von 1926 an geführten Statistik kommen von 1926—1937 73 313 ha hinzu.

Zum Schlusse fordert Verf. ein planmäßiges Vorgehen bei der Unterstützung der neugeschaffenen Siedlerstellen. Ju.

Was vermag der Steinbau unserem Lande zu geben? Dr. V. Juodeika. Tautos ūkis (Volkswirtschaft), 9. Jg. 1938, Nr. 28/29.

Der litauische Preiskommissar entwickelt in diesem Aufsatz das Programm, wie es in dem von einer gemischten Regierungskommission aufgestellten „Projekt zur Förderung des Steinbaus“ ausgeführt wird.

1. Infolge der längeren Haltbarkeit von Steinbauten ergibt sich gegenüber dem bisherigen Holzbau eine Amortisationsersparnis von 37,5% bei Wohnhäusern und 48% bei Ställen. Da in den Holzbau in Litauen jährlich 30—35 Mill. Lit investiert werden, beträgt die Ersparnis ca. 10 Mill. Lit im Jahre.

2. Der allgemeine Übergang vom Holz- zum Steinbau schafft neue wirtschaftliche Werte. Die in dem Plane vorgesehene Bauindustrie würde im Verlaufe der Zeit jährlich Baumaterial für 40 Mill. Lit erzeugen können. (Ziegeln 20 Mill., Zement 10 Mill. usw.) Desgleichen würde sich der Import von Zement,

Blech und Kalk verringern. (Bisher 5,5 Mill. Lit.)

3. Es würde sich fernerhin eine Ersparnis von rund einer Million fm Holz im Jahre ergeben, sodaß es möglich wäre, den Einschlag dem nicht allzu großen Zuwachs der litauischen Wälder anzupassen. Auch der Übergang zum Plenterbetrieb wäre dann leichter.

4. Die an die Bauern beim Übergang zum Einzelhofsystem gewährten Unterstützungen würden sich von 3 Mill. Lit (1937) auf 2 Mill. Lit jährlich verringern.

5. Die bisherigen Brandschäden in Höhe von 8—14 Mill. Lit jährlich würden um ca. 7 Mill. Lit zurückgehen. Ebenso würde die steigende Elektrifizierung der Landwirtschaft bedeutend erleichtert werden.

6. Die Schaffung eines neuen Industriezweiges würde große Arbeitsmöglichkeiten für Architekten, Handwerker und Bauarbeiter ergeben.

7. Der Bau hygienischer Wohnungen auf dem Lande würde vor allem die Kindersterblichkeit zurückgehen lassen. Wie die Untersuchungen der Rekruten erweisen, rufen die bisherigen Wohnverhältnisse zahlreiche Krankheiten hervor.

8. Auch der Staat würde aus dem Steinbau eine Erhöhung seiner steuerlichen Einnahmen beziehen. (Betrugssteuer, Einkommensteuer usw.) Diese Mehreinnahme wird auf ca. 3 Mill. Lit im Jahre geschätzt.

9. Insgesamt berechnet das Projekt bei Einführung des Steinbaus die Erhöhung des Volkseinkommens auf 83,5 Mill. Lit im Jahre. Demgegenüber werden die Investitionskosten für die kommenden 10—15 Jahre wie folgt berechnet: 15 Mill. Lit für Ziegeleien, 2 Mill. Lit für die Zementindustrie, 5 Mill. Lit für die übrigen Bauindustrien usw., insgesamt 28 Mill. Lit, was bei einer 10 jährigen Amortisation 2,8 Mill. Lit jährlich erfordern würde. Der Aufbau der neuen Bauindustrien würde ohne fremde Unterstützung im Lande selbst erfolgen können. An staatlichen Unterstützungen sind ca. 1½ Mill. Lit, vor allem zur Verbilligung des Baumaterials, vorgesehen. Demgegenüber würden die oben erwähnten steuerlichen Mehreinnahmen in Höhe von 3 Mill. Lit stehen.

10. Einwürfen gegenüber, daß es im Augenblick wichtigere Arbeiten gäbe als eine Forcierung der Bautätigkeit, sei zu erwidern, daß das Gebiet der Bautätigkeit in Litauen stärker vernachlässigt sei als jedes andere Wirtschaftsgebiet. Das gesamte Programm, wie es der Plan vorsehe, sei in erster Linie kein finanzielles, da die Wirtschaft es leicht tragen könne, sondern ein organisatorisches.

Endlich wird die kulturelle, ästhetische und moralische Seite des neuen Bauprogramms erörtert: „Der äußere Anblick verfallender Hütten... ist ein Gewand aus den alten Zeiten der Leibeigenschaft und beleidigt das völkische Ehrgefühl. Noch weniger vermag er dem Ausländer zu imponieren, der aus dem äußeren Bilde absolut keine uns wohlwollenden, sondern häufig sogar uns erniedrigende Folgerungen zieht. Der Steinbau ist heute nicht nur eine in erster Linie wirtschaftliche Bedingung, sondern ebenso sehr eine Bedingung der völkischen Selbstachtung geworden.“

Ju.

TSCHESCHO-SLOWAKEI

Číslice druhé republiky (Ziffern der zweiten Republik). Ladislav Jeníček. Brázda. Jg. 1, Heft 49 v. 14. 12. 1938.

Der Aufsatz bringt wichtige Zahlenangaben über das neue Staatsgebiet. Die Fläche der Tschecho-Slowakei hat sich von rund 140 000 qkm auf rund 100 000 qkm verringert und noch rund zwei Drittel der früheren Bevölkerung, ungefähr 10 Millionen Menschen wohnen noch im neuen Staat. Dafür ist der neue Staat völkisch einheitlicher als der frühere, da 93 v. H. seiner Bewohner Tschechen, Slowaken und Karpathen-Ukrainer sind.

Neben dieser völkischen Umschichtung läuft eine wirtschaftliche und soziale. Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung stieg von 35 v. H. auf 37 v. H., der in der Industrie und im Gewerbe Beschäftigten fiel von 35 v. H. auf 32 v. H. Auf dem Gebiete des Handels und des Geldwesens hat sich im Verhältnis nicht viel geändert. Die Umschichtung in der Industrie und im

Gewerbe zeigt auch bemerkenswerte Einzelheiten, die aus folgender Übersicht deutlich wird:

	In Prozenten der Gesamtbevölkerungszahl	
	In der ersten Republ.	In der zweiten Republ.
Bergbau	2,2	1,36
Hüttenwesen	0,62	0,57
Metallverarbeitung	4,1	3,9
Maschinenindustrie	2,7	2,85
Industrie der Steine und Erden	2,07	1,7
Glasindustrie	0,83	0,435
Chemische Industrie	0,47	0,44
Gas und Elektrizität	0,26	0,25
Holzindustrie	3,05	3,0
Papierindustrie	0,47	0,35
Polygraph. u. Druckindustrie	0,44	0,44
Textilindustrie	3,6	2,4
Lederindustrie	0,45	0,45
Bekleidungsindustrie	2,5	2,48
Schuhindustrie	1,6	1,75
Lebensmittelindustrie	3,3	3,3
Baugewerbe	6,4	6,2

Diese interessante Aufstellung läßt deutlich die Veränderung auf dem Gebiete des Bergwesens, der Textil-, Glas- und Papierindustrie erkennen.

Die Ausfuhr industrieller aber auch landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird in Zukunft wichtiger denn je sein, um das Defizit der Handelsbilanz auszugleichen, das nach der Schätzung von Professor Hodáč (Vortrag vor der Tschechischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 12. 12. 1938) 1,5 Milliarden Kč. betrug. Außerdem fordern der landwirtschaftliche Überschuß einerseits und der Mangel an Brennstoffen für die Industrie andererseits eine Kursänderung in der bisherigen Ausfuhrpolitik. Br.

Exportní banka (Eine Exportbank).
JUDr. Ing. Vlad. J. Paulát. Hospodářský archiv s přílohou bilanční kritik. Jg. 17, Nr. 48 v. 3. 12. 1938.

Im Interesse einer zielbewußten Fürsorge um den tschecho-slowakischen Außenhandel, durch den allein die Liquidierung der Erwerbslosigkeit erzielt und der gegenwärtige Lebensstandard erhalten wer-

den kann, macht Verf. den als unbedingt notwendig angesehenen Vorschlag, eine neue Exportbank zu begründen, die den tschecho-slowakischen Export durch folgende Tätigkeit unterstützen würde:

1. Gewährung von Warenlombard,
2. Gewährung von Akzeptkrediten an die tschecho-slowakischen Exporteure,
3. Einrichtung von Warenakkreditiven für die tschecho-slowakischen Exporteure,
4. bei dem Exportinkasso würde sich die Mitarbeit der Filialen einer Exportbank bei der Eintreibung der Tratten usw. sehr wirksam zeigen; diese Filialen würden auch Waren, die auf Konsignation ins Ausland geschickt wurden, bezahlen und verrechnen.

Auch bei der Einfuhr würde sich die Tätigkeit einer solchen Exportbank vorteilhaft auswirken:

1. Bei dokumentarischen Inkassogeschäften könnten die Auslandsfilialen Darlehen gewähren.
2. Im Importakkreditiv wird keine allzu beträchtliche Tätigkeit ersichtlich werden, da die Importeure danach trachten, die Einfuhr durch ein schon oben genanntes Rembours- oder Inkassogeschäft zu finanzieren. Bei der Errichtung müßte zuerst ein Akkreditiv für den ausländischen Exporteur den tschecho-slowakischen Importeur überzeugen, ob die Bonität der Filiale der tschecho-slowakischen Exportbank mit dem Ausländischen Exporteur gleichen Schritt halten würde.
3. Die größte Wirksamkeit könnte eine solche Bank bei der Gewährung von Akzeptkrediten durch die Vermittlung ihrer Filialen entfalten.
4. Die Einfuhr von Importeurkonsignationen.

Die Exportbank müßte Filialen in allen Ländern haben, mit denen die Tschecho-Slowakei beträchtliche Auslandsbeziehungen hat. Zu den bisher schon bestehenden Zweigstellen müßten weitere Filialen in Frankreich, Belgien, der Sowjetunion, der Türkei, Indien, der Levante, Ägypten, dem Fernen Osten, Südafrika, Australien, Argentinien, Brasilien, USA. und Kanada treten. Das Aktienkapital würde mindestens

50—100 Mill. Kč. betragen, an dessen Aufbringung die Nationalbank, Handels- und Industriekorporationen und andere Interessenten beteiligt sein würden. Br.

Jak budovat druhou republiku (Wie wir die zweite Republik aufbauen werden!) Brázda (Die Furche, Wochenschrift der Agrarbewegung), Jg. 1, Nr. 44, v. 9. 11. 1938.

Von der Schriftleitung der „Brázda“, wurde ein Sonderheft herausgegeben, das auf 16 Seiten ein Programm des Neuaufbaus der Tschecho-Slowakei gibt. Die programmatishen Darlegungen gewinnen deshalb besonders an Bedeutung, weil sie nicht nur für die Agrarbewegung, die diese Zeitschrift herausgibt, maßgebend sind, sondern in gewisser Hinsicht auch als Äußerung der aus dieser Bewegung entstandenen Nationalen Einheitspartei, der zum großen Teil die heutige Regierung Beran angehört, angesprochen werden können.

Die Aufteilung der Tschecho-Slowakei brachte eine große Aufgabe mit sich: einen Nationalstaat aufzubauen, dessen Grundpfeiler Volkzugehörigkeit, soziale Gerechtigkeit, ständische Organisation und christliche Sittlichkeit sein werden.

Die zweite Republik ist ein völkischer Staat. Sie räumt im Innern mit der alten Parteienherrschaft auf und bekennt sich zu einer Bewegung der völkischen Einheit, die aus dem Bauern-, Arbeiter- und Mittelstand heraus erwachsen wird. Die Außenpolitik der Tschecho-Slowakei wird durch ihre Lage bestimmt. Man wird sich um „ein freundschaftliches Verhältnis, um eine kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten, vor allem mit Deutschland und den mitteleuropäischen Staaten“ bemühen. Die Neutralitätspolitik, die der neue Staat in Zukunft betreiben wird, erfordert aber auch weiterhin die Aufrechterhaltung einer starken und technisch modernen Wehrmacht.

Die Schule soll das Volk zur Religion und Vaterlandsliebe erziehen. Die Schulpflicht wird bis zum 16. Lebensjahre verlängert werden. Nach dem Besuch der Volksschule (5—6 Jahre) und der Bürgerschule wird jeder Schüler in seinem letzten

Ausbildungsjahr ein Arbeitslager durchlaufen, um auch die körperliche Arbeit kennen zu lernen. Die Mittelschule (entspricht der deutschen höheren Schule! Red.) wird vereinheitlicht werden; erst ein besonderes Hochschulreifezeugnis berechtigt zum Beginn eines Hochschulstudiums.

Ein neues Pressegesetz wird die Verantwortlichkeit der Schriftleiter erhöhen und politisch unzuverlässige Personen aus dem Schriftleiterstand entfernen. Aus dem öffentlichen Leben werden die uniformierten Verbände aller Parteien verschwinden. Alle Sportverbände werden in einer Organisation zusammengefaßt werden. Die Frage der nach dem 28. 10. 1918 von Emigranten erworbenen Staatsbürgerschaft wird ebenso wie die jüdische Frage einer Revision unterzogen werden; den in der Tschecho-Slowakei lebenden Minderheiten werden die Rechte gewährt, die für die Tschechen und Slowaken in anderen Staaten gewünscht werden.

Die gesamte Wirtschaft wird in den Dienst des Volkes und Staates gestellt werden, so daß eine Entpolitisierung und eine Entfernung unzuverlässiger Elemente aus ihr notwendig sein dürfte.

Eine von der Regierung ernannte Kommission wird einen lang- und einen kurzfristigen Plan für den Wirtschaftsumbau der zweiten Republik ausarbeiten, dessen Hauptziel die Verbindung des Ostens und des Westens der Republik zu einer Wirtschafts- und Sozialeinheit sein muß.

Nach dem Grundsatz „Der Boden gehört dem, der darauf arbeitet“, wird eine Revision der ländlichen Besitzverhältnisse notwendig sein. Die Bodenreform und die Landgewinnung wird weitergeführt und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, das ländliche Fachschulwesen und das Pachtgesetz einer Nachprüfung und Reform unterzogen werden.

Der neue Staat wird bei Neugründungen darauf achten, daß Unternehmungen kleinen oder mittleren Umfanges entstehen. Da das alte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ungesund war, wird man das gesamte Bank- und Versicherungswesen, das Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Kredit

neu regeln müssen. Ebenso muß das Steuersystem einer Revision unterzogen werden. Eine gerechte Lohnpolitik muß jedem, der arbeitet, eine erträgliche Existenz sichern. Die Erwerbslosen wird man über die Arbeitslager wieder auf einen Arbeitsplatz führen. Die öffentliche Verwaltung muß reorganisiert werden, indem die Zahl der Angestellten, Beamten und Ministerien vermindert wird. Besondere Fürsorge aber muß der Familie gelten.

Das Programm schließt: „Rüttelt alle zur Entscheidung, zum mutigen Bekenntnis, zur Tat auf! Volk und Staat sind in Gefahr! Das Vaterland ruft allen zu: Helft, laßt das Gerede, schreitet zur Tat!“

Br.

UNGARN

A magyar gyáripár jövője (Die Zukunft der ungarischen Fabrikindustrie). Kecső, Istvan: Magyar Szemle (Ungarische Rundschau), Jg. 32, H. 2 (126), 1938.

K. sucht durch seine Beweisführung vor allem die vielfach skeptisch gestellte Frage zu beantworten, ob die Förderung der Industrie in Ungarn die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen, d. h. ob sie in der Lage sein werde, die landwirtschaftliche Überschußbevölkerung aufzusaugen. Unter diesem Gesichtspunkt zieht er die Bilanz der Entwicklung der ungarischen Industrie im Zeitraum 1921—1936, die bei einer Erhöhung ihres Produktionswertes von 979,4 auf 2555,3 Mill. P. 128 685 Arbeiter und mit den Erhaltenen zusammen 289 385 Personen in den industriellen Produktionsprozeß neu einbezogen hat; der Zuwachs an Angestellten der industriellen Betriebe betrug im selben Zeitraum 4 295 Personen. Durch die angegebene Erweiterung der von der Industrie beschäftigten Bevölkerung sei eine gewisse Entlastung der Landwirtschaft eingetreten.

Weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie, die eine Zunahme der Industriebevölkerung ergeben werden, sieht K. in der zunehmenden Verdrängung von ausländischen Industrieartikeln auf dem ungarischen Markt; während im

Jahre 1925 noch 18,5% des einschlägigen Bedarfs durch Bezüge aus dem Ausland gedeckt worden sind, verminderte sich der Anteil der ausländischen Industrieartikel bis zum Jahre 1936 auf 4,3%. Die Ausfuhr von Industrieartikeln sei noch steigungsfähig und in den letzten Jahren sei bereits ein Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an der Gesamtausfuhr zu verzeichnen. Eine Erweiterung der Absatz- und somit der Produktionsmöglichkeiten dürfte sich auch infolge der Maßnahmen zur Hebung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung ergeben.

Indem sich Verfasser gegen den vielfach gegen die ungarische Industrie erhobenen Vorwurf einer „Treibhausindustrie“ verwehrt und neben dem Hinweis auf die relativ schmalen Rohstoffgrundlagen anderer Länder feststellt, daß der Anteil der von der ungarischen Industrie verarbeiteten Rohstoffe am gesamten Rohstoffbedarf von 30% im Jahre 1930 auf 20% im Jahre 1936 zurückgegangen ist, stellt er als Hauptaufgabe der ungarischen Industrie die zielbewußte Erweiterung der heimischen Rohstoffgrundlagen hin. Diese habe gleichlaufend im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor selbst zu erfolgen.

Nach der Berechnung K.s dürfte der Produktionswert der ungarischen Industrie durch Herstellung von solchen Rohstoffen und Halbfabrikaten wie Ätznatron, Gerbstoffe, Zellulose, Kunstseide und Aluminium, die teils bereits aufgenommen wurde, teils in Angriff genommen wird, um 40—50 Mill. P. und unter Berücksichtigung der in Aussicht genommenen Erzeugung von Kunstfasern, künstlichem Benzin und sonstigen Halbfabrikaten auf insgesamt 80—90 Mill. P. gesteigert werden können.

In Bezug auf die Rohstoffwirtschaft ergibt sich eine auch in sonstigen Beziehungen weiter auszubauende engere Verbindung zwischen Industrie- und Agrarpolitik. Sich auf die Schätzung von M. Matolsky stützend, setzt K. die Anzahl der zur Zeit nicht in erforderlichem Maße beschäftigten landwirtschaftlichen Ar-

beiter auf etwa 250 000 an und nimmt an, daß von diesen in Zukunft etwa 150 000 durch Intensivierung der agrarischen Erzeugung sowie durch Siedlung und Bodenzuteilung in den landwirtschaftlichen Arbeitsprozeß in erforderlichem Maße eingegliedert werden können. Die Einführung der 48-Stundenwoche, die in etwa 2 Jahren in der gesamten Industrie durchgeführt sein wird, dürfte eine 10%ige Erhöhung der Arbeiterzahl der Industrie und des Kleingewerbes herbeiführen und damit für 60 000 Landarbeiter Arbeitsgelegenheit in der Industrie ergeben. Die restlichen 40 000 unzureichend beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitnehmer werde die in der ange-deuteten Weise auf erweiterte Grundlagen zu stellende Industrie ohne größere Schwierigkeiten schrittweise in den industriellen Produktionsprozeß einbeziehen können. —m.

Városok közélémezése különös tekintettel Budapest Székesfővárosra
(Die Lebensmittelversorgung der Städte mit besonderer Rücksicht auf Budapest). Városi Szemle (Städtische Rundschau), Jg. 24, 1938, H. 4.

Budapest hat die Bedeutung des größten inneren Absatzmarktes für Lebensmittel in Ungarn. Die Hauptstadt ragt auch in dieser Beziehung unter den ungarischen Städten hervor, die einerseits bezüglich ihrer Bevölkerungszahl weit hinter Budapest zurückbleiben, andererseits nicht in demselben Maße auf eine Versorgung mit Lebensmitteln von auswärts angewiesen sind. Verfasser stellt fest, daß in den verschiedenen Anlagen und Einrichtungen zur Lebensmittelversorgung Budapests (Schlachthöfe, Märkte, Betriebe usw.) etwa 40 Mill. P. investiert sind.

Davon entfallen rd. 10 Mill. P. auf den Rindviehmarkt und den Rinder-schlachthof, die früher auch im Export und im Transithandel eine bedeutende Rolle gespielt haben, nunmehr aber auch zur Befriedigung des Budapester Lokalbedarfs kaum ausreichen, nachdem der Export sich auf die Provinz (vor allem Transdanubien) verlegt hat. Mit Schweinefleisch und Fett ist hingegen die Hauptstadt durch den Schweine-markt und den leistungsfähigen

Schweineschlachthof gut versorgt; das Budapester Fleischgewerbe arbeitet zu 60% für den städtischen Bedarf, zu 40% für den Export.

V. geht sodann auf die Probleme der Anlieferung und Verteilung von Kartoffeln, Gemüse und Obst sowie von Milch ein, deren Verbrauch sich in Budapest auf jährlich 2,5 Mill. dz bzw. 144 Mill. l (täglich 0,3 l pro Kopf) beläuft; die Brotversorgung erfolgt durch 5 Brotfabriken und 289 Bäcker. Die im Besitz der Stadt befindliche Brotfabrik (gegründet i. J. 1907) erzeugt mit ihrer Leistung von täglich 25 000 kg Brot 16% des Budapester Brotverbrauchs. Verf. gibt einen Überblick über die weiteren städt. Betriebe, unter denen der städtische Lebensmittelverkaufsbetrieb mit 16 Mill. P. Umsatz, eigener Produktion und 52 Verkaufsstellen hervorragend und kennzeichnet den Aufgabenkreis und die Tätigkeit des im Jahre 1937 gegründeten städtischen Marktforschungsinstituts, um dann zu den Versorgungsgebieten Budapests überzugehen.

Er unterscheidet Produktionsgürtel im Umkreis von 25 und von 50 km und bezeichnet die ferner gelegenen Erzeugungsgebiete, die für die Belieferung der Hauptstadt vor allem mit Milch und Obst in Betracht kommen. Inbezug auf die Ernährungsverhältnisse sei nicht nur der Export von Lebensmitteln, der vielfach bei mangelnder Ernährung bestimmter Schichten der Landbevölkerung erfolgt, zu steigern, sondern auch der Inlandsverbrauch, die Bedeutung des inländischen Marktes müsse klarer erkannt werden. Der Budapester Markt nimmt z. B. an Lebensmitteln die doppelte Menge der aus Ungarn überhaupt zur Ausfuhr gelangenden Lebensmittel auf. Da auf den Export in bestimmter Höhe aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht verzichtet werden könne, sei einerseits die Herstellung eines günstigeren Verhältnisses zwischen Arbeitslöhnen bzw. Gehältern und Lebensmittelpreisen, andererseits eine Erhöhung der Kapazität der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich und als Übergangsmaßnahme eine Ermäßigung der öffentlichen Lasten erwünscht, die auf den Umsatz von Lebensmitteln hemmend einwirken. —m.

A haszonbérletek Magyarországon tekintettel a kishaszonbérletekre (Die Gutsacht in Ungarn mit besonderer Berücksichtigung der Kleinpachten). Mihály Kerék. Magyar Statisztikai Szemle (Ungar. Statistische Rundschau), Jg. 16/1938, H. 5—6.

In der Einleitung zu seinem mit reichhaltigem statistischem Material versehenen Aufsatz weist K. mit Nachdruck darauf hin, daß im Zuge der bodenpolitischen Reformen in Ungarn dem Ausbau des Systems der Kleinpacht eine besonders wichtige Rolle zukommen dürfte, und zwar vor allem aus dem Grunde, weil die Kleinpacht weniger Kapital erfordert als der Bodenerwerb und dadurch breiteren Schichten der mittellosen Landbevölkerung die Möglichkeit zur Gründung selbständiger Existenzen und zum sozialen Aufstieg eröffnet. Verf. gibt einen ausführlichen Überblick über die in Ungarn zur Zeit bestehenden landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse. Es sind zwar 17,5% der Fläche und 8,8% der Anzahl sämtlicher ungarischer landwirtschaftlicher Betriebe in Pacht gegeben, hierbei spielt jedoch die Kleinpacht nicht die ihr gebührende Rolle, indem Mittel- und Großpachten zusammen 47% (1,3 Mill. Kat. Joch) der gesamten Pachtfläche (2,8 Mill. Kat. Joch) in Anspruch nehmen. Bemerkenswert ist die starke Beteiligung der Aktiengesellschaften an den Pachten von Gütern über 5000 Kat. Joch. Der Verf. stellt fest, daß die bisherigen Bestrebungen zum Ausbau des Kleinpacht-systems keine nennenswerten Ergebnisse erzielt haben. Aus diesem Grunde sei eine Revision der ungarischen Pachtverhältnisse erforderlich. Die Hauptaufgabe bestehe in einer beschleunigten Umwandlung der Groß- in Kleinpachten und — darüber hinaus — in der Inanspruchnahme weiterer, bisher noch nicht in Pacht gegebener Flächen für die Erweiterung des Kleinpacht-systems.

Außer den bodenpolitischen müssen aber hierzu auch die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. K. setzt sich daher für eine Umgestaltung und Neubelebung der Pachtgenossenschaften ein, die infolge organisatorischer Mängel in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben.

Ferner fordert er eine gesetzliche Regelung des landwirtschaftlichen Pachtwesens überhaupt, wobei u. a. darauf hingewiesen wird, daß die Höhe der Pachtsumme nicht der Gestaltung der Nachfrage und des Angebots ausgeliefert werden dürfe, die bei einer drängenden Nachfrage oft zu untragbaren Pachtsummen führe. Der Ausbau des Kleinpacht-systems könne ein wertvolles Hilfsmittel der ungarischen Bodenpolitik bilden, falls die Hindernisse seiner Entfaltung aus dem Wege geräumt und zugleich die zu seiner Förderung erforderlichen Einrichtungen geschaffen würden.

—m.

A magyar termőföld „tartalékterülete” (Die „Reservefläche“ des ungarischen Kulturbodens). Béla Némethy. Mezőgazdasági Közlöny (Landwirtschaftliche Mitteilungen). Jg. 11, 1938, H. 10.

Unter „Reserveflächen“ im Hinblick auf die landwirtschaftliche Nutzung in engerem Sinne versteht N. die in ihrem gegenwärtigen Zustand als unfruchtbar qualifizierten, jedoch meliorierbaren Böden. Eine solche Reserve bildeten im Ungarn der früheren Jahrhunderte Moorland und Waldflächen. Nachdem seit Ende des 19. Jahrhunderts auch letztere bis auf das volkswirtschaftlich vertretbare Mindestmaß erschöpft sind, lenkt Verf. die Aufmerksamkeit auf die Weiden hin, deren Gesamtfläche in Ungarn im Jahre 1935 1,7 Mill. Kat. Joch betrug, d. h. 10,6% des gesamten Landesgebiets Rumpfungarns und rund 13% der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. Von den der Bodensteuer unterliegenden Flächen entfielen 11,2% auf Weiden, während deren Anteil am Bodenwert als Steuerbemessungsgrundlage nur 3,8% betrug. N. stellt fest, daß ein großer Teil dieser Weiden unfruchtbar sei, denn etwa die Hälfte bestehe aus alkalihaltigen (sog. „Szik“) Böden, die andere Hälfte sei zum gr. T. vernachlässigt. An den Beispielen der westungarischen Komitate Sopron und Vas wird gezeigt, daß intensivste Viehzucht gerade mit minimalen Weideflächen einhergeht, während die ostungarischen Komitate Hajdu und Bihar bei einem relativ sehr hohen Anteil der Weiden

am landwirtschaftlich genutzten Areal eine geringe Anzahl von Zuchtvieh aufweisen. Diese Erwägung führt den Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß in Ungarn die Weideflächen im heute gegebenen Umfang von 1,7 Mill. Kat. Joch nicht erforderlich seien, und unter Zugrundelegung des in den genannten westungarischen Komitaten bestehenden Anteils der Weiden etwa 800 000 Kat. Joch Weidefläche ohne Gefährdung der Viehzucht für den intensiveren Landbau, vor allem den Futtermittelbau, verwendbar wären. Die Alkalihaltigkeit eines Teils dieser Böden stehe ihrer Umwandlung in Ackerland nach den Errungenschaften der modernen Agrochemie nicht im Wege.

In diesem Zusammenhang weist Verfasser auf den Umstand hin, daß mehr als die Hälfte der 1,7 Mill. Kat. Joch betragenden Weidefläche Ungarns (0,92 Mill. Kat. Joch) sich im Besitz von Weidegenossenschaften, Gemeinden, Konfessionen, Stiftungen, Kreditanstalten, Unternehmungen und in den Händen des Staates befindet. Auf physische Personen entfallen nur rd. 0,8 Mill. Kat. Joch und davon 82% auf Betriebe über 100 Kat. Joch. N. befürwortet die Inanspruchnahme der über das erforderliche Maß hinausliegenden Weideflächen für intensiveren Landbau auf Grund staatlichen Enteignungsrechts und empfiehlt, die Abwicklung der in Frage stehenden Aktion der bestehenden Organisation zum Ausbau der Berieselungswirtschaft zu übertragen.

—m.

RUMANIEN

Problema încadrării politice a minierelor în politica de Stat (Das Problem der Einbeziehung der Bergbaupolitik in der Staatspolitik). V. Cruglicov. Miniera (Zeitschrift für Bergbau und Petroleumindustrie), 13. Jg. 1938, Nr. 1 (mit vorläufig 4 Fortsetzungen).

Die Untersuchung, die bisher in mehreren Fortsetzungen erschienen ist, sieht ihre Berechtigung in der Notwendigkeit einer großzügigen Ausbeute der vorhandenen Bodenschätze, um der nationalen Wirtschaft, die sich bisher weitgehendst auf die in ihrer Werterzeugung sehr

schwankende Landwirtschaft stützte, neue Wege eines wirtschaftlichen Aufschwungs zu ebnen. Erfolgversprechend seien diese Bestrebungen jedoch nur durch die Eröffnung einer neuen Bergbaupolitik, die im Rahmen der Staatspolitik mit Energie und Sachkunde geführt werden müsse.

An die Darlegung der Bedeutung der einzelnen Bodenschätze für das Wirtschaftsleben Rumäniens werden Vorschläge für ihre bestmögliche Erschließung angeknüpft.

Gold. — Trotz der Polemik, die über die Goldwährung geführt wird, steht doch fest, daß das Gold immer noch als die sicherste Grundlage einer Währung, eines Staatshaushaltes angesehen werden muß. Dies gilt insbesondere für Rumänien, das nicht aus seinem Außenhandelsüberschuß allein die staatlichen Verpflichtungen im In- und Ausland decken kann. Die natürlichen Gegebenheiten sind in Rumänien diesem wirtschaftspolitischen Grundsatz günstig. Gold wird bereits seit über einem Jahrtausend gewonnen, trotzdem zeigen die Lager noch keine Erschöpfung. Nach den angestellten Untersuchungen beläuft sich die augenblickliche Ausbeute auf 20% der bekannten Goldvorkommen. Die Förderung der erschlossenen Minen hat zwar von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfahren, aber diese ist gemessen an den Notwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft viel zu gering; das Anteilsverhältnis an der europäischen Gesamtproduktion hat sogar 1933 gegenüber 1924 eine Abnahme von 50% auf 22% erfahren, was unter Berücksichtigung der wesentlich ungünstigeren Produktionsbedingungen in den anderen Ländern die mangelhafte Organisation des Goldbergbaus offenlegt.

Es ist daher die Gründung von 10 weiteren Gesellschaften zu fordern, die zusammen mit den bestehenden mindestens 30 000 kg Feingold fördern könnten, ohne die Lagerbestände zu gefährden. Folgende Maßnahmen sind zur Erreichung dieses Zieles erforderlich:

1. Das „Kreditinstitut für Goldgewinnung“ übernimmt die Kontrolle über sämtliche Gesellschaften, die Kredit beanspruchen, während die technische Aufsicht von dem geschulten Personal der Hüttenwerke

Reșița und Hunedoara ausgeübt wird. Die kleineren Unternehmungen werden in einer Genossenschaft zusammengeschlossen.

2. Die Nationalbank kauft das Gold zu einem Preissatz, der 10—15% über dem Weltmarktpreis liegt, auf.

Weitere erforderliche Maßnahmen sind: Ermäßigung der Sprengstoffpreise und schnellere Entscheidung bezüglich der Zuerteilung von Schürfrechten. Der Staat erhält einen Gewinnanteil von 2 Prozent, was gemessen an der vorjährigen Produktion, 14 Mill. Lei bedeuten würde.

Salz. — Neben dem Gold bildete schon im Altertum das Salz eine Reichtumsquelle für die Bewohner des Landes. Die bekannten Lager belaufen sich auf 32 Milliarden Waggons, zu deren Abbau, gemessen an der heutigen Förderung, eine Million Jahre nötig sein würden. Wie bei der Goldförderung, ergibt sich auch hier das Bild einer vollkommen ungenügenden Produktionspolitik, die Rumänien an die 8. Stelle in der europäischen Salzgewinnung gebracht hat, — der Anteil beläuft sich auf 2% — obwohl es die größten, besten und leicht erschließbaren Lager besitzt. Eine Rationalisierung der Salzförderung kann erreicht werden durch die Erschließung wirtschaftlich günstiger gelegener Lagerstätten, d. h. näher den Donauhäfen, wodurch eine Produktionskostensenkung erreicht wird, die es gestattet, die Produktion um das 3- bis 4-fache zu erhöhen.

Eine rationelle Produktion kann weiterhin nur erreicht werden durch die Einschaltung der Privatinitiative, der es auch leichter gelingen wird, neue Absatzmärkte, insbesondere im Orient zu erschließen. Die Aufsicht über Produktion und Handel kann der Staat mit Hilfe eines Regimes, das ähnlich dem der Alkoholverwaltung sein könnte, ausüben, wobei sich für ihn ein jährliches Einkommen von 1 Million Lei, bei einer Produktion von 100 000 Waggons und einer Redevenz von 1 Lei per kg Salz, ergeben würde. Die Bedenken bezüglich der Abschaffung des Salzmonopols sind nicht begründet, da das neue Regime ohne weiteres die Leistungen der augenblicklichen Verwaltung übernehmen könnte.

Zur Ausweitung des Exports muß ein Transportnetz geschaffen wer-

den, das die Salzlager mit den Donauhäfen verbindet, hauptsächlich mit Brăila. Nach Verwirklichung der aufgezeigten Forderungen könnte das Kilogramm Salz mit 16 bani per kg frei Hafen geliefert werden, ein Preis, der von keinem anderen Lande unterboten werden könnte.

Mit der Ausweitung der Salzförderung ist weiterhin die Möglichkeit zum Aufbau einer Sodaindustrie, sowie anderer auf dem Salz als Rohstoffbasis fußender Industriezweige gegeben, die hauptsächlich für den Export arbeiten würden.

Graphit. — Die Graphitlagerstätten sind in Rumänien außerordentlich reich und qualitativ höherwertig als die sonstigen Weltlagerstätten, die im Mittel 50% Kohlen enthalten. Da es nur eine geringe Zahl von Ländern mit größerem Graphitvorkommen gibt, bietet sich Rumänien hier eine weitere Exportmöglichkeit, die einen umso günstigeren Ausblick gestattet, als die Vorbedingungen zur Graphitgewinnung: Wasser, Holz und billige Arbeitskräfte in reichlichem Maße vorhanden sind, und die Lager sich in verkehrsmäßig erschlossenen Gebieten befinden. Die Errichtung einer Fabrik könnte die Erzeugung von jährlich mindestens 1500 Waggons sicherstellen, ein Quantum, das auf Madagaskar von 25 Gesellschaften produziert wird. Außerdem könnte beim Export der angegebenen Menge ein Devisenanfall von 120 Mill. Lei jährlich erreicht werden.

Kupfer. — Die Kupferproduktion Rumäniens ist sehr gering und vermag nicht den eigenen Bedarf zu decken. Die Ursache liegt jedoch nicht in einem Mangel an Kupfererzen, sondern in der geringen Erfahrung auf diesem Produktionsgebiet. Der geringe Kupfergehalt der Erze (2—3%) erschien den rumänischen Bergbaugesellschaften als zu gering für eine lohnende Ausbeute; ein Vergleich mit den Kupferminen in den anderen Ländern zeigt jedoch, daß selbst die größten und lohnendsten Kupferminen nur einen Gehalt von 2% aufweisen. Die in Rumänien bekannten Lagerstätten haben aber einen Durchschnittsgehalt von 3%, der sich in einzelnen Regionen sogar bis zu 10% steigert. Angesichts der Bedeutung des Kupfers für die moderne Industrie und

die Kriegsindustrie müssen daher fördernde Maßnahmen getroffen werden und insbesondere das Minengesetz von 1937 eine Abänderung erfahren, das die Privatinitiative durch die schleppende Zuteilung von Schürfrechten hemmt. Ferner muß von denen, die Schürfrechte besitzen, die Inangriffnahme der Ausbeute innerhalb der Zeitspanne eines Jahres gefordert werden, andernfalls ihnen diese Rechte zu entziehen sind. (Fortsetzung folgt.) W. K.

The Kartell System in Roumania
(Das Kartellsystem in Rumänien.)
Dr. Ing. Nicolae Arcadian, Chef der Kartellabteilung im Wirtschaftsministerium. Correspondance Economique Roumaine, Bulletin Official du Ministère de L'Economie Nationale, 20. Jg., Nr. 3, Juli-Sept. 1938.

Von den zahlreichen Versuchen, die in den Nachkriegsjahren von staatlichen und überstaatlichen Organen angestellt wurden, um das zerrüttete Wirtschaftsleben wieder ins Gleichgewicht zu bringen, war keinem einzigen ein Erfolg beschieden. Das Vertrauen der Produzenten zu den offiziellen internationalen Aktionen und Ideen, wie Paneuropa, Zollkonventionen etc. ist daher bald geschwunden, und man ist zu dem einzigen erfolgversprechenden System des Kartellwesens zurückgekehrt, bzw. hat es in verstärktem Maße ausgebaut. Demzufolge haben auch die Kartelle und Truste, deren Anfänge in die Mitte des XIX. Jahrhunderts zurückreichen, in den Nachkriegsjahren ihre stärkste Entwicklung erfahren, was ganz besonders für die internationalen Kartelle gilt. Die in Rumänien bestehenden Vereinigungen dieser Art, die Gegenstand des Gesetzes über „Die Organisation gewerblicher Syndikate“ vom 26. Mai 1921 und des Dekrets über „Juristische Personen“ vom 6. Febr. 1924 sind, können nicht mit diesen Systemen identifiziert werden, da sie ausschließlich egoistische Berufsinteressen vertreten und mit den wahren Zielen derartiger wirtschaftlicher Zusammenschlüsse nichts gemein haben. Nach ihren Zielen seien die Offensiv-Kartelle abzulehnen, die Defensiv-Kartelle zu befürworten.

In Rumänien waren bis zur Abfassung des Dekretgesetzes vom 10.

Mai 1937, das sich mit der „Regelung und der Kontrolle der Kartelle“ befaßt, die Beziehungen zwischen Produzent, Verteiler und Konsument durch das Gesetz gegen „gesetzwidrige Spekulation“ vom Jahre 1923 geregelt, das insbesondere Preistreiberi auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung mit Gefängnis bestraft. Außer dieser Regelung bestand ein Gesetz aus dem Jahr 1918, das u. a. dem Industrie- und Handelsministerium das Recht zur zwangsmäßigen Kartellierung bestimmter Industrien gab. Eine Anwendung hat jedoch dieses Gesetz nie gefunden, obwohl es der staatlichen Wirtschaftspolitik eine vorteilhafte Handhabe zur Regelung der Industriewirtschaft gegeben hätte.

Bis zur Verabschiedung des letzten Dekretgesetzes im Jahre 1937 wurden eine Reihe von Projekten über die gesetzliche Erfassung von Industrievereinigungen eingebracht, die jedoch alle vom Parlament abgelehnt wurden. So die Vorschläge von Manolescu vom Jahre 1931, von Vasilescu Karpen 1932 und Lugoşianu im Jahre 1933. In den wesentlichen Hauptpunkten stimmten diese Projekte überein, nämlich: Produktions-, Preis- und Investitionskontrolle; das erste Projekt fordert den zwangsmäßigen Zusammenschluß lebensnotwendiger Produktionszweige.

Das Dekretgesetz vom 10. Mai 1937 vermeidet entsprechend den liberalen Prinzipien der damaligen Regierung jede Extremität und wählt den Mittelweg. Es erkennt die Existenz und Tätigkeit der Kartelle an, sofern sie sich im Rahmen des Gesetzes halten, das hauptsächlich auf eine scharfe Preiskontrolle bedacht ist, und jede ungerechtfertigte Hausseemaßnahme seitens der Kartelle verurteilt. Die rechtliche Grundlage hierzu war in dem Gesetz vom Jahre 1923 gegeben, da eine Regierung, die sich gegen Preisspekulation wendet, nicht wirtschaftliche Vereinigungen dulden kann, die festgesetzte oder der jeweiligen wirtschaftlichen Lage und den nationalen Belangen entsprechende Preise überschreiten wollen. Das Gesetz gibt daher auch der Regierung die Genehmigung Kartellverträge auf ihre Gesetzmäßigkeit zu überprüfen.

Die weiteren Abschnitte des Artikels befassen sich mit den gesetz-

lichen Bestimmungen und der Struktur der rumänischen Kartelle im einzelnen. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit einer Überprüfung der Gestehungskosten und Festsetzung von Maximal- und Minimalpreisen beim Ver- und Einkauf von Rohstoffen.

Der Anwendungsbereich des Dekrets erstreckt sich auf sämtliche Vereinigungen, Abmachungen etc. innerhalb der Industrie, des Handels und der Bergbaugesellschaften, die Verpflichtungen bezüglich der Produktion, des Ver- oder Einkaufs, der Preise etc. zum Gegenstand haben. Darüber hinaus fallen aber auch alle jene Unternehmungen unter das Gesetz, die aus irgendwelchen Gründen eine Monopolstellung auf dem Markt haben.

Die Kartelle unterliegen nicht nur Vorschriften über die Abfassung der Kartellverträge, sondern sie sind daneben verpflichtet, jährlich einen Tätigkeitsbericht an das Wirtschaftsministerium einzureichen, aus dem die Fortschritte, bzw. der Stand der Rationalisierungsmaßnahmen, die Preisbewegung, der heimische und ausländische Absatz und andere das Ministerium interessierende Fragen ersichtlich sind.

Die staatlichen Organe sind berechtigt, Kontrollen jeder Art zu jeder Zeit durchzuführen; sie haben in dieser Hinsicht unbeschränkte Gewalt und können auch die Offenlegung innerster Betriebsgeheimnisse verlangen.

Die Investitionskontrolle betrifft nicht allein die Neuerrichtung von Betrieben, sondern erfaßt auch jede Produktionsausweitung. Die Gesellschaften sind verpflichtet, ihre diesbezüglichen Pläne erst dem Wirtschaftsministerium zur Genehmigung vorzulegen.

Das rumänische Kartellwesen zeigt folgenden Aufbau. Von den zur Zeit bestehenden 98 Kartellen mit 1600 angeschlossenen Unternehmungen sind 71 Quotenkartelle für Produktion und Verkauf und 14 Produktionskartelle. 43 Kartelle haben eine gemeinsame Verkaufszentrale, die auch Kredit- und Preisfragen regelt. Ein statistischer Überblick gibt die kartellierten Artikel und die Verteilung der Kartelle auf die einzelnen Industriebranchen wieder, wonach die metallurgische und die chemische Industrie hinsichtlich der bestehen-

den Kartellverträge an erster Stelle stehen. Ein Vergleich zwischen kartellierter und Gesamtindustrie ergibt, daß auf die kartellierten Unternehmungen 50% des investierten Kapitals, 53% der Maschinenkraft und 25% des Produktionswertes entfallen.

Der größte Teil der Kartelle steht unter Leitung von Nichtrumänen, und die Industrie befinde sich heute in derselben Lage wie 1905 der rumänische Bauer, als er von fremden Pächtern ausgesaugt wurde. Unter Bezugnahme auf ein Wort aus dem Jahre 1907, in dem die zunehmende Verjudung in der Industrie und der Gesamtwirtschaft beklagt wird, mit der Prophezeiung, daß dies zu einer Katastrophe führen müsse, schreibt der Verfasser „The prophetic words, relating to Roumanian agriculture of the year 1907, are now coming true again as regards Roumanian industry, after a period of thirty years.“

Das Kartellsystem ist nicht charakteristisch für das industrielle Leben Rumäniens, und es diene bisher nur eigennützigen Interessen, ohne die wesentlichen Fragen, wie Rationalisierung, Standardisierung, Preissenkung und Organisation des Exports zu lösen. Der Staat hat daher alle diese Aufgaben in seine Hand genommen. W. K.

Stocajul produselor agricole și problemele finanțării (Die Einlagerung landwirtschaftlicher Produkte und das Problem ihrer Finanzierung). Prof. Dr. C. J. Ionescu, Landwirtschaftliche Hochschule Bukarest. *Analele Economice și Statistice* (Wirtschaftliche und Statistische Berichte), Jg. 21, 1938, Nr. 7—10.

Mit dieser Abhandlung hat der Verfasser eine der wichtigsten Gegenwartsfragen der rumänischen Landwirtschaft aufgegriffen und einen Weg für ihre Lösung aufgezeigt.

Das Problem der Getreidelagerung und ihrer Finanzierung wurde in Rumänien schon lange vor dem Kriege in Angriff genommen und fand seinen Niederschlag in den Verordnungen von 1881 und 1892, die den Bau der Dockanlagen in den Häfen Galați und Brăila betreffen. In den folgenden Jahren bis 1914 und in den

ersten Nachkriegsjahren wurden in staatlichem Auftrage eine Reihe von Untersuchungen über den Bau von Silos und Magazinen durchgeführt, deren Ergebnisse jedoch nie praktisch ausgewertet wurden. Teilgesetze erschienen in den Jahren 1928, 1930, 1936 und 7. April 1937, letzteres umfaßte Magazine im allgemeinen sowie Waren- und Getreidelagerscheine. Die gegenwärtigen Lagermöglichkeiten betragen insgesamt 123 500 Waggons. In den Jahren 1935 bis 1937 wurden von der Nationalbank an die Landwirtschaft erhebliche Getreidekredite gegeben, da die Bauern oft gezwungen sind, ihre Produkte gleich nach der Ernte zu verkaufen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Ware ist ungereinigt, wenig bearbeitet und der Preis daher niedrig.

Dieser Mißstand kann nur durch die Schaffung von Einlagerungsmöglichkeiten behoben werden, die sich in zwei Etappen vollziehen würden: 1. die provisorische Lagerung in den Zubringebahnhöfen, wo gleichzeitig die Ware gereinigt, gewogen und vorsortiert wird. 2. folgt die Standardisierung, speziell für den Export und Einlagerung in Silos, die in den wichtigsten Getreidezentren, sowie Hafenplätzen zu errichten sind, mit einem Gesamtfassungsvermögen von 250 000 Waggons. Die Silos müssen mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet werden und automatische Reiniger, Trockenanlagen, Entlüftungsanlagen, automatische Verladevorrichtungen etc. haben.

Die Finanzierung wird durch die Nationalbank derart vorgenommen, daß sie die Lagerscheine bis zu 70% in den Magazinen, bis zu 80% in den Silos beleiht; die Lagerscheine müssen übertragbar sein, sie stellen Wertpapiere dar, die dem Inhaber ein gesetzlich geschütztes Recht verleihen. Die Vorteile, die sich — nach der Meinung des Verfassers — aus dieser Getreidelagerung und Finanzierung ergeben, sind folgende:

1. Einlagerung und Bearbeitung der Produkte zu billigen und guten Bedingungen, was besonders für den kleinen Produzenten von größter Bedeutung ist, da er weder Bearbeitungsmittel noch Aufbewahrungsmöglichkeiten hat.

2. Mechanische Reinigung, Klassifizierung nach den ausländischen

Bedürfnissen, längere sachgemäße Lagerung.

3. Künstliche Trocknung des Meises, wodurch u. a. ein sofortiger Konsum nach der Ernte möglich ist.

4. Regulierung der Preise durch die Möglichkeit längerer Lagerung.

5. Billiger Kredit vermittelt der Warenscheine und die Möglichkeit, die günstigsten Preise auf dem Weltmarkt abzuwarten.

6. Versicherung des eingelagerten Getreides zu vorteilhaften Bedingungen.

Neben diesen sofort sichtbaren Vorteilen, würde eine Verwirklichung des Planes aber auch im Laufe der Jahre seinen Einfluß auf andere Wirtschaftssektoren geltend machen, wie z. B. Verbesserung der Transportmittel. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens ist jedoch eine straffe Organisation unter der Leitung von Fachkräften notwendig.

W. K.

JUGOSLAWIEN

Financiranje industrije (Die Finanzierung der Industrie). Prof. W. Rosenberg, Statistiker des Ministeriums für Handel und Industrie. Privredni Pregled (Industrierundschau), Jg. 16, Nr. 30—35, v. 23. 7.—27. 8. 1938 (Artikelserie).

Die Zahl der Industrieunternehmen in Jugoslawien beträgt 3054, davon sind 725 Aktiengesellschaften, die den überwiegenden Teil des in der Industrie investierten Kapitals besitzen. Die Untersuchungen erstreckten sich im Jahre 1934 auf 645 Aktiengesellschaften, 1935 auf 628 und 1936 auf 607. Das Gesamtkapital erhöhte sich von 11,3 Mrd. im Jahre 1934 auf 11,5 Mrd. 1935 und 11,7 Mrd. 1936. Auf das Eigenkapital entfielen 1934 5,9 Mrd., auf das Fremdkapital 5,4 Mrd.; 1935 6,1 Mrd. und 5,4 Mrd. und 1936 6,2 Mrd. und 5,5 Mrd.

Ansätze zur Selbstfinanzierung sind erst schwach vorhanden. Der Zuwachs an eigenen Mitteln betrug im Jahre 1935 im Vergleich zum Vorjahr nur 16,1 Mill. oder 0,3%, und im Jahre 1936 96 Mill. oder 1,74%. Die langfristigen Investitionen waren 1934 nur mit 81,3% ihres Wertes mit Eigenmitteln gedeckt, 1935 mit 79,15% und 1936 mit 80,61%.

Die jugoslawische Industrie wird nur zu einem kleineren Teil von den Banken kontrolliert. Nach Schätzungen des Verf. waren die Banken im Jahre 1934 mit 20% am Aktienkapital der Industrie beteiligt, 1935 mit 24% u. 1936 mit 23,72%. Vom Standpunkt einer gesunden Anlagepolitik der Banken müßte allerdings die Frage anders beurteilt werden, denn die Industrieaktien werden nur in Ausnahmefällen auf der Börse gehandelt, sodaß Aktien nur sehr schwer verkaufbar, und daher eine der illiquidesten Anlagen sind.

Die fremden Mittel der Industrie werden in erster Linie von privaten Geldgebern zur Verfügung gestellt, unter denen die wichtigsten die Muttergesellschaften der Industrien im Ausland sind, die unter dieser Gruppe geführt werden. Der Bankkredit spielt eine weniger bedeutende Rolle. Ihren größten Anteil erreichte er in der Mühlenindustrie mit 52,5% im Jahre 1936, in der Papierindustrie mit 38%, in der Textilindustrie mit 34% und in der Maschinenindustrie und Metallverarbeitung mit 33% der gesamten fremden Mittel, den geringsten Anteil hatte er in der Chemischen Industrie mit 16%, in der Lederindustrie mit 13,6% und in den Industrien des Flugzeugbaus, Schiffbaus und den Waggonfabriken mit 7,5%. E. D.

Prevremeno opadanje konjunktura ili nova kriza? (Vorübergehender Konjunkturrückgang oder neue Krise?) Prof. Dr. A. Bilimović Laibach). Narodno blagostanje (Nationaler Wohlstand), 10. Jg., Nr. 37 u. 38 v. 10. u. 17. 9. 1938.

Auf Grund der Angaben Bertrand Nogaro in seinem Buch „La crise économique dans le monde et en France“ (Paris 1936), zeichnet Verf. ein Bild der Weltkonjunktur von 1929—1935. Dann geht er auf die Ansicht des belgischen Professors Fernand Baudhuin ein, der in einem Aufsatz „Crise majeure ou crise mineure“ (Bulletin périodique v. Juni 1938), die Phase der Hochkonjunktur an Hand der Preise der Nichteisenmetalle analysiert hat und ihr Fallen Ende 1937 als Anzeichen einer „kleinen Krise“ kennzeichnete.

Hinsichtlich Jugoslawiens wird festgestellt, daß sich die Hochkon-

junktur auch im Jahre 1938 fortgesetzt hat. Doch seien einige Anzeichen vorhanden, die zur Vorsicht mahnten. Die Einnahmen des Staates zeigten im Februar eine rückläufige Bewegung, der Umsatz an den Effektenbörsen war im Februar und Juli 1938 kleiner, als in denselben Monaten des Vorjahres, der Warenverkehr in der Flußschifffahrt fiel in der ersten Hälfte 1938 gegenüber derselben Periode des Vorjahres und schließlich fiel auch die Ausfuhr sehr stark. Es sei nicht mit Sicherheit festzustellen, ob die „kleine Krise“ in der Welt Jugoslawien nicht berührt habe. Noch weniger könne man behaupten, daß sie sich nicht nachträglich zeigen werde. Zu dieser Annahme würde auch der Umstand berechtigen, daß sich die große Krise in Jugoslawien später (1930) gezeigt hat, als in den großen Industrieländern der Welt. E. D.

Profesionalna i socijalna struktura sela u Jugoslaviji (Die berufliche und soziale Struktur des Dorfes in Jugoslawien). Dipl. Ing. M. Goranović, Statistiker des Landwirtschaftsministeriums. Archiv Ministarstva Poljoprivrede (Archiv des Ministeriums f. Landwirtschaft). Jg. 5, 1938, Nr. 12.

Die Grundlage dieser Arbeit bilden die Ergebnisse der Volkszählung in den Jahren 1921 und 1931. Die Zahl der Bevölkerung betrug 1921 11 684 764 und 1931 13 934 038 Menschen, wuchs um 1946 007, d. h. 16,24%. Auf die Bevölkerungsbewegung wirkte die Auswanderung kaum ein, denn sie umfaßte in dieser Zeit nicht mehr als 30 000—45 000 Menschen. Der Bevölkerungszuwachs war in den verschiedenen Gebieten des Staates unterschiedlich. Am größten war er in den Teilen des Staates, die auf der Balkanhalbinsel liegen, nämlich im Drina Banat 25,09%, Vrbas Banat 21,68%, Morawa Banat 19,90%, Wardar Banat 19,5%, Zeta Banat 16,27% und Primorje Banat (Küstenbanat) 12,23%. In den Gebieten der pannonischen Ebene und dem Alpengebiet blieb der Bevölkerungszuwachs weit unter dem Landesdurchschnitt, so im Save Banat 11,42%, Donau-Banat 9,61% und Drau-Banat 7,97%. Die inneren Wanderungen spielten

besonders bei der Bevölkerungsbe-
 wegung im Donau Banat eine Rolle,
 wo im Zuge der Agrarreform 29 000
 Familien aus den Balkangebieten an-
 gesiedelt wurden, und im Wardar-
 Banat, wo rund 50 000 Familien an-
 gesiedelt wurden. Ganz bedeutende
 Verschiebungen zeigen sich bei der
 Stadtbevölkerung, die sich durch Zu-
 wanderung erheblich vergrößerte.
 Nach dem Haupterwerb gruppiert,
 zeigt die Bevölkerung folgende Ver-
 schiebungen: die landwirtschaftliche
 Bevölkerung (einschließl. Forstwirt-
 schaft u. Fischerei) wuchs von 9,2
 Mill. auf 10,7 Mill., um 15,8%, ihr
 Anteil an der Gesamtbevölkerung fiel
 aber von 78,9% auf 76,5%; die ge-
 werbliche Bevölkerung wurde von
 1,15 Mill. auf 1,53 Mill. und ihr An-
 teil von 9,9% auf 11% herabgedrückt,
 die kaufmännische wuchs von 508 779
 und 4,3% auf 675 966, und 4,9% die der
 freien Berufe, Beamten und Militär
 vermehrte sich von 443 530 (3,8%)
 auf 567 836 (4,1%) und endlich die
 Rubrik verschiedene Berufe stieg von
 359 186 (3,1%) auf 486 619 (3,5%).

Der Anteil der landwirtschaftl. Be-
 völkerung und demnach ihre Bedeu-
 tung im Rahmen der Gesamtbevölke-
 rung zeigt eine fallende Tendenz.
 Diese wird noch dadurch verschärft,
 daß die Zahl der arbeitenden Fami-
 lienmitglieder einen bedeutend
 schwächeren absoluten Zuwachs auf-
 weist, als die anderen Berufszweige,
 wogegen die Zahl der nicht arbeiten-
 den Familienmitglieder rascher
 wächst. Das ist unzweifelhaft als
 eine Verschlechterung der
 Lebensbedingungen in der
 Landwirtschaft zu werten.

Von den Menschen, die aus der
 Landwirtschaft leben, entfällt der
 größte Teil auf selbständige Land-
 wirte und Pächter (wobei die Zahl
 der Pächter verhältnismäßig gering
 ist). Ihr Anteil betrug an der Gesamt-
 zahl der landwirtschaftlichen Bevöl-
 kerung im Jahre 1921, 92%, und im
 Jahre 1931, 90%. Auf die Landarbei-
 ter und Tagelöhner entfielen im
 Jahre 1921, 8% und 1931 9%. Der
 Rest entfällt auf landwirtschaftliche
 Beamte und Hausgehilfen.

Aus den Verschiebungen im Zeit-
 ablauf von 10 Jahren ergeben sich
 für die Landwirtschaft folgende Er-
 gebnisse. Die wachsende landwirt-
 schaftliche Bevölkerung verteilt sich
 auf den bestehenden Boden und die

Folge ist die Verkleinerung des
 Besitzes. Die Zahl der Wirt-
 schaften, die kein Gespann halten
 können, wächst. Die Zahl der Be-
 sitzlosen nimmt zu. Dies alles trägt
 zur Verarmung und Rückständigkeit
 der Dorfbevölkerung bei. Die Ver-
 hältnisse haben sich bis 1937 nicht
 zum Besseren, sondern eher zum
 Schlechteren gewandelt. E. D.

BULGARIEN

**Die polnisch-bulgarischen Wirt-
 schaftsbeziehungen.** Dr. Sawow,
 Präs. der Handelskammer in Sofia.
 Stopanski vesti (Wirtschafts-Mittel-
 lungen der Industrie- und Handels-
 kammer, Sofia), Nr. 13/14 v. 15.7.1938.

Dr. Sawow hat über dieses Thema
 einen Vortrag im bulgarischen Ro-
 tary-Club gehalten. Er gibt eine
 Übersicht über das Wiedererstehen
 Polens und seine wirtschaftlichen
 Lebensbedingungen. Dann behan-
 delt er die kulturellen und besonders
 die wirtschaftlichen Beziehungen
 zwischen Polen und Bulgarien und
 stellt fest, daß nach dem Kriege Ta-
 bak der erste Exportartikel Bulga-
 riens auf dem polnischen Markte
 war, dem nach einigen Jahren bul-
 garische Weintrauben und rohe
 Felle als Hauptausfuhrartikel folg-
 ten. Polen führt nach Bulgarien
 Roheisen, Eisenbahnschienen, Woll-
 garne, Zeitungspapier und Maschi-
 nen ein. Der polnisch-bulgarische
 Handelsverkehr hat jedoch keine
 feste Tendenz. Die bulgarische Ein-
 fuhr aus Polen hat ihren Höhepunkt
 im Jahre 1937 mit 4,37% (216 Mill.
 Lewa) der bulgarischen Gesamtein-
 fuhr erreicht, während die bulgari-
 sche Ausfuhr nach Polen ihren
 Höhepunkt im Jahre 1930 mit
 10,19% (631 Mill. Lewa) erreicht
 hat. Im Jahre 1937 belief sich die
 bulgarische Ausfuhr nach Polen auf
 4,64% der Gesamtausfuhr oder auf
 233 Mill. Lewa. Man erwartet eine
 Ausgestaltung der beiderseitigen
 Handelsbeziehungen, wenn das Fer-
 ryboat zwischen Giurgiu und Russe
 in Betrieb gestellt sein wird, und
 noch mehr, wenn eine Eisenbahn-
 brücke zwischen dem bulgarischen
 und dem rumänischen Donauufer
 errichtet sein wird. Kow.

Die bulgarisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen. Dr. Sawow, Stopanski Vesti, Nr. 12 v. 15. 6. 1938.

Anläßlich der Tagung des jugoslawischen Handelsbundes hat der Verfasser diesen Aufsatz veröffentlicht, indem er zunächst die Anknüpfung der ersten Fäden wirtschaftlicher Natur zwischen den Vertretern der Wirtschaftsstände beider Länder schildert, die nach Abschluß des jugoslawisch-bulgarischen Handelsvertrages einsetzte, sowie die seither unternommenen Bemühungen, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen. Trotz der gleichen Wirtschaftsstruktur beider Länder sei eine Ausgestaltung der Handelsbeziehungen möglich. Das gegenwärtige niedrige Niveau des jugoslawisch-bulgarischen Handels könne gehoben werden. Seit einigen Jahren beträgt die bulgarische Einfuhr nach Jugoslawien nicht einmal 1% (1937: 0,69% — 33 Mill. Lewa) der Gesamteinfuhr Jugoslawiens, während die jugoslawische Einfuhr nach Bulgarien ebenso selten 1% überschritten hat (1937: 0,45% — 24 Millionen Lewa). Der Verfasser vertritt die Ansicht, der im Jahre 1934 abgeschlossene bulgarisch-jugoslawische Handelsvertrag trage den gegenseitigen Wirtschaftsbedürfnissen nicht genügend Rechnung, man müsse bemüht sein, möglichst bald durch Abschluß einer Zollunion die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern auszugestalten.

Kow.

Über das Zuckerproblem. Prof. Dr. D. Atanasoff. Ikonomiceski Pregled (Wirtschaftsrundschau, Organ der Handels- und Industriekammer in Rustschuk, Nr. 13 v. 1. 7. 1938.

Der Verfasser, Professor an der landwirtschaftlichen Fakultät in Sofia und ehemaliger Landwirtschaftsminister, bespricht das Zuckerproblem, das in Bulgarien rege erörtert wird, da der Zucker mit außerordentlich hohen staatlichen Abgaben belastet ist; mehr als 50 Prozent des Verkaufspreises entfallen auf staatliche Abgaben. Der Verfasser schildert die seit 1934 periodisch vorgenommene Senkung der staatlichen Abgaben in Italien für Zucker, der in der Industrie Verwendung findet, und zeigt, daß sich

die staatlichen Einnahmen durch diese Maßnahmen nicht vermindert, sondern sogar um 240% erhöht haben. Er tritt für einen periodischen Abbau der staatlichen Zuckerabgaben in Bulgarien ein, die bis 50% für den direkten Konsumenten und bis 75% für die Konservenindustrie betragen soll, desgleichen befürwortet er eine Erhöhung der Anbaufläche für Zuckerrüben in Bulgarien.

Erwerbsmöglichkeiten der bulgarischen Bergbevölkerung. Dr. N. Christoff. Ikonomiceski Pregled, Rustschuk, Nr. 12 v. 15. 6. 1938.

Der Verfasser schildert die in Schweden und in Deutschland getroffenen Maßnahmen zur Hebung des Einkommens der bäuerlichen Bevölkerung durch Zucht von Tieren mit wertvollen Fellen und verlangt, daß diese Methode auch bei der bulgarischen Gebirgsbevölkerung Eingang finde, umso mehr, als dort hierzu günstige Vorbedingungen herrschen.

Kow.

Erzreichtum und Volkswirtschaft. Ivan Kremakoff. Izvestija (Mitteilungen der Handelskammer Bургas), Nr. 30 v. 6. 8. 1938.

Nach einer kurzen Erörterung der Bedeutung des Erzvorkommens für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes bespricht der Verfasser die Lage des Bergbaus in Bulgarien in der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der letzten 10 Jahre, wo ein reges Interesse für die Erschließung bulgarischer Erzlagerstätten zu verzeichnen ist. Im Jahre 1936 sind vom bulgarischen Handelsministerium 144 Konzessionen für reservierte Perimeter erteilt worden. Im Jahre 1936 waren 44 Bergbaubetriebe tätig, und zwar: 35 Stein- und Braunkohlenwerke, 2 für Aluminium, 3 für Kupfererz, 4 für Blei- und Zinkerze. Die Ausfuhr von Erzen aus Bulgarien hat im Jahre 1926 ihren Höhepunkt erreicht. Zum Schluß erörtert der Verfasser die Schwierigkeiten, welchen die Erzausbeutung in Bulgarien begegnet, namentlich infolge Kapitalmangel und die durch schlechte Verkehrsmöglichkeiten verursachten hohen Transportkosten.

Kow.



MITARBEITER DES HEFTES

Dr. MARTIN MEISTER, Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Oberschlesische Wirtschaft“, Oppeln / Professor Dr. OTTO VON FRANGES, Königlich jugoslawischer Landwirtschaftsminister a. D., Belgrad / Professor Dr. THEODOR OBERLÄNDER, Universität Greifswald / Dr. KARL HEIDRICH, Geschäftsführer der Deutschen Handelskammer für Polen, Berlin

Printed in Germany

Copyright 1939 by Priebatschs Buchhandlung Breslau
Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier
Druck Paul Plischke Breslau 1

Śląska Biblioteka Publiczna
Pracownia Śląska

219870/1939

II

Rekt 5

Śl.

Min. Ośw. 5076 — PZWS C831 X. 49

